

# **KÄRNTEN DOKUMENTATION**

Klagenfurt am Wörthersee 2014



BAND 30  
**KÄRNTEN DOKUMENTATION**

Dialog und Kultur.  
Beiträge zum  
Europäischen Volksgruppenkongress 2013  
und  
Sonderthemen

**HERAUSGEBER:** PETER KARPf THOMAS KASSL WERNER PLATZER  
WOLFGANG PLATZER UDO PETER PUSCHNIG

**REDAKTION:** SABINE FRENZL MARTINA JANJA OGRIS

© Land Kärnten

Amt der Kärntner Landesregierung

Abteilung 1 (Kompetenzzentrum Landesamtsdirektion)

Volksgruppenbüro

Völkermarkter Ring 29, 9020 Klagenfurt am Wörthersee

Gesamtproduktion: ilab crossmedia, [www.ilab.at](http://www.ilab.at)

Die inhaltliche Verantwortung liegt ausschließlich bei den Autoren

ISBN 3-901258-21-3

Klagenfurt am Wörthersee 2014

# Inhalt

## Beiträge zum Europäischen Volksgruppenkongress 2013

Alexander Hanisch-Wolfram Identität und Diaspora. Das Selbstbild der Kärntner Evangelischen als konfessionelle Minderheit im 20. Jahrhundert	9
Stefan Karner Mehrheiten – Minderheiten: Die Deutschen in Slowenien	21
Avguštin Malle Das Minderheitenschulwesen – Nationalismus oder Emanzipation? Utraquistisches und zweisprachiges Schulwesen in Kärnten nach 1920/21	27
Manjšinsko šolstvo – nacionalizem ali emancipacija? Utrakvistično in dvojezično šolstvo po l. 1920/21	53
Dario Mohtachem Integration durch Minderheitenpolitik am Beispiel Berlin	74
Sergij Osatschuk Die multiethnische Bevölkerung der Bukowina im Spannungsfeld der Weltgeschichte	84
Nadine Papai Der lange Weg der Anerkennung: Auswirkungen der Entstehung des österreichischen Nationalstaates auf Roma und Sinti im 21. Jahrhundert	90
Franz Walk Regionale Minderheiten in der EU. Deutsche und polnische Minderheitenpolitik von 1913-2013	101
Winfried Ziegler Die deutsche Minderheit in Rumänien. Ein geschichtlicher Überblick	115

## Sonderthemen

Max Aufischer Auf der Suche nach Atlantis	133
Anton „Tonč“ Feinig / Wolfgang Platzer Das 1. Alpen-Adria Jazz Festival 2013 in Klagenfurt	140
Prvi Alpsko-jadranski džez festival 2013 v Celovcu	146
Angelika Hödl / Lojze Wieser radio AGORA 105,5 – die erfrischende Welle in der Kärntner Medienlandschaft	151
radio AGORA 105,5 – osvežujoč val v medijski pokrajini Koroške	160
Roger Parvu Rumäniens langer Weg in die Demokratie	167
Werner Platzer / Udo Peter Puschnig Die Person Georg Drozdowski als geistiger Brückenbauer der regionalen Zusammenarbeit Kärnten – Czernowitz	173
Wolfgang Platzer / Thomas Pseiner Von der Arbeitsgemeinschaft Alpen-Adria zur Alpen-Adria-Allianz: Überregionale Zusammenarbeit im Wandel der Zeit	185
Hellwig Valentin Das Bürgerkriegsjahr 1934 in Kärnten	195

Beiträge zum  
**XXIV. Europäischen Volksgruppenkongress**  
des Landes Kärnten  
am 17. Oktober 2013 in Klagenfurt am Wörthersee

Europa 1913–2013:  
Mehrheiten und Minderheiten im Wandel der Zeit





# Identität und Diaspora. Das Selbstbild der Kärntner Evangelischen als konfessionelle Minderheit im 20. Jahrhundert

ALEXANDER HANISCH-WOLFRAM\*

## Prolog

Im Jahr 1913 veröffentlichte der in Klagenfurt tätige Anwalt Janko Brejc im Verlag des „Katoliško-politično in gospodarsko društvo za Slovence na Koroškem“ die polemisch gehaltene Schrift „Aus dem Wilajet Kärnten“, in der Brejc eine Darstellung der Lage der Slowenen in Kärnten unternahm. In der Schrift reihten sich verschiedene Angriffe und Vorwürfe gegen die Landesbehörden und die verschiedenen Deutschkärntner Organisationen aneinander. Im zweiten Abschnitt des Buches, den er mit dem Titel „Die Todtengräber Österreichs“ versah, nahm Brejc auch ausführlich Stellung zu konfessionellen Fragen. Grundsätzlich betonte er dabei den Charakter Österreichs als katholische Großmacht, das als Antagonisten das protestantische Deutschland und das orthodoxe Russland habe. Die Bedrohung des katholischen Österreich habe mit Joseph II. begonnen, und seit 1866 habe sich das Schwergewicht im deutschen Staatenbund dann schließlich zugunsten der protestantischen Hohenzollern verschoben. Einig seien sich, so Brejc, alle deutschnationalen Kräfte in ihrem „Hass gegen die katholische Kirche, gegen Rom“. So seien sie denn auch die Träger der „Los von Rom“-Bewegung, die der absolute Gegensatz zur katholischen, romtreuen Kaiserdynastie der Habsburger sei. Brejc resümiert: „Dass also die Los-von-Rombewegung eine rein politische, ja hochverräterische Bewegung ist, ist demzufolge über alle Zweifel erhaben. (...) Man täte den Los-von-Rom-aposteln das grösste Unrecht, wollte man ihnen etwa religiöse oder gar österreichisch-patriotische Motive unterschieben. Wenn der Pastor von Laibach, Hegemann eine Broschüre gegen die Gottheit Christi schreibt, die wegen ihrer Lästerungen confisciert werden mußte, wenn Pastor Mahnert sich bei der Sonnwendfeier in Mürzzuschlag und beim Weihnachtsfamilienabend

---

\* Alexander Hanisch-Wolfram ist Historiker und Kurator des Evangelischen Kulturzentrums in Fresach, Österreich

in Villach für Wodan und Freia begeistert etc. etc., so ist das nicht Religion sondern platter Atheismus und abgeschmacktes Heidentum.“

Jenseits aller Polemik wird an dieser Passage vor allem eines deutlich: die Protestanten wurden vielfach mit dem Deutschnationalismus in einer selbstverständlichen Verbindung wahrgenommen, ja mitunter als integraler Bestandteil desselben. Dies führt zu einem grundlegenden Problem, dass die Evangelischen Kärntens zumindest durch die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts begleitetete: ein deutliches Auseinanderfallen der Außenwahrnehmung und der sozialen Gegebenheiten dieser Konfession – verstärkt dadurch, dass die Selbstwahrnehmung zwischen diesen beiden Polen oszillierte.

## **1. Traditionen, Umbrüche und Identitätskrisen 1900-1938**

Die Jahre um 1900 waren nicht nur, aber besonders in religiös-konfessioneller Hinsicht von der „Los von Rom“-Bewegung geprägt. Ihre Wurzeln hatte diese Bewegung im Revolutionsjahr 1848, ihre Auslöser lagen in den Versuchen der Wiener Zentralregierung, die Sprachenfrage in Böhmen auf gesetzlichem Wege zu lösen. Dies löste auf deutschnationaler Seite eine massive Gegenbewegung aus, die sich insbesondere auch gegen die katholische Kirche richtete, die als reaktionär, fortschrittsfeindlich und slawenfreundlich galt – also als Gegenteil dessen, wie man das Deutschtum empfand und propagierte. So wurde eben auch der Austritt aus der katholischen Kirche – das „Los von Rom“ – forciert; in Deutschland setzte man dieser Bewegung bald ein „Hin zum Evangelium“ hinzu, man wollte die politische Bewegung konfessionell einfangen und nutzen. In Österreich wiederum traf sich dies damit, dass es seit mehreren Jahren ohnehin eine sich langsam steigende Übertrittsbewegung gab.

Durch diese Entwicklung erhielt die Evangelische Kirche zunehmend das Image einer deutschnationalen Kirche. Gerade in Kärnten entsprach dies allerdings nur sehr bedingt der Realität. Die maßgebliche Trägerschicht der Annäherung von Deutschnationalismus und Protestantismus, dem Nationalprotestantismus, war ein liberal gesinntes Bürgertum. In Kärnten jedoch waren von den 16 Gemeinden, die im Jahr 1905 bestanden, gerade einmal zwei im städtischen Bereich angesiedelt, nämlich Klagenfurt und Villach. Der größte Teil des Kärntner Protestantismus lag im ländlichen

Bereich, schwerpunktmäßig in Oberkärnten (Gegendtal, Weißensee, Liesertal) und hatte bäuerlichen Charakter. Dieser Protestantismus war noch immer tief geprägt von den Zeiten des Geheimprotestantismus, er war tendenziell konservativ, vielfach auch von pietistischen Frömmigkeitsformen getragen. Mit liberalem oder jetzt eben auch nationalistischem Gedankengut konnten diese Menschen in der Regel wohl wenig anfangen – und sie hatten wohl auch kein dementsprechendes Selbstverständnis als Protestanten. Gleichwohl war der städtische, bürgerliche Protestantismus nunmehr auch in Kärnten eine vorhandene Realität – und diese Realität gewann in den Jahren um 1900 auch an Gewicht. Das Amt des Superintendenten wurde zumindest für einige Jahre nach Klagenfurt „geholt“, und das neu entstehende evangelische Pressewesen (mit der noch heute in seiner Qualität beeindruckenden Zeitschrift „Der österreichische Protestant“) war ebenfalls in den Städten beheimatet. Nicht zuletzt waren die städtischen Zentren Villach und Klagenfurt Projektionsflächen jener gerade im Rahmen des Nationalprotestantismus zunehmend betonten Erinnerung an das Reformationszeitalter, als evangelisches Leben im Land blühte. So war auch dies ein Teil des evangelischen Selbstverständnisses dieser Zeit. Diese beiden Traditions- oder Identitätsstränge existierten nebeneinander, seltener miteinander; sie beinhalteten durchaus auch ein Konfliktpotenzial. In der Außenwahrnehmung erwies sich das liberale, fortschrittsorientierte, nationale Bild des Protestantismus als stärker.

Der politische Umbruch des Jahres 1918 brachte für die Evangelischen und ihre Kirche neuerliches Krisenpotenzial. Viele Schwerpunktgebiete des österreichischen Protestantismus lagen nunmehr im Ausland. Auf Seiten der Reformierten Kirche war dieser Verlust so existenziell, dass sogar erwogen wurde, die Kirche zu „liquidieren“. Diese Situation vergrößerte vielfach die Sehnsucht nach dem Anschluss an das Deutsche Reich, das „Mutterland der Reformation“, umso mehr, zumal dieser Wunsch ohnehin vielfach gesellschaftlicher Konsens war. Dazu kam, dass sich viele Evangelische in der neu gegründeten Republik politisch heimatlos fühlten. Das Verhältnis zum Staat blieb ungeklärt und keines der größeren politischen Lager schien für die Protestanten geeignet zu sein, insbesondere nicht die katholisch geprägten Christlichsozialen und die in dieser Zeit stark antiklerikal ausgerichteten Sozialdemokraten. Dies war umso schwerwiegender, als die summeepiskopalen Rechte, die bis 1918 beim Kaiser gelegen waren, mangels einer neuen rechtlichen Regelung auf die Bundesregierung übergingen. Beispielhaft für das Empfinden jener Zeit kann der Bericht über

den Kärntner Evangelischen Kirchentag stehen, der 1919 in Villach abgehalten wurde. Auf dieser Tagung, auf der erstmals bei einer solchen Gelegenheit auch Frauen als gleichberechtigte Delegierte teilnahmen, wurden zahlreiche Themen besprochen; die Palette reichte von der neuen Kirchenverfassung über den Religionsunterricht und die Schule, die theologische Fakultät, das Eherecht bis hin zu Diakonie, Vereinswesen und Presse. Superintendent Heinzelmann sprach über die neue Kirchenverfassung und zeigte sich überzeugt, die Kirche in Deutschösterreich werde eine Nationalkirche sein und es werde wohl keine Notwendigkeit mehr geben, von einer Kirche A. u. H.B. zu sprechen, die Bezeichnung dürfte schlicht in Richtung „evangelisch“ gehen. Der Pfarrer von Waiern und Begründer der diakonischen Anstalten sprach allgemein über die Erneuerung der Kirche und erklärte: „In der deutschen evangelischen Kirche, in welcher die Grund- und Heilswahrheiten des christlichen Glaubens in weitherzigem, nicht in eng dogmatischem Geiste festzulegen sind, hat Freizügigkeit der Professoren, Pfarrer, Lehrer und Wanderprediger zu gelten. Einfachste Lehrmittel und ein einheitliches Gesangbuch sind als Bindemittel aller deutschen evangelischen Christen einzuführen.“ Hier wird spürbar, dass Schwarz eine vermittelnde Stellung einnahm: selbst stark vom Pietismus geprägt, vertrat er in vielen Punkten die Traditionen des Kärntner Protestantismus, gleichzeitig war er aber auch einer der Wortführer der „Los von Rom“-Bewegung, und die evangelische Kirche war ihm ganz wesentlich eine „deutsche evangelische Kirche“.

Die tendenzielle politische Heimatlosigkeit der österreichischen bzw. Kärntner Protestanten, die sich durch die Zeit der Ersten Republik hindurchzog, verschärfte sich dramatisch in den Jahren 1933/34. Das autoritäre Regime, das sich unter Führung von Bundeskanzler Dollfuß etablierte, hatte das Ziel eines „christlichen Ständestaates“ vor Augen. In der Praxis bedeutete der christliche Charakter allerdings eine katholische Ausrichtung des Regimes. Das nahezu zeitgleich ab dem Jänner 1933 etablierte nationalsozialistische Regime in Deutschland wurde als Konkurrenzdiktatur gesehen. Dabei propagierte sich der „Ständestaat“ als das bessere – weil christliche – Deutschland. Für die Evangelischen Österreichs bedeutete die veränderte Situation nunmehr, zu einer konfessionellen Minderheit zu gehören, die vom politischen Regime zunehmend diskriminiert, in einigen Bereichen geradezu an den Rand gedrängt wurde. Eine Ursache dafür lag darin, dass die Protestanten unter den Generalverdacht gestellt wurden, mit dem nationalsozialistischen Deutschland zu sympathisieren. Dies wieder-

rum hatte seinen realen Hintergrund darin, dass die Evangelische Kirche in vielen Bereichen tatsächlich auf Deutschland ausgerichtet war, nicht zuletzt wegen der starken finanziellen Unterstützungen, etwa über den Gustav-Adolf-Verein. Dieser Verdacht der Illoyalität dem Staat gegenüber stellte zudem eine Komponente dar, mit der sich die Protestanten schon seit sehr langer Zeit konfrontiert sahen. Wie bereits angemerkt, war dies einer der Vorwürfe, der in den Jahren der „Los von Rom“-Bewegung erhoben worden war – und rund dreihundert Jahre zuvor hatte man mit letztlich denselben Argumenten die so genannten „Transmigrationen“ von Untergrundprotestanten nach Siebenbürgen legitimiert. Allein diese Kontinuität verdeutlicht, dass es aus Sicht der Evangelischen keine leichte Übung war, sich mit dem österreichischen Staat und seiner Gesellschaft zu identifizieren.

Was nun insbesondere ab dem Sommer 1934 einsetzte, war eine geradezu „teufelskreisartige“ Wechselwirkung. Auf evangelischer Seite sah man sich durch das Vorgehen des Staates insbesondere infolge des Juli-Putsches der Nationalsozialisten darin bestätigt, dass ebendiesem Staat schlichtweg nicht zu trauen war – mit dem Ergebnis, dass man sich vielfach tatsächlich dem Nationalsozialismus annäherte, also genau jenen politischen Weg einschlug, der einem ohnehin vorgeworfen wurde. Auf der anderen Seite sah sich das Regime durch die nun in vielen Bereich sich entwickelnde Nähe von Protestantismus und Nationalsozialismus darin bestätigt, dass die Evangelischen eben eine fünfte Kolonne des deutschen Nationalsozialismus seien, eine konfessionelle Gruppe, der man aus Sicht des Staates schlichtweg nicht trauen konnte. Dies bewirkte dann wiederum auch Maßnahmen gegen Vertreter der Evangelischen Kirche, die jedes Augenmaß vermissen ließen und zu einer zunehmenden Diskriminierung der Evangelischen im Allgemeinen führte.

## **2. Zerstörte Euphorie 1938-1945**

Die von Otto Bunker geprägte Begriffs-Trias „Bejahung – Begeisterung – Ernüchterung“ ist mittlerweile zum geflügelten Wort im Zusammenhang mit dem Verhältnis des österreichischen Protestantismus zum Nationalsozialismus geworden. Tatsächlich vollzog sich hier binnen kurzer Zeit eine dramatische Entwicklung. Wie von großen Teilen der Bevölkerung im Allgemeinen, so wurde der „Anschluss“ Österreichs an das Deutsche Reich im März 1938 auch von den österreichischen Protestanten im Allgemeinen eu-

phorisch begrüßt. Innerhalb der Evangelischen Kirche kam es in den Monaten nach dem „Anschluss“ zu verschiedenen Formen von Anbiederung und vorauseilendem Gehorsam. Schon wenige Monate später, ab dem Herbst 1938, begannen die Verhältnisse allerdings klar zu werden und eine zunehmende Ernüchterung setzte ein. Von Seiten des Regimes wurde der Druck auch auf die Evangelische Kirche erhöht: Auflösung von Vereinen, Schließung von Schulen und eine Austrittspropaganda setzten ein. Die Evangelische Kirche wurde nicht zuletzt auch ein Opfer der Geister, die sie selbst mitbeschworen hatte.

Von erheblicher Bedeutung ist hierbei auch, dass in diesen wenigen Monaten auch ein Selbstbild implodierte, das sich im österreichischen Protestantismus über einen sehr langen Zeitraum hinweg herausgebildet hatte und weit verbreitet war. Der „Anschluss“ an das Mutterland der Reformation, an die protestantische Großmacht hatte nicht den gesellschaftlichen Bedeutungszuwachs gebracht, den man sich erhofft hatte. Keineswegs wurde man für das eigene, retrospektiv gesehen dem Nationalsozialismus dienliche Verhalten in der „Systemzeit“ belohnt. Beispielhaft zeigte sich darin, dass sich Vertreter der Kirche wie der Klagenfurter Pfarrer Erich Pechel erstaunt und enttäuscht darüber zeigten, dass das Regime zwar nun rigoros gegen den politischen Katholizismus vorging (worüber man immer wieder spöttische Bemerkungen verlor), aber die eigene evangelische Kirche die gleichen Maßnahmen erdulden musste. Dies schien vielen völlig unverständlich und ungerecht – sollte der Protestantismus doch im Nationalsozialismus seine historische Erfüllung finden. Diese Erfahrungen führten bei vielen Evangelischen bzw. in den Gemeinden zu einer Art inneren Emigration, man hoffte, dass die schweren Zeiten vorbei gehen würden – ähnlich wie man es ja auch in den Zeiten des Geheimprotestantismus erlebt hatte, hier bot gerade die Kärntner Geschichte historische Bezugspunkte. Es setzte allgemein ein Prozess der Verkirchlichung ein, eine Rückbesinnung auf das eigene Bekenntnis, die Grundlagen des eigenen Glaubens – dieser Prozess sollte sich auch über die Zäsur von 1945 fortsetzen. Gleichzeitig kam es auch ungebrochen vielfach zu Loyalitätsbekundungen zum Regime, ja sogar dazu, dass die Bedrängungen des evangelischen Glaubenslebens als notwendige und richtige Folge der „nationalen Revolution“ dargestellt wurden. Allerdings ist bei vielen Stellungnahmen zu bedenken, dass die Grenzen zwischen persönlicher Überzeugung, Opportunismus und dem Nachgeben gegenüber dem Druck des Regimes stets fließend waren. Hinzu kamen vermehrte kritische Äußerungen, die sich zwar nicht

offen dem Regime widersetzen, aber doch eine deutlich distanziertere und (selbst)kritische Haltung zum Ausdruck brachten. Es waren also durchaus gegenläufige Tendenzen und ambivalente Haltungen, die sich hier herausbildeten. Zum offenen Widerstand reichte es jedenfalls im Allgemeinen nicht. So wie es keine Verfolgung Evangelischer an sich gab, gab es auch keinen (organisierten) evangelischen Widerstand. Allerdings gab es immer wieder Menschen, die Formen des Ungehorsams praktizierten oder sich den Zwängen der Diktatur widersetzen. Diese kleinen, „alltäglichen“ Formen des Widerstands resultierten vielfach aus der Überzeugung, dass evangelische Glaubensüberzeugung mit der Ideologie des Nationalsozialismus (bzw. deren konkreten Auswirkungen) nicht zusammengehen konnten. Es ist wiederum – dieser Ausblick sei hier angebracht – ein Kennzeichen des Umgangs mit dieser NS-Vergangenheit in den vergangenen 25 Jahren, dass diese Formen evangelischen Widerstands auch von der Forschung bislang weitgehend vernachlässigt, ja geradezu ignoriert wurden.

### **3. Protestantische gesellschaftliche Selbstverortung nach 1945**

In den Jahren und Jahrzehnten nach 1945 vollzogen sich innerhalb der Evangelischen Kirche bzw. allgemeiner des Protestantismus in Kärnten verschiedene parallel laufende Prozesse einer neuen Definition von Identität und Selbstbewusstsein. Nicht zuletzt, und dies bedeutete eine markante historische Zäsur, entwickelte sich dabei nach und nach das Verständnis einer österreichischen evangelischen Kirche, im Kontrast zur tradierten Selbstsicht als „deutsch-evangelischer Kirche“. Diese Prozesse hatten unterschiedliche Träger, hatten unterschiedliche Ursachen und unterschiedliche Ergebnisse – und sie passen, zumindest auf den ersten Blick, keineswegs immer so einfach zusammen. Die wichtigsten Linien dieser Prozesse sollen im Folgenden skizziert werden.

#### **a. Der Ort der Kirche in der Gesellschaft, oder: Hände weg von der Politik?**

Eine der Lehren, die man vielfach aus den Erfahrungen in den Jahren der NS-Herrschaft gezogen hatte, war, dass sich die Evangelische Kirche von politischen Fragen fernhalten sollte. Einen Umbruch in diesem Selbstverständnis leitete auf Kärntner Ebene insbesondere der Superintendent Paul Pellar ein. Am Höhepunkt der zunehmend eskalierenden „Ortstafelfrage“ verfasste er zum Staatsfeiertag 1972 ein Hirtenwort. In diesem Text zog er

bemerkenswerte historische Parallelen. Er verglich die aktuelle Lage der Kärntner Slowenen mit jener der Evangelischen und meinte, dass es ihm etwa unvorstellbar erscheine, dass man Hinweistafeln und ähnliche Verweise auf evangelisches Leben hinunterreiße, weil dadurch der mehrheitlich katholische Charakter des Landes gefährdet sei. Die Evangelischen selbst rief Pellar ausdrücklich dazu auf, sich nicht an gewalttätigen Aktionen zu beteiligen. Kritik sei immer zulässig, dies müsse aber im Rahmen der Gesetze erfolgen. In mehrfacher Hinsicht sind diese Äußerungen Pellars bemerkenswert. Zum Ersten äußerte er sich in einer noch dazu extrem sensiblen und konfliktreichen politischen Frage – das genaue Gegenteil jener politischen Abstinenz, die sich die Kirche verordnet hatte. Zum Zweiten äußerte er sich nicht nur, sondern bezog Position, und dies keineswegs diplomatisch und behutsam, sondern sehr deutlich. Zum Dritten – und dies ist in der historischen Perspektive vielleicht das Bedeutsamste – solidarierte sich Pellar im Namen der Evangelischen Kirche mit einer Minderheit, mit der diese Kirche eigentlich in einem konfessionellen und nationalpolitischen Gegensatz stand. Innerkirchlich war diese Positionierung äußerst brisant. Pellars Hirtenwort führte zu erheblichen Spannungen und Konflikten, die neben Kritik am Superintendenten selbst auch zu Kirchenaustritten und Sachbeschädigungen führten. In den folgenden Jahren war Pellar sehr bemüht, die unterschiedlichen Flügel innerhalb der Kirche zusammenzuhalten. Letztlich war dies ein Prolog zu jener Entwicklung, die verstärkt ab der Mitte der 1980er-Jahre einsetzte, als parallel zur Aufarbeitung der eigenen Geschichte auch politisches Engagement auf die Tagesordnung kam. Am Ende dieses Weges steht heute eine evangelische Kirche in Kärnten, die als geradezu selbstverständlicher Teil des politischen Diskurses wahrgenommen wird. Insbesondere ist es hier – und dies ist zweifellos eine unmittelbare Folge der Selbstwahrnehmung als konfessionelle Minderheit – das Engagement für andere Minderheiten oder Bevölkerungsgruppen, die am Rand der Gesellschaft stehen.

#### b. Der Blick auf die eigene Vergangenheit

Es lag wohl nicht zuletzt an den personellen Kontinuitäten innerhalb der Kirche über das Jahr 1945 hinweg, dass eine eingehende Befassung mit der eigenen Geschichte in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts lange Zeit ausblieb. Dies war ja keineswegs auch ein spezifisch evangelisches Problem – man lag damit vielmehr gut eingebettet in den gesellschaftlichen Mainstream. Erst in den 1980er-Jahren, als eine junge Generation von Theologen



begann, Fragen nach dieser Vergangenheit zu stellen, brach dieses tendenzielle Schweigen auf. Dies hatte zwei Folgen (mit ähnlicher personeller Besetzung): zum einen entwickelte sich eine zunehmend intensive wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dieser Geschichte, sowohl in historischer als auch in theologischer Hinsicht. Zum anderen entwickelte sich eine „evangelische Gedenkkultur“, in deren Rahmen sich die Kirche und zahlreiche ihrer Vertreter einerseits im allgemeinen Gedenken an die Opfer des NS-Regimes einbrachten, andererseits aber eben auch die eigene Rolle reflektiert wurde. Zwei Beispiele dafür, welche Öffentlichkeit dieses Gedenken auch hat, sind die Ansprache Bischof Michael Bünkers bei der Gedenkfeier am Loibl-Pass im Jahr 2011 oder die Sonderausstellung im Evangelischen Kulturzentrum Fresach im Jahr 2013 unter dem Titel „Glaube.Gehorsam. Gewissen – Protestantismus und Nationalsozialismus in Kärnten“.

#### c. Die Ordnung des Verhältnisses zum Staat

Eine der Ursachen zahlreicher Probleme in den Jahren zwischen 1918 und 1945 war das fehlende geregelte Verhältnis zum Staat. Es kam zwar in den 1920er-Jahren zur Ausarbeitung einer neuen Kirchenverfassung, die 1931 fertig gestellt war, dieses Dokument stieß dann allerdings von Beginn an auf innerkirchlichen Widerstand und wurde – nicht zuletzt aufgrund der veränderten politischen Rahmenbedingungen – von staatlicher Seite nicht anerkannt. So stießen die dekretierten Maßnahmen des NS-Regimes auf ein rechtliches Vakuum. Erst 1949 gelang der Abschluss einer neuen Kirchenverfassung und 1961 mit dem Protestantengesetz die Neuregelung des Verhältnisses zum Staat. Dass diese Regularien unter dem Stichwort der „freien Kirche im freien Staat“ entstanden, ist wiederum nicht zuletzt ein Hinweis auf das betonte Fernhalten der Kirche von politischen Auseinandersetzungen nach 1945. Als ein Teil dieser organisatorisch-rechtlichen Entwicklung ist auch zu erwähnen, dass 1946 die Superintendentenz Kärnten-Osttirol konstituiert wurde und Fritz Zerbst zum ersten Kärntner Superintendenten gewählt wurde.

#### d. Das Loslassen der Opferrolle

Nicht zuletzt von zahlreichen prominenten und einflussreichen Kirchenhistorikern wurde ab dem späten 19. Jahrhundert am historischen Selbstbild der Evangelischen als Opfer des Katholizismus, der Habsburger etc. gearbeitet, beispielsweise durch Arbeiten über die Transmigrationen des 18.

Jahrhunderts. Darin spiegelte sich auch das eigene Erleben als bedrängte konfessionelle Minderheit, insbesondere in den Jahren des „Ständestaates“; auch in den Jahren des Nationalsozialismus bot das eigene Schicksal hier eine Projektionsfläche, war man doch wieder zum Opfer geworden – und selbst über 1945 hinaus sind hier gewisse Kontinuitäten zu sehen, etwa es um die Entnazifizierung der kirchlichen Gremien ging, wo sich mancher zu Unrecht beschuldigt fühlte. Schließlich, und gerade auch dies ist bis heute immer wieder spürbar, fügte sich auch ein Gefühl des Verlustes einstiger Größe in dieses Opferschicksal, waren die Evangelischen im Land doch im 16. Jahrhundert in einer deutlichen Mehrheit gewesen. Mit der Neuregelung des Verhältnisses zum Staat, einem entspannteren Verhältnis zu den politischen Lagern und nicht zuletzt einer Loslösung von antikatholischen Ressentiments weichte dieses Empfinden jedoch langsam auf. Über Jahrzehnte hinweg entwickelte sich daraus eine durchaus selbstbewusste Positionierung als konfessionelle Minderheit mit gesellschaftlicher Verantwortung – beispielhaft erkennbar an der Selbstpräsentation der Kirche im Rahmen der Landesausstellung des Jahres 2011. Das Selbstbild von der Diaspora änderte sich hierbei auch ganz wesentlich. Empfund man sich (und wurde man vor allem von außen wahrgenommen) als Protestantismus an einer „Front“, einem nationalen „Kampfgebiet“, so wurde diese Minderheitensituation eben nunmehr als eine spezifische Stärke gedeutet (ohne den nationalen Dünkel, der einer ähnlichen Haltung in der Zeit um 1900 anhaftete).

#### e. Vom Antikatholizismus zur Ökumene

Ein wesentlicher Bestandteil des evangelischen Selbstverständnisses in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts war ein mitunter geradezu rüder Antikatholizismus. Dieser wurde zweifellos auch befeuert durch tatsächlich vorhandene Verbindungslinien zwischen Staat und katholischer Kirche zuungunsten der Evangelischen Kirche, sei es in Zeiten der Habsburgermonarchie, sei es in den Jahren des Austrofaschismus. Ein Element dieses Antikatholizismus war es auch, dass in der historischen Rückschau vielfach Maßnahmen der staatlichen Obrigkeit der katholischen Kirche angelastet wurden – etwa die bereits angesprochenen „Transmigrationen“ des 18. Jahrhunderts (eine Meinung, die im Übrigen bis heute immer wieder einmal anzutreffen ist). Die gemeinsamen Erfahrungen unter dem Nationalsozialismus, als es um die Beseitigung aller Konfessionen aus der Öffentlichkeit ging, führten zu einer vorsichtigen Annäherung. Daraus entwickelten sich dann nach 1945 erste Ansätze einer Ökumene. Die Evangelische Aka-

demie Kärnten nahm den ökumenischen Kontakt bzw. die Förderung des Verhältnisses ab der Mitte der 1960er Jahre verstärkt in ihre Arbeit mit auf – nicht zufällig in der Zeit, in der angesichts des Zweiten Vatikanischen Konzils allgemein eine Aufbruchsstimmung herrschte. Im Rahmen einer Tagung der Akademie fand im April 1967 dann auch der erste ökumenische Gottesdienst statt.

Die fünf hier skizzierten Entwicklungslinien evangelischer Identität sind selbstverständlich gewissermaßen als Idealtypen zu verstehen, sie hatten viele Facetten und Nebenstränge und erfassten keinesfalls alle Evangelischen. Hier sollten die großen Linien dargestellt werden, und es ist zu bedenken, dass in diesen Entwicklungen vor allem die Positionen der Vertreter der Evangelischen Kirche greifbar werden, also die öffentliche Identität des Protestantismus. Einige dieser Entwicklungen, gerade auch, wo sie von Vertretern der Kirche forciert wurden, stießen in den Gemeinden auf spürbaren Widerstand. Hier ist sicherlich eine tendenzielle Diskrepanz zwischen „Kirchenführung“ und „Kirchenvolk“ zu konstatieren.

Nicht zuletzt, dies ist in diesem Zusammenhang auch noch zu bedenken, war das 20. Jahrhundert für den Kärntner Protestantismus geprägt von Übertrittsbewegungen und Migrationen. Insbesondere auch politisch beeinflusst, kam es in der ersten Jahrhunderthälfte immer wieder zu erheblichen Schüben von Eintritten in die Evangelische Kirche, sei es im Rahmen der „Los von Rom“-Bewegung oder in den Jahren des „Ständestaates“. Die Migrationen, die dem Protestantismus ebenso neue Elemente hinzufügten, hatten ihre Hintergründe unter anderem in der Diakonie und vor allem in den Flüchtlingsströmen nach dem Zweiten Weltkrieg. Auch diese Zuwächse hatten Einflüsse auf evangelisches Selbstverständnis und evangelische Identität.

#### **4. Ausblick**

Zumindest in einem Punkt hat die Evangelische Kirche ein ähnliches Image wie in den Jahren um 1900: Sie gilt als liberal. Heute ist dies allerdings ein ganz anderer Liberalismus als vor hundert Jahren. In diesem frühen 20. Jahrhundert gehörte zu diesem Liberalismus auch die Propagierung eines Nationalprotestantismus unter den Vorzeichen eines politischen Diskurses, in dem der Nationalismus als moderne, fortschrittliche Ideologie galt. Der

heutige Liberalismus wird unter anderem deswegen so empfunden, weil es der Evangelischen Kirche gelungen ist, diesen Nationalismus zu überwinden (hier ist unter anderem darauf hinzuweisen, dass die Hinwendung zu einem solchen Liberalismus auch einen theologischen Umbruch bedeutete, der in den 1970er/80er-Jahren einsetzte). Dabei ist es keineswegs selbstverständlich, dass dies allgemeiner Konsens evangelischen Selbstverständnisses ist – dabei gibt es nach wie vor und wohl auch weiterhin eine Vielzahl an Positionen, wie in allen gesellschaftlichen Gruppen. Aber – und dies ist eine zumindest potenzielle Stärke evangelischer Identität – es ist gerade auch diese Vielfalt, die „Evangelischsein“ ausmacht.

# Mehrheiten – Minderheiten: Die Deutschen in Slowenien

STEFAN KARNER\*

Im großen, geographischen Europa, zwischen Atlantik und Ural, leben rund 750 Millionen Menschen - Europäer. Aber die ethnisch-kulturellen Gegebenheiten auf unserem Kontinent stimmen nicht überein mit dessen staatspolitischer Organisation. Insgesamt kann man heute in Europa von mindestens 180 nationalen Minderheiten ausgehen. Die Anzahl der Angehörigen dieser nationalen Minderheiten wird auf über 100 Millionen geschätzt. Immerhin ein Siebentel der europäischen Bevölkerung.

Seit den neunziger Jahren gab es in den Ländern des Balkans, Mittel- und Osteuropas ein heftiges Aufflammen von Bewegungen, die von ethnischen Minderheiten getragen wurden. Überall in Osteuropa hat das Ende des Kommunismus Minderheiten, die lange Zeit diskriminiert oder überhaupt nicht erkennbar waren, neuen Auftrieb gegeben.

Aus der Sicht der Minderheiten kann festgestellt werden, dass nur der kleinere Teil von ihnen soweit Rechtsschutz genießt, dass ihre Existenz nicht unmittelbar gefährdet ist. Dies bedeutet, dass das Konfliktpotential infolge mangelnden oder unzureichenden Rechtsschutzes außerordentlich groß ist.

Das Zwanzigste Jahrhundert war vor allem auch ein „Jahrhundert der Lager“, der Vertreibungen, Zwangsmigrationen, des „ethnic cleansing“. Jeweils rund 10 Millionen Menschen, vor allem Minderheiten, waren im Zuge der beiden Weltkriege im Kalten Krieg und zu Beginn der 1990er-Jahre zu Opfern dieser Politik und Geschehnisse geworden.

Es waren dies vor allem die Folgen des Zusammenbruchs der großen Machtblöcke sowie totalitärer, rassistischer Ideologien und Regime.

---

\* Univ.-Prof. Dr. Stefan Karner ist Vorstand des Instituts für Wirtschafts-, Sozial- und Unternehmensgeschichte der Universität Graz und Leiter des Ludwig Boltzmann Instituts für Kriegsfolgen-Forschung, Graz, Österreich

Die Vorstellung, ethnische Minderheitenprobleme ließen sich durch Umsiedlungen, durch den Bevölkerungsaustausch lösen, ist so alt wie das 20. Jahrhundert. Ich erinnere

- an den Bevölkerungsaustausch zwischen Griechen und Türken nach 1923,
- an die Pogrome gegen die Armenier vor und im Ersten Weltkrieg, durchgeführt von türkischen Autoritäten. Franz Werfel hat den Armeniern im „Musa Dag“ ein Denkmal gesetzt,
- an den „Holocaust“ an den europäischen Juden
- an den Genozid an den kaukasischen Völkern durch die sowjetischen Organe oder
- an Vertreibungen der Deutschen aus ganz Ostmittel- und Südosteuropa.

Ein Beispiel dafür ist die deutschsprachige Volksgruppe in Slowenien.

## **Die deutschsprachige Volksgruppe in Slowenien**

Nach der letzten Volkszählung der Monarchie lebten 1910 auf dem Gebiet des heutigen Slowenien 106.255 Angehörige der deutschsprachigen Volksgruppe, rund 9,4 Prozent der Gesamtbevölkerung dieses Gebietes. In der Stadt Marburg/Maribor gaben 80,9 Prozent der Einwohner Deutsch als Umgangssprache an, nur unwesentlich weniger als gleichzeitig in Klagenfurt.

1918/19 waren die Deutschsprachigen des Landes binnen weniger Monate vom Staatsvolk zu einer repressierten Minderheit im serbisch dominierten SHS-Staat geworden. Ihre personelle Stärke war bei der ersten südslawischen Volkszählung 1921 (Muttersprachenzählung) auf 41.514 Personen und zehn Jahre später sogar auf 28.998 gesunken.

Dennoch waren trotz staatlicher Sequestrierung und Staatsaufsicht die wesentlichen „deutschen“ Vermögenswerte im Lande und die deutschsprachige Volksgruppe für die Wirtschaft maßgeblich geblieben. Die führende slowenische katholische Zeitung, der Laibacher „Slovenec“, schrieb 1932 das Gefühl vieler Slowenen nieder: „Der Deutsche ist bei uns der Herr, er ist Fabrikbesitzer, Kaufmann oder wenigstens Fleischhauer. [...] Er fühlt sich als Sohn einer herrschenden Nation [...]“. Die zahlenmäßige Minderheit

fühlte sich auch selbst immer weniger als Minderheit. Ab 1933 blickten viele über Österreich nach Hitler-Deutschland und erhofften sich über einen Anschluss Österreichs auch einen Anschluss der nordslowenischen Gebiete. Gemeinsames Feiern mit österreichischen und deutschen Vereinen, gemeinsame Sportfeste und Fußballspiele, etwa Rapid Wien als deutscher Meister gegen Rapid Marburg, usw. standen auf der Tagesordnung.

Im April 1941 wurde das slowenische Gebiet zwischen dem faschistischen Italien, Hitler-Deutschland und seinem Satellitenstaat Ungarn aufgeteilt. Die Minderheit war zwar nicht Mehrheit, aber aufgrund der NS-Ideologie „Herrenvolk“ geworden. Durch die Germanisierungspolitik des NS-Regimes wurden hunderttausende Menschen repressiert, zehntausende deportiert und tausende ermordet.

Der breiten Masse der Slowenen wurde eine „Staatsbürgerschaft auf Widerruf“ verliehen. Slowenen, die aufgrund der rassistischen und politischen Bewertungen für eine Aussiedlung vorgesehen waren, erhielten keine deutsche Staatsbürgerschaft und wurden „Schutzangehörige“ des Deutschen Reiches, Bürger zweiter Klasse, das hieß u.a. keine Eheschließungen mit Deutschen, Verbot des außerehelichen Verkehrs mit „Deutschen“ von Oberkrain und der Untersteiermark und eine Verhinderung ihrer biologischen Vermehrung. Die volle „deutsche Staatsbürgerschaft“ erwarben nur Angehörige der früheren deutschsprachigen Minderheit. Die als „eindeutschungsfähig“ bezeichneten Slowenen sollten binnen 10 Jahren germanisiert werden. Die zahlenmäßige Mehrheit des Landes, die Slowenen, sollten eine neue ethnische Identität annehmen, um sich dem Mehrheitsvolk des Staates langsam anzugleichen.

Die Folgen der Germanisierung:

- Deportationen und Umsiedlungen (zehntausende versetzte Personen - Slowenen, „Volksdeutsche“ aus dem gesamten Balkanraum und Schwarzmeergebiet, Gottscheer),
- eine stärker werdende Partisanenbewegung, die sehr bald von Kommunisten übernommen und geführt wurde,
- ein breiter Hass, der den Deutschen des Landes entgegenschlug. Tausende Menschenrechtsverletzungen, Demütigungen, Morde, die Zerstörung der jahrhundertealten Gottscheer Kultur und die Vertreibung Zehntausender der deutschsprachigen Minderheit, der man

korporativ Verrat an ihrer angestammten Heimat vorwarf. Ein bis heute immer wieder vorgebrachter, doch in einer simplen Täter-Opfer-Relation nicht zutreffender Vorwurf.

- einige durchaus beachtliche Wirtschaftsimpulse (Aufbau von Großbetrieben für die deutsche Rüstung, Ausbau der Energieversorgung, vor allem für Süddeutschland)

1943 war in Jajce/Bosnien mit dem „Antifaschistischen Rat der Volksbefreiung Jugoslawiens“ (AVNOJ) Jugoslawien neu gegründet, der Anschluss der slowenischen Gebiete an Jugoslawien proklamiert und konzeptionell die Auslöschung der Deutschen in Jugoslawien beschlossen worden. 1944 folgten die entsprechenden Beschlüsse des AVNOJ:

Aberkennung der Bürgerrechte der Deutschen, ihre gewaltsame Enteignung und ihre Degradierung zu recht- und besitzlosen, unerwünschten Nichtmehr-Bürgern des Staates.

Zu Kriegsende forderte Boris Kidrič als slowenischer Regierungschef in Marburg: „Aus den nördlichen Gebieten müssen die Reste des Deutschums verschwinden. Es ist unzulässig, dass diese Reste noch auf slowenischer und jugoslawischer Erde spazieren gehen. [...] Das ist unsere Erde und bleibt es auch [...]“

Die ethnische Säuberung des slowenischen Gebietes von den Deutschen erfolgte durch:

1. Einzelmorde, Vergewaltigungen, Zufügung physischer Qualen und Folter sowie schwerster körperlicher Verletzungen in Tötungsabsicht, Verweigerung von notwendiger medizinischer Hilfestellung mit Tötungsabsicht in Lagern, Massen-Liquidierungen. Ende Mai 1945 bilanzierte die OZNA in Cilli/Celje zufriedenstellend: „Bis heute 563 Personen arretiert, 169 liquidiert, 159 ins Konzentrationslager verbracht, 24 entlassen“.
2. Massen-Internierungen besonders in den Lagern der Geheimpolizei OZNA.
3. Deportationen von arbeitsfähigen Männern zur Zwangsarbeit in sowjetische Arbeitsbataillone, wo sie zu härtesten Arbeiten eingesetzt wurden, die die meisten in den folgenden Jahren nicht überlebten.



Die Vertreibungen und Deportationen und Morde waren flächendeckend und nahmen genozidale Formen an. 1948 wies die jugoslawische Volkszählung nur noch eine deutschsprachige Minderheit von 2.406 Personen (davon 1.824, die sich als „Deutsche“ und 536, die sich als „Österreicher“ bezeichnet hatten) aus. Die meisten hatten in Österreich Aufnahme gefunden, vor allem in der Steiermark und in Kärnten. 1953 lebten in Österreich 119.602 Jugoslawien-Deutsche, teils noch in Lagern. Nicht einmal jeder Dritte hatte bis dahin die österreichische Staatsbürgerschaft erhalten.

Jene Deutschen, die in Jugoslawien verblieben waren, hatte man bis 1948 in Lagern interniert, danach konnten die meisten in ihre Wohnorte zurückkehren. Allerdings waren nun sie Staatsbürger zweiter Klasse geworden: Festgesetzt in ihren Wohnorten, arbeitsdienstpflchtig, unter ständiger politischer Beobachtung, Schikanen ausgesetzt. Viele sahen den einzigen Ausweg in einer raschen Anpassung und Aufgabe ihrer nationalen Identität.

Im Jahre 1951 wurde der Kriegszustand zwischen Jugoslawien und Österreich offiziell als beendet erklärt. Jugoslawien trat 1955 dem Österreichischen Staatsvertrag als assoziierte Macht bei. Der Artikel 27 räumte „Jugoslawien das Recht ein, österreichische Vermögen, Rechte und Interessen, [...] die sich [1955] auf jugoslawischem Gebiet befinden, zu beschlagnehmen, zurückzubehalten oder zu liquidieren. Die österreichische Regierung verpflichtet sich, österreichische Staatsangehörige, deren Vermögen auf Grund dieses Paragraphen herangezogen wird, zu entschädigen“.

Vor allem zwei Themen waren es, die in der Folge das politische Klima zwischen beiden Staaten prägten:

1. der Artikel 7 des Österreichischen Staatsvertrages zum Schutz der Rechte der slowenischen und kroatischen Minderheiten in Österreich sowie
2. die Bestimmungen des AVNOJ, die auf die wenigen noch im Lande verbliebenen Deutschen und auf die nach Österreich Geflüchteten Anwendung fanden.

In beiden schwierigen Materien wurden Fortschritte erzielt, im Bereich des Artikels 7 sogar die Ortstafellösung, erreicht. Wichtig waren dabei vertrauensbildende Maßnahmen, wie

- die unterstützende Haltung Österreichs (v.a. von Außenminister Alois Mock) bei der Staatsgründung der Republik Slowenien 1991,
- das gewaltige wirtschaftliche Engagement Österreichs in Slowenien,
- die Entschädigungen und Restitutionen Sloweniens enteigneter österreichischer Vermögen,
- das 2001 unterzeichnete bilaterale Kulturabkommen sowie
- die Lösung des Kärntner Ortstafelproblems 2011, wesentlich vorbereitet von kärntner und steirischen Initiativen seit 1991, der „Kärntner Konsensgruppe“ (Josef Feldner, Bernard Sadovnik, Heinz Stritzl, Marjan Sturm und dem Verfasser dieses Beitrages).

Eine Anerkennung der Deutschen Sloweniens in der Verfassung als einer „nationalen Minderheit“, der zweite wesentliche Punkt, erfolgte bis heute, auch nach dem Kulturabkommen, allerdings nicht. Damit werden der Minderheit etwa die Unterrichtssprache Deutsch, ein eigenes Medium oder eine organisierte Vertretung vor den staatlichen Regierungsstellen verwehrt.

1991 zählte man in Slowenien 1.543 Deutsche. Dazu waren aber noch jene zu zählen, die sich bei dieser, noch jugoslawischen Volkszählung, nicht deklariert hatten. Nach vorsichtigen Erhebungen und Abgleichungen kann eine Gesamtzahl von 1.813 Personen deutscher Volkszugehörigkeit angenommen werden. Von ihnen gaben 1.093 als Muttersprache Deutsch an. 2002, bei der ersten Volkszählung der Republik Slowenien, stieg die Zahl der muttersprachlichen „Deutschen“ auf 1.628, also um mehr als 50 Prozent. Sie sind auch in mehreren Vereinen organisiert.

Alois Mock hatte in seiner Vision zu Beginn der 1990er Jahre auch die Anerkennung der vielen, wenn auch kleinen Ethnien und Volksgruppen in den jeweils neuen Balkan- und Mitteleuropa-Staaten im Blick. Es wäre heute an der Zeit, dass sich Slowenien dieser Mock-Vision entsinnt: Die Anerkennung der rund 2.000 Deutschen in Slowenien wäre dazu ein sichtbares Zeichen. Dazu gehört Mut auch dann, wenn es starken Gegenwind gibt und der Erfolg nicht gleich messbar und zählbar ist.

### **Literaturhinweis und Quelle für alle Zitate:**

Stefan Karner, Die deutschsprachige Volksgruppe in Slowenien. Klagenfurt – Ljubljana – Wien 1998.

# Das Minderheitenschulwesen – Nationalismus oder Emanzipation? Utraquistisches und zweisprachiges Schulwesen in Kärnten nach 1920/21

AVGUŠTIN MALLE\*

Nach dem Ersten Weltkrieg bzw. nach dem 10. Oktober 1920 änderte sich die rechtliche Lage der Kärntner Slowenen grundlegend.<sup>1</sup> Sie mußten ihre politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Organisationen aus der Zeit vor dem Weltkrieg neu aufbauen<sup>2</sup> und sich als nationale Minderheit organisieren, für die die Minderheitenschutzbestimmungen des Vertrages von Saint Germain Geltung hatten<sup>3</sup>. Hinsichtlich des Schulwesens waren Artikel 67 und 68 des Vertrages von besonderer Bedeutung, Artikel 67 sprach von der Gleichheit österreichischer Staatsbürger ohne Rücksicht auf nationale, religiöse oder sprachliche Zugehörigkeit und sicherte diesen insbesondere das selbe Recht zu, „auf ihre eigene Kosten Wohltätigkeits-, religiöse oder soziale Einrichtungen, Schulen und andere Erziehungsanstalten zu errichten, zu verwalten und zu beaufsichtigen mit der Berechtigung, in denselben ihre eigene Sprache nach Belieben zu gebrauchen und ihre Religion frei zu üben.“ Auf diesen Artikel berief sich der Slowenische Schulverein, als er versuchte, die private Volksschule in St. Ruprecht bei Völkermarkt zu erneuern. Die Landesbehörden verstanden es, ihre Wiedererrichtung in Zusammenarbeit mit lokalen Faktoren und mit Druck auf die Eltern der ange-

---

\* Dr. Avguštin Malle ist Leiter des Slowenischen Wissenschaftlichen Instituts in Klagenfurt am Wörthersee, Österreich

- 1 Hanns Haas, Die rechtliche Lage der slowenischen Volksgruppe Kärntens nach Saint Germain. In: Das gemeinsame Kärnten / Skupna Koroška. Dokumentation des deutsch-slowenischen Koordinationsausschusses der Diözese Gurk Bd. 11. Klagenfurt 1991. S. 111-126.
- 2 Avgustin Malle, Die slowenischen Organisationen im politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben der Kärntner Slowenen in der Ersten Republik. In: Das Gemeinsame Kärnten / Skupna Koroška Bd. 11. Klagenfurt 1991. S. 127-139.
- 3 Senžermenska pogodba. Odstavek V. Varstvo manjšin / Staatsvertrag von St. Germain. Abschnitt V. Schutz der Minderheiten. Ljubljana 1920; Koroški Slovenec 1/1921, Nr. 1, 23.3.1921; Theodor Veiter, Das Recht der Volksgruppen und Sprachminderheiten in Österreich. Mit einer ethnosoziologischen Grundlegung und einem Anhang (Materialien). Wien 1970. S. 479.

meldeten Schüler zu verhindern.<sup>4</sup> Andere Versuche zur Errichtung privater Schulen mit slowenischer Unterrichtssprache oder von Erziehungsanstalten gab es keine mehr. Der Verein *Dijaški dom* / Schülerheim bzw. Lehrerheim / *Učiteljski dom* hat sein Heim in der Klagenfurter Achatzelgasse aus bisher unbekanntem Gründen nicht wiedererrichtet. Ab und zu finden sich in der slowenischen Publizistik Informationen, das das Heim noch besteht, aber das gilt nur in sehr eingeschränkter Form und zeitlich begrenzt. Nach dem Plebiszit verließ Kärnten oder mußte Kärnten ein bedeutender Teil jener Leute verlassen, der für sein Bestehen ausschlaggebend gewesen war. Bedeutender war in Hinblick auf unser Thema natürlich Artikel 68 des Vertrages von Saint Germain. Dieser lautete: „Was das öffentliche Unterrichtswesen anlangt, wird die österreichische Regierung in den Städten und Bezirken, wo eine verhältnismäßig beträchtliche Zahl anderssprachiger als deutscher österreichischer Staatsangehöriger wohnt, angemessene Erleichterungen gewähren, um sicherzustellen, dass in den Volksschulen den Kindern dieser österreichischen Staatsangehörigen der Unterricht in ihrer eigenen Sprache erteilt werde. Diese Bestimmung wird die österreichische Regierung nicht hindern, den Unterricht der deutschen Sprache in den besagten Schulen zu einem Pflichtgegenstande zu machen.“<sup>5</sup>

Weil wir wissen, dass weder der Erste Weltkrieg noch die Bestimmungen des Friedensvertrages von Saint Germain, die vom Recht auf Errichtung, Verwaltung und Beaufsichtigung von Privatschulen und anderen Erziehungsanstalten sowie von öffentlichen Volksschulen sprechen, einen Einschnitt in das Kärntner Schulsystem bedeutet haben, wie es die Behörden für die Kärntner Slowenen nach der Verabschiedung des Reichsvolksschulgesetzes vom 14. Mai 1869 durchgesetzt haben – über das Schulsystem in der Zone A des Plebiszitgebietes unter jugoslawischer Verwaltung, das vom kurzen Bestand war, kann hier aus zeitlichen Gründen nicht referiert werden<sup>6</sup> – ist ein Blick auf das Schulwesen auf dem Gebiet Kärntens mit slowenischer oder gemischter Bevölkerung in den Jahrzehnten vor dem Abschluss des Friedensvertrages von Saint Germain notwendig. Wir müssen uns auf die Rezeption der wichtigsten Fachliteratur beschränken, die un-

---

4 Avguštin Malle, *Poskusi obnovitve slovenskega šolstva na Koroškem v dvajsetih letih našega stoletja*. In: *mladje* 25/1977. S. 44-82.

5 Ebenda.

6 Augustin Malle, *Del koroške zgodovine. Šolstvo v coni A v času jugoslovanske uprave / Ein Stück Kärntner Geschichte. Anmerkungen zum Schulwesen in der Zone A zur Zeit der jugoslawischen Verwaltung*. In: *Die Brücke* 12. Klagenfurt 1980. S. 40-48.

terschiedlichen Beurteilungen der Forscher der Problematik aufzeigen und über die Schulforderungen des Katholischen politischen und wirtschaftlichen Vereins für die Slowenen in Kärnten berichten. Die Schulfrage war in der slowenischen und deutschen Presse Kärntens permanent präsent.

Das Reichsvolksschulgesetz formulierte den Zweck der Schule wie folgt: „Die Volksschule hat zur Aufgabe, die Kinder sittlich-religiös zu erziehen, deren Geistesthätigkeit zu entwickeln, sie mit den zur weiteren Ausbildung für das Leben erforderlichen Kenntnissen und Fertigkeiten auszustatten und die Grundlage zur Heranbildung tüchtiger Menschen und Mitglieder des Gemeinwesens zu schaffen.“<sup>7</sup>

Der grundlegende Unterschied in der slowenischen und deutschen Fachliteratur ist in Betreff der Volksschulforschung folgender: Die slowenischen Forscher behandeln die Thematik komplexer und diskutieren verhältnismäßig früh und oft auch über die Unterrichtsmethodik, über didaktische Fragen, Schulbücher und Unterrichtsbehelfe, über Aufgaben der Lehrerbildungsanstalten, über Erfolge der Volksschule sowie ihre Ausgestaltung. Zur vergleichenden Erforschung der Frage zwang sie die Zersplitterung der slowenischen Bevölkerung auf verschiedene Kronländer, überdies rezipierten sie Standpunkte verschiedener Parteien auch aus nichtslowenischen Sprachgebieten.<sup>8</sup> Im Vordergrund der ersten Forschungen deutscher bzw. Kärntner Autoren stehen hinsichtlich unserer Thematik vor allem rechtliche Fragen, Fragen der Durchsetzung des Reichsvolksschulgesetzes durch Orts- und Bezirksschulräte bzw. den Landesschulrat sowie der territoriale Geltungsbereich der zweisprachigen bzw. sogenannten *utraquistischen* Schulen, diese aber in enger Verbindung mit der Frage, wann mit der Einführung der Kinder mit slowenischer Muttersprache bzw. mit slowenischer Umgangssprache in die deutsche Sprache begonnen werden sollte. Die Diskussionen über die *utraquistische* Schule dominierte unter den Kärntner Autoren lange Zeit Martin Wutte, dessen Ausführungen von einem oder anderem Autor auch wortwörtlich<sup>9</sup> oder umfangreich übernommen wurden.

---

7 Reichsvolksschulgesetz vom 14. Mai 1869.

8 Vlado Schmidt in drugi (red.), *Osnovna šola na Slovenskem 1869-1969*. Ljubljana 1970 (siehe insbesondere die Beiträge von Vasilij Melik, Lojze Ude und Franc Strmčnik).

9 Z. B. Anton Hönigmann, *Geschichte des Kärntner Volksschulwesens von 1860 bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges*. Phil. Diss., Innsbruck 1958.

Martin Wutte unterstreicht in seiner Abhandlung über die utraquistische Volksschule<sup>10</sup> die Forderungen von Gemeindevertretungen bzw. von Ortsschulräten nach Beachtung der deutschen Sprache als Unterrichtssprache in den Volksschulen. Hanns Haas und Karl Stuhlpfarrer bezeichnen „die sogenannte utraquistische, das heißt die zweisprachige Volksschule in Kärnten“ als „das souverän gehandhabte Instrument zur Verhinderung der nationalen Emanzipation der Kärntner Slowenen“.<sup>11</sup> Die Frage dieser Schultype stellen sie in den Kontext der politischen Entwicklung in Kärnten und fokussieren an Hand einiger Beispiele die ganze Frage als eine der Machtverhältnisse im Lande. Maria Kurz beruft sich in ihrer Arbeit hinsichtlich der Unterrichtssprache wiederholt auf Martin Wutte, veröffentlicht jedoch auch zahlreiche Protokolle von Ortsschulräten und teilweise von Gemeindevertretungen, auf deren Grundlage man den Schluß ziehen kann, dass Bezirksschulräte und der Landesschulrat und vor allem der Landesausschuss die Wünsche von Ortsschulräten und Gemeindevertretungen nach Deutsch als Unterrichtssprache zumindest ab dem dritten Schuljahr eigenwillig interpretiert haben.<sup>12</sup> Im Jahr, in dem Maria Kurz ihre Monographie veröffentlicht hat, reichte Peter Novak seine Dissertation zur Approbation ein.<sup>13</sup> Seine zentrale Aufmerksamkeit widmet er der Entwicklung auf dem Volksschulsektor, schenkt aber mehr Aufmerksamkeit dem Status des Slowenischen an den Mittelschulen (Gymnasien und Realschulen) sowie den Lehrerbildungsanstalten (Lehrer- und Lehrerinnenbildungsanstalt in Klagenfurt und Lehrerinnenbildungsanstalt der Ursulinen). Im Text selbst zitiert er – wie Maria Kurz – umfangreich einzelne Petitionen mit der Forderung nach slowenischer Unterrichtssprache, es folgen die Einsprüche gegen dieselben seitens der schulerhaltenden Faktoren, die Instanzenwege der Verfahren und die Entscheidungen der obersten Organe. Im Anhang erfasst er in komprimierter Form fast alle Fälle.<sup>14</sup> Zahlreiche Texte der Eingaben, vor allem aber die Stellungnahmen der Bezirksschulräte und des Landesschulrates belegen die gesellschaftliche und wirtschaftliche Subalternität der slowenischen Bevölkerung, die der deutschen Mehrheit durch das geltende kuriale Zensuswahlrecht abgesichert war.

---

10 Martin Wutte, Die utraquistische Volksschule in Kärnten zur 50jährigen Jubelfeier des Reichsvolksschulgesetzes vom 14. Mai 1969. [Klagenfurt 1919].

11 Hanns Haas, Karl Stuhlpfarrer, Österreich und seine Slowenen. Wien 1977. S. 15.

12 Maria Kurz, Zur Lage der Slowenen in Kärnten. Der Streit um die Volksschule in Kärnten (1867-1914) = Das Kärntner Landesarchiv Bd. 17. Klagenfurt 1990.

13 Peter Novak, Schulgesetzgebung und Minderheiten. Jur. Diss., Graz 1990.

14 Ebenda. S. 376-446.

In der slowenischen Presse finden wir ständig Aufrufe, dass es notwendig ist an Wahlen teilzunehmen, sehr selten finden wir aber genauere Angaben hinsichtlich der Anzahl der Wahlberechtigten, der Wahlbeteiligung und des Wahlausganges selbst. Gewöhnlich finden wir nur die Information, dass die slowenische Partei (Seite) gewonnen oder verloren hat. Die Masse der Bevölkerung bzw. der Eltern schulpflichtiger Kinder besaß kein Wahlrecht. Das allgemeine Wahlrecht für Männer für die Reichsratswahlen wurde erst mit der Wahlreform 1907 eingeführt. Auf der Ebene des Landtages blieb es bis zum Ende der Monarchie beim kurialen Wahlsystem, der Zensus wurde seitens der Behörden nach und nach gesenkt. Der Anteil der Wahlberechtigten war im Verhältnis zur Wohnbevölkerung zum Beispiel bei Landtagswahlen niedrig und überschritt in den Achtzigerjahren des neunzehnten Jahrhunderts sehr selten die 5%-Marke.<sup>15</sup> Über die Unterrichtssprache entschied also eine marginale Minderheit der männlichen Bevölkerung. Dies alles muss berücksichtigt werden, wenn von Willenskundgebungen von Gemeinderäten über die Unterrichtssprache gesprochen wird. Die Ortsschulräte bzw. Gemeindevertretungen sprachen in ihren Eingaben in der Regel von der Notwendigkeit, dass in den ersten Jahren in der Muttersprache der Kinder unterrichtet und schrittweise zur deutschen Unterrichtssprache übergegangen wird. Hinsichtlich des Überganges von einer in die andere Unterrichtssprache waren diese Organe keiner einheitlichen Meinung. In letzter Konsequenz hat der Landesschulrat diese Wünsche in der Weise „vereinheitlicht“, dass er die slowenische Unterrichtssprache in den ersten zwei Schuljahren bei sofortiger Einführung in die deutsche Sprache angeordnet hat. Bei dieser Praxis blieb der Landessschulrat auch nach der Verordnung eines Special-Lehrplans für den Unterricht in der slovenischen Sprache an den utraquistischen Volksschulen Kärntens, den er erst auf Druck des Ministeriums für Cultus und Unterricht erstellte.<sup>16</sup> Der Special-Lehrplan bestimmte den Gebrauch der slowenischen Unterrichtssprache für alle Typen der utraquistischen Volksschule (Für ungeteilte einklassige Volksschulen, Für geteilte einklassige Volksschulen, Für zweiklassige Volksschulen, Für dreiklassige Volksschulen, Für vierklassige Volksschulen, ... utraquistische fünfklassige Volksschulen fehlen, hieß es

---

15 Vasilij Melik, Wahlen im alten Österreich. Am Beispiel der Kronländer mit slowenischsprachiger Bevölkerung = Anton Gindely Reihe Bd. 3. Wien – Köln – Weimar 1997. S. 151.

16 Gesetze und Verordnungen betreffend die Allgemeinen Volks- und Bürgerschulen in Kärnten. Dritte vollständig umgearbeitete Ausgabe als redactionelle Beilage des „Kärnt. Gemeinde-Blattes“. Klagenfurt 1904.

– man ignorierte jene in Prävali). Hinsichtlich der ersten zwei Schuljahre bestimmte der Special-Lehrplan für alle Typen: „... Lese- und Sprechübungen. Anschauungs- und Sprechübungen, ausgehend von der Betrachtung der Gegenstände aus der Umgebung des Kindes. An diesen in slovenischer Sprache behandelten Anschauungsstoff knüpfen sich systematisch geordnete deutsche Sprechübungen behufs Einführung in die deutsche Sprache an. Einübung der Laute und deren Zeichen in slovenischer und deutscher Schreib- und Druckschrift. Langsames, lautrichtiges Lesen mit Beachtung der Silbentrennung und der Satzzeichen; planmäßig geleitete Uebungen im Abschreiben und im Niederschreiben leichter im Anschauungsunterrichte gewonnener Sätzchen; Besprechung des Lesestoffes. Memorieren und vortragen passender Musterstücke.“ Auf allen Typen der utraquistischen Schule sah der Lehrplan ab dem dritten Schuljahr drei Pflichtstunden für den Slowenischunterricht vor. Die Lerninhalte dieser Stunden präzisierter der Lehrplan in der Richtung, dass beim slowenischen Fachunterricht jenes Wissen vertieft werden sollte, welches beim übrigen Unterricht erworben worden war. Diese Pflichtstunden relativierte der Landesschulrat mit einem Erlass, dass diese am Ende des Unterrichtes anzusetzen sind, außerdem aber den Wünschen der Eltern zu entsprechen ist, wenn diese eine Befreiung von diesem Unterricht wünschen. Der Pflichtunterricht in Slowenisch wurde so zum fakultativen. An Stelle der deutschen Fibel fand an utraquistischen Schulen in den ersten zwei Jahren Prescherns zweisprachiger Abecednik Verwendung.<sup>17</sup> Nach Meinung von Zeitgenossen war dieses Lehrbuch nicht ausgereift, im Vergleich mit deutschen Übungsbüchern aber schon bei der ersten Auflage veraltet. Bei Lesestücken für den Anschauungs-Unterricht kam die Simultanmethode zur Anwendung. Der Abschnitt mit slowenischen Lesestücken war für zwei Schuljahre außerordentlich bescheiden.<sup>18</sup> Auf Basis einer Durchsicht der Volksschulbibliotheken, die Rudolf Vouk durchgeführt hat, kommen wir zum Schluss, dass an utraquistischen Schulen zumindest einige Lehrer neben Prescherns Abecednik auch andere Lehrbücher verwendet haben. Ob diese von den Ortschaftsräten auch für Schüler angeschafft wurden, ist schwer festzustellen, jedoch gab es auch solche Fälle.<sup>19</sup>

---

17 Ebenda. S. 201-205; zuletzt erschien der Slovensko-nemški Abecednik za občę ljudske šole / Slowenisch-deutsche Fibel für allgemeine Volksschulen 1921 in Wien.

18 Karl Preschern, Abecednik. S. 136-144.

19 Z. B.: Peter Končnik, Slovenska slovnica za občę ljudske šole. Na Dunaju 1898 (und zahlreiche weitere Auflagen); Perva nemška slovnica za ljudske šole / Erstes deutsches Sprach- und Lesebuch für slovenische Volksschulen. Na Dunaju 1881



Die Schulforderungen der Kärntner Slowenen formulierte als erster Andrej (Andreas) Einspieler in seinen slowenischen und deutschen periodischen Druckschriften und nicht Gregor Einspieler.<sup>20</sup> Andrej Einspieler befürwortete die slowenisch-deutsche Zusammenarbeit auf katholischer Grundlage. Die Kärntner Slowenen haben diese Zusammenarbeit mit der Gründung des Katholisch politischen und wirtschaftlichen Vereins für die Slowenen in Kärnten im Jahre 1890 beendet. Gregor Einspieler, ein Neffe Andrej Einspielers, wurde zu seinem ersten Vorsitzenden gewählt. Er und der Verein schlossen aber auch in den folgenden Jahrzehnten Wahlbündnisse mit den deutschen katholischen Konservativen bzw. Christlich-Sozialen. Filip Haderlap, Redakteur der Einspielerschen Zeitung „Mir“, formulierte bzw. erfasste erneut noch vor der Gründung des genannten Vereins die Schulforderungen der Slowenen in Kärnten.<sup>21</sup> Im umfangreichsten IV. Abschnitt<sup>22</sup> schrieb er über die Volksschulen und setzte sich für die slowenische Unterrichtssprache an slowenischen bzw. utraquistischen Schulen ein, zugleich betonte er den Nutzen der Kenntnis der deutschen Sprache. Aber erst in einer neuen Publikation des politischen Vereins sind umfangreiche Faktoren angeführt, die nach Meinung des Vereins einen größeren Erfolg der utraquistischen Schulen verhindert haben. Haderlap spricht von 95 utraquistischen Schulen und ignoriert die einzige mit slowenischer Unterrichtssprache in Jezersko / Seeland<sup>23</sup>, die Lehrerbildungsanstalt thematisiert er nur marginal<sup>24</sup>. Der Deutsche Verein in Klagenfurt polemisierte zum Teil recht scharf gegen Haderlaps Broschüre.<sup>25</sup> Die Broschüre des politischen Vereins führt 92 „zweisprachige Schulen“ an und 19 Volksschulen mit formal ausschließlich deutscher Unterrichtssprache, die aber

---

(und zahlreiche weitere überarbeitete Auflagen); Henrik Schreiner, Čitanka za občę ljudske šole v štirih delih. ... Na Dunaju 1913; Schreiner, Bezjak (verfasst), Slovenska vadnica I-IV. Dunaj 1905 in 1907 (noch weitere Auflagen); M. Josin in E. Gangl (red.), Drugo berilo in slovnica za občę ljudske šole. V Ljubljani 1908; Franc Močnik, Računica za občę ljudske šole. Izdaja v treh delih. Na Dunaju 1899 (weitere vorhergehende und spätere Auflagen).

- 20 Maria Kurz, Zur Lage. S. 34. Die Autorin beruft sich auf einen Beitrag von Lobmeyr-Hohenleiten, der Probst Gregor Einspieler als Autor dieser Forderungen benennt. Dies ist natürlich ein Irrtum. Gregor Einspieler war ein Neffe Andrej Einspielers und auch „Erbe“ seiner national-politischen Forderungen.
- 21 Filip Haderlap, Die Kärntner Slowenen. Ihre nationalen Verhältnisse und Bestrebungen. Klagenfurt 1885.
- 22 Ebenda. S. 10-34.
- 23 Ebenda. S. 10
- 24 Ebenda. S. 33 und 34.
- 25 Deutscher Verein in Klagenfurt (Hrg.), Die Kärntner Slowenen und die Volksschule. Ein Wort der Richtigstellung und Abwehr. Klagenfurt 1885.

seiner Einschätzung nach überwiegend von slowenischen Kindern besucht wurden.<sup>26</sup> Den Hauptgrund für den Mißerfolg der zweisprachigen Schulen erblickte der Verein im Kärntner Schulsystem allgemein und in der mangelnden sprachlichen und fachlichen Kompetenz der Lehrer im Speziellen. Er verlangte, dass der Unterricht auf Basis der Muttersprache erteilt wird und präzisierete Haderlaps Gedanken hinsichtlich des Slowenischunterrichtes an der Klagenfurter Lehrerbildungsanstalt und hinsichtlich einer ausreichenden Anzahl qualifizierter Lehrer. Es resümierte die Angaben Prof. Johann Braumüllers über die Schüler, welche sich an der Anstalt in der Dekade von 1870/71 bis 1880/81 als Slowenen angemeldet hatten. Braumüller berichtete von 87 Schülern und stellte über diese Folgendes fest: „Am meisten fällt die geringe Zahl der Zöglinge slovenischer Nationalität auf. Dies kommt weniger davon, dass sich aus slovenischen Gegenden keine Bewerber melden, thatsächlich fehlt es nicht an solchen, als weil einige sich lieber als Deutsche declarierten. Sie fürchten durch Eingeständnis ihrer slovenischen Nationalität die Zahl ihrer Studienfächer noch um eines zu vermehren (Die slovensiche Sprache ist ein nicht obligater Gegenstand); dann gehörten bisher die slovenischen Stationen aus mancherlei Gründen, die hier nicht erörtert werden können, nicht zu den begehrenstwertesten.“<sup>27</sup> Braumüller weist darauf hin, dass sich keineswegs alle 87 Kandidaten auch der Lehramtsprüfung aus Slowenisch unterworfen hätten, sie bekamen jedoch wegen Kenntnis der heimischen slowenischen Dialekte leichter eine Anstellung an zweisprachigen Schulen. Der politische Verein verlangte hinsichtlich der Lehrerbildungsanstalt: „Erstens ist es notwendig, dass an der Klagenfurter Lehrerbildungsanstalt ein Lehrer der slowenischen Sprache angestellt wird, der diese selbst gründlich erlernt und auf der Universität, sei es in Graz oder in Wien, die Staatsprüfung aus diesem Fach abgelegt hat. Zweitens: Der Unterricht in slowenischer Sprache soll derart umgestaltet werden, dass die slowenischen Lehramtszöglinge Slowenisch mit slowenischer Unterrichtssprache und auf Grundlage slowenischer Lehrbücher lernen werden. Außer dem üblichen Slowenischunterricht müssen die Lehramtszöglinge des vierten Jahrganges auch wöchentlich praktische Übungen haben, wie sie slowenische Kinder in verschiedenen Fächern zu unterrichten haben. Bei der Reifeprüfung oder Matura und bei der Lehrbefähigungsprüfung muss jeder slowenische Lehramtszögling nachweisen,

26 Katoliško-politično in gospodarsko društvo za Slovence na Koroškem (Hrg.), Šole na Koroškem. Ljubljana 1891. (Priloga).

27 Dritter Bericht der k. k. Lehrerbildungsanstalt in Klagenfurt. Klagenfurt 1882. S. 40 und 41.

dass er die slowenische Sprache in Wort und Schrift beherrscht. Drittens: Der Lehrer, der bei der Matura und bei der Lehrbefähigungsprüfung nicht nachgewiesen hat, dass er die slowenische Sprache in Wort und Schrift beherrscht, kann nicht an einer Schule angestellt werden, die von slowenischen Kindern besucht wird. Viertens: Lehrer, die jetzt an Schulen in slowenischen Gegenden unterrichten, ohne dass sie die Kenntnis der slowenischen Sprache bei der Matura und bei der Lehrbefähigungsprüfung nachgewiesen hätten, müssen im Verlaufe von zwei Jahren die Prüfung aus Slowenisch ablegen, wenn sie weiterhin an slowenischen Schulen arbeiten wollen. Fünftens: Sollte sich an der Klagenfurter Lehrerbildungsanstalt keine genügende Anzahl von Lehramtszöglingen melden, sollen Jahresstipendien für jene Lehramtszöglinge an den Lehrerbildungsanstalten in Klagenfurt, Koper, Ljubljana und Maribor ausgeschrieben werden, die sich verpflichten, dass sie zumindestens 6 Jahre in Kärnten arbeiten wollen.<sup>28</sup> Die Forderungen blieben am Papier, die Situation verschärfte sich noch. An die Lehrerbildungsanstalt kamen immer mehr Absolventen der Bürgerschulen – ab 1910 kamen 80 % der Kandidaten aus diesen Schulen – dort hatte aber Slowenisch überhaupt keinen Platz.<sup>29</sup> Aus den Gymnasien trat nach der vierten Klasse eine unbedeutende Zahl an Gymnasiasten in die Lehrerbildungsanstalt ein.<sup>30</sup> Alle Aufrufe im „Mir“, jede Pfarre möge zumindestens einen Schüler in die Klagenfurter Schulen senden, waren vergebens.<sup>31</sup> Die Situation besserte sich einigermassen, als Kärntner Slowenen verschiedene Unterstützungsvereine für Gymnasiasten und Studenten gründeten und daran gingen, das bereits genannte Lehrerheim zu realisieren.<sup>32</sup>

---

28 Šole na Koroškem. S. 49 und 50.

29 Erhard Seiwald, 90 Jahre Haus der Lehrerbildung in Kärnten. In: Weg und Ziel. Schriftenreihe des Pädagogischen Institutes für Kärnten. 8. Jahrgang, Heft 2. S. 20 (Die Broschüre führt die Direktoren, das Professorenkollegium seit der Gründung an und bietet auch ein Verzeichnis der Maturaklassen vom Jahr 1920 bis zum Jahr 1962 an).

30 Für „geborene“ Slowenen war der Slowenischunterricht am Klagenfurter humanistischen Gymnasium und an der Realschule Pflichtgegenstand und Maturafach bis 1930.

31 Augustin Malle, Zur Problematik des Slowenischunterrichtes an einigen Kärntner Mittelschulen und an der Lehrerbildungsanstalt in Klagenfurt. In: Feliks J. Bister und Peter Vodopivec (Hrg.) Kulturelle Wechselseitigkeit in Mitteleuropa. Deutsche und slowenische Kultur im slowenischen Raum vom Anfang des 19. Jahrhunderts bis zum Zweiten Weltkrieg. Ljubljana 1995. S. 91-128.

32 Avguštin Malle, Šašlov rod. Socializacijske poti mladih Korošcev (do vpisa na univerzo) v zadnjem obdobju avstro-ogrske monarhije. In: Josip Šašel, Spomini II. Zbornik s simpozija o Josipu Šašlu: Josip Šašel in njegov pomen za kulturno zgodovino koroških Slovencev. Celovec – Ljubljana – Dunaj 2012. S. 105-127.

Rudolf Vouk analysierte die utraquistischen Schulen in Kärnten bis zum Jahr 1918. Auf Grundlage von Ausschreibungen von Lehrerdienststellen an zahlreichen Volksschulen in Bezirken mit slowenischer oder gemischter Bevölkerung hat er belegt, dass auch eine formale Erklärung einer Schule als deutsche noch nicht bedeutet hat, dass aus ihr die slowenische Sprache vollkommen verschwunden war.<sup>33</sup> In der Zusammenfassung machte er auf den Status des Slowenischen in der Öffentlichkeit, der neben dem Lehrermangel eine positive Entwicklung dieser Schultype verhindert hatte, aufmerksam. In der deutschsprachigen Kärntner Publizistik tobte jahrzehntelang ein Kampf gegen „das Neuslowenische“, das von den Kärntner Slowenen nicht verstanden würde. Die negative Bewertung der slowenischen Sprache war vor allem in der Lokalberichterstattung präsent, auszumachen ist sie aber auch in umfangreicheren Berichten und Leitartikeln. Die Autoren verneinten dem Slowenischen die Chance einer Entwicklung und sprachen permanent von der Höherwertigkeit deutscher Kultur.<sup>34</sup> Vouk kommt zum Schluss, dass die Verordnung des Special-Lehrplanes zu spät erfolgte und schreibt: „Als dann nach vielen, von slowenischer Seite im Reichsrat und im Kärntner Landtag eingebrachten Beschwerden etc. vom Kärntner Landesschulrat über Auftrag des Ministeriums mit einer Verspätung von 20 Jahren 1890/91 der Speziallehrplan für den Unterricht an den ein- bis vierklassigen utraquistischen Volksschulen in Kärnten erlassen wurde, war die Entwicklung dieser Schultype bereits eingefahren und das Slowenische auf einem Nebengleis abgestellt, da der slowenische Teil des Unterrichts durch die getroffenen Begleitmaßnahmen sich im wesentlichen auf die Unterstufe beschränkte. Auch mangelte es an Lehrern, die beider Sprachen mächtig waren. Als im April 1898 der slowenische Abgeordnete Grafenauer im Landtag das bestehende utraquistische Schulwesen scharf angriff, verteidigte es der Landesschulinspektor Josef Palla mit einem kaum überbietbaren Zynismus. Er bezeichnete die doppelsprachigen Schulen, soweit

---

33 Rudolf Vouk, *Popis koroških utrakvističnih šol do leta 1918 / Bestandsaufnahme der Kärntner utraquistischen Schulen bis 1918 = Disertacije in razprave / Dissertationen und Abhandlungen zv./Bd. 6. Klagenfurt / Celovec 1980.*

34 Über diese Problematik fand im Rahmen der 8. Kärntner Kulturtagung 1977 eine Diskussion statt. Das Forschungsteam von Studenten der Universitäten in Klagenfurt, Wien, Graz und Salzburg leitete Erik Prunč. Die Diskussion fand unter dem Titel „Information oder Propaganda? Ideologische Hintergründe von Zeitungstexten und Publikationen über Kärntner Slowenen“ statt. Das Material liegt im Archiv des SZI. Siehe auch: Florian Menz und andere, „Der Kampf geht weiter“. *Der publizistische Abwehrkampf in Kärntner Zeitungen seit 1918 = Disertacije in razprave / Dissertationen und Abhandlungen Bd. 20. Klagenfurt / Celovec 1989.*

er sie kenne, als Musterschulen und ihre Entwicklung eine geschichtliche, nicht willkürliche, allerdings seien 170 des Slowenischen mächtige Lehrer notwendig, während kaum 100 vorhanden sind. – Bei einem Fehlbestand von über 42% der der slowenischen Sprache nicht mächtigen Lehrer von Musterschulen zu sprechen, beleuchtet den Zustand dieses Schulwesens vielleicht besser, als es lange Darstellungen vermögen.“<sup>35</sup>

Nach Angaben des Landesschulrates für Kärnten existierten in Kärnten im Schuljahr 1904/05 373 allgemeine Volksschulen. Diese teilten sich in 286 deutsche, 84 utraquistische und 3 slowenische mit deutsch als Unterrichtsgegenstand (Seeland, Zell und St. Jakob i. Ros.). Fünf Filienschulen waren nach dem utraquistischen System eingerichtet, ebenso eine Exkurrendenschule und eine Notschule.<sup>36</sup> Mit Stand vom 1. Jänner 1918 existierten in Kärnten innerhalb der Grenzen des Friedensvertrages von Saint Germain insgesamt 86 slowenisch-deutsche Volksschulen.<sup>37</sup> Dies war die Lage, mit welcher sich die Kärntner Slowenen als Minderheit nach der Volksabstimmung konfrontiert sahen.

Die slowenische Publizistik bezeichnete die utraquistische Schule als Germanisierungsanstalt. Berücksichtigen wir die Muttersprache der schulpflichtigen Kinder bis zum Anschluss und einige wichtige Quellen politischer Behörden, wie zum Beispiel den summarischen Bericht Hans Skoriansz über die Situation des utraquistischen Schulwesens in Kärnten aus dem Jahr 1937, dann gilt es festzustellen, dass diese Germanisierung auf die Sprachstruktur des Gebietes mit slowenischer oder gemischter Bevölkerung noch keinen wesentlichen Einfluss gehabt hat. Wegen der geringen Mobilität und der überwiegend agrarisch sozialen Zugehörigkeit der Bevölkerung gebrauchte diese nach wie vor die slowenische Umgangssprache bzw. ihre dialektalen Kärntner Formen. Dieses Faktum war auch Skoriansz vollkommen klar, der in seinem Bericht die Muttersprache der Kinder, gleichzeitig aber auch die nationalpolitische Orientierung der Eltern der schulbesuchenden Kinder, festhielt.<sup>38</sup> Die Windischentheorie Martin Wutttes adaptierte er nur insofern, als es den Eliten des autoritären Ständestaates entsprach. Diese erkannten im Jahre 1934 nämlich die politische Orientierung des Kärntner Heimatbundes und stellten die Finanzie-

---

35 Rudolf Vouk, Popis / Bestandsaufnahme. S. 63.

36 Ebenda. S 45.

37 Ebenda. S 82-83.

38 Arhiv SZI, Abschrift des Berichtes von Hans Skoriansz.

zung der Koroška Domovina – Kärntner Heimat ein. Bei dieser Organisation hatte Martin Wutte jahrelang eine führende Position inne und in der genannten Zeitung veröffentlichte er erstmals seine Schrift Deutsch – Windisch – Slowenisch, mit der er versucht hat, die Windischentheorie wissenschaftlich zu begründen und Personen, die die slowenischen Kärntner Dialekte sprachen, die aber kein slowenisches nationales Bewußtsein entwickelt hatten, die Identität einer eigenen Nationalität zu geben.<sup>39</sup> Die Koroška domovina – Kärntner Heimat war jene periodische Druckschrift, die nach der Volksabstimmung bis in das Jahr 1934 die nationalen Leidenschaften stark anfachte und der nationalbewußten slowenischen Bevölkerung Illoyalität gegen den Staat vorwarf, permanent sprach sie von Irredentismus und maßlosen nationalen Forderungen der Minderheit. Der Koroški Slovenec, das Organ des Politischen und wirtschaftlichen Vereins für die Slowenen in Kärnten, polemisierte wenig gegen die Zeitung des Heimatdienstes bzw. Heimatbundes. Die Koroška Domovina – Kärntner Heimat sprach abschätzig vom slowenischen Blatt als vom „Tschecherl“, weil es die Slowenen bei den Wiener Tschechen drucken ließen. Sie schrieb im guten „Neuslowenisch“ und hielt stolz fest, dass ihr ihre sprachliche Qualität auch von hochgebildeten Kärntner Slowenen, Emigranten in Ljubljana bescheinigt wird. Koroški Slovenec zahlte ihr nicht mit gleicher Münze heim, ansonsten könnte er unaufhörlich über ihre beiden Redakteure schreiben, die aus dem Krainischen kamen, was im Falle slowenischer Strukturen in Kärnten für die Koroška Domovina – Kärntner Heimat etwas Ungeheuerliches war.

Franc Petek, langjähriger Landtagsabgeordneter aus den Reihen der Partei der Kärntner Slowenen, vertrat die Ansicht, dass die utraquistische Schule nie den Zweck hatte die slowenische Sprache und die slowenische Kultur zu pflegen, sondern das Ziel verfolgte, die Schüler möglichst schnell für den Unterricht in deutscher Sprache zu befähigen.<sup>40</sup> Zugleich meinte er auch, dass das Schlagwort von der Verdummungsanstalt, das von den slowenischen politischen Organisationen über diesen Schultyp verbreitet wurde, vollkommen inadäquat gewesen war.<sup>41</sup> Er erkannte, dass die Menschen begannen sich national, wirtschaftlich und sozial zu emanzipieren

---

39 Andreas Moritsch, Nacionalne ideologije na Koroškem. In: Andreas Moritsch (Hrg.), Koroški Slovenci 1900-2000. Bilanca 20. stoletja = Unbegrenzte Geschichte / Zgodovina brez meja Bd. 8. Celovec – Ljubljana – Dunaj 2000/2001. S. 9-24.

40 Franc Petek, Iz mojih spominov. Ljubljana – Borovlje 1979. S. 143.

41 Ebenda. S. 144.

und die Beachtung des Slowenischen in der Schule deshalb verlangten, um sich leichter aus der untergeordneten gesellschaftliche Lage zu befreien. Er war es, der häufig davon sprach, dass die Schule einen Teil der Schuld an der wirtschaftlichen Rückständigkeit der Bezirke mit slowenischer oder gemischter Bevölkerung trage.

Die utraquistische Schule blieb bis zum Anschluss bestehen. Schon sofort nach dem Plebiszit erlitt sie schwere personelle Verluste. Das Land verließen 54 Lehrer und Professoren oder mussten es verlassen<sup>42</sup>, in die Klagenfurter Lehrerbildungsanstalt wurden nur solche Kandidaten aufgenommen, von denen man überzeugt war, dass sie sich im Laufe ihrer Ausbildung der slowenischen Nationalität entsagen werden.<sup>43</sup> Die Verhandlungen über die Kulturautonomie scheiterten gerade an der Frage der utraquistischen Schule. Franc Petek akzeptierte im Namen des Politischen Vereins den nationalen Kataster und verursachte dadurch eine Panik unter den Mitverhandlern<sup>44</sup>, verlangte jedoch, dass in Zukunft in Kärnten nur noch Schulen mit deutscher Unterrichtssprache und Schulen in autonomer Verwaltung der slowenischen Minderheit bestehen. Den Kompromisverschlagn, dass die utraquistischen Schulen nach und nach in die autonome Verwaltung kommen müssten oder aber aufgelöst würden, nahm die Mehrheit nicht an. Über die Schulregelung fanden in den Jahren 1934-1937 „Gespräche hinter den Kulissen“<sup>45</sup> zwischen den Kärntner Slowenen und politischen Behörden des autoritären Staates statt, die aber zu keinem Erfolg geführt haben. An den utraquistischen Schulen nahm nach dem Plebiszit die deutsche Sprache immer mehr Platz ein, nun sollten die Schulen neu eingeteilt werden und nach Schultypen sollte auch der Gebrauch der slowenischen Unterrichtssprache im Anfangsunterricht und das Stundenausmaß des slowenischen Fachunterrichtes geregelt werden.<sup>46</sup> Auf die Resultate dieser Verhandlungen stützten sich nach dem Zweiten Weltkrieg in den Verhandlungen über die verpflichtende zweisprachige Schule Joško Tischler und F. V. Legat. Nach einem Bericht des Landesschulrates wurde der Erlass vom 9. November 1881 im Jahre 1934 nur noch an sieben utraquistischen

42 Hans Haas, Karl Stuhlpfarrer, Österreich und seine Slowenen. S. 34-36, 35.

43 Theodor Veiter, Die slowenische Volksgruppe in Kärnten. Geschichte, Rechtslage, Problemstellung = Kleine historische Monographien Bd. 50. Wien – Leipzig 1936. S. 70.

44 Franc Petek, Iz mojih spominov. S. 129, 251-252.

45 Teodor Domej, Šolstvo za prebivalstvo jugovzhodne avstrijske Koroške. V. Andreas Moritsch (izd.), Koroški Slovenci 1900-2000. S. 25-55, 29.

46 Theodor Veiter, Die slowenische Volksgruppe. S. 136-152.

Schulen durchgeführt.<sup>47</sup> Überall sonst fiel Slowenisch (bzw. fielen die slowenischen Dialekte Kärntens) auf das Niveau einer Hilfssprache. Die Nationalsozialisten führten im Herbst 1938 an allen Schulen die deutsche Fibel ein. Es verschwanden Maklins *Začetnica*<sup>48</sup> und *Berilo*<sup>49</sup>. Nach dem Überfall des Deutschen Reiches auf Jugoslawien bekamen Kärntner nationalsozialistische Behörden und das von diesen abhängige Schulpersonal neue Arbeitsgebiete. Sie begannen mit der Germanisierung Oberkrains und des Mießtales, die unter der Zivilverwaltung des Kärntner Gauleiters standen. Kärntner Lehrer übernahmen Schulen im besetzten Gebiet<sup>50</sup>, in Kranj (Krainburg) führte Franz Koschier eine Expositur der Klagenfurter Lehrerbildungsanstalt<sup>51</sup> in Gozd-Martuljk (Wald) wiederum leitete Irmgard Kotziper eine Haushaltungsschule und eine Schule für Turnlehrerinnen<sup>52</sup>.

Das Ende des Zweiten Weltkrieges stellt für das Minderheitenschulwesen, sofern man von einem solchen für die Zeit der Ersten Republik überhaupt sprechen kann, eine entscheidende Zäsur dar. Auf Grundlage der Kriegserfahrungen, vor allen jener aus dem Widerstand gegen den Nationalsozialismus, hatte sich das Selbstbewußtsein der slowenischsprachigen Bevölkerung geändert. Die Eliten der Mehrheitsbevölkerung stellten sehr bald fest, dass sie mit alten Formen des Schulwesens nicht mehr fortfahren werden können bzw. die Minderheit ansprechen können. Notwendig war ein Kompromiss, der sich schlussendlich in der Verordnung zur Neugestaltung der zweisprachigen Volksschulen im südlichen Gebiete Kärntens niederschlug. Die Nachkriegsjahrzehnte kennzeichnen noch andere positive und negative Eingriffe in das Minderheitenschulwesen. Wenn wir den

---

47 Lojze Ude, *Zgodovina slovenskega pouka na Koroških osnovnih šolah od leta 1869 do danes*. In: Vlado Schmidt und andere (red.), *Osnovna šola na Slovenskem*. S. 171-234, 208.

48 Walter Maklin, *Začetnica za koroške ljudske šole*. Graz 1929 (Der Titel suggeriert, dass die *Začetnica* an „Kärntner Volksschulen“ in Verwendung stand, was nicht im Einklang mit dem tatsächlichen Anwendungsbereich war. Das Lehrbuch wurde seitens des Bundesministeriums für Unterricht für den Unterricht an „sprachlich gemischten Volksschulen in Kärnten“ approbiert).

49 Walter Maklin, *Berilo za drugo šolsko leto koroških ljudskih šol*. Graz 1929 (der Autor nahm ins *Berilo* zahlreiche deutsche Lehnwörter, aber auch Wörter slowenischer Dialekte in Kärnten auf).

50 Helmut Prash, *Arbeitseinteilung für den Ferieneinsatz der Kärntner Erzieher in den besetzten Gebieten Krains von 14. Juli bis 24. August 1941*. (Ohne Ort) 1941; derselbe: *Die Aufgabe*. Ein Handbuch für junge Schulleiter in Oberkrain. Stein 1943.

51 Erhard Seiwald, *90 Jahre Haus der Lehrerbildung in Kärnten*. S. 31.

52 Ebenda.



ersten positiven Eingriff in der Gründung der verpflichtenden zweisprachigen Volksschule für alle schulpflichtigen Kinder auf einem genau umrissenen Territorium sehen, dann sind zwei weitere positive Maßnahmen in der Gründung der Minderheitenschulabteilung beim Landesschulrat für Kärnten und des Bundesgymnasiums und Bundesrealgymnasiums für Slowenen in Klagenfurt zu sehen<sup>53</sup>, das Vladimir Wakounig als „Identitätsschmiede“ bezeichnete<sup>54</sup>. Beide Maßnahmen sehen wir im engen Zusammenhang mit der Realisierung des Artikels VII des Österreichischen Staatsvertrages. Im vierten Fall können wir von keinem Markstein sprechen, sondern von einem anhaltenden positiven Prozess, der das Minderheitenschulwesen vor allem nach der Novellierung des Minderheitenschulgesetzes für Kärnten und der mit ihr verbundenen teilweisen Segregation von Kindern, die den zweisprachigen Unterricht besuchen, von jenen, die nur den einsprachigen erhalten, erfasst hat. Dieser Prozess ist untrennbar mit der für die Minderheit außerordentlich willkommenen Einmischung der Klagenfurter Universität bzw. einzelner ihrer Forscher und Fachpädagogen in die Diskussion über ein umfassendes Minderheitenschulwesen verbunden. Ab den Achtzigerjahren des vergangenen Jahrhunderts nahmen anerkannte Experten und junge Forscher pädagogische, didaktische und methodologische Fragen des Minderheitenschulwesens unter die Lupe und schlossen so teilweise schon Wissenslücken, die neben einer großen Anzahl von Forschungsergebnissen historischen<sup>55</sup> und rechtlichen<sup>56</sup> Charakters bis dahin existierten. Diese Fragen sollten im Vordergrund von Diskussionen über das Minderheitenschulwesen stehen, wird es ja nur auf Basis pädagogischer Wissenschaften bestehen und sich entwickeln können. Für die Kärntner Slowenen und an-

---

53 Franc Krištof, Jože Wakounig (red.), Jubilejni zbornik '97. 40 let Slovenske gimnazije v Celovcu / 40 Jahre BG und BRG für Slowenen in Klagenfurt. Celovec / Klagenfurt 1997.

54 Vladimir Wakounig, Der heimliche Lehrplan der Minderheitenbildung. Die zweisprachige Schule in Kärnten = DravaDiskurs. Klagenfurt / Celovec 2008. S. 238.

55 Ausgewählte Literatur: In: Silvo Devetak und andere (red.), Šolstvo za Slovence na Koroškem – sožitje ali ločevanje? Ljubljana 1988. S. 255-269. Siehe auch die Angaben zur Literatur bei Claudia Fräss-Ehrfeld, Zwischen Bundeskompetenz und Kärntner Realität. Die Kärntner Minderheitenproblematik in der Zweiten Republik. In: Claudia Fräss-Ehrfeld, Helmut Rumpler (Hrg.), Kärnten und Wien. Zwischen Staatsidee und Landesbewusstsein = Stefan Karner (Hrg.) Kärnten und die nationale Frage Bd 4. Klagenfurt 2005. S. 83-162.

56 Siehe Literaturangaben bei Gerold Glantschnig, Das Minderheitenschulrecht. In: Helmut Rumpler (Hrg.), Ulfried Burz (Mitarbeit), Kärnten. Von der deutschen Grenzmark zum österreichischen Bundesland = Herbert Dachs und andere (Hrg.), Geschichte der österreichischen Bundesländer seit 1945 Bd 6/2. Wien – Köln – Weimar 1998. S. 520-544.

dere Minderheiten in Österreich war es höchst bedeutend, dass Initiativen einzelner Wissenschaftler die notwendige institutionelle Anerkennung der österreichischen Wissenschaft bekommen haben. Diese sehen wir im Bericht der Arbeitsgruppe der österreichischen Rektorenkonferenz.<sup>57</sup> Es ist keine Überraschung, dass der Bericht im Kapitel Empfehlungen und Perspektiven solche Aufmerksamkeit gerade der Bildung und in diesem Zusammenhang der Aus- und Weiterbildung, heute würden wir sagen, der lebenslangen Ausbildung der Pädagogen widmet.<sup>58</sup> Die positiven Auswirkungen dieses Prozesses sind im permanenten Ansteigen der Zahl jener Kinder zu sehen, die von den Eltern zum zweisprachigen Unterricht angemeldet werden. Das Minderheitenbildungssystem umfasst heute alle Bereiche: vom Kindergarten bis zur universitären Hochschulbildung. Die neuen Ansätze spiegeln sich in einer Vielzahl von Fachpublikationen, die bis hin zur Evaluierung des Systems reichen.<sup>59</sup>

Nach dem 8. Mai 1945 haben wir es auf dem Schulgebiet mit einer vollkommen neuen Situation zu tun. Theodor Domej bezeichnet die Einführung des Prinzips der verpflichtenden zweisprachigen Erziehung als „bedeutsamsten Kontinuitätsbruch.“<sup>60</sup> Zunächst dachte der Konsultative Landesausschuss an keinen Bruch dieser Kontinuität, denn auf seiner 3. Sitzung vom 13. Juni 1945 kündigte Berichterstatter Karl Newole, der auch in den folgenden Monaten und Jahren die Minderheitenpolitik maßgeblich mitgestaltet hat, an, dass es notwendig sei, unverzüglich die Lösung der slowenischen Frage in Kärnten in Angriff zu nehmen, was in Form einer besonderen Erklärung zu geschehen sei. Er schlug eine Formulierung vor, die in Punkt 4 die Schulfrage berührte: „... 4. Daß das slowenische Schulwe-

---

57 Österreichische Rektorenkonferenz (Hrsg.), Bericht der Arbeitsgruppe „Lage und Perspektiven der Volksgruppen in Österreich“. Mit einem statistischen Ergänzungsheft. Wien 1989.

58 Ebenda. S. 184-186.

59 Siehe z. B.: Georg Gombos (Hrsg.), Mehrsprachigkeit grenzüberschreitend. Modelle, Konzepte, Erfahrungen = dravaDiskurs. Klagenfurt – Wien / Celovec – Dunaj 2013; Katharina Ogris, Der zweisprachige Unterricht an zweisprachigen Volksschulen in Kärnten aus der Perspektive der Lehrer/innen und Eltern. Eine empirische Studie zur Gleichwertigkeit der Unterrichtssprachen Deutsch und Slowenisch. Phil. Diss. Klagenfurt 2011.

60 Theodor Domej, Der Konflikt nach dem Krieg. Die Kärntner Slowenen 1945-1949. In: Andreas Moritsch (Hrsg.-izd.), Austria Slovenica. Die Kärntner Slowenen und die Nation Österreich / Koroški Slovenci in avstrijska nacija = Unbegrenzte Geschichte / Zgodovina brez meja Bd 3. Klagenfurt/Celovec – Ljubljana – Wien 1996. S. 86-165, 109.

sen auf der Basis der utraquistischen Schule wieder errichtet wird.“<sup>61</sup> Das Protokoll führt weiter aus: „In seinen weiteren Ausführungen kündigt der Berichterstatter die Vorlage einer sehr ausführlichen, wissenschaftlich begründeten Darstellung der Schulfrage der Kärntner Slovenen und der zu ihrer Bereinigung bestimmten Anträge an, welches Elaborat nach seiner Beratung und Beschlußfassung im Ausschuß in die englische Sprache übersetzt und der Militärregierung überreicht werden wird.“<sup>62</sup> Das Elaborat wurde nicht ausgearbeitet, jedoch verlangte Joško Tischler auf der 6. Sitzung der Provisorischen Landesregierung vom 16. August 1945 im sprachlich gemischten Gebiet eine zweisprachige Volksschule, dem ihre Mitglieder prinzipiell zustimmten.<sup>63</sup> Die Mitglieder der Provisorischen Landesregierung befassten sich in den folgenden Monaten wiederholt mit der Frage<sup>64</sup>, auf der 13. Sitzung vom 3. Oktober 1945 aber beschlossen sie nach intensiver Beratung über jeden Satz bzw. jeden Absatz einstimmig die Verordnung über die Neugestaltung der zweisprachigen Volksschulen im südlichen Gebiete Kärntens. Der Beschluss der provisorischen Regierung war innovativ: er bestimmte das Territorium der zweisprachigen Volksschulen und reichte am Beispiel der Hauptschulen in die Stadtzentren (Villach und Klagenfurt) und verpflichtete alle Kinder, beide landesüblichen Sprachen zu lernen. Eine genaue Analyse der Beschlüsse vom 3. Oktober, die im umfangreichen Protokoll niedergeschrieben sind und des Textes der Verordnung vom 31. Oktober, muss hier unterbleiben. Aufmerksam zu machen wäre lediglich auf die Frage der Lehrbücher und der zweisprachigen Lehrerschaft sowie auf die Inspektion über diese Schulen.<sup>65</sup> Alle späteren Andeutungen, die Verordnung sei unter Druck angenommen worden, sind nicht ernst zu nehmen. Landeshauptmann Hans Piesch sprach und schrieb selbst davon, dass sie vollkommen freiwillig, ohne jeglichen Druck angenommen wurde.<sup>66</sup> Im selben Sinne sprach er auf der Festsitzung des Landtages vom

---

61 Kärntner Landesarchiv (KLA), LAD I, 3. Sitzung des Konsultativen Landesausschusses für Kärnten.

62 Ebenda.

63 Ebenda. 3. Sitzung der Provisorischen Kärntner Landesregierung am 16. August 1945.

64 Claudia Fräss-Ehrfeld, Die „Kärntner Frage“ im Jahr 1945. In: Alois Mock und andere (Hrsg.), Neue Fakten zu Staatsvertrag und Neutralität = Studienreihe der politischen Akademie Bd. 12. Wien 1980. S. 194-198.

65 KLA, LAD I, 13. Sitzung der Provisorischen Kärntner Landesregierung am 3. Oktober 1945.

66 Die Neue Zeit, 4. 11. 1945, S. 3 (Radionansprache des Landeshauptmannes); s. auch: Claudia Fräss-Ehrfeld, Zwischen Bundeskompetenz und Kärntner Realität. S. 83-162, 89.

8. Mai 1946, als er ausführte: „... Im gemischtsprachigen Gebiet ist eine neue Schultype eingeführt, die den dort herrschenden nationalen Verhältnissen vollkommen entspricht. Mit Genugtuung können wir feststellen, daß die Beurteilung der zweisprachigen Volksschule durch fachmännische britische Stellen zur Ehre des Landes gereicht.“<sup>67</sup> Eine Einmischung der englischen Militärregierung gab es nicht. Vielleicht dachte Piesch an die Ausführungen Carlings, des Leiters der Schulabteilung bei der Militärregierung in Klagenfurt. Dieser Experte wusste sehr genau über eine der wichtigsten Bedingung für einen Erfolg des neuen Schultyps Bescheid. Als die ljubljanska Ljudska pravica berichtete, dass an die Klagenfurter Lehrerbildungsanstalt kein slowenischer Kandidat aufgenommen worden war, widersprach er in der Koroška kronika vehement. Er hielt fest, dass keinem der Eintritt verwehrt wurde und dass die Leitung der Schule Kandidaten aus dem zweisprachigen Gebiet aufgefordert hatte sich anzumelden. Er schrieb, dass der Unterricht, der von Inspektor Just und Prof. Elfrieda Avancini geleitet werde, von 82 Schülern besucht wird. Insbesondere hob er hervor, dass beide in tadellosem Slowenisch, frei von allen Einflüssen der Dialekte, unterrichten.<sup>68</sup> Der englische Experte unterstrich in einem ausführlichen Beitrag in der Koroška kronika das Recht der Kärntner Slowenen auf muttersprachlichen Unterricht und berichtete über Schwierigkeiten, die bei der Durchsetzung der neuen Schulverordnung zu Tage getreten waren. Seine Ausführung schildern die Situation der zweisprachigen Schule nüchterner als es einige zeitgenössische deutsche und slowenische Darstellungen tun. Carling meinte, die Ersten, die die Verordnung angegriffen hätten, jene mit großdeutschen Vorurteilen gewesen seien und für die die Kärntner Slowenen eine minderwerte Rasse von „windisch“ sprechenden Bauern wären. Diese sprachen davon, dass die Kinder dieser im späteren Berufsleben benachteiligt sein würden, wenn sie Deutsch nicht beherrschen würden. Die Zweiten – so Carling – wären jene gewesen, „die behaupten, daß das Slowenischlernen an Kärntner Schulen auf dunkle Mächenschaften hinweist, um den Weg eines Anschlusses an Jugoslawien vorzubereiten“. Es existierte aber noch ein Lehrerproblem und deshalb habe die Schulbehörde zahlreiche Jugoslawen angestellt. Mangelhaft Qualifizierte, aber auch Lehramtsanwärter, haben in den folgenden Monaten Inspektor Just und Inspektor Maklin zusätzlich ausgebildet. Carling berichtete auch

---

67 Stenographische Protokolle des Kärntner Landtages. 16. Gesetzgebungsperiode. Festsetzung am 8. Mai 1946.

68 Koroška kronika (KK) II/1946, Nr. 13, 29.3.1946, S. 8.

über ernstzunehmenden Widerstand: „Vergangenen Dezember fanden im Bezirk Völkermarkt sogenannte Schulstreiks statt, die von Pangermanisten und nationalsozialistischen Freunden organisiert wurden. Schon ab dem Jahr 1946 wurden diese unbegreiflich und lächerlich.“ Er sprach weiters über Lehrbücher, über den ersten Teil der slowenischen Fibel *Prva knjiga*<sup>69</sup> und die didaktischen Richtlinien *Mi otroci*<sup>70</sup>. Die reale Situation des zweisprachigen Unterrichtes konkretisierte er folgendermaßen: „An 77 Schulen wird der aufgezeigte zweisprachige Unterricht durchgeführt; an einigen besser als an anderen. Die Gesamtzahl der in der Verordnung vom vorjährigen Oktober angeführten Schulen beträgt 82. Unter diesen waren auch Orte wie Velden und Maria Wörth, wo es wenige Slowenischsprachige gibt. Es gab wenige, die im vergangenen Herbst glaubten, dass Slowenisch wieder an 94 % dieser Schulen wird eingeführt werden können. Slowenisch wird auch noch an Hauptschulen unterrichtet. Slowenisch ist die zweite moderne Sprache an der Realschule in Klagenfurt, am Realgymnasium in St. Paul, Klagenfurt und Villach. Welch bewundernswerten Fortschritt zeigt dies nach 75 Jahren deutscher Überheblichkeit!“ Die Zweifler lud er ein zweisprachige Musterschulen zu besuchen und fügte hinsichtlich der Zukunft hinzu: „Da nun die früheren Vorurteile entfallen sind, ist der Weg frei für die volle Anerkennung der Rechte der slowenischen Minderheit und die volle Erfüllung der Verordnung über den Unterricht in beiden Sprachen.“ Optimistisch war er auch hinsichtlich eines qualifizierten Lehrernachwuchses.<sup>71</sup> Carling war wegen seiner Ansichten Zielscheibe scharfer Kritik, die er aber ablehnte und Kreisen anlastete, die das neue System durch Streiks zu Fall bringen wollten. Noch einmal setzte er sich mit den beiden wichtigsten Einwendungen auseinander: „Den Kärntner Slowenen zu erlauben, daß sie ihre eigene Sprache sprechen und schreiben lernen, bedeute nichts anderes, als dem Nachbarstaat den Weg einer Invasion zu ebnen“ und dass das südliche Kärnten ein „gemischtes Territorium“ sei, womit sie zum Ausdruck bringen wollen, daß die Sprache, die von den Bewohnern dieses Territoriums gesprochen wird, sich derart vom Slowenischen unterscheidet, daß sie in Wahrheit nur ein deutscher Dialekt ist. Deshalb ist es nicht not-

---

69 F. V. Legat, *Prva knjiga* / Erstes Buch. Slowenisch-deutsche Lesefibel für zweisprachige Volksschulen in Kärnten. Wien 1947 (Slovensko-nemška čitanka erschien zunächst in vervielfältigter Form, am 15. April 1946 wurde sie seitens des Bundesministeriums für Bildung als Lehrbuch an zweisprachigen Volksschulen in Kärnten aprobiert).

70 Landesschulrat für Kärnten (Hrg.), *Mi otroci*. Prvi zvezek. Celovec 1946.

71 KK II/1946, Nr. 19, 3.5.1946, S. 5.

wendig und für den Menschen, der 'Windisch' spricht, eine zu schwere Aufgabe, daß er das richtige Slowenisch erlernt.“ Den Kritikern erwiderte er, dass nur eine zufriedene Minderheit, die alle Möglichkeiten der Entwicklung hat, Garant für den Staatsbestand ist. Entschieden und argumentierend wies er auch die „sprachlichen“ Einsprüche zurück, er verwies auf die große Zahl der Leser der Koroška kronika, die im richtigen Slowenisch geschrieben sei, umriss die Entwicklung der slowenischen Schriftsprache seit Primus Trubar und widersprach der Ansicht, die slowenische Sprache wäre eine künstliche Sprache, die sich erst in den letzten Jahrzehnten entwickelt habe und resümierte: „Es ist verständlich, daß tief verwurzelte Vorurteile das richtige Verstehen des Zwecks und die Art und Weise des zweisprachigen Unterrichtes hindern. Hier geht es um grundlegende demokratische Prinzipien. Die Tatsache kann uns nicht überraschen, daß viele Menschen überwiegend vergessen oder es niemals gewusst haben, was Demokratie in Wahrheit bedeutet. Die Idee der Toleranz und der Anerkennung der Rechte deines Nachbarn ist eine der ersten Prinzipien jener Art des demokratischen Regierens und der Brüderlichkeit, die allein Europa und die ganze Welt zum Ort machen kann, wo die Menschen in Frieden und Zufriedenheit leben können. Stammesfeindschaft und Ideen der rassistischen Überlegenheit sind immer ein Hindernis für die Entwicklung der Zivilisation und sind auch Stachel und Ursache aller Kriege. Glücklicherweise macht der zweisprachige Unterricht in Südkärnten trotz aller Einwendungen Fortschritte. Sobald mehr und bessere Lehrkräfte zur Verfügung stehen werden, wird er zur Säule der österreichischen Demokratie.“<sup>72</sup>

Die Kärntner Slowenen wiesen in den folgenden Jahren immer wieder auf die mangelnde Durchführung der Verordnung, der Slowenische Kulturverband forderte die Gründung eines Slowenischen Gymnasiums und einer Slowenischen Lehrerbildungsanstalt, der (Slowenische) Bauernbund stellte die Forderung nach einer slowenischen Landwirtschaftsschule. Nach der Gründung des Verbandes der Unabhängigen kam es zu Polemiken gegen die zweisprachige Schule auch im Landtag und im Nationalrat, Angriffe auf diesen Typ des österreichischen Schulwesens steigerten sich, seine Gegner kamen außer der Kommunistischen aus allen Parteien. Aus Mangel an Quellenmaterial (Protokolle der Landes- und Bundesleitung der Sozialistischen Partei Österreichs) können wir nichts über jene Debatten berichten, die Landeshauptmann Ferdinand Wedenig und der Vorsitzende der

---

72 KK II/1946, Nr. 27, 28.6.1946, S. 5.

Sozialistischen Partei Österreichs, Adolf Schärf, über das Minderheitenschulwesen geführt haben. Unklar bleibt dabei auch die Rolle von Landesamtsdirektor Karl Newole. Schärf fand sich irgendwie mit der zweisprachigen Volksschule ab, mit aller Vehemenz beharrte er aber dabei, dass der Ausbau des zweisprachigen Schulwesens in Richtung von Mittel- und Fachschulen möglichst lange auf die lange Bank geschoben werde.<sup>73</sup> Als die Volkspartei und Hans Steinacher verlangten, dass in die Minderheitenschuldiskussion die Windischen eingeschlossen werden, bemerkte Schärf aber, „daß man nicht plötzlich eine windische Nation erfinden könne.“<sup>74</sup> Anfang der Fünfzigerjahre des zwanzigsten Jahrhunderts interessierte sich die Sowjetunion für diesen Typ der zweisprachigen Volksschule in Kärnten.<sup>75</sup>

Im ersten Jahrzehnt nach dem Zweiten Weltkrieg verlangten die Kärntner Slowenen eine konsequente Durchführung der Verordnung vom 3. Oktober 1945. Dabei beharrten sie auch 1952 und 1953, als über diesen Schultyp eine fachliche und politische Diskussion im Gange war. Die betroffene Lehrerschaft bestätigte in Form einer eigenen Enquete und einer Tagung ihren Erfolg, die Parteien aber sahen 1952 noch keine Möglichkeit für Änderungen.<sup>76</sup> Im Memorandum der Kärntner Slowenen präzisierten der Rat der Kärntner Slowenen und der Zentralverband slowenischer Organisationen in Kärnten ihre Vorstellungen einer Schulregelung im Sinne des zweiten Absatzes des Artikels VII des Österreichischen Staatsvertrages. Die Verordnung vom 3. Oktober, in der Fassung vom 31. Oktober 1945, sollte weiter durchgeführt werden, Landwirtschafts- und Haushaltungsschulen auf dem Gebiet mit slowenischer und gemischter Bevölkerung sollten zweisprachig geführt werden und alle Kindergärten auf diesem Gebiet sollten zweisprachig sein. Die Organisationen verlangten die Gründung eines eigenen Gymnasiums und einer eigenen Lehrerbildungsanstalt.<sup>77</sup> Die

---

73 Gertrude Enderle-Burcel (Hrg.), Adolf Schärf. Tagebuchnotizen des Jahres 1952 = Veröffentlichungen der Österreichischen Gesellschaft für historische Quellenstudien Bd. 2. Innsbruck – Wien – Bozen 2010. S. 177.

74 Ebenda.

75 Arnold Suppan, Jugoslawien und der österreichische Staatsvertrag. In: Arnold Suppan und andere (Hrsg.), Der österreichische Staatsvertrag 1955. Internationale Strategie, rechtliche Relevanz, nationale Identität / The Austrian State Treaty 1955. International Strategy, Legal Relevance, National Identity = Archiv für österreichische Geschichte Bd. 140. Wien 2005. S. 431-471, 443.

76 Avguštin Malle, Zapis o obvezni dvojezični šoli. In: Koroški koledar 1986. S. 71-76.

77 Spomenica koroških Slovencev z dne 11. oktobra 1955 (veröffentlicht auch in deutsch, französisch, englisch und russisch). Siehe auch: Avguštin Malle, Spomenica koroških Slovencev. In: Koroški koledar 1985. S. 45-54.

politische Entwicklung nahm einen anderen Weg. Obwohl die Erfolge der verpflichtenden zweisprachigen Schule nach Aussagen zufriedenstellend waren, oder gerade deshalb, begannen deutschnationale Organisationen scharf gegen die zweisprachige Schule aufzutreten, sie sprachen von einer „Zwangssprachenverordnung“, organisierten Ende des Schuljahres 1957/58 lokale Schulstreiks und verstanden diese medial als überaus erfolgreich zu verkaufen und kündigten neue für den Beginn des Schuljahres 1958/59 an. Landeshauptmann Ferdinand Wedenig griff mit seinem Erlass vom 22. September 1958, der die Abmeldung vom zweisprachigen Unterricht ermöglichte, in den Gang der Dinge ein. Der Protest slowenischer Organisationen war umsonst.<sup>78</sup> Den zweisprachigen Unterricht besuchten in der Folge nur noch 2.399 Kinder, insgesamt circa 17%. Ein Teil der slowenischen Kinder blieb ohne jeglichen muttersprachlichen Unterricht, der Landeschulrat erließ die Weisung, dass es notwendig ist, Kinder, die vom zweisprachigen Unterricht abgemeldet wurden und deutsch nicht verstehen, im Dialekt des Kindes zu unterrichten.<sup>79</sup> Domej macht auf die Diskrepanz zwischen der Zahl der angemeldeten Kinder und der Zahl der Kinder mit slowenischer Muttersprache aufmerksam: „Am Beispiel der Zahl der Angemeldeten und der amtlichen Statistik über die Muttersprache der Kinder im Jahre 1960/61 sehen wir die große Diskrepanz: Während Slowenisch die Muttersprache von 3.362 Kindern war, waren nur 1.957 auch zum Slowenischunterricht angemeldet.“<sup>80</sup> Das österreichische Parlament beschloss am 19. März 1959 das Minderheitenschulgesetz und setzte das Anmeldeprinzip durch. Deutschnationale Organisationen haben so binnen sechs Monaten die Abschaffung der verpflichtenden zweisprachigen Volksschule durchgesetzt. Die Anzahl der Kinder, die die Erziehungsberechtigten zum zweisprachigen Unterricht anmeldeten, fiel in den Folgejahren. Die Zentralorganisationen der Kärntner Slowenen richteten nach 1959 an die österreichischen Behörden zahlreiche Eingaben, die Schulthemen zum Inhalt hatten. Teilweise behandelten sie Teilaspekte des zweisprachigen Schulwesens, immer wieder stoßen wir auf die Forderung nach Ausbau dieses Schulwesens auf der Sekundärstufe und im Bereich höherer Schulen, hinsichtlich des einen oder anderen Vorschlages können wir feststellen, dass die slowe-

---

78 Memorandum der Kärntner Slowenen zur Schulfrage (1958).

79 Ebenda. S. 18.

80 Teodor Domej, Šolstvo za prebivalstvo jugovzhodne avstrijske Koroške. V: Andreas Moritsch (Hrsg.), Koroški Slovenci 1900-2000. Bilanca 20. stoletja = Unbegrenzte Geschichte / Zgodovina brez meja Bd. 8. Celovec – Ljubljana – Dunaj 2000/2001. S. 25-55, 34.



nische Minderheit heute froh sein kann, dass die Behörden die Eingaben so konsequent ignoriert haben und dass sie in den Ablagefächern verschwunden sind bzw. sie wahrscheinlich niemals jemand gelesen hat.<sup>81</sup>

Über die Auswirkungen des Minderheitenschulwesens auf die Bildungsstruktur und der damit verbundenen Sozialstruktur der slowenischen Minderheit in Kärnten haben in den vergangenen Jahren zahlreiche Forscher diskutiert. Dabei haben sie überwiegend auch die wachsende geographische Mobilität der betroffenen Bevölkerung berücksichtigt. Jedoch wird es notwendig sein, der „Entvölkerung“ von Randgebieten, wo bis vor kurzem noch ein Netz niedrigorganisierter zweisprachiger Schulen existierte, mehr Aufmerksamkeit zuzuwenden. Wie soll die Minderheit auf die Wanderungsströme ihrer Angehörigen in Zentren und Subzentren im Kärntner Raum reagieren? Welche Grundinfrastruktur ist für ihr Überleben notwendig? An einigen Beispielen können wir feststellen, dass die Schließung der Schule unweigerlich zur noch größeren Abwanderung vor allem junger Familien geführt hat. Die Dynamik der Sozialstruktur der Minderheit offenbaren bis zu einer gewissen Stufe auch die Berufsdaten der Eltern der SchülerInnen des Slowenischen Gymnasiums. Blättern wir im 6. Jahresbericht, so sehen wir, dass gleich 194 SchülerInnen von insgesamt 297 angeführt haben, dass ihre Eltern Bauern bzw. Arbeiter sind. In den SchülerInnenheimen wohnten 218, 53 waren FahrschülerInnen und 26 wohnten in der Stadt.<sup>82</sup> Der 53. Jahresbericht ist der letzte, der Berufsangaben zu den Eltern veröffentlicht. Von gemeinsam 531 SchülerInnen gaben 21 % an, dass die Eltern Bauern / Nebenerwerbsbauern (9%) oder Arbeiter (13%) sind, in SchülerInnenheimen wohnten 10 %, 21 % wohnten in der Stadt, 69 % waren FahrschülerInnen.<sup>83</sup> Das Sozialprofil der Minderheitsangehörigen haben Arnold Suppan<sup>84</sup>, Peter Meusberger<sup>85</sup>,

---

81 Augustin Malle, Entwicklungsprobleme des zweisprachigen Schulwesens in Kärnten. In: Heinz Tichy (red.), Unterricht und Bildung in den Volksgruppensprachen = Ethnos Bd. 29. Wien 1987. S. 81-107.

82 VI. Letno poročilo Državne realne gimnazije in gimnazije za Slovence 1962/63. S. 14.

83 53. letno poročilo Zvezne gimnazije in Zvezne realne gimnazije za Slovence 2009/2010. S. 28.

84 Arnold Suppan, Die Österreichischen Volksgruppen. Tendenzen ihrer gesellschaftlichen Entwicklung im 20. Jahrhundert = Schriftenreihe des Instituts für Österreichkunde. Wien 1983.

85 Peter Meusberger, Ausbildungsniveau und schulische Situation der Slowenen in Kärnten von 1848-1978. In: Innsbrucker geographische Schriften, Bd. 5. Innsbruck 1979.

Albert F. Reiterer<sup>86</sup> und Jernej Zupančič analysiert<sup>87</sup>, letzterer hat in zahlreichen Jahresberichten des Slowenischen Gymnasiums seine sozialgeographischen Analysen der SchülerInnen veröffentlicht.

Die Abteilung VII des Landesschulrates für Kärnten veröffentlicht seit Jahren Jahresberichte. In diesen finden wir detaillierte Daten und zahlreiche Beiträge zur Problematik der Zweisprachigkeit und Situation des zweisprachigen Schulwesens in Kärnten. Im Schuljahr 2011/12 konnte im Geltungsbereich des Minderheitenschulwesens an 71 Schulen, davon waren 9 Expositurschulen, zweisprachiger Unterricht in Anspruch genommen werden. An 66 Schulen, davon waren 8 Exposituren, wurde der zweisprachige Unterricht auch tatsächlich erteilt. In Klagenfurt waren zwei zweisprachige Volksschulen aktiv. Die SchülerInnen waren aufgeteilt auf 90 zweisprachige, 135 integrierte und 109 einsprachige Klassen. Von 4.395 SchülerInnen im Geltungsbereich des zweisprachigen Schulwesens waren 1975 oder 44,93% zum zweisprachigen Unterricht angemeldet. Beide Klagenfurter Volksschulen besuchten 166 SchülerInnen. Slowenisch als Freigegenstand besuchten 75 SchülerInnen. 379 SchülerInnen besuchten an Hauptschulen / Neuen Mittelschulen Slowenisch als Fachgegenstand. Insgesamt besuchten an allgemeinbildenden Pflichtschulen also 2.595 SchülerInnen den zweisprachigen Unterricht bzw. Slowenisch als Unterrichtsfach. Das Bundesgymnasium und Bundesrealgymnasium für Slowenen in Klagenfurt besuchten 506 SchülerInnen, die Zweisprachige Bundeshandelsakademie 163, die Private Höhere Lehranstalt für wirtschaftliche Berufe St. Peter aber 124 SchülerInnen. An höheren allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen außerhalb des Geltungsbereiches des Minderheitenschulwesens besuchten weitere 618 SchülerInnen den Slowenischunterricht.<sup>88</sup>

Die vergangenen Jahrzehnte haben gezeigt, in welchem Umfang der Slowenischunterricht vom politischen Geschehen im Land, vom Status, den

---

86 Albert F. Reiterer, Doktor und Bauer. *Ethnischer Konflikt und sozialer Wandel: Die Sozialstruktur der slowenischen Minderheit in Kärnten = Disertacije in razprave / Dissertationen und Abhandlungen*, Bd. 11. Klagenfurt / Celovec 1986; derselbe: *Kärntner Slowenen: Minderheit oder Elite? Neuere Tendenzen der ethnischen Arbeitsteilung. V slovenščini: Koroški Slovenci danes = Dissertationen und Abhandlungen / Disertacije in razprave* Bd. 39. Klagenfurt / Celovec 1996.

87 Jernej Zupančič, *Slovinci v Avstriji. Sodobni socialnogeografski procesi in ohranjanje identitete. Doktorska disertacija*, Ljubljana 1996 (auch als Druck veröffentlicht).

88 Landesschulrat für Kärnten, Abt. VII (Hrg.), Jahresbericht 2011/12.

Slowenisch in den einzelnen Perioden hatte und vom Bewusstsein der Eltern sowie vielen anderen Faktoren abhängig war. Prinzipiell können wir festhalten, dass die slowenische Volksgruppe in Zeiten, in denen sie Gelegenheit zur muttersprachlichen Ausbildung auf höherer Stufe bekommen hat, diese im großen Umfang angenommen hat. In der Anfangsphase haben SchülerInnenheime viel zum Erfolg beigetragen, die Eltern waren bereit, in die Ausbildung ihrer Kinder zu investieren. Wir haben keinen Einblick, in welchem Umfang diese Elternentscheidung allgemeine Maßnahmen des Staates im Bildungsbereich erleichtert haben, die in den Sechzigerjahren des zwanzigsten Jahrhunderts gesetzt wurden. Wir denken dabei an die Einführung von Stipendien, Heimbeihilfen und Schulfreifahrten.

Die Minderheitenschule oder die *utraquistische*, wie sie von Eliten der Mehrheit benannt wurde, verhinderte lange Zeit die nationale Emanzipation der Angehörigen der slowenischen Volksgruppe in Kärnten. Sie behinderte ihren kulturellen und wirtschaftlichen Aufstieg und somit natürlich die stufenweise Partizipation der Minderheitsangehörigen<sup>89</sup> am gesellschaftlichen Leben des Landes und Staates. Erst nach dem Zweiten Weltkrieg können wir berechtigterweise von einem Minderheitenschulwesen sprechen, welches im Schuljahr 1958/59 einen schweren Schlag bekommen hat, jedoch hat der stufenweise Ausbau des Systems der Minderheit die Emanzipation und schlussendlich die Einbindung in die gesellschaftlichen Strukturen des Landes und Staates ermöglicht. Trotz positiver Entwicklung wird es in absehbarer Zeit notwendig sein, Antworten auf Herausforderungen zu finden, die die geplanten Schulreformen nach sich ziehen werden. Unter diese zählt die Forderung nach der gemeinsamen Ganztagschule für alle Sechs- bis Fünfzehnjährigen. Die Volksgruppe müsste sich auch zur Frage der Ausbildung von KindergärtnerInnen und zur Ausbildung der Lehrer für zweisprachigen Unterricht zu Wort melden. Eine bessere Zusammenarbeit mit Eltern von Kindern, die den zweisprachigen Unterricht oder Slowenisch als Fachunterricht besuchen, ist eine weitere Herausforderung, wie es auch die Sorge um den Lehrernachwuchs ist. Diese Herausforderungen wird die Minderheit nur im Falle des politischen Wohlwollens der Mehrheit und mit Unterstützung der Fachwissenschaft meistern. Einige Richtlinien hat schon der Bericht der Arbeitsgruppe der Österreichischen Rektorenkonferenz vorgegeben, wohin die Reise führen könnte, haben unter

---

89 Boris Jesih, *Med narodom in politiko. Politična participacija koroških Slovencev = dravaDiskurz*. Celovec – Ljubljana 2007.

anderen Vladimir Wakounig<sup>90</sup> und Teodor Domej<sup>91</sup> aufgezeigt. Alle Bemühungen sollen auf die Steigerung der sprachlichen und fachlichen Kompetenz der Erziehungs- und Ausbildungskräfte gerichtet werden, weil das Minderheitenschulwesen nur auf dieser Basis bestehen und an Ansehen und Anziehungskraft gewinnen können.

---

90 Vladimir Wakounig, Der heimliche Lehrplan der Minderheitenbildung. S. 337-358.

91 Teodor Domej, Šolstvo za prebivalstvo jugovzhodne avstrijske Koroške. S. 54-55.

# Manjšinsko šolstvo – nacionalizem ali emancipacija? Utravkvastično in dvojezično šolstvo po I. 1920/21

AVGUŠTIN MALLE\*

Po prvi svetovni vojni odnosno po 10. oktobru 1920 se je pravni položaj koroških Slovencev bistveno spremenil<sup>1</sup>, obnoviti so morali svoje predvojne politične, kulturne in gospodarske organizacije<sup>2</sup>. Organizirati so se morali kot narodna manjšina, za katero so veljala manjšinskovarstvena določila senžermenske mirovne pogodbe.<sup>3</sup> Glede šolstva sta bila posebnega pomena 67. in 68. člen pogodbe. 67. člen je govoril o enakopravnosti avstrijskih državljanov ne glede na narodno, versko ali jezikovno pripadnost in jim zagotavljal »isto pravico na lastne stroške zidati šole in druge vzgojne zavode, ustanavljati verske in socialne naprave, jih upravljati in nadzorovati, in sicer s popolno uporabo svojega jezika in vere.« Na ta člen se je sklicevalo v primeru poskusa obnove privatne šole v Šentrupertu pri Velikovcu Slovensko šolsko društvo. Deželne oblasti so obnovo šole v sodelovanju z lokalnimi dejavniki in s pritiski na starše prijavljenih otrok znale speljati na mrtvi tir.<sup>4</sup> Drugih poskusov v smeri ustanovitve zasebne šole s slovenskim učnim jezikom ali vzgojnih zavodov ni bilo več. Nositelj Dijaškega odnosno Učiteljskega doma v celovski Ahacljevi ulici iz dosedaj neznanih razlogov ni obnovil. Občasno se sicer v slovenski publicistiki pojavljajo vesti, da še deluje, vendar se je to dogajalo v zelo okrnjeni obliki in časovno omejeno. Po plebiscitu je Koroško zapustil ali moral zapustiti pomemben del ljudi, ki je skrbel za njegovo delovanje. Pomembnejši je bil glede na našo temo seveda 68. člen senžermenske

---

\* Dr. Avguštin Malle je vodja Slovenskega znanstvenega inštituta v Celovcu ob Vrbskem jezeru, Avstrija

- 1 Hanns Haas, Die rechtliche Lage der slowenischen Volksgruppe Kärntens nach Saint Germain. V: Das gemeinsame Kärnten / Skupna Koroška. Dokumentation des deutsch-slowenischen Koordinationsausschusses der Diözese Gurk zv. 11. Klagenfurt 1991. Str. 111-126.
- 2 Avgustin Malle, Die slowenischen Organisationen im politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben der Kärntner Slowenen in der Ersten Republik. V: Das Gemeinsame Kärnten / Skupna Koroška zv. 11. Klagenfurt 1991. Str. 127-139.
- 3 Senžermenska pogodba. Odstavek V. Varstvo manjšin / Staatsvertrag von St. Germain. Abschnitt V. Schutz der Minderheiten. Ljubljana 1920; Koroški Slovenec 1/1921, št. 1, 23.3.1921.
- 4 Avguštin Malle, Poskusi obnove slovenskega šolstva na Koroškem v dvajsetih letih našega stoletja. V: mladje 25/1977. Str. 44-82.

mirovne pogodbe. Ta se je glasil: »Kar se tiče javnega šolstva, bo avstrijska vlada v mestih in okrajih, kjer stanuje razmeroma precejšnje število državljanov drugega jezika kakor nemškega, dovolila primerne olajšave, da zagotovi v ljudskih šolah otrokom teh avstrijskih državljanov pouk v lastnem jeziku. Ta določba pa ne bo ovirala avstrijske vlade, da uvede na imenovanih šolah pouk v nemščini kot obligatni predmet.«<sup>5</sup>

Vemo, da niti prva svetovna vojna, niti določila senžermenske mirovne pogodbe, ki so govorila o pravici ustanavljana, upravljanja in nadzorovanja zasebnih šol in drugih vzgojnih zavodov ter o javnih ljudskih šolah, niso pomenila nobene zarezave v koroškem šolskem sistemu, ki so ga oblasti uveljavile za koroške Slovence po sprejetju državnega osnovnošolskega zakona 14. maja 1869 – o kratkotrajnem šolskem sistemu v coni A plebiscitnega ozemlja pod jugoslovansko upravo iz časovnih razlogov ne morem razpravljati<sup>6</sup> – zato je nujen pogled na šolstvo na področju Koroške s slovenskim ali mešanim prebivalstvom v desetletjih pred sprejemom senžermenske mirovne pogodbe. Omejiti se moram na recepcijo pomebnejše strokovne literature, nakazati različne ocene raziskovalcev problematike in nekaj povedati o šolskih zahtevah Katoliškega političnega in gospodarskega društva za Slovence na Koroškem. Šolsko vprašanje je bilo permanentno prisotno v slovenskem in nemškem periodičnem tisku na Koroškem.

Državni osnovnošolski zakon je namen osnovne šole formuliral takole: »Ljudski šoli je naloga, otroke naravno-versko vzgajati, razvijati jim duševne moči, oskrbovati jih s potrebnimi znanostmi in zvedenostmi, da se lahko dalje izobražujejo za življenje in dajati jim pravo podstavo, da bodo kdaj vrli ljudje in državljani.«<sup>7</sup>

Osnovna razlika v obravnavi osnovne šole v slovenski in nemški strokovni literaturi je sledeča: slovenski raziskovalci tematiko obravnavajo celoviteje in razpravljajo sorazmeroma zgodaj in pogosto tudi o metodiki pouka, didaktičnih vprašanjih, učnih knjigah in drugih učnih pripomočkih, o nalogah učiteljskih, o uspešnosti ljudske šole ter njeni rasti. K primerjalni obravnavi vprašanja jih je silila razdrobljenost slovenskega prebivalstva po kronovinah,

---

5 N. o. m.

6 Augustin Malle, Del koroške zgodovine. Šolstvo v coni A v času jugoslovanske uprave / Ein Stück Kärntner Geschichte. Anmerkungen zum Schulwesen in der Zone A zur Zeit der jugoslawischen Verwaltung. V. Die Brücke 12. Klagenfurt 1980. Str. 40-48.

7 Reichsvolksschulgesetz vom 14. Mai 1869.

poлег tega so recipirali stališča raznih strank tudi z neslovenskega jezikovnega področja.<sup>8</sup> V ospredju začetnih razprav nemških odnosno koroških avtorjev so glede na našo temo predvsem pravna vprašanja, vprašanja uveljavljanja državnošolskega zakona po krajevnih in okrajnih šolskih svetih ter deželni šolski svet ter teritorialna razsežnost dvojezičnih odnosno takoimenovanih utrakvističnih šol, ta pa v tesni povezavi z vprašanjem, kdaj naj se prične z uvajanjem otrok s slovensko materinščino odnosno s slovenskim pogovornim jezikom v nemški jezik. Razmišljanja o utrakvistični šoli je med koroškimi avtorji dolgo dominiral Martin Wutte, ki ga je ta ali oni avtor povzel ekstenzivno dobesedno<sup>9</sup> ali pa v znatni meri.

Martin Wutte je v svoji razpravi o utrakvistični šoli<sup>10</sup> poudarjal zahteve občinskih zastopstev oziroma krajevnih šolskih svetov po upoštevanju nemščine kot učnega jezika v ljudskih šolah. Hanns Haas in Karl Stuhlpfarrer označujeta »takoimenovano utrakvistično, se pravi dvojezično ljudsko šolo na Koroškem« kot »suvereno uporabljen instrument za preprečitev nacionalne emancipacije koroških Slovencev«. <sup>11</sup> Vprašanje tega šolskega tipa sta postavila v kontekst političnega razvoja na Koroškem in na nekaterih primerih fokusirala celotno vprašanje kot vprašanje razmerij oblasti v deželi. Maria Kurz se v svoji razpravi sklicuje glede učnega jezika ponovno na Martina Wutteja, vendar objavlja tudi številne protokole krajevnih šolskih svetov in deloma občinskih zastopstev, na osnovi katerih sklepamo, da so interpretirali okrajni šolski sveti in da sta deželni šolski svet in predvsem deželni odbor samovoljno interpretirala želje krajevnih šolskih svetov odnosno občinskih zastopstev po nemščini kot učnem jeziku vsaj od tretjega šolskega leta naprej.<sup>12</sup> V istem letu kot je objavila Maria Kurz svojo razpravo, je predložil Peter Novak v odobritev svojo disertacijo.<sup>13</sup> Tudi on posveča centralno skrb razvoju na področju osnovnega šolstva, vendar več pozornosti namenja statusu slovensčine na srednjih šolah (gimnazijah in realkah) ter na učiteljskih (celovško učiteljske in učiteljske pri uršulikah).

---

8 Vlado Schmidt in drugi (ur.), Osnovna šola na Slovenskem 1869-1969. Ljubljana 1970 (glej posebno prispevke Vasilija Melika, Lojzeja Udeta in Franca Strmčnika).

9 Npr. Anton Hönigmann, Geschichte des Kärntner Volksschulwesens von 1860 bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges. Disertacija, Innsbruck 1958.

10 Martin Wutte, Die utrakvistische Volksschule in Kärnten zur 50jährigen Jubelfeier des Reichsvolksschulgesetzes vom 14. Mai 1969. [Klagenfurt 1919].

11 Hanns Haas, Karl Stuhlpfarrer, Österreich und seine Slowenen. Wien 1977. Str. 15.

12 Maria Kurz, Zur Lage der Slowenen in Kärnten. Der Streit um die Volksschule in Kärnten (1867-1914) = Das Kärntner Landesarchiv zv. 17. Klagenfurt 1990.

13 Peter Novak, Schulgesetzgebung und Minderheiten. Jur. disertacija. Graz 1990.

V tekstu samem – kot Maria Kurz – obširno navaja posamezne peticije z zahtevo po slovenskem učnem jeziku, ugovore proti tem s strani šolovzdrževalnih faktorjev in instančne poti postopkov ter odločitve vrhovnih organov. V prilogi v strnjeni obliki zajema domala vse primere.<sup>14</sup> Številni teksti vlog, zlasti pa stališča okrajnih šolskih svetov in deželnega šolskega sveta potrjujejo družbeno in ekonomsko podrejenost slovenskega prebivalstva, ki jo je nemški večini zagotavljal veljavni kurialni in cenzusni volilni red. V slovenski periodiki najdemo stalno pozive, da se je volitev potrebno udeležiti, zelo redko pa zasledimo točnejše podatke glede volilnih upravičencev, volilne udeležbe in izida posameznih volitev. Navadno zasledimo le vest, da je slovenska stranka (stran) zmagala ali izgubila. Masa prebivalstva odnosno staršev šoloobveznih otrok volilne pravice ni imela odnosno so jo moški na državni ravni dobili šele z volilno reformo leta 1907. Na ravni deželnega zbora pa je vse do propada monarhije veljal kurialni volilni red, cenzus pa so oblasti postopoma nižale. Delež volilnih upravičencev je bil v primerjavi z navzočim prebivalstvom na primer pri deželnozborskih volitvah nizek in na začetku osemdesetih let devetnajstega stoletja le redko presegal 5 odstotkov.<sup>15</sup> O učnem jeziku je odločala marginalna manjšina moškega prebivalstva. To vse je potrebno pristaviti, ko govorimo o izjavah občinskih svetov glede učnih jezikov. Krajevni šolski sveti odnosno občinska zastopstva so v svojih vlogah praviloma govorili o potrebi, da se v prvih letih poučuje v materinščini otrok in postopoma preide na nemški učni jezik. Glede prehoda iz enega na drug učni jezik ti organi niso bili enotnega mnenja. V zadnji konsekvenci je deželni šolski svet te želje »poenotil« na način, da je odredil načeloma slovenski učni jezik v prvih dveh šolskih letih ob takojšnjem uvajanju v nemški jezik. To prakso je deželni šolski svet obdržal tudi po odredbi specialnega učnega načrta za pouk v slovenščini na utrakvističnih ljudskih šolah na Koroškem, ki jo je izdelal šele na pritisk ministrstva za bogočastje in uk.<sup>16</sup> Specialni učni načrt je določal rabo slovenskega učnega jezika na vseh tipih utrakvističnih ljudskih šol (nedeljene enorazredne ljudske šole, deljene enorazredne ljudske šole, dvorazredne ljudske šole, tro-

---

14 N. o. m., str. 376-446.

15 Vasilij Melik, Wahlen im alten Österreich. Am Beispiel der Kronländer mit slowenischsprachiger Bevölkerung = Anton Gindely Reihe zv. 3. Wien – Köln – Weimar 1997. Str. 151.

16 Gesetze und Verordnungen betreffend die Allgemeinen Volks- und Bürgerschulen in Kärnten. Dritte vollständig umgearbeitete Ausgabe als redactionelle Beilage des »Kärnt. Gemeinde-Blattes«. Klagenfurt 1904.



razredne ljudske šole, štirirazredne ljudske šole, petrazrednih utrakvističnih ljudskih šol ni bilo – ignorirali so šolo na Prevaljah). Glede prvih dveh šolskih let je specialni učni načrt za vse tipe določal: »... Vaje v branju in govorjenju. Nazorne in govorilne vaje, ki temeljijo na opazovanju predmetov iz otrokove okolice. Na ta v slovenščini obravnavan nazorni pouk navezujejo sistematično urejene nemške jezikovne vaje za uvajanje v nemški jezik. Uvežbanje tvorbe glasov in znakov v slovenski in nemški pisni in tiskani pisavi. Postopno, zlogovno pravilno branje z upoštevanjem razzlogovanja in ločil; načrtno vodene vaje v prepisovanju in zapisovanju lahkih pri nazornem pouku osvojenih stavkov; razgovor o branju. Memoriranje in podajanje primernih vzorčnih besedil.« Na vseh tipih utrakvističnih šol je učni načrt od tretjega šolskega leta naprej predvideval tri ure obveznega slovenskega predmetnega pouka. Učne vsebine teh ur je učni načrt preciziral v smeri, da se naj bi v slovenščini poglobilo znanje, ki je bilo osvojeno pri vsem ostalem pouku. Te obligatne ure je deželni šolski svet relativiral z odlokom, da jih je potrebno umestiti na konec pouka, poleg tega pa ustreči zahtevi staršev, če zahtevajo oprostitev od tega pouka. Obvezni pouk v slovenščini je bil tako spremenjen v fakultativnega. Namesto nemške vadnice se je v prvih dveh letih na utrakvističnih šolah uporabljal dvojezični Prešernov Abecednik.<sup>17</sup> Po ocenah sodobnikov je bil ta učbenik nedomišljen, v primerjavi z nemškimi vadnicami pa že ob prvem izidu zastarel. Berila za nazorni pouk so uporabljala simultano metodo. Razdelek slovenskih beril je bil za dve šolski leti izredno boren.<sup>18</sup> Na osnovi pregleda ljudskošolskih knjižnic, ki ga je opravil Rudolf Vouk, sklepamo, da so na utrakvistični šoli vsaj nekateri učitelji uporabljali poleg Preschernovega Abecednika tudi druge učbenike. Ali so jih krajevni šolski sveti nakupovali tudi za šolarje<sup>19</sup>, je težko oceniti, vendar imamo tudi take primere.

---

17 N.o.m., str. 201-205; nazadnje je Slovensko-nemški Abecednik za občje ljudske šole / Slowenisch-deutsche Fibel für allgemeine Volksschulen izšel na Dunaju leta 1921.

18 Karl Preschern, Abecednik. Str. 136-144.

19 N. pr.: Peter Končnik, Slovenska slovnica za občje ljudske šole. Na Dunaju 1898 (in številne druge izdaje); Perva nemška slovnica za ljudske šole / Erstes deutsches Sprach- und Lesebuch für slovenische Volksschulen. Na Dunaju 1881 (in številne nadaljnje revidirane izdaje); Henrik Schreiner, Čitanka za občje ljudske šole v štirih delih. ... Na Dunaju 1913; Schreiner, Bezjak (spisala), Slovenska vadnica I-IV. Dunaj 1905 in 1907 (še več drugih izdaj); M. Josin in E. Gangl (sestavila), Drugo berilo in slovnica za občje ljudske šole. V Ljubljani 1908; Franc Močnik, Računica za občje ljudske šole. Izdaja v treh delih. Na Dunaju 1899 (več prejšnjih in poznejših izdaj).

Šolske zahteve koroških Slovencev je najprej formuliral Andrej Einspieler v svojih slovenskih in nemških listih.<sup>20</sup> Andrej Einspieler je zagovarjal slovensko-nemško sodelovanje na katoliški osnovi. Koroški Slovenci so z ustanovitvijo Katoliškega političnega in gospodarskega društva za Slovence na Koroškem leta 1890 to sodelovanje prekinili. Gregor Einspieler je bil izvoljen za njegovega prvega predsednika. On in društvo sta sklepala tudi v naslednjih desetletjih volilne dogovore z nemškimi katoliškimi konservativci oziroma krščanskimi socialci. Filip Haderlap, urednik Einspielerjevega Mira, je še pred ustanovitvijo društva ponovno strnil in formuliral šolske zahteve Slovencev na Koroškem.<sup>21</sup> V najobširnejšem IV. poglavju<sup>22</sup> je pisal o ljudskih šolah in zagovarjal slovenski učni jezik na slovenskih odnosno utrakvističnih šolah, obenem pa poudarjal koristnost obvladanja nemščine. Vendar so šele v novi publikaciji političnega društva obširneje navedeni dejavniki, ki so po mnenju društva zavirali večji uspeh utrakvističnih šol. Haderlap govori o 95 utrakvističnih šolah in ignorira edino s slovenskim učnim jezikom na Jezerškem<sup>23</sup> ter se dotakne učiteljsišča le marginalno<sup>24</sup>. Proti njegovi brošuri je deloma ostro polemiziralo Nemško društvo v Celovcu.<sup>25</sup> Brošura političnega društva navaja 92 »dvojezičnih šol« in 19 ljudskih šol s formalno izključno nemškim učnim jezikom, v katere pa so zahajali po njegovi oceni večinoma slovenski otroci.<sup>26</sup> Glavni vzrok neuspeha dvojezičnih šol je društvo zaznalo v koroškem šolskem sistemu na splošno in v pomanjkljivi jezikovni in strokovni kompetenci učiteljev. Zahtevalo je, da pouk poteka na osnovi materinščine in je preciziralo Haderlapove misli glede slovenskega pouka na celovškem učiteljsišču in zadostnega števila kvalificiranih učiteljev. Povzelo je navedbe prof. Johanna Braumüllerja glede gojencev, ki so se prijaviili na zavodu v dekadri od leta 1870/71 do 1880/81 kot Slovenci. Teh je bilo 87 in Braumüller je glede njih zapisal: »Najopaznejše je nizko število gojencev slovenske narodnosti. To nikakor ni posledica tega, da bi se iz slovenskih kra-

20 Maria Kurz, Zur Lage. Str. 34. Avtorica se sklicuje na razpravo Lobmeyr-Hohenleiten, ki imenuje kot avtorja teh zahtev prošta Gregorja Einspielerja, Andrejevega nečaka in »dediča« narodno političnih zahtev Andreja Einspielerja, kar je seveda pomota.

21 Filip Haderlap, Die Kärntner Slovenen. Ihre nationalen Verhältnisse und Bestrebungen. Klagenfurt 1885.

22 N. o. m., str. 10-34.

23 N. o. m., str. 10

24 N. o. m., str. 33 in 34.

25 Deutscher Verein in Klagenfurt (izd.), Die Kärntner Slovenen und die Volksschule. Ein Wort der Richtigstellung und Abwehr. Klagenfurt 1885.

26 Katoliško-politično in gospodarsko društvo za Slovence na Koroškem (izd.), Šole na Koroškem. Ljubljana 1891. (Priloga).

jev ne javljali nobeni kandidati, v resnici takih ne primanjkuje, temveč ker se nekateri raje deklarirajo kot Nemci. Bojijo se, da bi se v primeru priznanja k slovenski narodnosti število njihovih študijskih predmetov povečalo še za enega (slovenščina je fakultativen predmet) nadalje slovenski šolski okoliši dosedaj iz različnih razlogov, o katerih tukaj ne morem razpravljati, niso sodili k najbolj zaželjenim.«<sup>27</sup> Braumüller dostavlja, da se nikakor ni vseh 87 kandidatov podvrglo tudi učiteljskemu izpitu iz slovenščine, vendar so lažje našli zaradi znanja domačih slovenskih narečij zaposlitev na dvojezičnih šolah. Politično društvo je glede učiteljskega zahtevalo: »Prvič je potrebno, da se namesti na učiteljski Celovškem tak učitelj slovenščine, ki se je je sam temeljito učil in položil na vseučilišči, bodisi v Gradcu ali na Dunaju, državni izpit iz tega predmeta. Drugič: Pouk v slovenskem jeziku naj se preustroji tako, da se bodo slovenski gojenci učili slovenščine s slovenskim učnim jezikom in na podlagi slovenskih učnih knjig. Razun navadnega slovenskega pouka morajo imeti gojenci četrtega leta tudi vsak teden praktične vaje, kako jim je poučevati slovenske otroke v raznih predmetih. Pri zrelostnem izpitu ali maturi in pri izpitu učiteljske sposobnosti mora vsak slovenski gojenec dokazati, da je slovenskega jezika zmožen v govoru in pismu. Tretjič: Učitelj, ki ni dokazal pri maturi in pri izpitu učiteljske zmožnosti, da je zmožen slovenskega jezika v govoru in pismu, ne more se namestiti na šoli, kojo pohajajo slovenski otroci. Četrtrič: Učitelji, ki delujejo zdaj na šolah v slovenskih krajih, ne da bi bili dokazali znanje slovenskega jezika pri maturi in pri izpitu učiteljske sposobnosti, morajo v teku dveh let položiti izpit iz slovenščine, ako hočejo še nadalje delovati na slovenskih šolah. Petič: Ako bi se na Celovškem učiteljski ne oglasilo zadostno število učiteljskih pripravnikov, naj se razpišejo letne podpore tistim učiteljskim pripravnikom na učiteljskih v Celovci, v Kopru, v Ljubljani in v Mariboru, ki se zavežejo, da hočejo vsaj 6 let delovati na Koroškem.«<sup>28</sup> Zahteve so ostale na papirju in situacija se je še zaostila. Na učiteljske je prihajalo vedno več gojencev iz meščanskih šol – od leta 1910 je prihajalo 80 % kandidatov iz teh šol – kjer pa slovenščina ni imela nobenega prostora.<sup>29</sup> Iz gimnazij pa je po četrtem letu prestopilo

---

27 Dritter Bericht der k. k. Lehrerbildungsanstalt in Klagenfurt. Klagenfurt 1882. Str. 40 in 41.

28 Šole na Koroškem. Str. 49 in 50.

29 Erhard Seiwald, 90 Jahre Haus der Lehrerbildung in Kärnten. V: Weg und Ziel. Schriftenreihe des Pädagogischen Institutes für Kärnten. 8. Jahrgang, Heft 2. Str. 20 (Brošura navaja ravnatelje, profesorski zbor od ustanovitve naprej ter obsega še seznam maturanskih razredov od leta 1920 do 1962).

na učiteljsiše nepomembno število gimnazijcev<sup>30</sup>. Vsi pozivi v Miru, da naj vsaka fara pošlje na celovške šole vsaj po enega dijaka, so bili zaman.<sup>31</sup> Situacija se je nekoliko izboljšala šele, ko so koroški Slovenci ustanovili razna podporna društva za dijake in študente in pristopili k realizaciji že omenjenega Učiteljskega doma.<sup>32</sup>

Rudolf Vouk je popisal koroške utrakvistične šole do leta 1918. Na osnovi razpisov učiteljskih mest za številne nemške osnovne šole v okrajih s slovenskim in mešanim prebivalstvom je dokazal, da tudi formalna proglastitev šole za nemško še ni pomenila, da je slovenski jezik popolnoma izginil iz nje.<sup>33</sup> V sklepnih besedah je opozoril na status slovenščine v javnosti, ki je poleg pomanjkanja učiteljstva zaviral pozitiven razvoj tega šolskega tipa. V nemški koroški publicistiki je desetletja divjal boj proti »novi slovenščini«, ki da je koroški Slovenci ne razumejo. Negativno označevanje slovenščine je bilo prisotno zlasti v lokalnih poročilih, zaznamo pa ga tudi v obširnejših prispevkih in uvodnikih. Slovenščini so poročevalci odrekli možnost razvoja in govorili neprestano o večvrednosti nemške kulture.<sup>34</sup> Vouk tako sklepa, da je prišla odredba o specialnem učnem načrtu prepozno ter pravi: »Ko je po mnogih pritožbah itd. s slovenske strani v državnem zboru in koroškem deželnem zboru koroški deželni šolski svet po naročilu ministrstva z zamudo dvajsetih let 1890/91 izdal specialni učni načrt za pouk v eno- do štirirazrednih utrakvističnih ljudskih šolah na Koroškem, je bil razvoj te ob-

---

30 Za »rojene« Slovence je bil pouk slovenščine na celovški humanistični gimnaziji in realki obvezen in maturitetni predmet vse do leta 1930.

31 Augustin Malle, Zur Problematik des Slowenischunterrichtes an einigen Kärntner Mittelschulen und an der Lehrerbildungsanstalt in Klagenfurt. V: Feliks J. Bister und Peter Vodopivec (izd.) Kulturelle Wechselseitigkeit in Mitteleuropa. Deutsche und slowenische Kultur im slowenischen Raum vom Anfang des 19. Jahrhunderts bis zum Zweiten Weltkrieg. Ljubljana 1995. Str. 91-128.

32 Avguštin Malle, Šašlov rod. Socializacijske poti mladih Korošcev (do vpisa na univerzo) v zadnjem obdobju avstro-ogrske monarhije. V: Josip Šašel, Spomini II. Zbornik s simpozija o Josipu Šašlu: Josip Šašel in njegov pomen za kulturno zgodovino koroških Slovencev. Celovec – Ljubljana – Dunaj 2012. Str. 105-127.

33 Rudolf Vouk, Popis koroških utrakvističnih šol do leta 1918 / Bestandsaufnahme der Kärntner utrakvistischen Schulen bis 1918 = Disertacije in razprave / Dissertationen und Abhandlungen zv./Bd. 6. Klagenfurt / Celovec 1980.

34 O tej problematiki je potekala diskusija na 8. Koroških kulturnih dnevih 1977. Raziskovalni tim študentov celovške, dunajske, graške in salzburške univerze je vodil Erik Prunč. Razprava je potekala pod naslovom »Informacija ali propaganda? Ideološka ozadja časopisnih besedil in publikacij o koroških Slovencih.« Material hrani arhiv SZI. Glej tudi: Florian Menz in drugi, »Der Kampf geht weiter«. Der publizistische Abwehrkampf in Kärntner Zeitungen seit 1918 = Disertacije in razprave / Dissertationen und Abhandlungen zv. 20. Klagenfurt / Celovec 1989.

like šole že vpeljan in slovenščina odrinjena na stranski tir, ker je bil slovenski del pouka s sprejetimi spremnimi ukrepi v bistvu omejen na nižjo stopnjo. Primanjkovalo je tudi učiteljev, ki so obvladali oba jezika. Ko je aprila 1898 slovenski poslanec Grafenauer v deželnem zboru ostro napadel obstoječi utrakvistični šolski sistem, ga je deželni šolski nadzornik Josef Palla branil s cinizmom, ki se ga le težko preseže. Dvojezične šole, kakor jih pozna, je označil kot zgledne in njihov razvoj za zgodovinski, ne pa samovoljen, vendar pa bi bilo potrebnih 170 učiteljev, ki bi obvladali slovenščino, jih je pa komaj 100. – Govoriti pri primanjkljaju več kot 42 odstotkov učiteljev, ki ne obvladajo slovenskega jezika, o zglednih šolah: to osvetljuje stanje tega šolstva bolje, kot bi ga mogla dolga opisovanja.«<sup>35</sup>

Po podatkih Deželnega šolskega sveta za Koroško je bilo v šolskem letu 1904/05 na Koroškem 373 splošnih ljudskih šol. Te so se delile na 286 nemških, 84 utrakvističnih in 3 slovenske z nemščino kot ucnim predmetom (Jezerko, Sele in Šentjakob). Pet podružnic je imelo utrakvistično ureditev, pravitako ena ekskurendna postaja in ena zasilna šola.<sup>36</sup> S stanjem 1. 1. 1918 je bilo na Koroškem v mejah senžermenske mirovne pogodbe vsega 89 slovensko-nemških ljudskih šol.<sup>37</sup> To je bilo tudi stanje, s katerim so bili koroški Slovenci kot manjšina soočeni po glasovanju.

Slovenska publicistika je utrakvistično šolo označevala kot ponemčevalnico slovenskih otrok. Če upoštevamo materinščino šoloobveznih otrok vse do anšlusa in nekatere pomembne vire političnih oblasti, kot na primer sumarno poročilo Hansa Skorianza o stanju utrakvističnega šolstva na Koroškem iz leta 1937, potem velja povedati, da to ponemčevanje na jezikovno strukturo področja s slovenskim in mešanim prebivalstvom še ni imelo odločilnega učinka. Zaradi majhne mobilnosti in pretežno agrarne socialne pripadnosti prebivalstva, se je to slej ko prej posluževalo slovenskega pogovornega jezika oziroma njegovih koroških narečnih oblik. Tega dejstva se je zavedal tudi Skorianz, ki je beležil v svojem poročilu materinščino šoloobveznih otrok, obenem pa ugotavljal narodnopolitično orientacijo staršev odnosno družin šoloobveznih otrok.<sup>38</sup> Vindišarsko teorijo Martina Wutteja je prilagodil le v toliko, da je ugodil elitam avtoritarne stanovske države. Te so namreč leta 1934 spoznale politično orientacijo koroškega Heimatbunda

35 Rudolf Vouk, Popis / Bestandsaufnahme. Str. 22 (v nem. str. 63).

36 N. o. m., str. 7 odnosno 45.

37 N. o. m., str. 41 odnosno 82-83.

38 Arhiv SZI, prepis poročila Hansa Skorianza.

in ukinile financiranje Koroške domovine – Kärntner Heimat. Pri tej organizaciji pa je Martin Wutte dolga leta imel vodilno vlogo in v imenovanem listu prvič objavil svoj spis Deutsch – Windisch – Slowenisch, s katerim je skušal znanstveno utemeljiti vindišarsko teorijo in dati ljudem, ki so govorili koroška slovenska narečja, niso pa osvojili slovenske narodne zavesti, identiteto posebne narodne skupine.<sup>39</sup> Koroška domovina – Kärntner Heimat je bila tista, ki je po plebiscitu vse do leta 1934 močno vnemala nacionalne strasti in očitala zavednemu delu slovenskega pebivalstva na Koroškem nelojalnost do države, neprestano je govorila o iredentizmu in pretiranih nacionalnih zahtevah manjšine. Koroški Slovenec, list Političnega in gospodarskega društva za Slovence na Koroškem, proti glasilu heimatdiensta odnosno heimatbunda ni veliko polemiziral. Koroška domovina je o slovenskem listu zaničevalno govorila kot o »Tschecherlu«, ker so ga Slovenci tiskali pri dunajskih Čehih. Pisala je v dobri »novoslovenščini« in vsa ponosna objavila, da ji jezikovno kvaliteto priznavajo tudi visoko izobraženi koroški Slovenci, emigranti v Ljubljani. Koroški Slovenec ji ni vračal milo za drago, sicer bi bil lahko neprestano pisal o obeh glavnih urednikih, ki sta prihajala s Kranjskega, kar je bilo v primeru slovenskih struktur za Koroško domovino nekaj nezaslišanega.

Franc Petek, dolgoletni deželnozborski poslanec Koroške slovenske stranke je menil, da utrakvistična šola nikoli ni imela namena gojiti slovenski jezik in slovensko kulturo, temveč zasledovala namen, na kar najhitrejši način šolarje usposobiti za pouk v nemškem jeziku.<sup>40</sup> Obenem pa je menil, da je bilo geslo o poneumnjevalnici<sup>41</sup>, ki so ga širile slovenske politične organizacije o tem šolskem tipu, popolnoma neustrezno. Zaznal je, da so se ljudje začeli zavedati nacionalno, gospodarsko in socialno in zahtevali upoštevanje slovenščine v šolah zaradi tega, da se lažje osvobodijo podrejenega družbenega položaja. Bil je tisti, ki je pogosto govoril o tem, da je šola sokriva zaostalega gospodarskega položaja okrajev s slovenskim in mešanim prebivalstvom.

Utrakvistična šola je ostala v veljavi vse do anšlusa. Že takoj po plebiscitu je utrpela hude personalne izgube. Deželo je zapustilo ali moralo zapustiti 54

---

39 Andreas Moritsch, Nacionalne ideologije na Koroškem. V: Adreas Moritsch (izd.), Koroški Slovenci 1900-2000. Bilanca 20. Stoletja = Unbegrenzte Geschichte / Zgodovina brez meja zv. 8. Celovec – Ljubljana – Dunaj 2000/2001. Str. 9-24.

40 Franc Petek, Iz mojih spominov. Ljubljana – Borovlje 1979. Str. 143.

41 N. o. m., str. 144.

učiteljev in profesorjev<sup>42</sup>, na celovškem učiteljišču so sprejemali le take kandidate, o katerih so bili prepričani, da se bodo do konca šolanja odpovedali svoji slovenski narodnosti<sup>43</sup>. Pogajanja za kulturno avtonomijo so propadla prav zaradi vprašanja utrakvistične šole. Franc Petek je v imenu Političnega društva pristal na nacionalni kataster in s tem povzročil paniko med sopogajalci<sup>44</sup>, vendar je zahteval, da v bodočnosti na Koroškem obstajajo le še šole z nemškim učnim jezikom in šole v avtonomni upravi slovenske manjšine. Kompromisni predlog, da bi utrakvistične šole postopoma prešle v avtonomno upravo ali pa bile ukinjene, večina ni sprejela. O ureditvi šolstva so potekali v letih 1934–1937 »zakulisni pogovori«<sup>45</sup> med koroškimi Slovenci in političnimi oblastmi avtoritarne države, ki pa niso rodili uspeha. V utrakvističnih šolah je nemščina po plebiscitu namreč dobivala vedno več prostora, sedaj naj bi šole na novo klasificirali in po šolskih tipih določili tudi veljavnost slovenskega učnega jezika v začetku šolanja in število ur predmetnega pouka iz slovenščine.<sup>46</sup> Na rezultate pogajanj sta se po drugi svetovni vojni v razpravah o obvezni dvojezični šoli naslanjala Joško Tischler in F. V. Legat. Dejansko se je po poročilu deželnega šolskega sveta odlok z dne 9. novembra 1891 leta 1934 izvajal le še na sedmih utrakvističnih šolah.<sup>47</sup> Povsod drugje je slovenščina (oziroma so slovenska koroška narečja) padla na nivo pomožnega jezika. Nacisti so jeseni leta 1938 uvedli v vse šole nemško začetnico. Izginili sta Maklinova Začetnica<sup>48</sup> in Berilo<sup>49</sup>. Po napadu nemškega rajha na Jugoslavijo so koroške nacistične oblasti in od njih odvisni šolniki dobili novo delovno področje. Pričeli so z germanizacijo Gorenjske in Mežiške doline, ki sta bili pod civilno upravo koroškega gauleiterja.

---

42 Hans Haas, Karl Stuhlpfarrer, Österreich und seine Slowenen. Str. 34-36, 35.

43 Theodor Veiter, Die slowenische Volksgruppe in Kärnten. Geschichte, Rechtslage, Problemstellung = Kleine historische Monographien Bd. 50. Wien – Leipzig 1936. Str. 70.

44 Franc Petek, Iz mojih spominov. Str. 129, 251-252.

45 Teodor Domej, Šolstvo za prebivalstvo jugovzhodne avstrijske Koroške. V. Andreas Moritsch (izd.), Koroški Slovenci 1900-2000. Str. 29.

46 Theodor Veiter, Die slowenische Volksgruppe. Str. 136-152.

47 Lojze Ude, Zgodovina slovenskega pouka na Koroških osnovnih šolah od leta 1869 do danes. V: Vlado Schmidt in dr. (ur.), Osnovna šola na Slovenskem. Str. 171-234, 208.

48 Walter Maklin, Začetnica za koroške ljudske šole. Graz 1929 (naslov sugerira, da se je Začetnica uporabljala na »koroških ljudskih šolah«, kar seveda ni odgovarjalo dejanski rabi. Učbenik je bil aprobiran s strani Zveznega ministrstva za pouk za »jezikovno mešane ljudske šole na Koroškem«).

49 Walter Maklin, Berilo za drugo šolsko leto koroških ljudskih šol. Graz 1929 (v Berilo je avtor vnašal številne nemške izposojenke, pa tudi besede koroških slovenskih narečij).

Koroški učitelji so prevzeli šole na zasedenem področju<sup>50</sup>, v Kranju je Franz Koschier vodil ekspozituro celovškega učiteljišča<sup>51</sup> v Gozdu-Martuljku pa Irmgard Kotziper gospodinjsko šolo in šolo za telovadne učiteljice<sup>52</sup>.

Konec druge svetovne vojne predstavlja za manjšinsko šolstvo, če o takem sploh moremo govoriti za obdobje prve republike, odločilno zarez. Na osnovi vojnih izkušenj, predvsem tistih iz odpora proti nacizmu, se je spremenila samozavest slovensko govorečega prebivalstva, elite večinskega prebivalstva pa so naglo zaznale, da s starimi oblikami šolstva ne bodo mogle nadaljevati odnosno nagovoriti manjšine. Bil je potreben kompromis, ki se je zrcalil naposled v Odredbi o novem oblikovanju ljudskih šol na ozemlju južne Koroške. Povojna desetletja razčlenjujejo še drugi pozitivni in negativni posegi v manjšinsko šolstvo. Če prvi pozitivni mejnik vidimo v ustanovitvi obvezne dvojezične ljudske šole za vse šoloobvezne otroke na točno določenem teritoriju, potem sta bila nadaljnja pozitivna mejnika postavljena z ustanovitvijo manjšinskega šolskega oddelka pri Deželnem šolskem svetu za Koroško in Zvezno gimnazijo in zvezno realno gimnazijo za Slovence v Celovcu<sup>53</sup>, ki jo je Vladimir Wakounig poimenoval kot »identitetno kovačnico«<sup>54</sup>. Oba posega vidimo v tesni povezavi z uresničevanjem določil sedmega člena avstrijske državne pogodbe. V četrtem primeru ne moremo govoriti o mejniku, temveč o trajnem pozitivnem procesu, ki je zajel manjšinsko šolstvo predvsem po novelizaciji manjšinskega šolskega zakona za Koroško in z njo povezano delno segregacijo otrok, ki obiskujejo dvojezični pouk in tistih, ki sledijo le enojezičnemu. Ta proces je neločljivo povezan z za manjšino izredno dobrodošlim vmešavanjem celovške univerze odnosno posameznih njenih raziskovalcev in pedagoških strokovnjakov v razprave o celovitem manjšinskem šolstvu. Vse od osemdesetih let prejšnjega stoletja so se priznani strokovnjaki in mladi raziskovalci lotili pedagoških, didaktičnih

---

50 Helmut Prasch, Arbeitseinteilung für den Ferieneinsatz der Kärntner Erzieher in den besetzten Gebieten Krains von 14. Juli bis 24. August 1941. (brez kraja) 1941; isti: Die Aufgabe. Ein Handbuch für junge Schulleiter in Oberkrain. Stein 1943.

51 Erhard Seiwald, 90 Jahre Haus der Lehrerbildung in Kärnten. Str. 31.

52 N. o. m.

53 Franc Krištof, Jože Wakounig (ur.), Jubilejni zbornik '97. 40 let Slovenske gimnazije v Celovcu / 40 Jahre BG und BRG für Slowenen in Klagenfurt. Celovec / Klagenfurt 1997.

54 Vladimir Wakounig, Der heimliche Lehrplan der Minderheitenbildung. Die zweisprachige Schule in Kärnten = dravaDiskurs. Klagenfurt / Celovec 2008. Str. 238.



in metodoloških vprašanj manjšinskega šolstva in tako deloma že zapolnili vrzeli, ki so eksistirale ob velikem številu raziskav zgodovinskega<sup>55</sup> in pravnega značaja<sup>56</sup>. Ta vprašanja naj bi stala v ospredju razprav o manjšinskem šolstvu, saj bo moglo obstati in se razvijati le na strokovni osnovi pedagoških znanosti. Za koroške Slovence in druge manjšine v Avstriji je bilo nad vse pomembno, da so iniciative posameznih raziskovalcev dobile potrebno institucionalno priznanje avstrijske znanosti. To vidimo v poročilu delovne skupine avstrijske rektorske konference.<sup>57</sup> Ni nobeno presenečenje, da poročilo v poglavju Priporočila in perspektive tako pozornost posveča prav področju izobraževanja in v tej zvezi vprašanju obraževanja in dopolnilnega, danes bi rekli doživljenjskega izobraževanja pedagogov.<sup>58</sup> Pozitivni učinki tega dolgotrajnega procesa se zrcalijo v permanentno rastočem številu otrok, ki jih starši prijavljajo k dvojezičnemu pouku. Manjšinski izobraževalni sistem danes zajema vsa področja: od otroškega vrtca do visokošolskega in univerzitetnega izobraževanja. Novi pristopi se zrcalijo v obilici strokovnih objav, ki segajo vse tja do preverjanja uspešnosti sistema.<sup>59</sup>

Po 8. maju 1945 imamo na šolskem področju opraviti s popolnoma novo situacijo. Theodor Domej ocenjuje uvedbo načela obvezne dvojezične vzgoje

- 
- 55 Izbor literature: V: Silvo Devetak in drugi (ur.), Šolstvo za Slovence na Koroškem – sožitje ali ločevanje? Ljubljana 1988. Str. 255-269. Glej tudi podatke o literaturi pri Claudia Fräss-Ehrfeld, Zwischen Bundeskompetenz und Kärntner Realität. Die Kärntner Minderheitenproblematik in der Zweiten Republik. V: Claudia Fräss-Ehrfeld, Helmut Rumpler (izd.), Kärnten und Wien. Zwischen Staatsidee und Landesbewusstsein = Stefan Karner (izd.) Kärnten und die nationale Frage zv. 4. Klagenfurt 2005. Str. 83-162.
- 56 Glej podatke o literaturi pri Gerold Glantschnig, Das Minderheitenschulrecht. V: Helmut Rumpler (izd.), Ulfried Burz (Mitarbeit), Kärnten. Von der deutschen Grenzmark zum österreichischen Bundesland = Herbert Dachs in drugi (izd.), Geschichte der österreichischen Bundesländer seit 1945 zv. 6/2. Wien – Köln – Weimar 1998. Str. 520-544.
- 57 Österreichische Rektorenkonferenz (izd.), Bericht der Arbeitsgruppe „Lage und Perspektiven der Volksgruppen in Österreich“. Mit einem statistischen Ergänzungsheft. Wien 1989.
- 58 N. o. m., str. 184-186.
- 59 Glej na primer: Georg Gombos (izd.), Mehrsprachigkeit grenzüberschreitend. Modelle, Konzepte, Erfahrungen = dravaDiskurs. Klagenfurt – Wien / Celovec – Dunaj 2013; Katharina Ogris, Der zweisprachige Unterricht an zweisprachigen Volksschulen in Kärnten aus der Perspektive der Lehrer/innen und Eltern. Eine empirische Studie zur Gleichwertigkeit der Unterrichtssprachen Deutsch und Slowenisch. Phil. Diss. Klagenfurt 2011.

kot »najpomembnejši prelom kontinuitete«. <sup>60</sup> Sprva Posvetovalni deželni odbor ni mislil na prelom te kontinuitete, kajti na 3. seji 13. junija 1945 je poročevalec Karl Newole, ki je tudi v naslednjih mesecih in letih bistveno oblikoval manjšinsko politiko, najavil, da je potrebno nemudoma pristopiti k rešitvi slovenskega vprašanja na Koroškem, kar naj bi se zgodilo v obliki posebne izjave. Predlagal je besedilo, ki se je v 4. točki nanašalo na šolstvo: »... slovensko šolstvo bo obnovljeno na osnovi utrakvistične šole, ...« <sup>61</sup> Zapisnik nadalje pravi: »V svojih nadaljnjih izvajanjih je poročevalec napovedal predložitev zelo izčrpnega, znanstveno utemeljenega elaborata o šolskem vprašanju koroških Slovencev in za njegovo rešitev določenih predlogov, ki bo po posvetovanju in sklepanju v odboru in prevodu v angleščino izročen vojaški vladi.« <sup>62</sup> Elaborat ni bil izdelan, pač pa je Joško Tischler na 6. seji Provizorične deželne vlade 16. avgusta 1945 zahteval na jezikovno mešanem območju dvojezične šole, čemur so njeni člani načelno pritrdili. <sup>63</sup> Člani Provizorične deželne vlade so se v naslednjih tednih ponovno soočali z vprašanjem <sup>64</sup>, na 13. seji 3. oktobra 1945 pa po intenzivni razpravi o vsakem stavku odnosno odstavku soglasno sprejeli odredbo o novem oblikovanju dvojezičnih ljudskih šol na južnem področju Koroške. Sklep provizorične vlade je bil inovativen: določal je teritorij dvojezičnih ljudskih šol in v primeru glavnih segal v mestna jedra (Beljak in Celovec) ter zavezal vse otroke, da se učijo obeh v deželi običajnih jezikov. Natančna analiza sklepov 3. oktobra, zajetih v obširnem zapisniku, in teksta odredbe z dne 31. oktobra 1945, mora tu izostati. Opozoriti je potrebno le na vprašanje učbenikov, dvojezičnega učiteljstva in nadzorstva nad temi šolami. <sup>65</sup> Vsi poznejši namigi, da bi bila odredba sprejeta pod pritiskom, so neresni. Deželni glavar Hans Piesch je sam ponovno govoril in pisal, da je bila sprejeta popolnoma

60 Theodor Domej, *Der Konflikt nach dem Krieg. Die Kärntner Slowenen 1945-1949*. V: Andreas Moritsch (Hrsg.-izd.), *Austria Slovenica. Die Kärntner Slowenen und die Nation Österreich / Koroški Slovenci in avstrijska nacija = Unbegrenzte Geschichte / Zgodovina brez meja* zv. 3. Klagenfurt/Celovec – Ljubljana – Wien 1996. Str. 86-165, 109.

61 KLA, LAD I, 3. Sitzung des Konsultativen Landesausschusses für Kärnten.

62 N. o. m.

63 N. o. m., 3. Sitzung der Provisorischen Kärntner Landesregierung am 16. August 1945.

64 Claudia Fräss-Ehrfeld, *Die »Kärntner Frage« im Jahr 1945*. V: Alois Mock in drugi (izd.), *Neue Fakten zu Staatsvertrag und Neutralität = Studienreihe der politischen Akademie* zv. 12. Wien 1980. Str. 194-198.

65 KLA, LAD I, 13. Sitzung der Provisorischen Kärntner Landesregierung am 3. Oktober 1945.

prostovoljno, brez vsakega pritiska.<sup>66</sup> V istem smislu je govoril na slavnostni seji deželnega zbora 8. maja 1946, ko je rekel: »... Na jezikovno mešanem ozemlju smo uvedli nov šolski tip, ki popolnoma odgovarja tam vladajočim nacionalnim razmeram. Z zadovoljstvom smemo ugotoviti, da ocena dvojezične šole po strokovnih britanskih mestih dela čast deželi.« (Im gemischtsprachigen Gebiet ist eine neue Schultype eingeführt, die den dort herrschenden nationalen Verhältnissen vollkommen entspricht. Mit Genugtuung können wir feststellen, daß die Beurteilung der zweisprachigen Schule durch fachmännisch britische Stellen zur Ehre des Landes gereicht.)<sup>67</sup> Vmešavanja angleške vojaške oblasti ni bilo. Morda je imel Piesch v mislih mnenje Carlinga, vodje šolskega oddelka pri vojaški vladi v Celovcu. Ta izvedenec je dobro poznal enega izmed osnovnih pogojev za uspešnost novega šolskega tipa. Ko je ljubljanska Ljudska pravica poročala, da na celovško učiteljske ni bil sprejet noben slovenski kandidat, je v Koroški kroniki vehementno ugovarjal. Povedal je, da nobenemu ni bil zabranjen vstop in da je vodstvo šole pozivalo kandidate iz dvojezičnega ozemlja, da se prijavijo. Zapisal je, da slovenski pouk, ki ga vodita inšpektor Just in prof. Elfrieda Avancini obiskuje 82 učencev. Posebno je poudaril, da poučujeta brezhibno slovenščino, ki je prosta vseh vplivov narečja.<sup>68</sup> Angleški strokovnjak je v preglednem članku v Koroški kroniki poudaril pravico koroških Slovencev do pouka v materinščini in spregovoril o težkočah, ki so se pojavile pri uveljavljanju nove šolske odredbe. Njegova izvajanja osvetljujejo položaj dvojezične šole stvarneje, kot nekateri sočasni nemški in slovenski zapisi. Carling je menil, da so bili prvi, ki so napadli odredbo oni z velikonemškimi predsodki in za katere so koroški Slovenci manjvredna rasa »windisch« govorečih kmetov. Ti so govorili o tem, da bodo otroci le-teh prikrajšani v poznejšem poklicnem življenju, če ne bodo obvladali nemščine. Drugi – tako Carling – so bili tisti, »ki trdijo, da učenje slovenščine v koroških šolah kaže na temne namere, da se pripravi pot za priključitev k Jugoslaviji«. Obstajal pa je še problem učiteljstva in zato je šolska oblast namestila številne Jugoslovane. Pomanjkljivo kvalificirane pa tudi učitelje pripravnike sta v naslednjih mesecih dokvalificirala inšpektor Just in inšpektor Maklin. Carling je spregovoril tudi o resnem odporu: »Preteklega decembra so bile

---

66 Die Neue Zeit, 4. 11. 1945, str. 3 (radijski nagovor deželnega glavarja) glej tudi: Claudia Fräss-Ehrfeld, Zwischen Bundeskompetenz und Kärntner Realität. Str. 83-162, 89.

67 Stenographische Protokolle der Kärntner Landtages. 16. Gesetzgebungsperiode. Festsitzung am 8. Mai 1946.

68 Koroška kronika II/1946, štev. 13, 29.3.1946, str. 8.

v velikovškem okraju takozvane šolske stavke, katere so organizirali pangermanisti in nacistični prijatelji. Že do leta 1946 so te postale nepojmljive in smešne.« Spregovoril je še o učnih knjigah, o prvem delu slovenske začetnice Prva knjiga<sup>69</sup> in didaktičnih smernicah Mi otroci<sup>70</sup>. Takole je konkretiziral dejansko stanje dvojezičnega pouka: »V 77 šolah izvajajo nakazani dvojezični pouk; v nekaterih bolje kot v drugih. Celotno število vseh v ukazu od lanskega oktobra navedenih šol znaša 82. Med temi pa so bili kraji kakor Vrba in Otok, kjer so slovensko govoreči maloštevilni. Malo jih je bilo, ki so verjeli lanske jeseni, da bo mogoče spet uvesti slovenščino v 94 % teh šol. Slovenščino poučujejo tudi še v meščanskih šolah. Ona je drugi moderni jezik na realki v Celovcu, na realni gimnaziji v Št. Pavlu, Celovcu in Beljaku. Kakšen občudovanja vreden napredek kaže to po 75 letih nemškega prevzetja!« Dvomljivce je vabil, da obišejo vzorne dvojezične šole in glede bodočnosti pristavil: »Sedaj ko so prejšnji predsodki odpadli, je pot odprta za polno priznanje pravic slovenske manjšine in polno izvedbo ukaza o poučevanju v obeh jezikih.« Optimističen je bil tudi glede kvalificiranega učiteljskega naraščaja.<sup>71</sup> Carling je bil zaradi svojih pogledov tarča hude kritike, ki pa jo je zavračal in pripisoval krogom, ki so hoteli onemogočiti novi sistem s štrajki. Še enkrat se je soočil z glavnima ugovoroma: »... dovoliti koroškemu Slovincem, da se uče govoriti in pisati svoj jezik, ne pomeni nič drugega, kakor utreti pot invaziji sosednje države« in da je južna Koroška »mešano ozemlje, s čimer hočejo izraziti, da je jezik, ki ga govore prebivalci tega področja, tako različen od slovenskega, da je v resnici samo nemško narečje. Zaradi tega ni potrebno in je celo pretežka naloga za človeka, ki govori 'windisch', da se nauči pravilne slovenščine.« Kritikom je odvrnil, da je le zadovoljna manjšina, ki ima vse možnosti razvoja, garant za obstoj države. Odločno in argumentirano je zavrnil tudi »jezikovne« ugovore, opozoril na veliko število bralcev Koroške kronike, ki je pisana v pravilni slovenščini in nakazal razvoj slovenščine kot knjižnega jezika od Trubarja naprej ter ugovarjal gledanju, da bi bila slovenščina umeten jezik, ki se je razvil šele v zadnjih desetletjih ter zaključil: »Razumljivo je, da preprečujejo globoko vkoreninjeni predsodki pravo razumevanje namena in načina dvojezičnega pouka. Tu gre za najosnovnejša demokratična načela. Ne more

69 F. V. Legat, Prva knjiga / Erstes Buch. Slowenisch-deutsche Lesefibel für zweisprachige Volksschulen in Kärnten. Wien 1947 (Slovensko-nemška čitanka je najprej izšla v razmnoženi obliki, 15. aprila 1946 je bila aprobirana s strani Zveznega ministrstva za pouk kot učna knjiga na dvojezičnih ljudskih šolah na Koroškem).

70 Landesschulrat für Kärnten (izd.), Mi otroci. Prvi zvezek. Celovec 1946.

71 KK II/1946, šte. 19, 3.5.1946, str. 5.

nas iznenaditi dejstvo, da so mnogi ljudje večinoma pozabili ali nikoli niso vedeli, kaj demokracija v resnici pomeni. Misel strpljivosti in priznavanja pravic tvojega soseda je eno prvih načel te vrste demokratičnega vladanja in bratstva, ki edinole lahko napravi Evropo in ves svet za prostor, na katerem morejo živeti ljudje v miru in blagru. Plemensko sovraštvo in ideje rasnega prevladanja so vedno ovira za razvoj civilizacije in so tudi želo ter vzrok vseh vojn. K sreči dvojezični pouk v južni Koroški kljub vsem ugovorom napreduje. Kakor hitro bo na razpolago več in boljših učnih moči, po postal steber avstrijske demokracije.«<sup>72</sup> Koroški Slovenci so v naslednjih letih vedno spet opozarjali na pomanjkljivo izvajanje odredbe, Slovenska prosvetna zveza je postavila zahtevo po ustanovitvi Slovenske gimnazije in učiteljišča, Kmečka zveza pa zahtevo po slovenski kmetijski šoli. Po nastopu Zveze neodvisnih so se polemike proti dvojezični šoli preselile tudi v deželni in državni zbor, napadi na ta tip avstrijskega šolstva so se stopnjevali, nasprotniki pa so prihajali iz vseh strank, razen komunistične. Zaradi pomanjkanja virov (zapisnikov deželnega in zveznega vodstva Socialistične stranke Avstrije) ne moremo več povedati o debatah, ki sta jih vodila deželni glavar Ferdinand Wedenig in predsednik Socialistične stranke Avstrije Adolf Schärf o manjšinskem šolstvu. Nepojasnjena ostaja pri tem zaenkrat tudi vloga direktorja urada deželne vlade Karla Newoleja. Schärf se je nekako sprijaznil z dvojezično ljudsko šolo, z vso vehementnostjo pa vztrajal, da se izgradnja manjšinskega šolstva v smeri srednjih in strokovnih šol čim dlje zavlačuje.<sup>73</sup> Ko sta ljudska stranka in Hans Steinacher zahtevala, da se v manjšinsko šolsko diskusijo vključijo vidišarji, pa je pripomnil, »da se ne more na lepem iznajti neke windisch nacije«<sup>74</sup>. Začetka petdesetih let dvajsetega stoletja se je za tip dvojezične ljudske šole na Koroškem zanimala Sovjetska zveza.<sup>75</sup>

V prvem desetletju po drugi svetovni vojni so koroški Slovenci zahtevali dosledno izpolnjevanje odredbe z dne 3. oktobra 1945. Pri tem so vztrajali

---

72 KK II/1946, števil. 27, 28.6.1946, str. 5.

73 Gertrude Enderle-Burcel (izd.), Adolf Schärf. Tagebuchnotizen des Jahres 1952 = Veröffentlichungen der Österreichischen Gesellschaft für historische Quellenstudien zv. 2. Innsbruck – Wien – Bozen 2010. Str. 177.

74 N. o. m.

75 Arnold Suppan, Jugoslawien und der österreichische Staatsvertrag. V: Arnold Suppan in drugi (izd.), Der österreichische Staatsvertrag 1955. Internationale Strategie, rechtliche Relevanz, nationale Identität / The Austrian State Treaty 1955. International Strategy, Legal Relevance, National Identity = Archiv für österreichische Geschichte zv. 140. Wien 2005. Str. 431-471, 443.

tudi v letih 1951 in 1952, ko je potekala strokovna in politična razprava o tem šolskem tipu. Prizadeto učiteljstvo je v obliki posebne ankete in zborovanja potrdilo njegovo uspešnost, stranke pa v letu 1952 niso še videli možnosti za spremembe.<sup>76</sup> V Spomenici koroških Slovencev sta Narodni svet koroških Slovencev in Zveza slovenskih organizacij na Koroškem precizirala svoje zamisli šolske ureditve v smislu drugega odstavka sedmega člena avstrijske državne pogodbe. Uredba z dne 3. oktobra, v besedilu z dne 31. oktobra 1945, naj bi se nadalje izvajala, kmetijske in gospodinj-ske šole na ozemlju s slovenskim in mešanim prebivalstvom naj bi bile dvojezične in vsi vrtci na tem ozemlju naj bi bili dvojezični. Organizaciji sta zahtevali ustanovitev lastne gimnazije in učiteljišča.<sup>77</sup> Politični razvoj je šel drugo pot. Čeprav so bili uspehi obvezne dvojezične šole po pričevanjih zadovoljivi, ali prav zaradi tega, so nemškonacionalne organizacije pričele ostro nastopati proti dvojezični šoli, govorile o »prisilni jezikovni uredbi« (Zwangssprachenverordnung), organizirale ob koncu šolskega leta 1957/58 lokalne šolske štrajke in jih medialno znale prodati kot nadvse uspešne in napovedale nove za pričetek šolskega leta 1958/59. Deželni glavar Ferdinand Wedenig je posegel s svojim odlokom z dne 22. septembra 1958, ki je omogočal odjavo od dvojezičnega pouka, v tek dogajanj. Protest slovenskih organizacij je bil zaman.<sup>78</sup> Pri dvojezičnem pouku je ostalo le 2.399 otrok, vsega približno 17 %. Del slovenskih otrok je ostal brez vsega pouka v materinščini, deželni šolski svet pa je izdal navodilo, da je potrebno otroke, ki so odjavljeni od dvojezičnega pouka in ne razumejo nemščine, poučevati v otrokovem narečju.<sup>79</sup> Domej opozarja na razkorak med številom prijavljenih otrok in številom otrok s slovensko materinščino: »Na primeru števila prijav in uradne statistike o materinščini otrok iz leta 1960/61 vidimo velik razkorak: medtem ko je bila slovenščina 3.362 otrokom materni jezik, jih je bilo le 1.957 prijavljenih tudi k slovenskemu pouku.«<sup>80</sup> Avstrijski parlament je 19. marca 1959 sprejel manjšinski šolski zakon in uveljavil prijavno načelo. Nemškonacionalistične organizacije so tako v šestih mesecih

76 Avguštin Malle, Zapis o obvezni dvojezični šoli. V: Koroški koledar 1986. Str. 71-76.

77 Spomenica koroških Slovencev z dne 11. oktobra 1955 (objavljena je bila tudi v nemščini, francoščini, angleščini in ruščini). Glej tudi: Avguštin Malle, Spomenica koroških Slovencev. V: Koroški koledar 1985. Str. 45-54.

78 Memorandum der Kärntner Slowenen zur Schulfrage (1958).

79 N. o. m., str. 18.

80 Teodor Domej, Šolstvo za prebivalstvo jugovzhodne avstrijske Koroške. V: Andreas Moritsch (izd), Koroški Slovenci 1900-2000. Bilanca 20. stoletja = Unbegrenzte Geschichte / Zgodovina brez meja zv. 8. Celovec – Ljubljana – Dunaj 2000/2001. Str. 25-55, 34.

uveljavile odpravo obvezne dvojezične ljudske šole. Število otrok, ki so jih vzgojni upravičenci prijavljali k dvojezičnemu pouku je v naslednjih letih padalo. Osrednje organizacije so na avstrijske oblasti po letu 1959 naslavljale številne vloge šolske vsebine. Deloma so govorile o posameznih aspektih dvojezičnega šolstva, vedno spet najdemo zahtevo po izgradnji šolstva na višji stopnji, glede te in druge pa lahko konstatiramo, da je danes slovenska manjšina lahko vesela, da so jih oblasti tako dosledno ignorirale in da so izginile v predalih odnosno jih verjetno nihče ni bral.<sup>81</sup>

O učinkih manjšinskega šolstva na izobrazbeno in z njo pogojeno socialno strukturo slovenske manjšine na Koroškem so razpravljali v preteklih letih številni raziskovalci. Pri tem so upoštevali v veliki meri tudi rastočo geografsko mobilnost prizadetega prebivalstva. Vendar bo »praznjenju« obrobni področij, kjer je do nedavnega obstajala še mreža nižjeorganiziranih dvojezičnih ljudskih šol, potrebno posvetiti več pozornosti. Kako naj manjšina reagira na selitvene tokove svojih pripadnikov v centre in subcentre koroškega prostora? Kakšna osnovna infrastruktura je potrebna za preživetje? Na nekaterih primerih lahko zaznamo, da zaprtje šole neobhodno vodi do še večjega odseljavanja pedvsem mladih družin. Dinamiko socialne strukture manjšine do določene mere razkrivajo tudi podatki o poklicih staršev dijakov in dijakinj Slovenske gimnazije. Če pogledamo 6. letno poročilo vidimo, da je kar 194 dijakov od skupno 297 navedlo, da so starši kmetje odnosno delavci. V dijaških domovih jih je stanovalo 218, se vozilo 53, v mestu pa stanovalo 26.<sup>82</sup> 53. Letno poročilo je zadnje, ki objavlja poklic staršev. Od skupno 531 dijakinj in dijakov jih je 21 % navedlo, da so starši kmetje / polkmetje (9 %) ali delavci (13), v dijaških domovih jih je stanovalo 10 %, 21 % jih je stanovalo v mestu, 69 % pa je bilo vozačev.<sup>83</sup> Socialni profil pripadnikov manjšine so točneje analizirali Arnold Suppan<sup>84</sup>, Peter Meusber-

---

81 Augustin Malle, *Entwicklungsprobleme des zweisprachigen Schulwesens in Kärnten*. V: Heinz Tichy (ur.), *Unterricht und Bildung in den Volksgruppensprachen = Ethnos* zv. 29. Wien 1987. Str. 81-107.

82 VI. Letno poročilo Državne realne gimnazije in gimnazije za Slovence 1962/63. Str. 14.

83 53. letno poročilo Zvezne gimnazije in Zvezne realne gimnazije za Slovence 2009/2010. Str. 28.

84 Arnold Suppan, *Die Österreichischen Volksgruppen. Tendenzen ihrer gesellschaftlichen Entwicklung im 20. Jahrhundert = Schriftenreihe des Instituts für Österreichkunde*. Wien 1983.

ger<sup>85</sup>, Albert F. Reiterer<sup>86</sup> in Jernej Zupančič<sup>87</sup>, ki je v številnih letnih poročilih Slovenske gimnazije objavljaj svoje socialno-geografske analize dijakov.

Oddelek VII Deželnega šolskega sveta za Koroško že vrsto let objavlja Letna poročila. V teh najdemo detajlne statistične podatke in številne prispevke o problematiki dvojezičnosti in stanju dvojezičnega šolstva na Koroškem. V šolskem letu 2011/12 je bil dvojezični pouk na veljavnostnem območju manjšinskega šolstva možen na 71 šolah, od teh je bilo 9 ekspozitur. Na 66 šolah, od tega na 8 ekspoziturah, se je dvojezični pouk dejansko izvajal. V Celovcu sta bili aktivni dve dvojezični ljudski šoli. Šolarji in šolarke so bili porazdeljeni / porazdeljene na 90 dvojezičnih, na 135 integriranih in 109 enojezičnih razredov. Od 4.395 šolarj in šolarjev na veljavnostnem območju dvojezičnega šolstva je bilo prijavljenih k dvojezičnemu pouku 1975 ali 44,93 %. Obe celovski ljudski šoli je obiskovalo 166 šolarj in šolarjev. Slovenščino je kot neobvezno vajo obiskovalo 75 šolarj in šolarjev. 379 šolarj in šolarjev je obiskovalo slovenski predmetni pouk na 16 glavnih šolah/novih srednjih šolah. Skupno je torej na splošno izobraževalnih obveznih šolah 2.595 šolarj in šolarjev obiskovalo dvojezični pouk odnosno slovenski predmetni pouk. Zvezno gimnazijo in zvezno realno gimnazijo za Slovence v Celovcu je obiskovalo 506 dijakinj in dijakov, Dvojezično trgovsko akademijo 163, Zasebno višjo šolo za gospodarske poklice v Šentpetru pa 124. Na višjih splošno izobraževalnih in poklicno izobraževalnih šolah izven veljavnostnega območja manjšinskega šolskega zakona je nadaljnjih 618 dijakinj in dijakov obiskovalo pouk slovenščine.<sup>88</sup>

Pretekla desetletja so pokazala, v kaki meri je bil pouk slovenščine odvisen od političnega dogajanja v deželi, od statusa, ki ga je imela slovenščina v posameznih obdobjih in od zavesti staršev ter mnogih drugih faktorjev. Na-

---

85 Peter Meusburger, *Ausbildungsniveau und schulische Situation der Slowenen in Kärnten von 1848-1978*. V: *Innsbrucker geographische Schriften*, zv. 5. Innsbruck 1979.

86 Albert F. Reiterer, Doktor und Bauer. *Ethnischer Konflikt und sozialer Wandel: Die Sozialstruktur der slowenischen Minderheit in Kärnten = Disertacije in razprave / Dissertationen und Abhandlungen*, zv. 11. Klagenfurt / Celovec 1986; isti: *Kärntner Slowenen: Minderheit oder Elite? Neuer Tendenzen der ethnischen Arbeitsteilung*. V slovenščini: *Koroški Slovenci danes = Dissertationen und Abhandlungen / Disertacije in razprave* zv. 39. Klagenfurt / Celovec 1996.

87 Jernej Zupančič, *Slovenci v Avstriji. Sodobni socialnogeografski procesi in ohranjanje identitete*. Doktorska disertacija, Ljubljana 1996 (objavljeno tudi v tiskani obliki).

88 Landesschulrat für Kärnten, Abt. VII (izd.), *Jahresbericht 2011/12*.



čelno lahko trdimo, da se je slovenska narodna skupnost v času, ko je dobila možnost izobraževanja v materinščini na višji stopnji, te v znatni meri poslužila. V začetni fazi so k uspehu mnogo pripomogli dijaški domovi, starši pa so bili pripravljeni, da investirajo v izobraževanje svojih otrok. Nimate vpogleda, v kakšni meri so to odločitev staršev olajšali splošni ukrepi države na izobraževalnem področju, ki so bili podzvzeti v šestdesetih letih dvajsetega stoletja. V mislih imam sistem štipendiranja, domskih podpor in brezplačne vožnje.

Manjšinska šola ali utrakvistična, kot jo je poimenovala večinska elita, je dolgo časa zabranjevala nacionalno emancipacijo pripadnikov slovenske narodne skupnosti na Koroškem. Onemogočala je njihovo kulturno in gospodarsko napredovanje in s tem seveda postopno participacijo pripadnikov manjšine<sup>89</sup> v družbenem življenju dežele in države. Šele po drugi svetovni vojni upravičeno lahko govorimo o manjšinskem šolstvu, ki je leta 1958/59 zadobilo hud udarec, vendar je postopna izgradnja sistema manjšini omogočila emancipacijo in naposled vključevanje v družbene strukture dežele in države. Kljub pozitivnemu razvoju pa bo v kratkem času potrebno najti odgovore na izzive, ki jih obetajo načrtovane šolske reforme, med te spada seveda tudi zahteva po skupni in celodnevni obvezni šoli za vse šest- do petnajstletne. Narodna skupnost bi morala spregovoriti tudi o vprašanju izobraževanja vzgojiteljic in vzgojiteljev v vrtcih ter izobraževanju učiteljev za dvojezični pouk. Večja povezava s starši otrok, ki obiskujejo dvojezični pouk ali slovenski predmetni pouk, je nadaljnji izziv, prav tako skrb za učiteljski naraščaj. Te izzive bo manjšina zmogla le ob politični naklonjenosti večine in ob podpori strokovne znanosti. Nekatere smernice je že nakazalo Poročilo delovne skupine Avstrijske rektorske konference, kam bi lahko vodila pot, pa med drugimi Vladimir Wakounig<sup>90</sup> in Teodor Domej<sup>91</sup>. Vsi napor naj bodo usmerjeni v stopnjevanje jezikovne in strokovne kompetence vzgojnega in izobraževalnega kadra, ker bo manjšinski šolski sistem le na tej osnovi lahko obveljal in pridobival na ugledu in privlačnosti.

---

89 Boris Jesih, *Med narodom in politiko. Politična participacija koroških Slovencev = dravaDiskurz*. Celovec – Ljubljana 2007.

90 Vladimir Wakounig, *Der heimliche Lehrplan der Minderheitenbildung*. Str. 337-358.

91 Teodor Domej, *Šolstvo za prebivalstvo jugovzhodne avstrijske Koroške*. Str. 54-55.

## Integration durch Minderheitenpolitik am Beispiel Berlin

DARIO MOHTACHEM\*

„Deutschland ist kein Einwanderungsland“ – so lautete über Jahrzehnte hinweg das Credo der deutschen Politik, während Deutschland zum größten Einwanderungsland in Europa wurde.

Auf diese Weise hat die Politik der Bundesrepublik Deutschland (BRD) vor allem im Vergleich mit anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) über lange Zeit hinweg durch eine unzureichende Integrationspolitik die soziale und wirtschaftliche Integration der ethnischen Minderheiten versäumt und entsprechend erschwert.

Heute noch finden sich Integrationsdefizite bei vielen Menschen mit Migrationshintergrund. Das kann bedrohlich wirken, wenn man bedenkt, dass 19 Prozent der Gesamtbevölkerung einen Migrationshintergrund haben – also mindestens einen Elternteil, der nicht deutscher Abstammung ist.

Allein in der Bundeshauptstadt Berlin betrug der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund im Jahr 2012 25,7%. Bei den unter 30jährigen sind es noch mehr. Man könnte überspitzt schon sagen: „Die Minderheiten von heute sind die Mehrheiten von morgen“.

Das Thema ist hochaktuell: Wie aktuelle Medienberichte verdeutlichen, werden zahlreiche Zuwanderer, vor allem aus den südlichen Ländern Europas den Weg nach Deutschland suchen, weil sie hierzulande mehr wirtschaftliche Chancen sehen als in ihren Herkunftsländern. Und das ist eine wirtschaftliche Chance für beiden Seiten. Doch Deutsche zeigen sich in der Regel immer noch recht reserviert, wenn es um Zuwanderungsfragen geht.

---

\* Dario Mohtachem war zum Zeitpunkt des Vortrages Diplompolitologe an der Freien Universität Berlin, Deutschland

## **Migration gehört zu Europa**

Vergessen wird hierbei oft eine Tatsache: Migration auf dem europäischen Kontinent ist nichts Neues – denn Europa in seiner heutigen Form ist das Ergebnis jahrhundertelanger Migrationen. Im weltweiten Vergleich sind gerade die Europäer aus unterschiedlichsten Gründen ausgewandert: Zur Entdeckung anderer Welten, mit dem Ziel der Kolonialisierung und um der Armut oder Verfolgung zu entkommen. Unbestreitbar ist ebenfalls, dass eine Vielfalt von Völkern, Kulturen, Volksstämmen und Sprachen die europäische Geschichte begleitet haben – sodass Errungenschaften und Entdeckungen aus Asien, Afrika und Amerika im Zuge der oben genannten Migrationsprozesse in die Völkergemeinschaft integriert wurden und die Grundlage für die zivilisatorischen Leistungen Europas bilden. Die Geschichte der EU und Deutschlands ist damit untrennbar mit den Themen der Migration, Integration und Minderheiten verbunden und spielt sogar im internationalen Vergleich eine zentrale Rolle.

## **Emigration und Immigration – Europa kennt beides**

Im 19. Jahrhundert war Europa noch vor allem ein Auswanderungskontinent und durch die Übersee-Auswanderung von Europäern in die USA geprägt. Doch seit Mitte des 20. Jahrhunderts ist Europa wieder zu einem Einwanderungskontinent geworden. Als Wirtschaftsraum wurde die EU zunehmend attraktiv für Menschen aus aller Welt. Nahezu alle Mitgliedstaaten der EU begannen im Zuge einer Anwerbepolitik ausländische Arbeitskräfte temporär für den heimischen Markt zu rekrutieren, meist aus demografischen und ökonomischen Gründen. Aus dieser Beschäftigung auf Zeit wurde jedoch ein Einwanderungsprozess. Bekannt wurde in diesem Zusammenhang der prägnante aber treffende Satz von Max Frisch: „Man hat Arbeitskräfte gerufen, und es kommen Menschen.“

Deutschland ist dabei in besonderer Weise interessant, denn es war das größte Einwanderungsland in der EU und zugleich das prominenteste Beispiel für die Verweigerung der Einwanderungssituation und Fremdenfeindlichkeit gegenüber Migranten.

Insbesondere die türkischen Migranten sind interessant, da sie die größte Minderheit stellen und in der deutschen Öffentlichkeit sowohl im Stadt-

bild als auch in den Medien von allen ethnischen Minderheiten am häufigsten präsent sind.

## **Einwanderungsprozess in Deutschland**

Als Nicht-EU-Bürger hatten sie nach dem Anwerbestopp von 1971 keine Möglichkeit wieder einzureisen, sollten sie Deutschland verlassen. So entschieden sich viele entgegen ihrer ursprünglichen Absicht in Deutschland zu bleiben. Der Anwerbestopp senkte nicht in erster Linie die Zahl der Zuwanderer, sondern setzte den Einwanderungsprozess erst in Gang – viele holten ihre Familien nach, zogen aus den Wohnheimen in möglichst billige Mietwohnungen, sodass die Verbindungen zur Heimat lockerer wurden, vor allem bei Kindern der Gastarbeiter, der sogenannten „zweiten Generation“. Waren es nämlich bis Ende der sechziger Jahre die Italiener, die die größte Ausländergruppe stellten, so war es bereits Ende Dezember 1971 die türkische Bevölkerungsgruppe.

## **Was brachte die türkischen Einwanderer dazu, nach Deutschland zu migrieren?**

Grundsätzlich lassen sich viele Migrationsbewegungen mit der bekannten „Push & Pull-Theorie“ erklären: Migration versucht ein Gleichgewicht zwischen Ländern herzustellen. Die Faktoren, die zu diesem Gleichgewicht beitragen sind die „Push“ und „Pull“-Faktoren. Unter „Push“ wird zusammengefasst, was eine Auswanderung fördert, unter „Pull“ werden Ursachen bezeichnet, die eine Einwanderung hervorrufen. Wichtige Faktoren sind diesbezüglich die Verfügbarkeit von Arbeitsplätzen oder die Möglichkeit der Auswanderer durch Migration höhere Einkommen zu erzielen. Dies ist kein spezifisch deutsches, nicht einmal ein typisch europäisches Phänomen, sondern gilt für Migrationsprozesse generell. Die Entwicklung Europas zu einem Einwanderungskontinent ist daher diesem bestehenden politischen und wirtschaftlichen Gefälle zwischen den EU-Staaten und der Peripherie geschuldet. Einfach gesagt: Menschen aus weniger entwickelten Ländern suchen Perspektiven in ökonomisch weiter entwickelten Ländern.

## **Zuwanderung und Integration sind nicht sozial, sondern wirtschaftlich motiviert**

Der Anwerbeprozess war auch ein rein wirtschaftliches Unterfangen und keine soziale Gnade – weder von Seiten Deutschland, noch von Seiten der Türkei. Nach Ende des Zweiten Weltkriegs war nämlich die Zahl der deutschen Männer im erwerbsfähigen Alter stark reduziert. Die stark ausgeweitete Produktionskapazität der deutschen Wirtschaft stand somit einer erheblich geringeren Zahl von Arbeitskräften gegenüber. Wenn man Deutschland mit anderen europäischen Staaten wie Belgien, Frankreich, den Niederlanden und dem Vereinigten Königreich vergleicht, zeigt sich, dass Deutschland über keine ehemaligen Kolonien verfügt, aus denen es ausländische Arbeitskräfte hätte rekrutieren können.

In Folge dieser Umstände wurden Anwerbeabkommen mit Auswanderungsländern ausgehandelt. Insbesondere wirtschaftliche Interessen waren hierbei maßgeblich: Ziel dieser Abkommen war nicht die Förderung der Zuwanderung, sondern die Bekämpfung des Arbeitskräftemangels. Die Herausbildung und Entstehung ethnischer Minderheiten resultierte vor allem aus diesen Anwerbeverträgen.

Von der Bundesregierung wurde die Anwerbung als alternativlos postuliert, weil die Arbeitslosigkeit bei Männern im Bundesdurchschnitt nunmehr bei 1,8 Prozent lag – das hieß, dass die problemlos mobilisierbaren deutschen Arbeitskräfte in den wirtschaftlich starken Regionen nahezu vollbeschäftigt waren, wobei die Wirtschaftsprognosen auf ein weiterhin starkes Wirtschaftswachstum verwiesen.

Gerade in Berlin verschärfte sich die Situation mehr als in anderen Regionen Deutschlands: Der Bau der Berliner Mauer verhinderte nämlich einen weiteren bedeutenden Zustrom von Arbeitskräften aus der DDR. Bis dahin überschritten rund 2,7 bis 3,7 Millionen Menschen die innerdeutsche Grenze von Ost nach West. Gleichzeitig war die Lage in der Türkei praktisch entgegengesetzt zur Entwicklung in der BRD. Die Volkswirtschaften der Herkunftsländer, vor allem der Türkei, waren gekennzeichnet durch ein Überangebot an ungelerten Arbeitskräften, Kapitalknappheit, Arbeitslosigkeit bzw. Unterbeschäftigung und einen niedrigen technologischen Standard.

Der Schwerpunkt der deutschen Politik in der Anwerbephase lag auf gering qualifizierten Kräften. Die Gastarbeiter sollten durch Deutschland auch moderne Produktionstechniken der industriellen Arbeitswelt kennenlernen und dieses Wissen positiv für ihr Herkunftsland einsetzen. Alles beruhte demnach auf einer gegenseitigen Gewinnabsicht. Zudem wurden die Zuwanderer hauptsächlich aus den ländlichen Regionen rekrutiert, in denen noch jahrhundertealte Traditionen galten – ganz im Gegensatz zu modernen, westlich-orientierten Großstädten wie Istanbul. Diese „Rückständigkeit“ der Ausländer aus dem Osten war ein wichtiger Grund für die Anwerbung, denn auf diese Weise wurde die Billigkeit der Arbeitskräfte erhalten. Vergessen wurde dabei jedoch, dass dies eine Annäherung an die deutsche Gesellschaft und somit auch eine Integration bedeutend erschweren könnte.

### **Deutsche Minderheitenpolitik begünstigt Einwanderungsprozess**

Bis Ende der 1960er Jahre war in der BRD das Rotationsprinzip für die Arbeitskräfte wirksam, sodass diese nach einer bestimmten Zeit wieder ausgetauscht wurden. Eine langfristige Integration und Einwanderung war auch nicht im Interesse der deutschen Regierung und Gesellschaft.

In den folgenden Jahren aber wurde in Deutschland lebenden Arbeitsmigranten ermöglicht, ihre Verträge zu verlängern. Gegen das Rotationsprinzip sprach nicht zuletzt das Interesse der deutschen Wirtschaftsunternehmen selbst, für die es wenig sinnvoll schien, eingearbeitete und bewährte ausländische Arbeitskräfte nach einigen Jahren per Zwangsrotation zu verlieren, um erneut neue ungelernete Gastarbeiter anlernen und einarbeiten zu müssen.

Inbesondere bei den türkischen Migranten intensivierte diese Änderung den Zuwanderungsprozess: Binnen weniger Jahre entwickelte sich auf diese Weise die Türkei von einem anfänglichen Ersatzanwerbeland zum wichtigsten Arbeitskräftereservoir der Bundesrepublik. Diese Tatsache führte zusammen mit der Tendenz der Arbeitgeber, vorzugsweise „Gastarbeiter“ ein und derselben Nationalität oder gar Verwandte und Bekannte der bereits eingestellten Arbeitsmigranten gezielt anzuwerben, zu einer hohen Konzentration von türkischstämmigen Arbeitsmigranten in bestimmten Betrieben.

## Das Beispiel Berlin

Besonders in Berlin zeigen sich die Folgen dieser Migrationsprozesse. Bei den türkischen Migranten waren nicht nur wirtschaftliche Gründe verantwortlich für die zunehmende Zahl an Einwanderern. In Berlin gab es bereits Netzwerke von türkischen Migranten mit eigener Infrastruktur. Türkische Bäcker, Lebensmittelhändler und Arbeiter lebten dicht nebeneinander. Zuwanderer konnten sprachlich und kulturell schnell Zugang finden, da sie auf Verwandte, Bekannte oder zumindest Gleichsprachige trafen.

Vor allem günstige Wohnungen, die es in Fabriknähe oder in Sanierungsgebieten der Innenstadt reichlich gab, waren ein beliebtes Ziel. Dies hatte auch zur Folge, dass deutsche Bewohner wegzogen und Ausländer entsprechend nachfolgten, weil viele Deutsche den Zuzug der Arbeitsmigranten mit einem Absinken des Wohnwertes verbanden. Auch wenn diese Art zu Wohnen durchaus kostensparend für viele Migranten gewesen war, so war sie in Bezug auf die gesellschaftliche Wahrnehmung eher kontraproduktiv, da auf diese Weise ein schlechtes Bild der Migranten erzeugt wurde. Heute liegt der Anteil der Migrationsbevölkerung in Ost-Kreuzberg, Nord-Neukölln, Ost-Wedding und Nord-Tiergarten sowie in Ost-Spandau bei rund 50 %. Diese Konzentration zeigt sich vor allem bei den türkischstämmigen Migranten und hat auch eine wirtschaftliche Bedeutung: Ein türkischer Bäcker hätte geringere Marktchancen, wenn seine Klientel dispers über die Stadt verteilt wäre, daher konzentrieren sich sowohl Zielgruppe, als auch Anbieter auf ein bestimmtes Territorium in der Stadt, um die Zugangswege zu verkürzen. Es entsteht eine Infrastruktur, die das wirtschaftliche Überleben der Migranten sichert.

Deutschlandweit zeigt sich nur in Berlin in besonderer Weise der Unterschied zwischen der DDR- und BRD-Minderheiten- und Zuwanderungspolitik. Im Osten der Stadt ist der Anteil der türkischen Migranten verschwindend gering, während sie in bestimmten Bezirken im Westteil Berlins besonders präsent sind, was zum einen mit der im Osten oft vermuteten erhöhten Fremdenfeindlichkeit zusammenhängt, aber genauso eine Folge der Arbeitsmigration in die BRD war. Die ehemaligen türkischen Gastarbeiter bilden den Großteil der ausländischen Wohnbevölkerung in Berlin-West, während Asylbewerber, Kontingent- und Kriegsflüchtlinge zahlenmäßig eine untergeordnete Rolle spielen. Arbeitsmigranten spielten im Ostteil der Stadt nur eine geringe Rolle, wo (ehemalige) Flüchtlinge dominierten – bei-

spielsweise Vietnamesen, wie es heute noch in bestimmten Bezirken im Osten wie Lichtenberg zu beobachten ist. Die russischstämmige Minderheit dagegen findet sich vor allem in Berlin-Charlottenburg. Es zeigt sich daher besonders in Berlin eine unterschiedliche Verteilung der verschiedenen Minderheiten aufgrund unterschiedlicher Migrationsbewegungen.

Die türkischen Migranten verteilten sich über zwei Sektoren in Berlin: Der erste umfasste die Bezirke Wedding, Tiergarten, Reinickendorf und Spandau. Der zweite vor allem die Bezirke Kreuzberg und Neukölln sowie Tempelhof, Schöneberg und Steglitz. In Berlin-Zehlendorf, wo mittlere und gute Wohnlagen überwiegen, betrug der Anteil der türkischstämmigen Bevölkerung weniger als 1%, in dem Ostteil der Stadt war der Anteil vergleichsweise sogar noch kleiner.

Die Ansiedlung von Migranten in Schöneberg, Neukölln und in Spandau kam vor allem durch die 1975 vom Senat verabschiedete „Zuzugssperre“ zustande, die dieser Konzentration in innerstädtischen Gebieten entgegenzuwirken versuchte. Aber die Ineffektivität dieser Maßnahme wurde dadurch deutlich, dass sich die meisten (türkischen) Migranten in der Nähe der Gebiete ansiedelten, die für einen Zuzug nicht mehr gestattet waren, sodass dieses Gesetz 1989/90 wieder aufgehoben wurde.

## **Lokale Identitäten**

Großstädte in Deutschland haben eine weitere wichtige Bedeutung, vor allem Berlin: Türkische Migranten in Berlin beispielsweise versuchen dem nationalen Dilemma oftmals zu entgehen, aufgrund ihres äußeren Erscheinungsbildes und ihrer Herkunft nicht als „Deutsche“ wahrgenommen zu werden und bezeichnen sich selbst als „Berliner“: So fühlten sich 80% der türkischen Migranten 2005 „wohl“ bis „sehr wohl“ in Berlin und betrachten diese Stadt als ihren Lebensmittelpunkt.

Viele Menschen ausländischer Herkunft, vor allem mit türkischer Abstammung, haben aus der Not eine Tugend gemacht. Aufgrund der Diskriminierung am Arbeitsplatz, Schwierigkeiten beim Bewerbungsprozess wegen des ausländischen Namens und niedrigerer Qualifikationen haben sich viele Migranten selbstständig gemacht, sodass wahrhaft eine ethnische Ökonomie entstanden ist, die zunächst die eigene ethnische Community im Um-



kreis versorgt hat und mittel- bis langfristig auch die gesamte deutsche Gesellschaft. Auf diese Weise gelang vielen Einwanderern durch eigene Kraft ein wirtschaftlicher und sozialer Aufstieg und eine erfolgreiche Integration in die deutsche Gesellschaft.

## **Warum tun sich Deutsche so schwer mit Zuwanderern?**

Die deutsche Migrationsgeschichte war und ist ein langes Tauziehen zwischen wirtschaftlichen und nationalen Interessen. James Hollifield spricht in diesem Zusammenhang vom „liberalen Paradox“: Die ökonomische Logik verlangt Offenheit, wohingegen die politische und rechtliche Logik eher Abschottung anstrebt.

Hier müssen wir einen Blick auf die Geschichte werfen, denn in Deutschland hat sich beispielsweise nicht dieselbe Entwicklung vollzogen wie in Frankreich mit der Französischen Revolution. Als bürgerliche Revolution schuf sie die sozialen und rechtlichen Rahmenbedingungen, somit also auch die formelle Gleichheit des Einzelnen vor dem Gesetz und den Schutz seines Eigentums. Auf diese Weise wurden innere Grenzen abgeschafft, woraus sich ein gleichberechtigter und individueller Bezug der Bürger zum Staat entwickelte. Auch in den USA konnte ein Nationalgefühl gedeihen, denn nach der Unabhängigkeit der nordamerikanischen Kolonien von England war die Bildung einer eigenständigen Nation oberstes Ziel. Die Einheit des amerikanischen Volkes ergab sich durch die Erfahrung eines erfolgreichen Krieges und einer Abgrenzung von Europa als der „Alten Welt“ – dieses Gefühl wurde von dem religiösen Mythos der puritanischen Auswanderer getragen, als Gottes auserwähltes Volk ein bisher scheinbar unberührtes Land zu beziehen.

## **Das Fremde wird konstruiert**

Diese Erfahrungen blieben jedoch in Deutschland aus. Zudem gilt Deutschland als später Nationalstaat. Bis 1871 gab es keinen einheitlichen Nationalstaat, der die Grundlage für eine gemeinsame Staatsangehörigkeit aller Deutschen bilden konnte. Erst durch die Bildung dieser modernen Nationalstaaten, die das Ziel hatten und haben die Nation und ihre Einheit zu wahren, wird die Prämisse der politischen Ausgrenzung

von Fremden und zugewanderten Fremdgruppen ermöglicht. Die Abgrenzung vom Fremden wird zum entscheidenden Referenzpunkt der Identitätskonstruktion.

### **Abstammung entscheidet?**

Das jahrhundertelange „Ringens um Konturen eines Nationalstaates“ scheint gerade in Deutschland nationale Sehnsüchte und Mythen geweckt und verstärkt zu haben und hebt das Kriterium der Abstammung in den Mittelpunkt. Der Fremde wird auf den biographischen Zufall seines Geburtsortes und auf den Biologismus seiner Abstammung reduziert. Das impliziert u.a., dass die Identität des Einzelnen auf seine herkunfts- und abstammungsbedingte Optik zurückgeführt wird. Doch der Gedanke der biologischen Reinheit des deutschen Volkes entspricht nicht der Wahrheit: Vielmehr kann die deutsche Geschichte nicht, wie in den völkischen Geschichtsbildern, isoliert für sich, sondern nur als Teil der europäischen Geschichte sinnvoll und zutreffend gesehen werden.

### **Integration ist beidseitiger Prozess**

Dieser Zuschreibungsprozess verhindert eine Integration der Menschen anderer Herkunft und Abstammung. Die Mehrheitsgesellschaft kann sich nicht über die mangelnde Integration der Minderheiten beschweren, wenn Sie diesen nicht mit der nötigen Offenheit begegnet. Beide Seiten sind verantwortlich für eine erfolgreiche Integration, wie der bekannte deutsche Migrationsforscher Klaus J. Bade betont. Teilhabe und Zugang zur Mehrheitsgesellschaft sind daher Grundbedingung für eine erfolgreiche Integration.

Deutschland ist bereits auf einem guten Weg, um die Integration der Menschen unterschiedlichster Herkunft zu fördern und hat seit dem rot-grünen Regierungswechsel von 1998 viele notwendige Schritte unternommen, allen voran die Reform des Staatsangehörigkeitsgesetzes. Man könnte annehmen, dass die Mehrheit der Deutschen die Wichtigkeit dieses Themas und die Unentbehrlichkeit der Zugewanderten eingesehen haben. Doch mindestens genauso wahrscheinlich ist die Tatsache, dass nationale Bestrebungen und Restriktionen wirtschaftlichen Notwendigkeiten und Zwängen weichen mussten.

## **Migration und Integration sind auch Themen der Zukunft**

Auch künftig werden diese Themen für Berlin, Deutschland und ganz Europa von Bedeutung sein. Aktuellen deutschen Medienberichten zufolge braucht Deutschland jedes Jahr 400.000 Zuwanderer, um seine aktuelle Wirtschaftsleistung zu bewahren und demografischen Problemen zu begegnen. Und die Zuwanderer werden kommen: In den nächsten Jahren (bis 2017) sollen 2,2 Millionen Menschen in die Bundesrepublik einwandern, vor allem aus den südeuropäischen Krisenstaaten. In der Wirtschaft sind sie hochwillkommen – viele der Zuwanderer sind hochqualifiziert und sprechen mehrere Sprachen.

Dies verdeutlicht umso mehr eine Tatsache: Nicht ein zu viel, sondern gerade ein zu wenig an Migration wird eine der entscheidenden Gefahren für die deutsche und europäische Zukunft sein!

# Die multiethnische Bevölkerung der Bukowina im Spannungsfeld der Weltgeschichte

SERGIJ OSATSCHUK\*

Die Grundzüge der bukowinischen Geschichte als Werdegang einer europäischen Region habe ich bereits in mehreren Beiträgen in früheren Kärnten Dokumentation dargelegt, und diese sollten daher bekannt sein. Den Name Bukowina treffen wir zwar in den Akten des Jahres 1392, aber das eigentliche Entstehen dieser Region begann mit der österreichischen Besitznahme 1774. Zuvor ein ödes Gebiet mit äußerst dünner Besiedlung (nur 70.000 Menschen auf 10.000 km<sup>2</sup>), aber wirtschaftlich, staatspolitisch und landschaftlich günstig gelegen, wurde es von den Habsburgern als Schöpfungsgebiet der Zivilisation erprobt und erfolgreich entwickelt. Ohne Schaffung der notwendigen Infrastruktur – von der Verwaltung angefangen über die Straßenverbindungen, die Bildungseinrichtungen und das Sozialwesen bis hin zu Handels- und Industriegewesen – wäre die Erfolgsgeschichte der Bukowina nicht geschrieben worden, aber die wichtigsten Träger dieser Entwicklung waren die Menschen, welche mal aus eigenem Willen, mal aus der Notlage zu Hause in den westlichen Siedlungsgebieten oder aus der Staatsdienstverpflichtung zu den neuen Bewohnern dieses Gebietes wurden und den stolzen Name Bukowiner trugen.

Im Folgenden wollen wir uns einem Aspekt der Bukowiner Landesgeschichte widmen und in kurzen Zügen den Einfluss der jeweiligen Staatspolitik in der wechselseitigen Geschichte der Bukowina im 19. und 20. Jahrhundert auf die Landesbevölkerung hervorheben. Hier sei im Voraus festgehalten, dass die staatsmännische Hand und Führung an der Konstruktion ebenso wie an der Dekonstruktion gesellschaftlicher Formationen in nationaler, konfessioneller, politischer und wirtschaftlicher Hinsicht maßgeblich beteiligt gewesen ist. So war es der kaiserliche Wille von Joseph II., der auf den Vorschlag des ersten österreichischen Militärverwalters der Bukowina, General von Spleny, seit 1782 landwirtschaftliche Kolonisten deutscher Herkunft ins Land kommen ließ. Verstärkt durch das Toleranz-

---

\* Dr. Sergij Osatschuk ist Historiker in Czernowitz, Ukraine

patent von Joseph II. wurden im Laufe des 19. Jahrhunderts die Voraussetzungen und politischen Rahmenbedingungen für die Entstehung einer einzigartigen multiethnischen und polykonfessionellen Landesbevölkerung geschaffen. Diese setzte sich aus Ruthenen, Rumänen, Polen, Juden, Deutschen, Ungarn, Slowaken und Russen zusammen, welche entsprechend in die Synagogen, römisch- und griechisch-katholischen, orthodoxen und evangelischen Kirchen zum Gebet gingen. In den hundert Jahren der österreichischen Verwaltung erlebte dieses Land der Buchen, die Bukowina, eine hundertfache Bevölkerungsvermehrung. Ein Zuwachstempo, das nur mit dem nordamerikanischen vergleichbar war. Dabei holte man sich die nötigen Fachleute – nach Emmanuil Turzynski – ohne Rücksicht auf Nationalität oder Konfession dort, wo sie zu finden waren. Ausschlaggebend war das Fortschrittsdenken, nicht aber die nationale Zugehörigkeit. Im Schulwesen blieb der Akzent vor allem auf gemischtsprachigen Volksschulen, in denen bis zu vier verschiedene Sprachen unterrichtet wurden: Deutsch, Rumänisch, Ukrainisch und Polnisch. Dies alles trug dazu bei, daß eine gut organisierte und funktionierende Interessengemeinschaft gebildet wurde.

Die Schenkung der Autonomie, die Schaffung des Kronlandes Bukowina 1849/1861, das Bukowiner Landesgesetz und die Verfassung von 1867 sowie die Bestimmung der DREI (!) offiziellen Landessprachen – Deutsch, Ruthenisch und Rumänisch – etablierten die gerechte Gleichberechtigung aller Volksgruppen und schufen die politische Situation der enormen Kompromissfähigkeit. Denn keine der 11 Volksgruppen hatte eine überwiegende Mehrheit und niemand konnte allein über wichtige Landesbelange entscheiden.

Das Bewusstsein, zu einer kulturellen Gemeinschaft zu gehören, bewirkte und erleichterte die gegenseitige Durchlässigkeit der Gruppen für das Individuum, denn die Aufnahme in anderssprachige Gruppen beinhaltete keine grundlegende Neuorientierung und hatte auch keine wesentlichen Konsequenzen auf die vertikalen Bewegungen in der sozialen Hierarchie (anders als z.B. in Schlesien, wo sozialer Aufstieg die Aufnahme in die deutsche Gruppe implizierte). In einer multiethnischen Gesellschaft, wie es die in der Bukowina gewesen ist, und welche gleichzeitig eine mehrsprachige Gesellschaft war, stellte der leichte Zugang zur privilegierten Sprache an sich ein Privileg dar. Die Erwartung sozialen und ökonomischen Aufstiegs war, nach Gerald Stourz, die motivierende und mobilisierende Kraft der Assimilation von ethnischen und sprachlichen Gruppen.

So sehr wir die habsburgische Nationalitätenpolitik in der Bukowina preisen, muss doch festgehalten werden, dass mit der enormen und grenzlosen Annäherung der jüdischen Bevölkerung an die deutsche Sprache und Kultur, diese zum Träger jener in der Bukowina wurden. Ohne sie hätte es nie florierendes deutsches Theaterleben und Zeitungswesen gegeben. Die Juden durften sich nur nach dem Glauben identifizieren und nie als eine eigene Volksgruppe. Bei den regelmäßigen Volkszählungen wurde nur nach der Muttersprache gefragt, demnach wurden die Juden immer der deutschen Gemeinschaft zugezählt. Straßenproteste jüdischer Studenten der Czernowitzer Universität vor dem Ersten Weltkrieg mit dem Verlangen der Anerkennung ihrer Volksgruppe konnten die Staatslinie nicht beeinflussen.

Das soziopolitische und interkulturelle Netzwerk der regionalen Gesellschaft mit den wichtigen Kommunikationsröhren bildete eine Voraussetzung für die Herausbildung einer besonderen Kultur der Toleranz und des regionalen Landespatritismus – Bucovinismus. Trotz des harten politischen Kampfes im Bukowiner Landtag, und trotz des Konkurrenzkampfes im wirtschaftlichen Bereich unter den Volksgruppen bildeten sich vor dem Ersten Weltkrieg einzigartige Bedingungen der Koexistenz verschiedener Nationen und eine besondere Mentalität mit den ausgeprägten Charakteristiken wie nationale Toleranz, gegenseitiger Respekt und Vermeidung des zwischenethnischen Konfliktes heraus.

Diese friedliche Entwicklung wurde durch den Ersten Weltkrieg und dessen staatspolitischen Folgen unterbrochen. Damit begann eine neue Ära in der europäischen Geschichte, die auch die besondere Bukowiner Verhältnisse auf ihre Standhaftigkeit prüfen musste. Jede Nationalgruppe der Bukowina wurde 1918 vor neue Existenzbedingungen gestellt und jede Ethnie hat ihren eigenen Weg in der sich rasch verändernden Situation gesucht. Der Zusammenbruch der österreichisch-ungarischen Monarchie als Folge des verlorenen Ersten Weltkriegs führte zur Loslösung der Bukowina aus dem österreichischen Staatsverband und zur Besetzung des Landes durch das benachbarte Königreich Rumänien, das gerade dabei war, Großrumänien aufzubauen.

Statt dem österreichischen Liberalismus wurden in der Bukowina der rumänischen Zwischenkriegszeit ganz andere Spielregeln und politische Rahmenbedingungen eingeführt. Seit 1919 gab es nur Rumänisch als

einzigste offizielle Sprache, alle Schulen mit Parallelunterricht wurden sukzessive aufgelöst. Die rumänische Nationalidee wurde in allen Lebensbereichen vorherrschend. Die zahlreichen Beamten des neuen Staatsdienstes strömten 1919 in die Bukowina und nach Czernowitz. Dies verursachte eine Wohnungsnot und die Landesverwaltung setzte bei der Regierung in Bukarest die Bewilligung durch, die aus Galizien stammenden jüdischen Familien aus Czernowitz mit polizeilicher und militärischer Gewalt in das nunmehrige Polen (und einstige Kronland Galizien) auszusiedeln. Solche Aktionen, die eine Menge Wohnungen für die neuen rumänischen Bewohner freimachte und erst nach paar Monaten durch die Intervention des englischen Militärattaché in Bukarest gestoppt wurde, erwies sich als sehr symbolisch in Bezug auf die Dekonstruktion der Bukowiner Verhältnisse in der ganzen Zwischenkriegszeit.

Der Wandel betraf vor allem die rechtliche Gleichstellung und das geistige Klima. Damit vollzog sich in der ethnodemografischen Struktur der Bukowina ein bedeutender Wandel, der mit den assimilatorischen Maßnahmen der rumänischen Regierung einherging und konsequent, streng und auch heimtückisch umgesetzt wurde. Jeder Nicht-Rumäne, der sich romanisieren ließ und die so genannte Rückkehr in die Mutternation unterschrieb, durfte an den Vorteilen der besonders niedrigen Zinsen der Bukarester Bank der Nord partizipieren, ansonsten waren die Kredite unangemessen teuer und unrentabel. Wenn ukrainische Eltern nicht bereit waren, ihre Kinder als Rumänen einzuschreiben, wurde ihnen Ende der 1930er-Jahre auch der Zugang zum besten Gymnasium der Stadt, dem Aron-Pumnuł Gymnasium, verwehrt. Die bunte mehrsprachige Stadt Czernowitz und das Land Bukowina wurden rumänisch, indem man das deutsche Stadttheater in das rumänische Nationaltheater umgewandelt hatte, die öffentliche Kommunikationssprache durfte nur mehr Rumänisch sein. Für die Kommunikation in einer anderen Sprache in dieser vormals multiethnischen Gesellschaft wurde vom Gendarmen die Schlagstöcke am Rücken spürbar.

Aus der österreichischen Erfahrung heraus griffen die Bukowiner vor allem zu den Maßnahmen der Selbsthilfe im nationalen Vereinswesen und orientierten sich später gezwungenermaßen auf Deutschland oder Sowjetunion als externe Faktoren des Einflusses gegen die Rumänisierungspolitik ohne Vorbehalt des politischen Kontextes. Im Klartext bedeutete dies eine Blüte der kommunistischen und nationalsozialistischen Organisationen.

Die traditionelle bukowinische Toleranz bestimmte jedoch nach wie vor die allgemeine Atmosphäre in der Region. Die Differenzen in der Politik und der Weltauffassung der Bukowiner blieben in tolerierbaren Grenzen und das Hauptaugenmerk der Bukowina galt der Vielzahl der Angebote der Kultur-, Theater- und Sportvereine in Czernowitz und in den Bezirkszentren. Die Rechte der nicht-rumänischen Volksgruppen wurden durch eine Reihe von Sondergesetzen und Verordnungen verletzt, dazu lastete das korrupte Wirtschafts- und Verwaltungssystem in Rumänien noch schwerer auf den Bukowinern als die diskriminierende Gesetzgebung. Auf der anderen Seite hatte diese Verwaltungsmethode, wie der deutsche Forscher Michael Kroner bemerkt, auch ihre „Vorteile“, denn mit Schmiergeld konnte man eine Gesetzesbestimmung leichter umgehen.

Die großen staatlichen Tyrannen des 20. Jahrhundert auf dem europäischen Kontinent haben endgültig die Schöpfung des Habsburgerreiches – die Bukowina – in historische Materie umgewandelt. Das Land wurde 1940 in zwei Teile zerlegt, der nördliche Teil wurde an die Sowjetunion angegliedert und der südliche blieb bei Rumänien. Fast 50.000 Deutsche wurden umgesiedelt, 40.000 vernichtet und vertrieben, tausende nationalbewusste Ukrainer und Rumänen ermordet oder nach Sibirien verbannt. Alle, die am Leben bleiben durften, wurden in politische, ideologische und wirtschaftliche Sklaven unter russischer Vorherrschaft umgewandelt. Auf Neue wurde mit Härte des Kriegssiegers und Retters Europas vor dem Faschismus mit der Dekonstruktion der alten Vorkriegsformation der Bukowiner Gesellschaft begonnen. Die Erfahrung der NKWD-Vernichtungsmaschinerie der 1930er-Jahre und die innere, fast krankhafte Überzeugung, einen neuen Typus des Homo Sovieticus mit Sichel und Hammer meißeln zu können, bestimmten die sowjetische Nationalitätenpolitik der Nachkriegsjahrzehnte. Aus der Liste der sowjetischen Brüdervölker verschwanden die Rumänen, sie mussten nun sich selbst Moldauer nennen, falls sie nicht bereit waren, sich und eigene Kinder als Russen einzuschreiben und sich außerdem der kyrillischen Schrift zu bedienen. In den Nachkriegsjahrzehnten vollzog sich ein massiver Besetzungszug der russischen Sprache in allen Bildungs- und Berufsbereichen. Kaum eine Schule in den Städten blieb ukrainischsprachig, sie wurden durch die russischsprachigen ersetzt. Das Ukrainische wie Moldauische wurde massiv in die Peripherie gedrängt und wurde nur als Bauernkultur geduldet und kultiviert. Das inoffizielle, aber effektive Verbot der Aufnahme jüdischer Studenten an Hochschulen, ihre akademische Zwangsauswanderung nach Tomsk,



Nowosibirsk, Swerdlowsk und Irkutsk (wo sie übrigens die deportierten Bukowiner trafen), korrigierte das soziale und nationale Bild der Sowjetbukowina, wo bis Ende der Sowjetära ein doppelter Raum des harten sozialistischen Betrugsstaates und ein leiser und trauriger Erinnerungsraum der Überlebenden parallel existierten.

Der Historiker Peter Blicke hat die Bedeutung der Regionen vor kurzem wie folgt beschrieben: „Regionen sind Erfahrungsräume, geprägt durch Brot, Speisen, Sprache, Arbeit, Fest, Religion und eine gemeinsame, in der Geschichte verankerte Erinnerung“.

Neben den rasanten politischen Veränderungen auf der Weltkarte und der europäischen politischen Karte im letzten Viertel des vergangenen Jahrhunderts, welche zu bis dahin unvorstellbarer und nur erträumter Kooperation und Einigung europäischer Staaten führte, erlebten wir alle eine Renaissance der ost- und südosteuropäischen Regionen, welche heutzutage nicht nur in den Kreisen der Kulturhistoriker und Wissenschaftlern vertraut ist, sondern zunehmend zum abgerundeten europäischen Bild im Bewusstsein des gebildeten Bürgertums fest dazugehört. Die Bukowina ist eine der kulturhistorischen Regionen, einst ein einheitliches Verwaltungsgebiet, seit siebzig Jahren geteilt durch die ukrainisch-rumänische Staatsgrenze, welche genau wie Banat, Siebenbürgen, Galizien, Zips, Schlesien, Tirol und Kärnten ihren Beitrag in der gemeinsamen europäischen Identitätsbildung leistet. Die unterschiedliche politische, wirtschaftliche und soziale Geschichte dieser Regionen wird durch ein prägendes Zeichen einheitlicher und europäischer. Mit ihren kunst-, kultur- und personengeschichtlichen Kennzeichen werden sie alle zu Bildungslandschaft, Kulturlandschaft und Literaturlandschaft. Landschaften, die wir heute gerne kennen und schätzen lernen, bei denen wir aus der Erinnerung schöpfen und sie als feste Fundamente für eine gemeinsame europäische Zukunft sehen.

# Der lange Weg der Anerkennung: Auswirkungen der Entstehung des österreichischen Nationalstaates auf Roma und Sinti im 21. Jahrhundert

NADINE PAPAI\*

Nach wie vor werden weltweit Angehörige von ethnischen und religiösen Gruppen innerhalb eines Staates diskriminiert, verfolgt, vertrieben, gefoltert oder ermordet. Zahlreiche Staaten unterdrücken aus politischen, wirtschaftlichen oder rassistischen Gründen Völker und Minderheiten auf ihrem Gebiet; andere Staaten unterstützen Verfolgungen, schauen weg oder schweigen und halten dabei das Prinzip der „Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten“ hoch.

Die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) setzt sich dafür ein, dass politische und wirtschaftliche Aktivitäten, die diesen Völkern schaden, eingestellt und die Rechte international und national anerkannt werden. Dazu arbeiten wir mit nationalen oder internationalen Organisationen ähnlicher Zielsetzung und mit den Völkern vor Ort zusammen, um die Selbstorganisation bedrohter Völker und Minderheiten zu fördern. Die unabhängige Menschenrechtsorganisation Gesellschaft für bedrohte Völker wurde 1970 in Hamburg gegründet. Die selbstständigen Sektionen in Deutschland, in der Schweiz, in Südtirol, in Bosnien-Herzegowina und in Österreich, welche 1985 gegründet worden ist, sind Mitglieder der Dachorganisation GfbV-International, die wiederum Beobachterstatus im Wirtschafts- und Sozialrat der UNO hat. Schon seit Jahren macht die GfbV immer wieder auf die Situation von Roma und Sinti in Europa aufmerksam und setzt sich für die Aufklärung über die herrschenden Missstände ein. Meist leben Roma am Rande der Gesellschaft und in tiefster Armut.

In den letzten Jahren kam es vermehrt zu Aufmärschen von rechtsradikalen Gruppierungen und brutalen Übergriffen bis hin zu Morden an Mitgliedern dieser Minderheit. Wieder einmal werden sie vertrieben und stehen im Mittelpunkt medialer Hetze.

---

\* Nadine Papai, BA, ist Geschäftsführerin der Gesellschaft für bedrohte Völker in Wien, Österreich

Leider kommt es auch in Österreich zu Menschenrechtsverletzungen gegen Roma und Sinti. So kam es erst Anfang September zu gefährlichen Drohungen gegen campierende Sinti in Bischofshofen in Salzburg. In der Nacht von Montag auf Dienstag, den 3. September 2013, versuchten rund 20 Jugendliche, einen Lagerplatz der Durchreisenden zu attackieren. Laut Polizeisprecher war das Campieren angekündigt und genehmigt gewesen. Deshalb kam es zu einem Polizeieinsatz, der bis in die frühen Morgenstunden dauerte. Sechs Polizeistreifen haben verhindern können, dass es zu körperlichen Auseinandersetzungen kam. Es kam zu Sachschäden an den Fahrzeugen, verletzt wurde jedoch niemand.

Die jugendlichen Angreifer hatten sich via Facebook formiert. In Postings auf einer offenen Facebook-Gruppe wurde u.a. zu Brandanschlägen aufgerufen und eine „Endlösung“ gefordert. In der Zwischenzeit sind alle Beiträge gelöscht worden. Der Verein Romano Centro hat die Privatpersonen aufgrund des Verdachts der Verhetzung, NS-Wiederbetätigung und der gefährlichen Drohung angezeigt.

Die Gesellschaft betont hier, dass laut Artikel 3 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte jeder das Recht auf Leben, Freiheit und Sicherheit hat; laut Artikel 12 niemand willkürlichen Eingriffen in sein Privatleben, seine Familie, seine Wohnung und seinen Schriftverkehr oder Beeinträchtigungen seiner Ehre und seines Rufes ausgesetzt werden darf und jeder Anspruch auf rechtlichen Schutz gegen solche Eingriffe oder Beeinträchtigungen hat, sowie laut Artikel 13, Punkt 1, jeder das Recht hat, sich innerhalb eines Staates frei zu bewegen und seinen Aufenthaltsort frei zu wählen. Der derzeit spürbar stärker werdende Antiziganismus versetzt Roma europaweit in Angst und Schrecken. Daher ist es nach wie vor notwendig sich öffentlich gegen Rassismus und Antiziganismus zu bekennen. Auch für die österreichische Minderheit der Roma steht der Schutz vor Übergriffen im Vordergrund und die Sicherheit muss durch den Staat weiterhin gewährleistet sein.

Die Gesellschaft für bedrohte Völker Österreich sieht weiters einen klaren Handlungsbedarf, über die Kultur der Roma und Sinti aufzuklären und dabei die Geschichte, vor allem in der NS-Zeit, nicht zu vergessen. Roma wurden zunächst als polizei- und ordnungspolitisches „Problem“ betrachtet, im 20. Jahrhundert gewannen zusätzlich Rassenideologien immer mehr an politischen Einfluss. Das NS-Regime stufte mit den „Nürnberger Rassege-

setzen“ Roma als „minderwertig“ ein. Erst in den letzten Jahrzehnten kam es europaweit zu einer Anerkennung des Völkermordes und/oder zur Anerkennung als Volksgruppe. Im Folgenden soll aufgezeigt werden, dass dies zwar allgemein zu Verbesserungen der sozialen und wirtschaftlichen Situation geführt hat, jedoch keineswegs ein Garant für eine „diversitätsorientierte“ Gesellschaft ist.

## Der lange Weg der Anerkennung in Österreich

1993 wurden Roma und Sinti als Volksgruppe anerkannt. In den seither vergangenen 20 Jahren hat sich einiges verändert. Die Anfänge waren aber sehr beschwerlich. Der Vorsitzende des Volksgruppenbeirats Rudolf Sarközi sagte heute: „Wir mussten erst die Bevölkerung darauf aufmerksam machen, dass wir ja zu dem Land gehören und keine Fremden sind.“ Er drückt damit aus, wie wenig die Menschen damals in Österreich über die Roma wussten.

Ursula Hemetek, Mitgründerin des Wiener Vereins Romano Centro, unterstreicht die wichtige Rolle von kulturellen Veranstaltungen. Den Anfang der Roma-Bewegung sieht sie vor allem in der Veröffentlichung des Buchs von Ceija Stojkas „Wir leben im Verborgenen“, welches 1988 erschienen ist. Bei der Gründerversammlung 1989 des Oberwarther Roma-Vereins, bei der auch Ceija selbst anwesend war, hielt der erste Obmann Ludwig Papai fest: „Ohne dieses erstmalige ‚kulturell‘ öffentliche Auftreten einer Romni hätte vielen anderen, die ihr gefolgt sind, der Mut gefehlt.“ Bis heute ist die Geschichte der Roma und Sinti kein fester Bestandteil der allgemeinen österreichischen Schulbildung. Bis heute wissen nur wenige Menschen über das Ringen der Roma um ihre politische und kulturelle Anerkennung. Bis heute werden „Zigeuner“ aufgrund ihrer Herkunft diskriminiert. Dabei sind sie rechtlich vollwertige MitbürgerInnen der jeweiligen Staaten bzw. Staatengemeinschaften. Allen Staaten gemeinsam sind die Probleme der Wahrung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte und der allgemeinen Menschenrechte gegen diese ethnische Gruppierung. Daher mussten sich aufgrund eines Beschlusses des Europäischen Rates vom 5. April 2011 die EU-Mitgliedsstaaten zu einer Strategie zur Integration der Roma im Zeitraum 2012 bis 2020 verpflichten.

Trotz einiger Fortschritte, die in den letzten Jahren auf Ebene der Mitgliedstaaten und der EU erzielt wurden, hat sich an der Alltagssituation der meisten Roma wenig geändert. Es wurden immer noch keine schlagkräftigen und angemessenen Maßnahmen ergriffen, um die sozialen und wirtschaftlichen Probleme eines großen Teils der Roma-Bevölkerung in der EU zu lösen. Die Kommission verweist auch auf die Notwendigkeit eines zielgerichteten Ansatzes: Für eine spürbar bessere Integration der Roma sind nun verstärkte Anstrengungen notwendig, um sicherzustellen, dass die nationalen, regionalen und lokalen Integrationsstrategien gezielt Rechnung tragen. Es bedarf auf die Bedürfnisse der Roma zugeschnittene, konkrete Maßnahmen, um der Benachteiligung dieser Menschen entgegenzuwirken. Ein zielgerichteter Ansatz innerhalb der umfassenderen Strategie zur Bekämpfung von Armut und Ausgrenzung, der andere benachteiligte und schutzbedürftige Gruppen nicht von einer Unterstützung ausschließt, steht sowohl auf nationaler als auch auf EU-Ebene mit dem Grundsatz der Nichtdiskriminierung im Einklang. Der Gleichbehandlungsgrundsatz hindert die Mitgliedstaaten nicht daran, spezifische Maßnahmen beizubehalten oder zu beschließen, mit denen Benachteiligungen aufgrund der ethnischen Herkunft beseitigt werden. Einige Mitgliedstaaten haben sich mit positiven Maßnahmen bereits erfolgreich für die Roma eingesetzt, da sie die herkömmlichen Maßnahmen zur sozialen Integration für die spezifischen Bedürfnisse der Roma als unzureichend befanden. In Österreich fehlt es, trotz unterschiedlicher Situationen auf den Länderebenen, an maßgeschneiderten Maßnahmen. Die Diversitätspolitik der Stadt Wien sieht keine unterschiedlichen Maßnahmen oder Programme für bestimmte ethnische Gruppen vor. Das Volksgruppengesetz alleine hat also noch keine vollständige „Integration“ bewirkt. Ein Grund ist sicherlich die dort verankerte Trennung der ethnischen Gruppierungen wie Lowara, Gurbet, Burgenland-Roma, Kalderash, Sinti u.v.m., die hier unter dem Begriff Roma subsumiert sind. Durch Beschränkungen, die sich aus der Definition autochtoner Siedlungsgebiete ergeben, werden zugewanderte oder nicht diesem Siedlungsgebiet zuordenbare Mitglieder der Roma-Gesellschaften, die als „allochtone“ Roma bezeichnet werden, von den mit dem Volksgruppengesetz einhergehenden Rechten exkludiert. Ausschließlich das Burgenland wird als autochtones Siedlungsgebiet anerkannt.

Der Umstand, dass die meisten autochtonen Roma in Wien leben, wird dabei nicht berücksichtigt. In Anbetracht dessen, dass vor allem Gruppen der sogenannten „autochtonen“ Roma von einem fast nicht mehr aufzuhalten-

den Sprachverlust betroffen sind, könnte vor allem das Romanes der zugewanderten Roma entgegenwirken. Mitunter führt aber genau diese Trennung auch zu Spannungen unter den verschiedenen Roma-Gruppierungen. Eine entscheidende Rolle in der Diskussion über adäquate Mittel zur Inklusion spielt sicherlich der Umstand, dass kein verlässliches oder umfangreiches Datenmaterial über die Benachteiligung der Roma-Bevölkerung des jeweiligen Staates existiert. Ein Grund dafür ist sicherlich die noch immer währende Angst, sich öffentlich zu der Minderheit zu bekennen. Man möchte nicht als „Zigeuner“ registriert werden. Jahrhundertelange Verfolgung und die Erfahrungen der systematischen Vernichtung von Roma in der NS-Zeit haben zur Folge, dass man sich bei Volksbefragungen beispielsweise nicht zu dieser Minderheit bekennt.

Das resultierende Fehlen von verlässlichen statistischen Daten erschwert nicht nur die Evaluierung einer Maßnahme in erheblichem Ausmaß; auch den Maßnahmen, die mitunter persönliche Daten speichern, wird mit Vorbehalten begegnet. Alleinigem politischen „guten Willen“ wird mit Skepsis begegnet.

In Österreich leben schätzungsweise rund 50.000 bis 80.000 Roma. Offiziell sind es weit weniger, aus den schon erwähnten Gründen. Auch auf intentionaler Ebene zeichnen sich ähnliche Probleme in der Bemessung der Größe der Roma-Gruppen aus. Mittlerweile erkennen auch internationale Roma-Vereinigungen die politischen Vorteile, die durch das Aufzeigen der Benachteiligung mit Hilfe statistischer Auswertung entstehen können.

### **Exkurs: Der Weg der Selbstbestimmung im internationalen Kontext**

In den 1930er-Jahren gab es in Polen und Rumänien erste Versuche, nationale oder internationale Dachverbände zu gründen. Doch bis in die 1950er-Jahre existierte nirgendwo eine offizielle Vertretung der Roma. Mit der Gründung verschiedener Sinti-Vereine in der BRD setzten sich erstmals Sinti-VertreterInnen für eine Entschädigung der Überlebenden der NS-Verfolgung ein. In der Folge kam es in mehreren Ländern zu Bemühungen, alle im Land lebenden Roma-Gruppen einheitlich zu vertreten. In Frankreich entwickelten sich Bestrebungen nach internationaler Selbstorganisation.

Das politische Selbstbewusstsein der Roma begann sich radikal zu wandeln. Zuvor war das Schicksal der Roma von außen bestimmt worden. Durch das politische Handeln der wenigen AkteurInnen der 1970er-Jahre hatte sich jedoch bereits eine kleine Roma-Elite gebildet, welche die Anliegen der Roma erstmals öffentlich formulierte und Widerstand gegen den zugewiesenen gesellschaftlichen und politischen Status leistete. Zum ersten Mal sah sich die Mehrheitsbevölkerung mit der Forderung nach Anerkennung und Achtung konfrontiert: Integration sollte nicht länger gleichbedeutend mit der Aufgabe der kulturellen Identität sein. Zentral für die Romani-Bewegung war der Versuch, die Geschichte und Kultur der Roma von innen zu beschreiben und auch Nicht-Roma zugänglich zu machen, um einen Brückenschlag zwischen den Kulturen zu ermöglichen.

Den Durchbruch der neuen politischen Bewegung stellte die Gründung des Internationalen Romani-Kongresses in London im Jahr 1971 dar. Auf der ersten Konferenz wurde das Lied „Gelem, Gelem (lungone dromesar)“, was so viel wie „Auf meinem sehr, sehr langen Weg“ bedeutet, zur offiziellen Hymne erklärt, eine gemeinsame Flagge entworfen und der Terminus „Roma“ als offizielle Selbstbezeichnung eingeführt. Vor allem ging es darum, alte Vorurteile zu überwinden und ein neues Selbstbewusstsein zu erringen. Danach kam es zu weltweiten Emanzipationsbestrebungen, sodass sich am zweiten Kongress im April 1978 in Genf bereits 50 Roma-Organisationen aus allen Teilen Europas, den USA, Indien und Pakistan beteiligten. Ein für die Zukunft wesentlicher Schritt war die Gründung der Internationalen Romani Union (IRU) als Dachverband regionaler und nationaler Interessensvertretungen. 1979 wurde sie als NGO in den Wirtschafts- und Sozialrat der UNO aufgenommen.

Mit der politischen Wende in den kommunistischen Staaten verlagerte sich der Akzent internationaler Roma-Politik nach Osteuropa, wo Roma bis heute starke Minderheiten stellen. Ein gemeinsames Vorgehen erwies sich jedoch aufgrund kultureller und sozialer Heterogenität, parteipolitischer Sympathien und persönlichen Ambitionen als schwierig. Zudem gab es vehemente politische Widerstände gegen die Selbstorganisation der Roma. Trotz aller Differenzen wurde mit dem Roma National Congress (RNC) ein zweiter internationaler Dachverband der Roma gegründet.

Einen Meilenstein stellte zweifellos der 1956 durch Oskar und Vinzenz Rose gegründete Verband rassisch Verfolgter nichtjüdischen Glaubens

dar, der sich letztendlich 1982 zum Zentralrat Deutscher Sinti und Roma, heute einer der einflussreichsten europäischen Interessensvertretungen, zusammenschloss. Am dritten Romani Kongress in Göttingen 1981, unter der Schirmherrschaft der Gesellschaft für bedrohte Völker, wurde von der deutschen Bundesregierung die Anerkennung des Völkermords und die Lösung der Wiedergutmachungsfrage gefordert. Am 17. März 1982 konnte dies anlässlich eines Empfangs von VertreterInnen des Zentralrats bei Bundeskanzler Schmidt erreicht werden.

## **Zur Situation in Österreich**

Dem Österreich gegenüber gestellt, erfolgte die Anerkennung der Roma als Volksgruppe erst zehn Jahre später. Dabei blieb die Anerkennung zunächst ohne große Beachtung in der Öffentlichkeit. Verstöße gegen die Rechte des Einzelnen sind keine Seltenheit, manchmal werden Lokalverbote über junge Roma verhängt. Ein solches Gaststättenverbot, konkret das Verbot eine Diskothek zu betreten, war im Jahr 1989 der auslösende Moment für die Gründung des Vereins Roma in Oberwart.

Erst mit dem Attentat im Jahr 1995, dem vier Oberwarter Roma zum Opfer fielen, wurde die Aufmerksamkeit mit einem Schlag auf die Volksgruppe gelenkt. In der Folge wurde die Siedlung in Oberwart renoviert; Bund, Land und Gemeinde unterstützten die Vereine bei ihren Bestrebungen, die Chancen der burgenländischen Roma in Schulen und Arbeitswelt zu verbessern. Dies hatte eine wirtschaftliche und soziale Erholungsphase zur Folge. Seither bekennen sich immer mehr Roma in der Öffentlichkeit zu ihren Wurzeln.

Trotz Erholung gibt es in der österreichischen Bevölkerung vehemente Ressentiments gegen Roma. Jahrhundertalte Stereotypen werden auch in österreichischen Mainstream-Medien reproduziert. Der Einsatz von modernen Medien zur politischen Meinungsbildung spielt hier eine immer entscheidendere Rolle auch im Hinblick auf die blitzartigen Formierungen von Gemeinschaften, die dann auch, wie in Salzburg, tätig werden. Heute leben im Burgenland etwa 2.000 bis 2.500 Roma. Ihre soziale und wirtschaftliche Situation soll im Rahmen der nationalen Strategien verbessert werden.



## Exkurs: Burgenland-Roma

Größere Ansiedlungen findet man in Oberwart und in den umliegenden Gemeinden, einige Roma bzw. Roma-Familien leben auch im Mittel- und Nordburgenland oder haben sich in ostösterreichischen Städten niedergelassen. Primär aufgrund ihrer jeweiligen sozialen Situation kann man drei Subgruppen unterscheiden:

- diejenigen, die sich assimiliert haben, sich nicht mehr als Roma fühlen bzw. in der Mehrheitsbevölkerung aufgegangen sind – folglich auch nicht Teil der oben genannten Schätzung sind – und heute größtenteils in den ostösterreichischen Städten leben,
- diejenigen, die sich zum Teil emanzipiert haben und sich zur ethnischen Identität bekennend in relativem Wohlstand, teilweise auch zusammen mit der Mehrheitsbevölkerung leben, und
- diejenigen, die als stigmatisierte und diskriminierte (soziale) Minderheit nach wie vor, auch räumlich gesehen, am Rande der Gesellschaft leben.

Kennzeichen dieser im Westen des ungarischen Einflussgebiets von der Südslowakei bis Nordslowenien lebenden Roma sind ihre lange Sesshaftigkeit und daraus resultierend die starke Prägung durch die ungarische Kultur.

Ende des 14. Jahrhunderts werden in Westungarn, zu dem das heutige Burgenland damals gehörte, erstmals Roma erwähnt. Ab Beginn des 15. Jahrhunderts kommen größere Gruppen ins westungarisch-pannonische Grenzgebiet, darunter auch die Vorfahren der heutigen Burgenland-Roma. Anfangs werden sie von einem Teil des ungarischen Adels – höchstwahrscheinlich weil sie als Soldaten oder Schmiede Kriegsdienst leisten – geduldet und teilweise auch gefördert, was zu ersten Ansiedlungen führt: In der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts sind Dorfgründungen unter Christoph Batthyány urkundlich belegt. Im Unterschied zu den liberalen Batthyány, die das Südburgenland beherrschen, vertreiben die nordburgenländischen Esterházy die Roma aus ihrem Herrschaftsgebiet; ein Gegensatz, der die damalige Situation der Roma zwischen Akzeptanz und Diskriminierung aufzeigt. Noch Maria-Theresia und Joseph II. plädierten für Nomadisierungs- und Sprachverbot, Mischehenzwang, Wegnahme der Kinder und deren Erziehung in Bauernfamilien usw. In der Zeit nach

Joseph II. werden diese Verordnungen weniger streng durchgeführt, Diskriminierung und Verfolgung der Roma hören damit aber keineswegs auf. Sie leben am Rande der Gesellschaft in sogenannten „Zigeunerhäusern“, die am Ortsrand liegen und gehen mobilen Nischenberufen als Korbflechter, Gelegenheitsschmiede, Scherenschleifer, Besen- und Bürstenbinder etc. nach, auch sind sie als Berufsmusiker oder Saisonarbeiter in der Landwirtschaft tätig. Im „Fünf-Ethnien-Gebiet“ Westungarn (Deutschsprachige, Ungarn, Kroaten, Roma, bis zur NS-Zeit auch Juden) stehen die Roma – im Übrigen bis heute – am unteren Ende der ethnischen Wertigkeitsskala. Von den ca. 7.000 bis 8.000 Burgenland-Roma vor 1938, die auch schon von den Behörden der Ersten Republik in der Zwischenkriegszeit diskriminiert wurden („Zigeunererhebung“), überleben nur wenige die NS-Zeit. Die wenigen Überlebenden, im gesamten Burgenland nur ein paar hundert, stehen nach ihrer Befreiung vor dem Nichts: Die Siedlungen sind dem Erdboden gleichgemacht, das wenige Eigentum ist verschwunden. Viel problematischer als dieser materielle Verlust sind jedoch die fehlende – da durch den Genozid zerstörte – Soziostruktur und der Umstand, dass Stigmatisierung und Diskriminierung mit Kriegsende keineswegs aufhören.

Ohne Rückhalt und Geborgenheit in der funktionierenden Groß-Gruppe, was Stigmatisierung und Diskriminierung bis in die Zwischenkriegszeit erträglicher bzw. psychisch leichter verarbeitbar gemacht hat, können nur einige wenige der Überlebenden die traumatischen Erlebnisse in den Vernichtungslagern und die Behandlung durch Nicht-Roma sowie die Ignoranz der Behörden nach dem Krieg verkraften. Viele wollen nicht länger „Zigeuner“ und damit „minderwertig“ sein. Symptome der daraus resultierenden, quasi „selbst verordneten Zwangsassimilation“ sind Sprachverweigerung, Namensänderungen, die Tendenz zu Mischehen und die Abwanderung in die Anonymität der ostösterreichischen Städte. Die im Burgenland Gebliebenen sind aber keineswegs in der Mehrheitsbevölkerung aufgegangen: Für einen Großteil ändert sich der Status von dem einer ethnischen zu einer sozialen Minderheit, mit allen Negativkomponenten aufgrund der Ausgrenzung. Eine Möglichkeit, aus der sozialen Isolation auszubrechen, bietet sich den Burgenland-Roma in größerem Rahmen erstmals während der wirtschaftlichen Hochkonjunktur der 60er- und 70er-Jahre.

Bei denjenigen, welche in dieser Zeit die Teilnahme an der Wohlstandsgesellschaft und den sozialen Aufstieg schaffen, steigt auch das Selbstwertgefühl: Rom sein heißt nicht länger nur Armut und Ausweglosigkeit.

Dennoch existieren heute noch die „Zigeunerhäuser“ am Rand der Dörfer und Städte. Nicht nur die Roma-Siedlung des südburgenländischen Wirtschaftszentrums Oberwart wirkt von ihrer Lage her wie ein Ghetto am Rande der Stadt. Roma werden bei der Arbeitssuche und bei Behörden nach wie vor diskriminiert, die Vorurteile sind nach wie vor stark. Der Mehrheitsbevölkerung sind die Namen der Roma-Familien bekannt, wo Zweifel bestehen wird ungeniert gefragt, ob sie „Zigeuner“ seien, und bei Bejahung werden die jeweiligen Anliegen oft abgelehnt oder widerwillig behandelt.

Speziell die im Burgenland lebenden Roma haben eine lange Tradition der Sesshaftigkeit in Österreich. Diese beinahe 350 Jahre sind gezeichnet von Ausgrenzungen, Verfolgung und Morden. So negativ diese Fakten und die vorhin beschriebenen Trends auch erscheinen mögen, liegt in dieser Erfahrung eine gewisse Chance. Roma sind in Österreich eine anerkannte Minderheit.

Die Anerkennung als Minderheit durch die Republik Österreich gewährt den Roma rechtlichen Schutz in der Ausübung ihrer Kultur. In den letzten Jahrhunderten entwickelte diese Volksgruppe das, was heute unter den Schlagworten Integration und „diversity-management“ gehandelt wird. Roma haben gelernt wie sie sich in die österreichische Gesellschaft integrieren, lange bevor der Begriff geschaffen wurde. Vielleicht ist es nun an der Zeit, dass die österreichische Gesellschaft von ihnen lernt. Österreichische Roma-VertreterInnen könnten in etwa in der Integrationsdebatte lektorieieren, denn ihre Erfahrungen erstrecken sich abseits der Lehrbücher. Außerdem muss sich die Republik die Frage stellen, weshalb im 21. Jahrhundert noch immer keine VertreterInnen ihrer anerkannten Volksgruppen in entscheidenden politischen Positionen vertreten sind. Gerade der Umgang mit den schwächsten Mitgliedern einer Gesellschaft stellt eine Richtlinie für die Werte der Mehrheitsgesellschaft dar.

## Quellen:

Rombase, Uni Graz

Council of Europe: Factsheets on Roma History  
[http://www.coe.int/t/dg4/education/roma/histoculture\\_EN.asp](http://www.coe.int/t/dg4/education/roma/histoculture_EN.asp)

Ian Hancock, „We are the Romani people - Ames am e Romane dzene“. 2. Ausgabe 2003.  
Centre de Recherches Tsiganes. University of Hertfordshire Press

Romano Centro, Positionspapier zur nationalen Strategie zur Integration der Roma  
2012-2020

Allgemeine Erklärung der Menschenrechte  
<http://www.un.org/depts/german/grunddok/ar217a3.html>  
derstandard.at, 03.09.2013  
Romano Centro, 10.09.2013  
Bedrohte Völker 02-03/2013

# Regionale Minderheiten in der EU. Deutsche und polnische Minderheitenpolitik von 1913-2013

FRANZ WALK\*

- Minderheitenpolitik in der Europäischen Union
- Minderheitenpolitik auf Grundlage der Verträge des Europarats
- Polnische Minderheit bis 1933 in Deutschland
- Anerkennung und Diskriminierung im Nationalsozialismus
- Die polnische Minderheit in der BRD von 1945 bis 1990
- Entwicklung im wiedervereinten Deutschland
- Die deutsche Minderheit in Polen
- Weiterführende Literatur

Die Minderheitenproblematik beschäftigt Europa schon seit Jahrhunderten, aber erst die geschichtlichen Ereignisse des 20. Jahrhunderts haben dieses Politikfeld auf die Tagesordnung der großen Politik gesetzt. Durch den Verfall des kommunistischen Lagers und die Auflösung Jugoslawiens und auch der Tschechoslowakei hat die Problematik des Minderheitenrechtsschutzes verstärkt an Bedeutung gewonnen. So sind allein hier 14 von 45 europäischen Staaten neu- bzw. wiedererstanden.

## Minderheitenpolitik in der Europäischen Union

Insgesamt leben in Europa rd. 350 Volksgruppen, die in der Regel eine eigene Sprache sprechen und auch über eine lange kulturelle Geschichte verfügen. Die Hälfte dieser 350 Volksgruppen lebt derzeit in den 28 Mitgliedsstaaten der EU. Dies macht einen Anteil von etwa 8% in der gesamten EU-Bevölkerung aus.

Außer in Malta lebt in jedem EU-Mitgliedsland mindestens eine Minderheit, im Durchschnitt leben pro Staat sechs. Die höchste Anzahl an Minderheiten erreicht derzeit Rumänien mit 18 anerkannten Minoritäten.

---

\* Franz Walk ist Professor am Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin, Deutschland

Schon aufgrund dieser Zahlen wird schnell deutlich, dass die Minderheitenfrage in der EU von bedeutender Wichtigkeit ist.

Dennoch ist die Minderheitenpolitik keine ausschließliche EU-Aufgabe. Gerade die Minderheitenpolitik nach innen unterliegt nicht der Zuständigkeit Brüssels, sondern ist bisweilen auf Grundlage der Verträge des Europarats durch nationales Recht geregelt.

Die EU übernimmt hier nur indirekt Aufgaben, die sie aufgrund der allgemeinen Bestimmungen in den EU-Verträgen wahrnehmen muss und nicht spezifisch Minderheitenrechte betreffen, sondern allgemeine Rechte von EU-Bürgern. Dies unterscheidet sich stark von der Minderheitenpolitik nach außen, wo die EU hier eine aktive Rolle bezüglich der Achtung von Minderheitenrechten übernimmt.

Als Beispiel werden die Aufnahmekriterien für die osteuropäischen Länder genannt, da in diesen auch die Achtung deren Minderheitenrechte als Bedingung formuliert wurden.

Insgesamt zeigt sich in der Betrachtung, dass die Minderheitenpolitik in der EU sehr komplex strukturiert ist und kein homogenes Politikfeld darstellt.

### **Minderheitenpolitik auf Grundlage der Verträge des Europarats**

Die Komplexität der Thematik wird deutlich, wenn man die vertraglichen Grundlagen über die Minderheitenrechte in Europa betrachtet. Diese sind nicht das Ergebnis irgendeiner EU Institution, sondern entstanden in multilateralen Verhandlungen auf der Grundlage des Europarat-Abkommens von 1950. Dabei sind zwei Europarats-Verträge für die Minderheitenpolitik von besonderer Bedeutung.

- 1.) Einmal die europäische „Charta der Regional- oder Minderheitensprachen“ von 1992, die allgemeine Bestimmungen über Begriffe, Verpflichtungen, Durchführung und dem Verhältnis zu anderen völkerrechtlichen Abkommen enthält und darüber hinaus auch Ziele und Förderungsmaßnahmen in den Bereichen Bildung, Justiz, Verwaltung, Medien, Kultur, Wirtschaft und Grenzverkehr formuliert.

- 2.) Der zweite bedeutende Vertrag ist das „Rahmenabkommen zum Schutz von nationalen Minderheiten“ von 1995, in dem sich die Vertragsstaaten dazu verpflichten, Minderheitenrechte in allen Elementen der Lebensbereiche zu gewährleisten und in dem festgeschrieben wurde, inwieweit dieses Abkommen ausgelegt werden kann, wer die Einhaltung kontrolliert und ab wann dieses seine Gültigkeit besitzt.

Mit der Mitgliedschaft aller 28 EU-Staaten im Europarat erhalten diese Abkommen aufgrund der allgemeinen Völkerrechtsordnung ihre Gültigkeit für den gesamten EU Raum. Damit können sie auch indirekt der EU-Minderheitenpolitik zugeordnet werden. Daneben ist es auch möglich, auf Grundlage der „Europäischen Menschenrechtskonvention“ EMRK diese Rechte vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte EGMR einzuklagen. Die Urteile, die das EGMR dann trifft sind endgültig und müssen von den Mitgliedstaaten befolgt werden.

Allerdings ist eine minderheitenpolitische Relevanz der EGMR Rechtsprechung bisher von nicht so großer Bedeutung wie hingegen die beiden Europaratsverträge, dennoch können Urteile des EGMR auf die nationale Gesetzgebung hineinwirken, wenn es zu möglichen Diskriminierungen kommt, die aufgrund von Artikel 14 der EMRK nicht zulässig sind. In diesem steht deutlich: „der Schutz, der in dieser Konvention anerkannten Rechte und Freiheiten ist ohne Diskriminierung, insbesondere wegen des Geschlechts, der Rasse, der Hautfarbe, der Sprache, der Religion, der politischen oder sonstigen Anschauung, der nationalen oder sozialen Herkunft, der Zugehörigkeit zu einer nationalen Minderheit, des Vermögens, der Geburt oder eines sonstigen Status‘ zu gewährleisten“.

## **Polnische Minderheit bis 1933 in Deutschland**

Die Geschichte der polnischen Minderheit in Deutschland findet einen Anfang in der Teilung Polens gegen Ende des 18. Jahrhunderts. Die drei Teilungen Polens, durch die Österreich, Preußen und das russische Zarenreich ihr Territorium vergrößerten, hatten für die aufteilenden Nationen auch zur Folge, dass mehrere Millionen Polen nunmehr Teil der jeweiligen Bevölkerung wurden. Allein Preußen machte durch die Eingliederung West- und Südpreußens etwas mehr als eine Million Polen zu preußischen Staatsbürgern.

Mit dem Beginn der Industrialisierung zogen viele dieser „preußischen Polen“ in die aufblühenden Industrieregionen (Ruhrgebiet, Berlin, Bremen, Hamburg usw.) und begannen, soziale und wirtschaftliche Strukturen aufzubauen. Mit der zunehmenden Erhöhung des allgemeinen Wohlstands, welcher sich nach Entstehung des Kaiserreichs 1871 entwickelte, begann ein Prozess der Integration und Assimilierung, der die kulturellen und sprachlichen Unterschiede zwischen den „normalen“ deutschen und der damaligen polnischen Minderheit zum Teil aufhob. Erst als sich polnische Interessenverbände organisierten, die sich vor allem gegen den Assimilierungsprozess richteten, kam es innerhalb Deutschlands zu einer gesellschaftspolitischen Entwicklung, in der auch das nationale Bewusstsein wiederentdeckt und gestärkt wurde.

Dennoch konnten diese „polnischen Kulturvereine“ den Integrations- und Assimilierungsprozess nicht vollständig aufhalten oder zurückdrehen, was unter anderem daran lag, dass viele Angehörige der damaligen polnischen Minderheit, gerade in der dritten und vierten Generation auch zum Wehrdienst einberufen wurden und für das Deutsche Reich im Ersten Weltkrieg kämpften. Solche existentiellen Erfahrungen, die viele Polen während der Kriegsjahre machten, förderten eine größere Identitätsbildung mit dem Deutschen Reich als mit der polnischen Kultur und Sprache.

Mit der neuen Erstellung des polnischen Staates nach Ende des Ersten Weltkrieges änderte sich auch die Situation der polnischen Minderheit. In Folge der Bestimmungen des Versailler Vertrages musste das Deutsche Reich größere Gebiete im Osten wie Westpreußen, Posen und Teile Oberschlesiens an den neu gegründeten polnischen Staat abgeben. Durch diese Grenzverschiebungen wurde die damalige polnische Minderheit stark dezimiert – ein Großteil der Minderheit lebte in den östlichen Gebieten – und machte dann nur noch einen geringen Teil der deutschen Gesamtbevölkerung aus. Wie groß die polnische Bevölkerungsgruppe zu dieser Zeit war, lässt sich nur schwer nachvollziehen, da sie sich aus ehemaligen Einwanderern, aus Nachkommen der zweiten und dritten Generation und auch neuen Immigranten zusammensetzte.

Während sich der neugegründete polnische Staat und die Weimarer Republik politisch und wirtschaftlich konsolidierten, wurde am 27. August 1922 der „Bund der Polen in Deutschland“ (die ZPwN) ins Leben gerufen, der die kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Interessen der in Deutsch-



land lebenden Polen gegenüber deutschen und polnischen Institutionen bis 1940 vertrat und seit der Neugründung der Bundesrepublik Deutschland 1949 bis heute vertritt.

## **Anerkennung und Diskriminierung im Nationalsozialismus**

Mit der Machtergreifung der Nationalsozialisten im Januar 1933 änderte sich zunächst wenig für die polnische Bevölkerungsgruppe. Zwar wurden sie wie alle anderen in Deutschland lebenden Minderheiten misstrauisch betrachtet, sie musste sich aber nicht verschärften Restriktionen unterwerfen wie z.B. die jüdische Bevölkerung. Dennoch kam es während der Zeit des Nationalsozialismus zu einer Besonderheit in dieser Minderheitenfrage. Die deutsche Reichsregierung und die polnische Regierung stimmten gegenseitig überein, dass sie die Minderheiten gegenseitig anerkennen und deren legitime Rechte schützen werden.

In dieser völkerrechtlich übereinstimmenden „Erklärung der deutschen und polnischen Regierung über den Schutz der beiderseitigen Minderheiten“ verpflichteten sich beide im Umgang mit den genannten Minderheiten festgelegte Grundsätze zu befolgen.

Zu den wichtigsten Prinzipien, die als maßgebend für den Umgang mit dem genannten Minderheiten angesehen wurden, gehörten:

- Verbot, die Minderheit zwangsweise zu assimilieren
- Gewährung der Sprachfreiheit im persönlichen, öffentlichen und wirtschaftlichen Bereich
- Vereinigungs- und Zusammenschließungsrecht
- Verwendung der Muttersprache im schulischen und kirchlichen Bereich
- Gleichberechtigung bei der Ausübung eines Berufes oder einer wirtschaftlichen Tätigkeit.

## Die polnische Minderheit in der BRD von 1945 bis 1990

Mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges und der Befreiung durch die alliierten Truppen im Mai 1945 fand eine Wiederbelebung der „Polonia“ in Deutschland statt. Schon kurz nach Kriegsende wurde damit begonnen die ZPwN wieder aufzubauen, welche aber nur für kurze Zeit die Mitglieder der alten polnischen Minderheit erfassen sollte. Allerdings waren nach Kriegsende ca. 3 Millionen polnische Staatsbürger in Deutschland, die vor allem durch Vertreibung, Deportation oder andere Umstände nach Deutschland kamen.

Diese „displaced persons“, wie sie die alliierte Militärverwaltung nannte, hatten im Vergleich zu den Kriegsgefangenen wesentlich weniger Rechte, was dazu führte, dass viele dieser „displaced persons“ schon bald Deutschland wieder verließen. Bis zur Gründung der Bundesrepublik Deutschland verblieben lediglich 113.000 polnische „displaced persons“ im Bundesgebiet.

Die Problematik der Vertreibung und Grenzverschiebungen, die zu dieser Zeit stattfanden, aber auch heute noch teilweise die deutsch-polnischen Beziehungen belasten, wird hier nicht weiter vorgestellt. Eine komplexe Behandlung wäre zu umfangreich und im Rahmen dieses Beitrages nicht möglich.

Mit der Einführung des „Gesetzes über die Rechtsstellung heimatloser Ausländer im Bundesgebiet“ wurden die verbliebenen „displaced persons“ unter den Schutz des deutschen Rechts gestellt und konnten weiter ihre religiöse Freiheit und z.B. auch Bildung in privaten Schulen genießen. Damit wurde die polnische Bevölkerungsgruppe in zwei unterschiedliche Gruppen geteilt.

Mit dem Ende der Nachkriegszeit 1949 und der darauf folgenden Stabilisierung des Staatswesens in Deutschland und Polen nahmen die Migrationsbewegungen aus Polen in die BRD zunächst ab. Erst zu Beginn der 1980er Jahre kam es zu einer neuen Migrationswelle, in der bis zu einer Million Menschen von 1980 bis 1990 die Volksrepublik Polen verließen und in die BRD auswanderten bzw. aussiedelten. Allerdings bildete diese Gruppe in sich keine homogene Einheit, denn sie bestand aus so genannten „Aussiedlern“ bzw. „Spätaussiedlern“, die in den ehemaligen deutschen Ostgebieten lebten, deutsche Vorfahren hatten und aus politischen Gründen das Land verließen.

Als Ursache für diese Auswanderungswelle werden heute zwei grundlegende Faktoren angesehen. Der eine Faktor war der Widerstand der Gewerkschaft Solidarnosc, der sich gegen das kommunistische Regime in Warschau richtete und die Ausrufung des Kriegsrechts durch Präsident Jaruzelski zufolge hatte, wodurch mehrere tausend Personen gezwungen waren, auszureisen. Ein zweiter Faktor war die Liberalisierung des Reisegesetzes, welches ausschlaggebend für die Migrationsbewegung wurde, weil dadurch die formalen Hürden leichter zu bewältigen waren und damit für Ausreisewillige auch ein höherer Anreiz geschaffen wurde, das Land zu verlassen.

## **Entwicklung im wiedervereinten Deutschland**

Das Ende des Ost-West-Konflikts brachte für die polnische Minderheit eine Reihe von Veränderungen mit sich. Zunächst wurde die weitere Migration in die BRD durch die Verschärfung der Einreisebestimmungen für Osteuropäer stark verringert. Dadurch nahm vor allem die Zahl polnischer Asylbewerber drastisch ab, das bedeutet aber nicht, dass die polnische Minderheit keinen weiteren Zuwachs erhielt. Allein durch die Wiedervereinigung wurden auf Antrieb mehrere tausend polnische DDR-Bürger zu Bundesbürgern. Dennoch sank bis Ende der neunziger Jahre die Zahl polnischer Ausiedler und Asylbewerber auf fast Null. Dadurch stabilisierte sich die Größe der polnischen Bevölkerungsgruppe bei ungefähr 1,2 Millionen Menschen.

Erst mit der Osterweiterung der EU erhöhte sich ein weiteres Mal die Gesamtzahl der Polen in Deutschland. Durch den EU-Beitritt Polens und der Aufhebung der Reisebeschränkungen wurde die Einreise in die BRD wesentlich erleichtert, wodurch die Anzahl der polnischen Bevölkerung bis heute jährlich steigt. Dass sich dieses Wachstum in den nächsten Jahren fortsetzt, ist außerordentlich wahrscheinlich. Neben der Migrationsentwicklung kam es auch auf politischer Seite zu spürbaren Veränderungen, die sich aus der Entwicklung in Osteuropa ergaben.

Mit der Demokratisierung in den Ländern des ehemaligen Ostblocks nahmen die Beziehungen zwischen west- und osteuropäischen Staaten eine positive Entwicklung. Auch die BRD und die Republik Polen hatten damit begonnen, ihre nachbarschaftlichen Beziehungen vertraglich zu verbessern und festzuschreiben. Dabei wurden auf bilateraler Ebene genauere

Bestimmungen über den Minderheitenschutz vereinbart. Die bisher letzte politische Entwicklung, die mit der Problematik der polnischen Minderheit in Zusammenhang steht und durch die Feierlichkeiten am Rande der 20-Jahrfeier des deutsch-polnischen Nachbarschaftsvertrages im Juni 2011 sichtbar wurde, war die Forderung der polnischen Interessenverbände für erweiterte Minderheitenrechte. Das Problem bezüglich der zukünftigen Förderung der polnische Minderheit in der BRD wurde damals am Runden Tisch vorerst mit einer gemeinsamen Erklärung, die einen Kompromiss darstellte, geregelt.

## **Die deutsche Minderheit in Polen**

Schon im Mittelalter siedelten sich auf heutigem polnischem Gebiet Einwanderer aus Deutschland im Zuge der Ostkolonisation an. Auf der Suche nach Boden und Arbeit kamen Bauern, Handwerker und Kaufleute in mehreren Wellen zwischen dem 13. und 18. Jahrhundert.

Zu erwähnen sind an dieser Stelle die mehrmaligen Aufteilungen Polens im 18. Jahrhundert zwischen Preußen, Österreich und Russland wie schon erwähnt, die zwischenzeitliche Wiederherstellung Polens ebenso wie das Verschwinden des polnischen Staates nach dem Wiener Kongress 1815. Diese Grenzverschiebungen führten zu permanenten Bevölkerungswanderungen, wodurch sich das Land zu einem Vielvölkerstaat entwickelte. Insbesondere durch die erwähnten Teilungen wurden viele polnischstämmigen Bewohner dann zu sogenannten „Reichsdeutschen“. Die Wiederherstellung Polens wurde schließlich nach dem Ersten Weltkrieg mit dem Versailler Vertrag von 1919 festgelegt. Es wurden, wie schon dargelegt, große Gebiete von Deutschland abgetreten, was u.a. einen Teil Oberschlesiens, Westpreußen mit Posen und den polnischen Korridor betrifft, welche dem neuen polnischen Staat eingegliedert wurden. Damit war das heutige Minderheitenproblem geboren, denn aufgrund dieser Grenzziehung gab es von nun an in Deutschland eine polnische und in Polen eine deutsche Minderheit.

Nach dem Zweiten Weltkrieg fand eine weitere Westverschiebung Polens statt, in dem Gebiete östlich der Oder-Neiße-Linie, wie Ostpreußen, Westpreußen und Schlesien zunächst unter polnische Verwaltung gestellt wurden. Dieser Zustand wurde dann völkerrechtlich im deutsch-polnischen Grenzvertrag vom 14.11.1990 fixiert. In diesen Gebieten gab es vormals

eine deutsche Bevölkerung bzw. Bevölkerungsmehrheit. Viele Deutsche flüchteten, wurden vertrieben, bzw. mussten die Gebiete im Zuge der Kriegs- und Nachkriegsereignisse verlassen, was dann zu der heutigen Problematik der deutschen Minderheit in Polen führte.

Den offiziellen Status als Minderheit in Polen bekamen die Deutschen erst im Jahr 1991. Sie umfasste rund 300.000 Menschen, die zumeist die deutsche und die polnische Staatsbürgerschaft besitzen. Somit ist die deutsche Minderheit die größte von 9 nationalen Minderheiten in Polen. Diese deutschen Angehörigen leben zu 90 Prozent in der oberschlesischen Wojewodschaft Oppeln. Darüber hinaus gibt es noch verstreute Gruppen in Ermeland-Masuren, Niederschlesien, Pommern, Danzig, Posen, Bromberg, Torn und Lodz.

Unmittelbar vor dem Zweiten Weltkrieg, am 24. August 1939, wurde der Hitler-Stalin-Pakt unterzeichnet, der u.a. eine Aufteilung Polens vorsah. Im von der Sowjetunion gemäß des Hitler-Stalin-Paktes besetzten Gebiets wurden Polen aus ihrer Heimat vertrieben oder teilweise auch durch die Rotarmisten nach Sibirien deportiert, während in den ehemaligen westpreußischen Gebieten die polnische Bevölkerung ausgesiedelt wurde. Dies beinhaltete, dass die östlichen Gebiete Polens an die Sowjetunion abgetreten werden mussten und die ehemaligen westpreußischen Gebiete später an Polen fielen. Nach dem Zweiten Weltkrieg stimmten die Westalliierten auf der Konferenz von Jalta der seinerzeitigen Forderung Stalins nach einer Westverschiebung Polens zu. Es wurde „sogar“ darauf geachtet, dass in der Nähe von Grenzen keine Minderheiten wohnen sollten. Dies brachte für rd. 10 Millionen Deutsche eine Umsiedlung und damit den Verlust der Heimat mit sich.

In diesen „befreiten“ Gebieten wurden Polen angesiedelt, deren Heimat wiederum an die Sowjetunion fiel, sodass auch rd. 1,5 Millionen Polen vertrieben wurden. Insgesamt waren rd. 14 Millionen Menschen von Flucht und Vertreibung betroffen. Auf der Potsdamer Konferenz behauptete Stalin, fast alle Deutschen seien seinerzeit bereits aus Polen und den Gebieten östlich der Oder und Neiße geflohen. In der Tat befanden sich zu diesem Zeitpunkt noch immerhin etwa 4,4 Millionen Deutsche dort in ihrer Heimat.

Diejenigen, die in ihrer Heimat blieben, waren heftigsten Repressionen ausgesetzt. In der Kommunistischen Volksrepublik Polen fanden nur wenige

Deutschstämmige den Mut, ihre Sprache und Kultur zu pflegen. Unter dem Druck der Polonisierung änderten viele ihre Namen. Lange Zeit blieb auch die Benutzung der deutschen Muttersprache strafbar. Die mittlere Generation wurde in hohem Grade „polonisiert“, weil in der Zeit von 1945-1989 in Oberschlesien in der Regel kein Deutschunterricht zugelassen wurde.

Viele Menschen, vor allem mit akademischer Ausbildung, haben Polen mit der Ausreisewelle 1980/81 und 1989/90 verlassen. Dies sind fast zwei Drittel aller Spätaussiedler. Die deutsche Minderheit in Polen heute wird danach hauptsächlich durch ältere Menschen repräsentiert, welche überwiegend in der Landwirtschaft oder als Handarbeiter tätig sind. Lange Zeit wurde die Existenz der Deutschen in Polen geleugnet und erst ab 1979, als im Rahmen über die Grundlagen der Normalisierung verhandelt wurde, ging das polnische Regime von einigen 10.000 deutschstämmigen Staatsbürgern aus. Erst nach 1989 konnten sich die Deutschen in Polen ihrer Volkszugehörigkeit offenbaren und sich organisieren. Im September 1990 konnte daraufhin sogar die Gründung eines entsprechenden Dachverbands (DFK) und weiterer Organisationen wie Freundschaftskreise etc. erfolgen.

Den großen Schritt zur Verbesserung der deutsch-polnischen Beziehungen stellte der Grenzvertrag vom 14.11.1990 sowie der Vertrag „Über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit“ vom 17.06.1991 dar. Dieser letzte Vertrag bedeutete eine entscheidende Wende im bilateralen Verhältnis für die beiden Staaten und bildete zugleich den Beginn für eine neue Minderheitenpolitik Polens. Dieser Vertrag ist von besonderer Bedeutung, da die darin vereinbarten Minderheitenrechte sogar in das polnische Recht übernommen und dementsprechend in der polnischen Verfassung vom 17.10.1990 verankert wurden.

Eine Besonderheit stellt das polnische Minderheitengesetz, verabschiedet vom polnischen Senat, über „Nationale und Ethnische Minderheiten“ sowie über „Regionalsprachen“ vom 06.01.2005, dar. Es ist bereits schon in einigen Gemeinden in Kraft getreten und dient der Erhaltung und Entwicklung der kulturellen Identität, der ethnischen und nationalen Minderheiten und ihrer Regionalsprachen. In diesem Gesetz sind Freiheits- und Gleichberechtigungsrechte sowie Diskriminierungsverbote niedergelegt. Die Minderheitensprache kann nunmehr im privaten und öffentlichen Bereich, auch gegenüber den Organen der Gemeinde verwendet werden. Wenn mindes-

tens 20% der Gesamteinwohnerzahl dieser Minderheit angehören, darf neben der Amtssprache die Minderheitensprache als Hilfssprache schriftlich und mündlich verwendet werden. Außerdem besteht in diesem Fall auch noch die Möglichkeit der zweisprachigen Beschilderung der Orte, Straßen und Objekte.

Abschließend wird noch auf die politisch-institutionelle Repräsentanz der deutschen Minderheit im Sejm (Parlament) und auch im Senat hingewiesen, wo der Zugang von Mitgliedern der deutschen Minderheit genauso wie bei den Organen der kommunalen Selbstverwaltung möglich ist. Bei den ersten freien Wahlen zum polnischen Parlament stimmten rd. 132.000 Personen für Listen der deutschen Minderheit, davon allein 74.000 im Oppelner Schlesien. Allerdings reduzierte sich in den Wahlen 1997, 2001 und 2005 die Zahl der Abgeordneten aus der Liste der deutschen Minderheiten von 7 auf 2 Mandate. Bei der vorgezogenen Parlamentswahl im Jahr 2007 konnte die deutsche Minderheit nur noch ein Mandat erringen.

Aktuell hat die deutsche Minderheit ein ganz besonderes Problem. Im April 2011 begann eine Volkszählung, wonach die Angehörigen der deutschen Minderheit erheblich schrumpften. In den 1990er-Jahren bekannten sich noch 300.000 bis 500.000 Bürger zur deutschen Volksgruppe. 2002 waren es nur noch 153.000. Dies könnte darauf hindeuten, dass die deutsche Volksgruppe in Polen zukünftig eventuell keine besondere Rolle in der parlamentarischen Vertretung spielen wird.

Auf die schlesischen Autonomiebestrebungen wird hier nicht weiter eingegangen, da dies den Umfang sprengen würde. Gleichwohl sei erwähnt, dass sich heute, vermutlich wegen der langjährigen Konflikte zwischen Deutschen und Polen viele Bewohner Schlesiens als „Schlesier“ definieren. In Warschau wird diese Strömung hin zu einem neuen Schlesiertum mit Mißtrauen beobachtet.

Im Jahr 2005 wurde vom polnischen Staat der Minderheitenschutz erweitert. Die Gemeinde Radlau gehörte zu den Pionieren, die nach den neuen Vorschriften sogleich Deutsch als Amtssprache einführte. Immerhin bekannten sich 27% der Einwohner Radlaus zum Deutschtum. Damit konnte Radlau auch als erste Gemeinde in Polen zweisprachige Ortstafeln beantragen. Die Genehmigung des Wojwoden und des Innenministeriums lagen

vor. Somit wurde im Sommer 2007 erstmalig nach dem Zweiten Weltkrieg in Polen Ortstafeln auch in deutscher Bezeichnung, d.h. zweisprachig, aufgestellt.

Auch wenn der Bevölkerungsanteil der Deutschen unter der Marke von 20% liegt, kann nunmehr eine Befragung der Gesamtbevölkerung in einer Gemeinde die Aufstellung zweisprachiger Ortstafeln ermöglichen. Dies gilt für sämtliche ethnische Minderheiten in Polen. Momentan werden 51 Gemeinden Polens dieser Anforderung gerecht. Für die deutsche Minderheit befinden sich davon bereits 26 Gemeinden in der Wojewodschaft Oppeln. Solche zweisprachigen Symbole sind in Polen nicht unumstritten, speziell wenn es um die deutsche Minderheit geht. So sind in drei Gemeinden die Ortstafeln bereits kurz nach Aufstellung beschädigt worden. Offenbar befürchten polnische Bürger die staatsrechtliche Souveränität Polens. In gleicher Weise kam es zu Protesten, wenn die Kommunen Straßennamenschilder in beiden Sprachen aufstellten.

Abschließend sei darauf hingewiesen, dass als Ausgangspunkt für eine nachhaltige Verbesserung der Minderheitenrolle durch die Politik zwischen Deutschland und Polen das Wendejahr 1990/1991 angesehen werden kann. Durch das konfliktbeladene Verhältnis zwischen Kommunismus und Kapitalismus war es Deutschland und Polen nicht früher möglich unvoreingenommen die Minderheitenproblematik in Angriff zu nehmen. Neben heutigen positiven politischen Entwicklungsansätzen in Europa sind jedoch in einigen Ländern durchaus schon Stimmen und Forderungen für einen „homogenen“ Nationalstaat zu vernehmen. Es ist Aufgabe aller politisch handelnden und denkenden Personen hier wachsam zu sein.

## **Flucht, Vertreibung, Versöhnung**

Ein Beitrag zur Thematik „Regionale Minderheiten in der EU“ wäre sicher unvollständig, wenn nicht auf das heftig diskutierte und vor allem auch von politischer Seite teilweise in Frage gestellte Vorhaben der Ausstellung: „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ eingegangen wird. Im Jahr 2008 hatte die Bundesregierung der BRD beschlossen, eine Stiftung mit o. a. Titel zu gründen. In einem Dokumentations- und Informationszentrum sollte an das Unrecht erinnert werden, das Millionen Menschen im vorherigen Jahrhundert erlitten haben. Als Sitz dieses Dokumentationszentrums ist das



Berliner „Deutschlandhaus“ vorgesehen, ganz in der Nähe des Potsdamer Platzes. Es wird zu diesem Zwecke nach einem Entwurf eines österreichischen Architekten Marte umgebaut. Die Bundeskanzlerin Merkel gab am 11.06.2013 das Startsignal dafür. Die Darstellung von Einzelschicksalen soll die Tragweite von Flucht und Vertreibung und das dadurch ausgelöste unendliche Leid veranschaulichen.

Dieses Projekt war lange Zeit und ist möglicherweise auch heute noch unstritten. Schon vor ca. einem Jahrzehnt hatte der Bund der Vertriebenen (BdV) und ihre Präsidentin Erika Steinbach ein eigenes „Zentrum gegen Vertreibung“ ins Spiel gebracht. Es sollte vor allem an das Schicksal der Deutschen erinnern, die in den letzten Kriegsmonaten bis in die 1950er Jahre u.a. aus dem heutigen Polen, dem heutigen Russland, der Tschechoslowakei und den Baltischen Staaten in Richtung Westen geflüchtet sind oder aus ihrer Heimat vertrieben wurden. Das Vorhaben löste vor allem in Polen und der Tschechischen Republik Empörung aus. Das Projekt wurde als Versuch angesehen, die Deutschen als Opfer des Krieges darzustellen, wohingegen der Vertreibung der Deutschen, ein Eroberungsfeldzug der Deutschen Wehrmacht, die millionenfache Deportation von Juden, Polen und Russen in die Konzentrationslager und die Ausbeutung von Zwangsarbeitern vorangegangen waren.

Die große Koalition der BRD einigte sich 2008 auf die Erarbeitung einer neuen Konzeption für die Ausstellung, nachdem Historiker aus Tschechien und Polen aus dem Beraterkreis ausgetreten waren. Und so verzichtete schließlich auch Erika Steinbach auf ihren Sitz im Gremium. Bei der Eröffnung der Bauarbeiten im Juni 2013 erinnerte die Bundeskanzlerin daran, dass das Leid einzelner Menschen nicht in Frage gestellt werden dürfe. Ganze Kulturlandschaften seien über Jahrzehnte von Deutschen geprägt gewesen. Sie hätten plötzlich der Vergangenheit angehört. Es sei ein Gebot der Redlichkeit, so die Bundeskanzlerin, auch an den Weg der deutschen Flüchtlinge zu erinnern.

Es ist zu wünschen, dass dieses Projekt der Ausstellung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ mit der Dokumentation dazu beiträgt, noch bestehende Ressentiments abzubauen. Polen und Deutsche sollten im Rahmen einer gefestigten europäischen Entwicklung, z.B. innerhalb der EU, in guten nachbarschaftlichen und freundschaftlichen Beziehungen eine positive Zukunft erfahren.

## Weiterführende Literatur:

Auswärtiges Amt: <http://www.Auswaertiges-amt.de/te/aussenpolitik/laender/laenderinfos/polen/> (Stand 02.2011)

Blumenwitz, Dieter/Gornig, Gilbert H./Murswiek, Dietrich (Hg.): Minderheitenschutz und Menschenrechte, Berlin, 2006.

Danowski, Rüdiger: Die deutsche Minderheit in Polen seit der Wende 1989, <http://www.ostpreussen-info.de/land/minderheit.pdf>

Graflich, Andrea (Hg.): Minderheiten im Transformations- und Konsolidierungsprozess Polens. Verbände und politische Institutionen, Opladen, 2003.

Krugmann, Michael (Hg.): Das Recht der Minderheiten. Legitimation und Grenzen des Minderheitenschutzes, Berlin, 2004.

Mrowka, Heinrich: Die polnische Minderheit in Deutschland, Herder-Institut, Marburg, 1994.

Pan, Christoph: Die Minderheitenfrage in der Europäischen Union. Springer-Verlag, Berlin, 2009.

Raabe, Stephan G.: Die deutsche Minderheit in Polen, [http://www.kas.de/wf/tot/kas\\_22147-1522-1-30](http://www.kas.de/wf/tot/kas_22147-1522-1-30) (Stand 03.2011)

Rogall, Joachim: Die deutsche Geschichte im Osten Europas. Siedler-Verlag, Berlin, 1996.

Verordnung über die Organisation der polnischen Volksgruppe im Deutschen Reich, veröffentlicht am 27.02.1940.

Gesetz über die Rechtsstellung heimatloser Ausländer im Bundesgebiet, veröffentlicht am 25.05.1951.

Art. 6, Abs.2, Verf. Der Republik Polen, verabschiedet von der Nationalversammlung am 02.05.1997.

# Die deutsche Minderheit in Rumänien. Ein geschichtlicher Überblick<sup>1</sup>

WINFRIED ZIEGLER\*

Von Rumäniendeutschen kann man erst seit 1918 sprechen, weil die verschiedenen Gruppen, aus denen sie sich zusammensetzen, erst seitdem in einem Land, in Rumänien, zusammen leben. Deswegen werde ich die einzelnen Gruppen separat vorstellen. Erst für die Zeit ab dem Zweiten Weltkrieg, als die Entwicklung relativ gleichförmig verlief, setze ich die Darstellung für alle Gruppen gemeinsam fort.

## Die Siebenbürger Sachsen

Nach dem Rückzug der Römer (271 n. Chr.) wurde das Gebiet Siebenbürgens zunächst von Wandervölkern beherrscht. Beginnend mit dem 10. Jahrhundert gelangte es schrittweise unter die Herrschaft der Ungarn. Um das Jahr 1150 folgten deutsche Bauern und Kleinadlige dem Ruf des ungarischen Königs Géza II. und ließen sich in Siebenbürgen, das auch Transsilvanien („Land jenseits der Wälder“) heißt, nieder. Sie sollten helfen, das Land militärisch zu sichern, zur wirtschaftlichen Entwicklung beitragen und dem König Steuereinnahmen bringen. Sie kamen aus dem Rheinland, Moselfranken und anderen Teilen des Deutschen Reiches. Ein großer Teil kam aus Gebieten der heutigen Staaten Luxemburg und Belgien. Über einen längeren Zeitraum hinweg waren es zumeist kleine Gruppen, die sich auf den Weg machten. Ihre Zahl ist nicht überliefert. Obwohl sie nicht aus dem Land Sachsen kamen, wurden sie von den Ungarn in späteren Jahrhunderten „Sachsen“ (in den lateinischen Urkunden *saxones*) genannt.

---

\* Winfried Ziegler ist Diplomhistoriker und Geschäftsführer des Demokratischen Forums der Deutschen in Siebenbürgen in Hermannstadt / Sibiu, Rumänien

1 Der Beitrag gibt in weiten Teilen die Darstellungen aus dem Lehrbuch „Geschichte und Traditionen der deutschen Minderheit in Rumänien“, Hannelore Baier, Martin Bottesch, Dieter Nowak, Alfred Wiecken, Winfried Ziegler, Medias: Central – Verlag, 2007, S.21-36. wieder, von welchem der Referent einer der Autoren ist.

Auf dem Gebiet, auf welchem die Siedler angesiedelt wurden, konnten sie sich selbst verwalten und unterstanden direkt dem König, darum wurde es auch Königsboden genannt. Die Siedler hatten dem König gegenüber bestimmte Pflichten und erhielten von ihm besondere Rechte, Privilegien genannt: Sie waren persönlich frei (nicht Leibeigene, wie die Bauern auf Adelsboden), sie durften ihre Richter und Pfarrer selbst wählen und sich selbst verwalten. Diese und andere Rechte wurden von König Andreas II. 1224 in einer Urkunde festgeschrieben, die als „Andreanum“ oder „Goldener Freibrief“ bekannt ist. Die Sachsen ließen sich ihre Rechte von den späteren Herrschern immer wieder bestätigen und verteidigten sich gegen den Adel, wenn er seine Macht auf den Königsboden ausdehnen wollte. Im Laufe der Zeit ließen sich einige Sachsen auf Adelsboden nieder. Diese hatten nicht die gleichen Rechte wie die Sachsen auf dem Königsboden. Sie wurden Leibeigene.

Die Bevölkerung war im Mittelalter nicht nach ethnischen Nationen, sondern nach ständischen Nationen, also nach dem sozialen Stand, in Adel, Stadtbürger, freie Bauern und Leibeigene gegliedert. Die Sachsen waren größtenteils Bauern, Handwerker und Händler. Im 14. und 15. Jahrhundert betrieben sie einen regen Handel vom Orient bis in den Westen Europas. Die sächsische Wirtschaft florierte und schuf Reichtum. Doch ab dem 15. Jahrhundert fielen die Türken ins Land ein. Es begannen schwere Zeiten für alle Bewohner.

Die Gesetze auf dem Königsboden wurden von den gewählten Vertretern der Sachsen beschlossen. Diese bildeten die „Sächsische Nationsuniversität“ („Universität“ bedeutet hier „Gesamtheit“ und kommt vom Lateinischen „universitas“. Es handelt sich um die Vertretung aller Sachsen des Königsbodens.) Sitz der Nationsuniversität war Hermannstadt, die Hauptstadt des von den Sachsen verwalteten Gebietes.

Zur Zeit der Tataren- und Türkeneinfälle bauten die sächsischen Bauern Kirchenburgen und Wehrkirchen. Noch heute stehen über 150 von ihnen mit ihren festen Mauern und Türmen. Zum Schutz der Städte wurden Ringmauern mit Wehrtürmen und Basteien errichtet.

Im 16. Jahrhundert gelangte ein Teil des Königreichs Ungarn unter türkische Herrschaft, und Siebenbürgen wurde ein autonomes Fürstentum. Adel, Sekler und Sachsen waren gemeinsam an der Führung des Landes

beteiligt. Siebenbürgen musste die osmanische Oberhoheit anerkennen und Tribut zahlen.

Um die Mitte des 16. Jahrhunderts führten die Sachsen die Reformation ihrer Kirche durch und nahmen die evangelisch-lutherische Konfession an. Danach wurde auch das Schulwesen erneuert. Die auf dem Königsboden geltenden Gesetze fasste man in einem Buch zusammen, das als „Eigenlandrecht der Siebenbürger Sachsen“ bekannt ist.

In Siebenbürgen entwickelte sich ein System des friedlichen Nebeneinanders der unterschiedlichen Kulturen und Nationen, welches einerseits auf der Abschottung voneinander, auf der anderen Seite aber auf der Akzeptierung des anderen gründet.

Als am Ende des 17. Jahrhunderts die Türken aus Mitteleuropa zurückgedrängt wurden, fiel Siebenbürgen unter österreichische Herrschaft. Die Verwaltung wurde nun modernisiert, die mittelalterlichen Rechte der Sachsen wurden schrittweise abgebaut. Nach 1876, als beim österreichisch-ungarischen Ausgleich Siebenbürgen an die ungarische Reichshälfte fiel, fand die Selbstverwaltung der Siebenbürger Sachsen ein Ende.

An die Stelle der aufgelösten Nationsuniversität trat die evangelische Volkskirche als Refugium der eigenen Identität, in denen der Magyarisierung widerstanden werden kann. Das konfessionelle und damit dem staatlichen Zugriff weitgehend entzogene Schulwesen wurde ausgebaut, die deutsche Unterrichtssprache konnte beibehalten werden.

Als der österreichisch-ungarische Vielvölkerstaat als Folge des Ersten Weltkrieges in mehrere Nationalstaaten zerfiel, wobei Siebenbürgen dem rumänischen Königreich angeschlossen wurde, fiel es den Siebenbürger Sachsen nicht besonders schwer, dieser Entwicklung zuzustimmen, zumal die Rumänen am 1. Dezember 1918 in Karlsburg „die volle nationale Freiheit für die mitwohnenden Völker“ zugesagt hatten. Auch der Minderheitenschutz (Gleichberechtigung, kirchliche und kulturelle Autonomie, politische Repräsentation, Gebrauch der Muttersprache und eigenes Schulwesen) wurden vertraglich abgesichert. Die neue Verfassung von 1923 beachtete sie kaum, die Agrarreform traf vor allem die sächsischen Körperschaften, Schulgesetze bedrohten das eigenständige Unterrichtswesen, kleinliche Schikanen der Behörden gesellten sich dazu; die neue, vor allem

aus dem rumänischen Altreich rekrutierte und sich am französischen Zentralstaat orientierende Führungsschicht brachte für die nationale Frage kein Verständnis auf.

Die Politiker der rund 250.000 Siebenbürger Sachsen wirkten deshalb für den Zusammenschluss mit den anderen deutschen Siedlergemeinschaften des Landes zum Verband der Deutschen in Rumänien.

So konnten auch unter den Siebenbürger Sachsen radikal-nationale Bewegungen Fuß fassen, die nach 1933 zunehmend in den Sog der nationalsozialistischen Volkstumspolitik Hitlers gerieten. Der vermeintliche nationale Höhenflug in der Zeit des Nationalsozialismus sollte das Ende eines geschichtlich gewachsenen Eigenlebens einläuten. Die alte politische Klasse wurde entmachteter, gleichgeschaltet oder durch Personen ersetzt, die von reichsdeutschen Parteistellen gelenkt wurden. Die Schulen wurden der kirchlichen Obhut entzogen, die Kirchenführung ausgewechselt. Der sogenannte 2. Wiener Schiedsspruch, unter maßgeblicher Beteiligung der deutschen Reichsregierung zustande gekommen, riss die Siebenbürger Sachsen erstmals in ihrer Geschichte politisch-territorial auseinander: Nordsiebenbürgen wurde Ungarn zugesprochen, Südsiebenbürgen verblieb bei Rumänien. Immer offener mischte sich die deutsche Reichsführung in die Angelegenheiten der Volksgruppe ein, bis hin zu einem zwischenstaatlichen Abkommen mit Rumänien, das den Kriegsdienst rumänischer Staatsbürger deutscher Herkunft in der Wehrmacht bzw. in der Waffen-SS vorsah (1943).

## **Die Sathmarer Schwaben**

Die deutschen Siedlergruppen aus dem 11.-13. Jahrhundert sind im Sathmarer Raum immer wieder in der übrigen Bevölkerung aufgegangen.

Die ersten Vorfahren der Sathmarer Schwaben kamen 1712 in das Gebiet um Großkarol. Graf Alexander Károlyi hatte Bauern aus Oberschwaben ins Land gerufen, um die infolge von Kriegen, Naturkatastrophen und Epidemien entvölkerten Dörfer neu zu besiedeln. Ab 1720 kamen dann weitere Familien in mehreren Zügen nach und wurden in Dörfern des Sathmarer Landes angesiedelt. Am Anfang des 19. Jahrhunderts wurden etwa 40 Siedlungen gezählt, in denen die Schwaben allein oder mit

Madjaren und Rumänen zusammen lebten. Die Sathmarer Schwaben sind römisch-katholisch.

Die ungarischen Adligen hatten die Schwaben zur Bearbeitung des Bodens ins Land gerufen. Zwischen Adligen und Neusiedlern wurden Verträge abgeschlossen, die vorsahen, dass die Grundbesitzer den Siedlern Ackerboden, Wiesen und Wald unentgeltlich zur Nutzung überlassen. Dafür mussten die Bauern nach Ablauf der Freijahre Grundsteuern zahlen, Frontage leisten und auch von ihren Erträgen bestimmte Teile an den Gutsherren abgeben. Unter den ins Sathmarer Land gezogenen Schwaben gab es auch Handwerker. Ihre Zahl nahm seit dem Ende des 19. Jahrhunderts ebenso wie die Zahl der Schwaben, die intellektuelle Berufe ausübten, zu.

Die Schwaben gründeten in ihren Dörfern Schulen und bauten Kirchen, in denen in deutscher Sprache gelernt bzw. gepredigt wurde. Höhere Schulen gab es nur in ungarischer Sprache. Doch im 19. Jahrhundert führte die katholische Kirche im Sathmarer Gebiet als Kirchen- und Schulsprache das Ungarische ein. Viele Schwaben verloren nach und nach die deutschen Sprachkenntnisse, da sie begannen, auch in der Familie ungarisch zu sprechen. Dieses geschah verstärkt nach dem österreichisch-ungarischen Ausgleich (1867), als Ungarisch absoluten Vorrang erlangen sollte.

1918 gab es im Sathmarer Gebiet keine Schulen in deutscher Sprache mehr. Der rumänische Staat, zu dem das Sathmarer Land nun gehörte, förderte deren Gründung. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden Schulen und Kindergärten mit deutscher Unterrichtssprache (ab 1957) wieder eingeführt und nach 1990 auch Lyzealklassen. Ihre Zahl fiel bis zum Jahr 2002 auf 7.600.

## **Die Banater Berglanddeutschen**

Das Banater Bergland deckt sich flächenmäßig ungefähr mit dem heutigen Kreis Karasch-Severin. Nachdem im Jahr 1718 die Türken das Banat an Österreich abtreten mussten, versuchte die Wiener Regierung auch im Banater Bergland die wirtschaftliche Entwicklung zu fördern. Da hier der Bergbau Tradition hatte, wurden ab 1720 Bergleute aus Österreich (der Steiermark, Tirol, Oberösterreich), aus Böhmen und der Zips angesiedelt. Es wurden aber auch Polen, Tschechen, Italiener und Franzosen gerufen,

die man als Fachkräfte im Bergbau, im Forst- und Hüttenwesen benötigte. Die Ansiedlung im Banater Bergland dauerte bis um die Mitte des 19. Jahrhunderts an. Oft wurden die Siedler aus jenen Teilen der österreichischen Monarchie gerufen, in denen es für den vorgesehenen Einsatz die besten Fachkräfte gab. Sowohl vor als auch nach dieser Ansiedlung bildeten die Rumänen die Bevölkerungsmehrheit im Banater Bergland. Die Mehrheit der im Bergbau Beschäftigten hatte als Muttersprache Deutsch. Von den Nachkommen der übrigen Zuwanderer gab ein Teil die eigene Sprache auf und wurde deutschsprachig.

Ortschaften, in denen deutsche Siedler im 18. Jahrhundert in größerer Zahl aufgenommen wurden, sind: Dognatschka, Bokschan, Reschitza u.a. Als im Jahr 1778 das Banat dem ungarischen Teil der Habsburgermonarchie angeschlossen wurde, blieben das Montangebiet und die Militärgrenze weiterhin unter österreichischer Verwaltung.

Im Unterschied zu den Banater „Schwaben“ nennen sich die deutschsprachigen Bewohner des Banater Berglands einfach „Deutsche“. Die meisten von ihnen sind katholisch. Im ganzen Kreis wurden im Jahr 2002 noch 6.129 Deutsche erfasst.

## **Die Banater Schwaben**

Nachdem die Österreicher das Banat 1718 von den Türken übernommen hatten, plante die Wiener Regierung Landwirtschaft, Handwerk und Handel zu fördern. Da das Gebiet dünn besiedelt war, sollten Kolonisten ins Land gerufen werden. Sie wurden vor allem in Deutschland angeworben.

Im Jahr 1722 begann die Ansiedlung von Bauern entlang der Donau und des Mieresch (erster „Schwabenzug“ 1722-1726). Während der Regierungszeit Maria Theresias (1740-1780) wurde die Kolonisation fortgesetzt. Vieles wurde von Wien aus organisiert: Großdörfer mit genauen Anweisungen, wie die Strassen, die Häuser und die Ackerflächen angelegt werden sollen, wurden geplant. Die Siedler bekamen das Land aber nicht als ihr Eigentum, es gehörte dem Staat. Sie mussten Abgaben in Naturalien oder Geld zahlen. Das Ansiedlungswerk Maria Theresias erreichte seinen Höhepunkt in den Jahren 1763-1766 (zweiter „Schwabenzug“ 1763-1772).



Ein weiterer Zuzug von Deutschen ins Banat erfolgte während der Regierungszeit von Joseph II. (1780-1790) (dritter „Schwabenzug“ 1782-1786). Da der Kaiser den Kolonisten Religionsfreiheit gewährte, kamen jetzt auch Protestanten. Die allermeisten Siedler waren jedoch katholischer Konfession. Im Jahr 1787 wurde von Seiten der Behörden die Kolonisation eingestellt. Zuzüge aus Deutschland erfolgten zwar auch noch in den nächsten drei Jahrzehnten, doch war jetzt eher die Binnenkolonisation von Bedeutung. Wegen der schweren Bedingungen in der ersten Zeit nach der Ansiedlung, des für sie ungewohnten Klimas sowie infolge von Seuchen starben anfangs viele der neuen Siedler. So bestätigte sich der alte Kolonistenspruch: „Dem ersten der Tod, dem zweiten die Not, dem dritten das Brot.“ Die Banater Deutschen kamen aus dem Westen und Südwesten Deutschlands: Aus der Rheinpfalz, Hessen, Trier, Lothringen, Franken, wenige kamen auch aus Bayern und Württemberg. Die Banater „Schwab“ sind keine Schwaben im eigentlichen Sinne, doch wurde ihnen dieser Name durch die Kolonisatoren gegeben. Hauptgrund für die Abwanderung der „Schwab“ aus Deutschland war das schwere Leben der Bauern und Handwerker in den Herkunftsgebieten. Sie waren der Willkür der Grundherren ausgesetzt und hatten hohe Abgaben zu leisten. Hinzu kamen Misserten und Zerstörungen durch Kriege.

Zu den Banater Schwaben wurden auch die Deutschen gezählt, die im Arader Komitat angesiedelt wurden, obwohl dieses nördlich des Mieresch (Marosch) gelegene Gebiet nicht zum Banat gehört. Die Kolonisten leisteten vor allem auf wirtschaftlichem Gebiet viel für die Entwicklung des Banats: In den Städten bauten sie Gewerbe und Manufakturen auf, während sie auf dem Lande dank ihrer Erfahrung mit dem fortgeschrittenerem Ackerbau ihrer Heimat einen Aufschwung der Landwirtschaft herbeiführten. So wurde im 19. Jahrhundert das Banat als „Kornkammer“ Ungarns bezeichnet. Im Jahr 2002 gab es noch 19.000 Banater Schwaben.

## **Die Landler**

Die Landler sind Nachkommen von Österreichern, die wegen ihrer evangelischen Konfession zwangsweise nach Siebenbürgen umgesiedelt wurden. Kaiser Karl VI. von Habsburg (1711-1740) wollte in Österreich nur katholische Untertanen dulden. Einige der Evangelischen waren jedoch

nicht bereit zum Katholizismus überzutreten. Diese ließ der Kaiser nach Siebenbürgen, wo es ohnehin schon Protestanten gab, umsiedeln.

In den Jahren 1734 bis 1737 wurden etwa 625 Personen – Frauen, Männer, Kinder – unter Militärbegleitung nach Siebenbürgen verschickt. Sie stammten zum größten Teil aus dem Salzkammergut, einer gebirgigen Gegend in Oberösterreich, und wurden nahe von Hermannstadt in den Ortschaften Neppendorf und Großbau angesiedelt.

Ein größeres Ausmaß erreichten diese Umsiedlungen zur Zeit Maria Theresias. Sie ließ in den Jahren 1752 bis 1757 und 1773 bis 1776 über 3.000 evangelische Österreicher nach Siebenbürgen bringen und auf über zwanzig Ortschaften verteilen. Die meisten kamen nach Hermannstadt oder in Dörfer aus dessen Umgebung. Sie stammten vor allem aus einem Gebiet Oberösterreichs, das man „das Landl“ nennt (die Gegend von Wels, Vöcklabruck und Gmunden), aber auch aus Kärnten und der Steiermark. Der Name „Landler“ bezeichnete ursprünglich nur die Siedler aus dem Landl. Später wurde er auf die Nachkommen aller nach Siebenbürgen verschickten Österreicher ausgedehnt.

In Siebenbürgen lebten die Landler in enger Nachbarschaft mit Sachsen, Rumänen und Roma. Sachsen und Landler gingen in dieselbe Kirche und Schule und vermischten sich miteinander. Nur in drei Ortschaften des Kreises Hermannstadt (Neppendorf, Großbau und Großpold) blieben die österreichische Mundart, das „Landlerische“, und eine besondere Tracht erhalten. Zur Entwicklung dieser Dörfer haben die Landler Handwerker und Bauern einen bedeutenden Beitrag geleistet. Im Jahr 2002 waren es noch etwa 150.

## **Die Zipser**

Deutsche Siedler wurden im Maramurescher Gebiet bereits im 13. und 14. Jahrhundert ansässig. Sie konnten sich als eigenständige Gemeinschaft jedoch nicht erhalten. Ab 1776 kamen Siedler deutscher Mundart in das Gebiet entlang des Wasserflusses. Es waren vor allem Waldarbeiter, die aus der Gegend von Gmunden (Oberösterreich) und der Zips (Slowakei) stammten. Weitere Einwanderer aus der Zips kamen am Ende des 18. und zu Beginn des 19. Jahrhunderts (1796-98 und 1812) nach Oberwischau. Heute

werden alle deutschen Einwohner des Wischauer Gebietes als „Zipser“ bezeichnet. Sie sind römisch-katholisch und sprechen ihre eigene Mundart, das Wischaudeutsch.

Die Siedler wurden von den österreichischen Behörden in der waldreichen Gegend als Holzfäller und Flößer angesiedelt. Bis 2002 war ihre Zahl auf 2.000 gefallen.

## **Die Buchenlanddeutschen**

Das Buchenland (Bukowina) liegt im Nordosten Rumäniens. Der südliche Teil gehört heute zu Rumänien und der nördliche zur Ukraine. Schon seit dem 14. Jahrhundert sind deutsche Siedler hauptsächlich aus Siebenbürgen in den Norden der Moldau eingewandert und haben sich in den aufblühenden Städten (Sereth, Sutschawa u.a.) niedergelassen. In den kriegerischen Auseinandersetzungen des 16. Jahrhunderts gingen diese Gruppen jedoch unter.

Im Jahr 1775 setzte Österreich die Abtrennung des nördlichen Teils der Moldau von den türkisch beherrschten Gebieten durch und verleibte ihn unter der Bezeichnung Buchenland dem Habsburgerreich ein. Zu dieser Zeit war das Gebiet dünn besiedelt und wirtschaftlich unterentwickelt. In kurzer Zeit siedelten sich zahlreiche Ukrainer, Rumänen, Juden, Polen, Slowaken und Ungarn zumeist aus den Nachbarländern an. Sie kamen wegen der niedrigen Steuerlast und der Freistellung vom Militärdienst hierher.

Die ersten deutschen Siedler kamen 1782 aus dem Banat ins Buchenland. Es folgten Siedler aus weiten Teilen des deutschen Sprachraumes, darunter eine größere Zahl von Pfälzern. Ab dem Ende des 18. Jahrhunderts wurden deutsche Bergleute (größtenteils aus der Zips) für den zunehmenden Abbau von Bodenschätzen gerufen. Aus Böhmen kamen deutsche Arbeiter für die neu errichteten Glashütten. In den Städten ließen sich zahlreiche Offiziere, Beamte und Kaufleute nieder. Die meisten der Siedler waren Katholiken, ein nicht geringer Teil aber evangelisch.

Im 19. Jahrhundert erlebte das Buchenland einen raschen wirtschaftlichen und kulturellen Aufschwung; die Städte blühten auf und 1875 wurde in

Tschernowitz eine Universität eröffnet. Um 1900 kam es zu zahlreichen Abwanderungen von Buchenlanddeutschen in andere Teile der Habsburgermonarchie sowie nach Kanada und in die USA.

Es gab ein freundschaftliches Zusammenleben der verschiedenen Völker und eine Verflechtung westlicher und östlicher Lebensart. Als Folge des Ersten Weltkriegs und des Zerfalls der Habsburgermonarchie wurde das Buchenland zu einem Teil Rumäniens.

In Folge eines Ultimatums musste Rumänien 1940 das nördliche Buchenland samt der Hauptstadt Tschernowitz an die Sowjetunion abtreten. Im selben Jahr erfolgte die Umsiedlung der Deutschen aus der Nordbukowina ins Deutsche Reich (aufgrund eines deutsch-sowjetischen Abkommens). Danach wurden auch die Deutschen aus der Südbukowina in Gebiete des Deutschen Reiches umgesiedelt. Nach Kriegsende kehrte ein kleiner Teil der Umgesiedelten freiwillig in die Südbukowina zurück, andere wurden von den Sowjets zwangsweise zurückgeschickt. Im Jahr 2002 waren es noch etwa 1.800.

## **Die Dobrudschadeutschen**

Im Verlauf des 19. Jahrhunderts wanderten in mehreren Schüben (1841, 1872-1878, 1890-1891) Deutsche aus dem Russischen Reich in die Dobrudscha ein. Gründe der Auswanderung waren der Verlust alter Rechte und schlechte Lebensverhältnisse. In der Dobrudscha bildeten diese Siedler weder politisch noch verwaltungsmäßig eine einheitliche Gruppe. Die meisten waren katholischer oder evangelischer Konfession, es gab unter ihnen aber auch Adventisten und Baptisten.

Die Dobrudscha gehörte bis 1878 zum Osmanischen Reich. Die einzelnen von Deutschen besiedelten Ortschaften waren bis zu diesem Zeitpunkt weitgehend selbständig und wurden von gewählten „Schulzen“ verwaltet. Die einzige Pflicht welche die Gemeinden gegenüber dem Staat hatten, war die pünktliche Steuerzahlung. Die Einwohner lebten in armen Verhältnissen. Ihre Wohnungen waren anfangs halb in die Erde eingelassen Hütten. Trotz ihrer Armut wurden sie wiederholt zum Ziel plündernder Tataren und Tscherkessen.

Nachdem die Dobrudscha 1878 infolge des rumänischen Unabhängigkeitskrieges ein Teil Rumäniens geworden war, mussten ihre Bewohner die neue Staatssprache erlernen und den verpflichtenden Militärdienst ableisten. Nun wurden rumänische Bürgermeister eingesetzt. In mehreren Ortschaften siedelte die Regierung Veteranen des Türkenkrieges an, die eine bevorzugte Stellung genossen. Da den Deutschen das Geld für ein eigenes Schulsystem fehlte, besuchten ihre Kinder rumänische Schulen. Bloß die Fächer Deutsch und Religion wurden nach Schulschluss von eigenen Lehrern unterrichtet.

Wegen der schlechten wirtschaftlichen Lage wanderten immer wieder Familien in die USA und nach Kanada ab. Gleichzeitig entstanden aber in der Dobrudscha infolge des Bevölkerungsanstiegs neue Ortschaften mit deutscher Bevölkerung. Um die Wende zum 20. Jahrhundert waren die schwersten Jahre überstanden. Es kam zur Anstellung von immer mehr Pfarrern und Lehrern. Anstatt der alten und kleinen Bethäuser wurden Kirchen errichtet, erste deutsche Schulen wurden gebaut.

Der Erste Weltkrieg hatte auf die Dobrudschadeutschen im Jahre 1916 beträchtliche Auswirkungen. Der Gebrauch der deutschen Sprache in der Öffentlichkeit wurde untersagt. Viele Männer kamen in Zivilgefangenschaft; Pferde und Vieh wurden für Kriegszwecke eingezogen. Zahlreiche Ortschaften wurden in den Kämpfen zerstört. (Es kämpften russische und rumänische Truppen gegen die aus Bulgarien angreifenden deutsch-bulgarisch-türkischen Verbände.)

In der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen kamen die Dobrudschadeutschen in Kontakt mit den anderen deutschen Gemeinschaften Rumäniens. Aufgrund eines Abkommens zwischen der rumänischen und der deutschen Regierung wurden die Dobrudschadeutschen im Jahr 1940 in das damalige Deutsche Reich umgesiedelt. Erst nach drei Jahren erhielten sie Wohnstätten, doch schon 1944-1945 mussten sie beim Nahen der Front flüchten und wurden nach Deutschland, Österreich und Amerika zerstreut. Die Volkszählung von 2002 hat rund 400 Deutsche erfasst.

## **Diaspora im Altreich**

Bereits im Mittelalter haben sich im sogenannten Altreich (Moldau und Wallachei) immer wieder deutsche Siedler niedergelassen. Die meisten von ihnen kamen aus Siebenbürgen. Entlang der Karpaten leisteten sie einen wichtigen Beitrag zum Aufblühen der Städte – insbesondere im nördlichen Teil der Moldau – und zum Erstarken von Wirtschaft und Handel.

Diese kleinen Gruppen konnten ihre spezifische Identität über die Jahrhunderte jedoch zumeist nicht bewahren.

In der Neuzeit kam es dann durch Anstieg des Handels und beginnender Industrialisierung erneut dazu, dass zahlreiche Deutsche, zumeist Fachkräfte, ins Altreich zogen. Sie bildeten jedoch nie eine homogene Gruppe und hatten auch kaum Kontakt untereinander.

## **Rumäniendeutsche in Rumänien seit 1945**

Am 23. August 1944 schloss Rumänien im Angesicht der vormarschierenden Sowjetarmee einen Waffenstillstand ab und erklärte seinem bisherigen Verbündeten den Krieg. In Nordsiebenbürgen erkannte der deutsche General Artur Phleps, ein Siebenbürger Sachse, dass die Situation aussichtslos und für seine Landsleute gefährlich war; er ordnete die Evakuierung der Deutschen aus dem Nösnerland an. In Trecks zogen sie nach Österreich, viele sind später nach Nordrhein-Westfalen übersiedelt, wo sie heute noch leben.

Unter dem Druck der sowjetischen Truppen erfolgte die stufenweise Machtübernahme durch die Kommunisten in Rumänien. Die Deutschen des Landes wurden – obwohl sie kaum Schuld am Kriegsgeschehen trafen – in eine Art nationale Sippenhaft genommen. Im Januar 1945 erfolgte die Deportation der arbeitsfähigen Männer und Frauen zum Wiederaufbau in die Sowjetunion. Der Rücktransport eines guten Teils erfolgte nicht in die Heimat, sondern in die sowjetische Besatzungszone Deutschlands und sie wurden so für Jahre und Jahrzehnte von ihren Familien getrennt.

In Siebenbürgen blieben die Sachsen jahrelang politisch rechtlos und waren als „Hitleristen“ der behördlichen Willkür ausgesetzt. Durch die

Agrarreform von 1945 wurden etwa 60.000 sächsische Bauern enteignet. Sie mussten ihre Höfe verlassen, die ihnen erst 1956 – inzwischen völlig verwahrlost – zurückgegeben wurden. In den Städten wurden nicht nur die Großbetriebe und Banken verstaatlicht, sondern auch die kleinen Handwerker und Kaufleute enteignet, ihre Häuser wechselten den Besitzer. Vom Genuss der 1945 zugesagten Minderheitenrechte wurden sie ausdrücklich ausgeschlossen, auch das Wahlrecht wurde ihnen aberkannt. Nur die in anderen Ländern Osteuropas vorgenommene Vertreibung und Racheakte des Staatsvolks, mit dem sie jahrhundertlang friedlich zusammengelebt hatte, blieben den Siebenbürger Sachsen erspart.

Die evangelische Kirche durfte fortbestehen; sie blieb in den schweren Jahren der kommunistischen Diktatur die halbwegs intakte Einrichtung der Siebenbürger Sachsen, ihr letztes Refugium. Ab 1949 wurden auch die Maßnahmen gegen die Deutschen allmählich gelockert. Staatliche deutsche Schulen, eine deutsche Zeitung, ein Theater wurden zugelassen. 1956 wurde ihnen der Minderheitenstatus zuerkannt und die Bauernhäuser oder Wohnungen zurückerstattet.

Trotzdem erfolgte eine radikale Veränderung der sozio-ökonomischen Schichtung: Bis 1945 waren etwa 85% der Rumäniendeutschen als Selbständige tätig, darunter 70% als Bauern. Nach knapp einem Jahrzehnt, 1956, wies die erste Volks- und Berufszählung im kommunistischen Rumänien nur noch 22% in der Landwirtschaft tätige Deutsche aus, die nun in den neuen, unrentablen LPGs (Landwirtschaftliche Produktionsgemeinschaften) arbeiteten. Viele wurden zu Industriearbeitern, unverhältnismäßig hoch ist die Zahl deutscher Hochschulabsolventen. Viele nun besitzlose Eltern opferten sich auf, um ihren Kindern ein Studium zu ermöglichen. Doch auch diese einzige Mitgift, die sie geben konnten, erwies sich als zwiespältig, denn gerade Intellektuelle wurden im Kommunismus besonders verfolgt.

Enteignung und Industrialisierung haben die Bindung an den heimatlichen Boden zunehmend gelockert und das Verhältnis zum rumänischen Staat nachhaltig zerrüttet, allerdings nicht jenes zum rumänischen Volk, das sich in all den Jahren weitgehend tolerant und korrekt verhalten hat. Versuche des kommunistischen Staates, wieder Vertrauen zu schaffen, blieben fruchtlos. So gab Nicolae Ceausescu in seiner „Reformphase“ der Sechziger-Jahre frühere Fehler offen zu und ließ einen Rat der Werktätigen deutscher

Nationalität gründen, der die Minderheit vertreten sollte. Die spätere Minderheitenpolitik des Diktators bestätigte aber das Misstrauen, das man diesen Versuchen entgegenbrachte. Er sprach bald offen davon, dass er eine einheitliche rumänische, überdies sozialistische Nation zu schaffen gedenke. Der Gebrauch deutscher Ortsnamen wurde verboten, die geschichtlichen Leistungen weitgehend verschwiegen.

Diese Faktoren erklären den Wunsch der Mehrzahl der Siebenbürger Sachsen, ihre Heimat zu verlassen. Zunächst ging es um die Zusammenführung der im Krieg und in der unmittelbaren Nachkriegszeit auseinander gerissenen Familien. Wehrmachtsangehörige, die nach dem Krieg nicht mehr zurückkehren konnten, in die Sowjetunion Deportierte, die in Frankfurt an der Oder freigelassen wurden, suchten ihre Angehörigen. Sieht man von der einmaligen Aktion des Roten Kreuzes im Jahr 1951 ab, dank der rund tausend Rumäniendeutsche nach Deutschland gelangten konnten, erlaubte das kommunistische Regime erst ab 1958 einer nennenswerten Anzahl Siebenbürger Sachsen und Banater Schwaben die Ausreise. Sie zogen ihrerseits Angehörige nach. Verwandtenbesuche – nach Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Rumänien möglich – verstärkten die Sogwirkung.

Für die Familienzusammenführung entwickelte sich ein „geregeltes Verfahren“, in dem materielle Interessen des rumänischen Staates eine nicht unbedeutende Rolle spielten. Eine Beschleunigung der Ausreise, die aber immer noch mit vielerlei Schikanen verbunden war, brachte die im Januar 1978 zwischen Bundeskanzler Schmidt und dem rumänischen Diktator abgeschlossene Vereinbarung über die erweiterte Familienzusammenführung, die jährlich etwa 11.000 Rumäniendeutschen die Aussiedlung ermöglichte. Die Zahl der Anträge wuchs beständig, ungeachtet der als erniedrigend empfundenen Festsetzung eines Entgelts für die Ausbildungskosten des rumänischen Staates, welches der deutsche Staat bezahlte.

Bis zum Umbruch in Rumänien im Dezember 1989 sind auf diese Weise über 240.000 Deutsche aus Rumänien in die Bundesrepublik gekommen, davon knapp die Hälfte Siebenbürger Sachsen. Schon während der letzten Jahre vereinsamten die Zurückgebliebenen. Verwandte, Freunde, Nachbarn fehlten, Kindergärten und Schulen mussten wegen zurückgehender Schülerzahlen geschlossen werden. Nur noch 96.000 Siebenbürger Sachsen erlebten in Rumänien den Sturz des Diktators. Als danach die Grenzen



geöffnet wurden, wanderten etwa drei Viertel der noch in Rumänien lebenden Deutschen aus.

Mit Unterstützung durch die deutsche Regierung sind zahlreiche Maßnahmen zur Stabilisierung der deutschen Bevölkerung in Rumänien in die Wege geleitet worden, im wirtschaftlichem wie im kulturellen Bereich, besonders auch im deutschen Schulwesen. Das konnte die Auswanderung jedoch nicht stoppen, hat aber den weiter in Siebenbürgen lebenden Sachsen den Neuanfang nach der Wende erleichtert.

In kürzester Zeit schrumpfte die Zahl der Rumäniendeutschen auf 116.000 im Jahre 1992, und dann weiter auf 65.000 2002 und rund 36.000 im Jahre 2012. Einen Zusammenhalt bietet in Siebenbürgen die evangelische Kirche. Sie ist nach wie vor über den streng kirchlichen Rahmen hinaus aktiv und bewahrt Brauchtum und Traditionen. Zugleich öffnet sie sich jedoch. Anderssprachige Ehepartner treten immer öfter bei und an den deutschen Schulen besucht eine große Zahl orthodoxer Schüler den evangelischen Religionsunterricht, von denen einige ebenfalls der evangelischen Kirche beitreten.

Das Ende 1989 gegründete Demokratische Forum der Deutschen in Rumänien ist die kulturelle und politische Vertretung der Rumäniendeutschen. Es ist regional gegliedert. Im Verhältnis zu ihrer geringen Zahl spielen die Rumäniendeutschen und insbesondere die Siebenbürger Sachsen politisch eine bedeutende Rolle. Nicht nur, dass sie wie alle insgesamt 20 in Rumänien anerkannten nationalen Minderheiten einen Vertreter in der Abgeordnetenkammer des rumänischen Parlaments stellen. Weiterhin stellt das Forum einen der beiden Unterstaatssekretäre im Department für Interethnische Beziehungen der rumänischen Regierung und nimmt an den Sitzungen der deutsch-rumänischen Regierungskommission teil. Neben den Beziehungen zu der rumänischen und deutschen Regierung wird auf die Zusammenarbeit mit den anderen Minderheiten großer Wert gelegt. Über das oben genannte Department unterstützt die rumänische Regierung die Minderheiten, sowohl was die laufenden Kosten ihrer Organisationen betrifft, als auch in der Durchführung von kulturellen Veranstaltungen und der Herausgabe von Büchern und Zeitungen.

Herausragend ist die Verankerung des Forums in der Lokalpolitik. In Hermannstadt wurde im Jahr 2000 der Bürgermeister Klaus Johannis von

Seiten des Forums gewählt und im Jahr 2012 mit 78% der Stimmen erneut im Amt bestätigt, die Liste des Forums für den Stadtrat erhielt erneut eine deutliche Mehrheit. In einer Stadt, in welcher die deutsche Minderheit nur noch rund 1% der 150.000 Einwohner ausmacht, kann es kaum ein besseres Beispiel für die Wertschätzung welcher sich die deutsche Minderheit bei der Mehrheitsbevölkerung erfreut geben, als dieses Wahlergebnis.

Einen nicht zu unterschätzenden Einfluss haben die Rumäniendeutschen auf die sich entwickelnde Zivilgesellschaft in den 1990er-Jahren ausgeübt und sind vielfach Vorreiter und Vorbild, beginnend mit dem Wiederaufleben des alten Vereinslebens bis hin zur Gründung von Vereinen und Institutionen, die zu einem guten Teil der Mehrheitsbevölkerung zu Gute kommen und von dieser weiter getragen werden (Blaues Kreuz, Evangelische Akademie Siebenbürgen, Siebenbürgischer Karpatenverein, Altenheim, Straßenkinderhaus, Behindertenwerkstatt, Diakonisches Werk, Essen auf Rädern u.a.).

Nach kontroversen Diskussionen in den Neunzigern sieht Rumänien nun auch die Frage mehrsprachiger Ortsschilder sehr liberal. Obwohl das Gesetz den Lokalbehörden erst ab einem Bevölkerungsanteil einer Minderheit von 20% die Aufstellung mehrsprachiger Ortsschilder empfiehlt – die Rumäniendeutschen erreichen kaum noch irgendwo diesen Anteil –, tragen besonders in Siebenbürgen eine große Zahl von Städten und Dörfern neben dem rumänischen auch wieder den deutschen Namen.

Die Zahl der Rumäniendeutschen ist gering, doch deutsch ist „in“ in Rumänien. An den meisten Schulen, an welchen muttersprachlich deutsch unterrichtet wird, sind noch knapp 5% der Schüler deutscher Herkunft, der Rest gehört größtenteils der Mehrheitsbevölkerung an. Und nicht nur, dass sie die deutsche Sprache auf hohem Niveau erlernen, sie lernen auch die deutsche Kultur und die spezifischen Traditionen und Bräuche kennen und schätzen.

# Sonderthemen



## Auf der Suche nach Atlantis

MAX AUFISCHER\*

Zu Bosnien und Herzegowina hatte ich immer einen besonderen Bezug. Ich konnte seit 1987 im Rahmen meiner Kultur-Kooperationsprojekte, auch während der dramatischen Kriegsjahre, zahlreiche Reisen nach Bosnien und Herzegowina unternehmen. Die Zusammenarbeit bezüglich meiner Ausstellungen, Stipendienprogramme und Workshops im Rahmen des Cultural-City-Network und des Internationalen Hauses der Autorinnen und Autoren Graz bot mir die Gelegenheit, viele Menschen, besonders Kulturschaffende, aus verschiedenen Teilen dieses Landes privat, teilweise auch freundschaftlich kennen zu lernen.

Meine Zuneigung und das damit verbundene Interesse an diesem geografischen Raum waren die eine Wurzel für das Projekt „Auf der Suche nach Atlantis“. Der zweite Ausgangspunkt ergab sich durch einen Zufall: Mir fiel eine Mappe mit Arbeiten eines mir bis damals unbekanntem Fotografen in die Hände. In ihr waren hervorragende Reproduktionen von Fotografien gesammelt, die Raimund Baron Stillfried in den Jahren zwischen 1885 und 1895 aufgenommen hatte. Bruno Kunz, ehemals Leiter des Österreichischen Kulturinstitutes Zagreb, hatte sie mit dem Einverständnis von Bernhard Stillfried, dem Enkel des Fotografen, in Zagreb anfertigen lassen. Sein Nachfolger, Leopold Melichar, übergab mir die Fotomappe und ermöglichte somit mehrere viel beachtete Ausstellungen im Zeitraum von 1994 bis 1995.

Diese Mappe mit den Originalen, im Besitz der Familie Stillfried in Wien, enthielt mehr als fünfzig verschiedene Ansichten, die in verschiedenen Teilen Bosniens und der Herzegowina aufgenommen worden sind: in Sarajewo, Banja Luka, Mostar und an vielen weiteren Orten. Sie hatte wie durch ein Wunder die beiden Weltkriege unbeschadet überstanden, und die meisten Fotografien befanden sich in einem guten bis sehr guten Erhaltungszustand. Neben dem Lichtbild waren auf der Kartonunterlage auch der Name des Aufnahmeortes und die Plattennummer angeführt. So konnten die meisten Ablichtungen leicht geografisch zugeordnet werden. Die Bilder

---

\* Mag. Max Aufischer, Leiter Kulturvermittlung Steiermark - Kunstpädagogisches Institut, Graz, Österreich

waren, wie man rasch erkennen konnte, mit einer großen Plattenkamera aufgenommen worden. Dies bedeutet, dass der Fotograf immer mit Stativ und einer größeren Ausrüstung reisen musste.

Die fotografische Arbeitsweise Raimund Stillfrieds war für die damalige Zeit überraschend modern, frisch und zukunftsweisend. Für die technischen Gegebenheiten der Fotografie jener Tage weisen sie dokumentarische Tendenzen auf, die erst viel später in der Reisefotografie allgemein üblich wurden. Seine Wahl des Bildausschnittes ist nicht spekulativ, obwohl er oft spektakuläre Sujets und eindrucksvolle Landschaften fotografierte. Daraus kann man sowohl seine Aufgeschlossenheit wie auch seine konzentrierte, forschende Haltung erkennen, die auch auf den Betrachter überspringt und diesen fesselt. Ein besonderes Thema war das „Türkische“, das damals für viele Europäer – und sichtlich auch für Stillfried – als besonders exotisch, beachtenswert und neu galt. Da er durch viele Regionen von Bosnien und Herzegowina reiste und viele Orte fotografisch fixierte, entstand eine sehr eindrucksvolle und umfangreiche Dokumentation, die Brüche und Veränderungen aufzeigt und somit selbst zu einem historischen Dokument wurde.

Für mich ist Zeit immer ein wichtiges Thema. Viele Arbeiten meiner eigenen künstlerischen Tätigkeit ranken sich um diesen Inhalt. Deshalb beschloss ich damals spontan, mich mit dieser „Bosnien-Mappe“ näher auseinanderzusetzen. Ich nahm mir vor, die Reisen Raimund Stillfrieds nachzuvollziehen, und ich wollte – wenn möglich – jeweils jenen Platz finden, an dem er seinen Standort hatte, als er die für die entsprechende Fotografie notwendige Glasplatte belichtete. Dabei wollte ich nicht die historische Arbeitsweise Stillfrieds kopieren. Ich nutzte für diese Arbeit weiterhin das für mich übliche, zeitgemäße fotografische Material und die mir vertrauten Kameras. Durch das vorgegebene Thema und die vorbestimmten Sujets sollte meine Art des Fotografierens nicht beeinflusst werden.

Bereits 1994 begann ich mit den Vorarbeiten für dieses sehr umfangreiche Projekt. Schon in diesen Jahren – es herrschte noch Krieg in Bosnien und Herzegowina – begann ich die Orte, die Raimund Stillfried fotografiert hat, zu suchen und, wenn es möglich war, zu besuchen. Einige Aufnahmeorte waren sehr leicht zu finden, für andere benötigten wir Stunden, einmal sogar einige Tage, bis sie eruiert werden konnten. Gleichzeitig begannen wir mit Hilfe von Bernhard Stillfried die noch erhaltenen Originalaufnahmen

zu reproduzieren. Diese ersten Schritte wurden dankenswerterweise durch eine Förderung des Bundesministeriums für Unterricht und Kunst ermöglicht. Später kamen einige Foto-Reproduktionen, die sich im Besitz der Fotosammlung der Albertina in Wien befinden, ergänzend dazu.

Die intensive Beschäftigung mit den Städten, Dörfern und Landschaften, die lichtbildnerisch vor mehr als 100 Jahren festgehalten wurden, die Suche nach den Aufnahmestandorten und der oft mehrmalige Besuch sowie die vielen Gespräche hatten für mich eine ungeahnte persönliche Bindung zur Folge. Bislang unbekannte Menschen halfen mir bei der Arbeit vor Ort und waren begeistert von den historischen Fotografien Stillfrieds. Diese Arbeit öffnete mir quasi Tür und Tor und erweiterte meinen Wissensstand über Bosnien und Herzegowina. Einheimische fühlten sich oftmals geehrt, dass ich mich – ein Ausländer – für ihren Ort interessierte. Manche begannen sogar selbst über die eigene Geschichte nachzudenken und versuchten, teilweise längst vergessene Umstände und Fakten zu rekonstruieren, um mir mehr über sich, ihre Heimat und die lokalen Begebenheiten mitteilen zu können. So entwickelte sich aus der ursprünglich angedachten Gegenüberstellung von historischen und aktuellen Aufnahmen weitaus mehr. Es wuchs eine Beziehung zu Ort, Zeit und Raum, die mich immer wieder völlig in ihren Bann zog.

Die Veränderungen, die beim Vergleich der Fotografien mit der momentanen Situation sichtbar wurden, waren vielerorts tiefgreifend. Nicht nur die sichtbaren Zeichen des jüngsten, zu Beginn des Projektes noch aktuellen Krieges waren häufig mit aller Deutlichkeit erkennbar. Die Bekleidung der Menschen, die Fahrzeuge, Wege und Straßen, fast alles hatte sich in den hundertzwanzig Jahren geändert. Aber man fand sie doch – die Konstanten, die Zeugen der Vergangenheit. Nicht nur in der Natur oder bei wichtigen, bedeutenden Beispielen der Architektur wurden sie sichtbar, oft auch nur in vielen Details oder in Strukturen. Man musste sich nur Zeit nehmen, sich zu vertiefen, einzudringen in den Lauf der Geschichte. So wurde es möglich, den Ablauf nachzuvollziehen und das Charakteristische, Bleibende zu erkennen.

Für meine Arbeit entwickelte ich für mich unbewusst eine fast kindlich naive aber lustvolle Vorgangsweise. Eine archäologisch-bohrende Methodik des Fragens, bei gleichzeitiger Betrachtung der historischen Ablichtung und des sich mittlerweile veränderten Sujets der Abbildung. Die übliche,

progressiv-konstruktiv gesehene Abfolge von Möglichkeit und Wirklichkeit, Elemente, die sich gegenseitig bedingen und immer wieder neu aus dem anderen Part des Begriffspaars erwachsen, wurden zum zeitlich rückwärts gewandten dialektischen Ping-Pong. Diese nahezu spielerisch trippelnde Annäherung ermöglichte es mir, verschiedene Facetten der historischen Abfolge nebeneinander zu legen und sie teilweise auch mehrmals neu zu ordnen. Dadurch konnte ich gewohnte Blickwinkel und vertraute Wege der historischen Auseinandersetzung verlassen, um so meiner Neugierde freien Lauf zu gewähren.

Viele Menschen, die mich bei meiner Recherche vor Ort unterstützten, wollten mir vorerst nur das Schöne und gut Erhaltene zeigen – oder das, was durch die katastrophalen Auswirkungen des Krieges zerstört wurde. Da viele mich sofort als Österreicher identifizierten, kam früher oder später das Gespräch immer wieder auf das Thema unserer gemeinsamen Geschichte. Schwärmerisch erzählten sie mir von der Aufbauarbeit der Zeit vor 1914 und von Leistungen, die auf verschiedensten Gebieten durch die österreichisch-ungarische Verwaltung vollbracht worden seien. Zweifelsfrei wurde damals sehr viel geschaffen. In den etwa dreißig Jahren vor dem Ersten Weltkrieg wurde die Basis für die Infrastruktur gelegt, die ein funktionierendes Land benötigt, um bestehen zu können. Beginnend mit der Vermessung des Landes über Bildungssysteme, Gesundheitseinrichtungen und Verkehrsnetze bis zu einem funktionierenden Verwaltungssystem – alles wurde reformiert oder neu eingeführt. So war es auch nicht verwunderlich – wenn auch für mich erstaunlich –, dass viele Menschen die damalige staatliche Struktur in vielen Belangen für beispielgebend hielten.

Die erlebte Tragödie in Bosnien und Herzegowina am Ende des zwanzigsten Jahrhunderts und das daraus resultierende Geschichtsbewusstsein unterschieden meine Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartner von mir. Ich kam aus einem funktionierenden Staatsgebilde und war von den Auswirkungen des Krieges in Bosnien und Herzegowina zwischen 1992 und 1995 zwar menschlich betroffen, aber nicht elementar gefährdet. War meine Betroffenheit zu tief, hatte ich immer die Möglichkeit des Rückzugs, außerdem waren meine Aufenthalte nie übermäßig lang. So konnte ich in meiner gewohnten Umgebung das Unerfreuliche, das Gesehene und das Erlebte verarbeiten und auch wegstecken. Diese Möglichkeit hatten jene Menschen nicht. So wurde die Zeit der Integration ihres Landes in die österreichisch-ungarische Doppelmonarchie beschönigt und verklärt.



Sie stilisierten sie zu einem Mythos, zu einer Idealvorstellung – quasi zum Atlantis der Moderne, das durch eine tragische Katastrophe zerstört wurde, symbolisch vergleichbar mit der Tragödie der eigenen Region.

Atlantis: Ob es das von Platon beschriebene Inselreich wirklich gegeben hat oder nicht? War es in der Tat ideal gestaltet – so wie es vielerorts behauptet oder beschrieben wird? All diese Fragezeichen und Unsicherheiten bezüglich Atlantis sind für mich größtenteils absurd und spekulativ. Wahrscheinlich benötigt aber jeder Mensch sein persönliches Atlantis, ein geschütztes Areal für die Pflege von Idealen, Vorstellungen von einer besseren Welt.

Die Suche nach den Aufnahmeorten der Fotografien Raimund Baron Stillfrieds wurde durch die Angabe der Ortsnamen wesentlich erleichtert. Trotzdem konnten einige nicht gefunden werden. Landschaftsdarstellungen ohne Bezug zu Dörfern oder Städten waren sehr schwer zu finden. Es war unmöglich, jene Plätze im Gebirge, im Drinatal oder an der Neretwa ausfindig zu machen, wo er sein Stativ postiert hatte. Schon leichte Veränderungen, die etwa durch das Wachsen der Bäume entstehen, können das Aussehen eines ganzen Berges empfindlich verändern, genauso Stauseen, die ganze Dörfer und Klammern unter Wasser setzten, wie dies im Neretwa/Narenta-Tal der Fall war.

Viele maßgebliche Veränderungen gingen jedoch von technischen Entwicklungen aus, die in der Periode zwischen den Aufnahmezeitpunkten der Fotografien Raimund Baron Stillfrieds und jener meiner Abbildungen lag. Eine mögliche Liste würden sicherlich die Punkte Verkehr, Bautechnik und Urbanisierung anführen. Immer neuere und bessere Straßen zerfurchten ganze Landstriche, teilten Täler und sprengten Canyons in Städte. So wurden traditionelle, alte Verbindungen überlagert, zu unscheinbaren Nebenstraßen degradiert oder überhaupt gekappt. Damit verbundene Niveauveränderungen und unterstützende, bautechnische Maßnahmen machten es teilweise unmöglich, den exakten Standort ausfindig zu machen.

Dörfer und Städte wandelten sich. Gravierend war in diesem Zusammenhang auch die Migration der Bevölkerung Bosniens und Herzegowinas. Während des Krieges 1991 bis 1995 sind viele Menschen nicht nur aus ihrem Heimatland geflohen, viele suchten Schutz in den Städten, wo sie sich ansiedelten. Dadurch hatte sich nicht nur die Bürgerschaft dieser Zentren in ihrer Zusammensetzung geändert, sondern auch die Dörfer wurden

teilweise entvölkert. Davor, nach dem Zweiten Weltkrieg, besonders in den Siebziger- und Achtzigerjahren, muss es wegen politischer Tendenzen und der Industrialisierung nahezu zu einer Explosion der Städte gekommen sein, was bei der Betrachtung der architektonischen Struktur sehr deutlich wurde.

Manche Aufnahmestandorte konnten nicht aufgesucht werden, da die Umgebung noch immer vermint war. Bei der Bearbeitung eines Brückenfotos und den damit zusammenhängenden Recherchen entfachte sich eine heftige Diskussion zwischen ortsansässigen Personen, ob die Brücke, die schon während des Zweiten Weltkrieges zerstört wurde, durch deutsche Truppen oder durch Einheiten der Partisanen gesprengt worden sein könnte. In diesem Land übten Brücken scheinbar schon immer eine spezielle Faszination aus und hatten neben ihren Funktionen eine hohe emotionale wie symbolische Kraft. So wird sowohl die intensive Wirkung der Zerstörung als auch die hohe Bedeutung des authentischen Wiederaufbaus der „Stari Most“ in Mostar erklärbar und verständlich.

Auf der Suche nach Atlantis: Die detaillierte Beschäftigung mit den Fotografien Stillfrieds, die intensive Auseinandersetzung mit dieser Region und die daraus resultierende Thematisierung von Zeit in ihrer historisch-verändernden Dimension wurden durch ihre lange Dauer selbst zu einem Projekt der Zeitreflexion. In dieser Periode hat sich nicht nur die Fototechnik revolutioniert – von analoger Fotografie zur digitalen –, auch manche meiner Ansichten und Einsichten haben sich geändert. Mit dem raschen Wandel Bosniens und Herzegowinas haben sich auch lokale Rahmenbedingungen transformiert. So wurde „Auf der Suche nach Atlantis“ für mich selbst ein Dokument des mehrmaligen Hinterfragens, der Reflexion und quasi ein Prozess des Reifens. Hatte sich mein Vorhaben ursprünglich auf die Gegenüberstellung von Fotografien konzentriert, wurden meine Intentionen bald weiter und allgemeiner, was das ganze Land, seine Menschen und deren Geschichte betraf.

Meine eigene Einstellungsänderung wurde mir bei der Bildauswahl für die Publikation des Ausstellungskatalogs bewusst. Waren es zuerst eher markante, effektvolle, teilweise vom Kriegsgeschehen beeinflusste Fotos, die ich den Arbeiten Stillfrieds gegenüberstellen wollte, so wurde die Auswahl später immer leiser und zurückhaltender. Nicht um die Tragödie und deren Auswirkungen zu minimieren oder gar zu schönen, vielmehr war dies –

wie ich glaube – das Resultat einer umfassenderen Sicht. Auch die Bitte an Dragana Tomašević und Dževad Karahasan, sich zu beteiligen, war eine Folge meiner geänderten Haltung. Draganas hervorragende Auswahl von Textpassagen, Gedichten und Zitaten von sehr unterschiedlichen Autoren lassen über die Abstraktheit der Worte und deren Bedeutungsinhalte Gedanken und Stimmungen aufkommen, wodurch die Orte zusätzlich charakterisiert und beschrieben werden. Dragana berücksichtigte Autoren verschiedener literarischer Perioden. Dadurch unterstrich auch sie den von unserer Gesellschaft oft vernachlässigten Zeitaspekt, der in der Hektik des Fortschrittsglaubens und der alltäglichen Banalität vergessen zu werden droht.

Durch das Projekt „Auf der Suche nach Atlantis“ ist es natürlich nicht gelungen, das mythische Inselreich „jenseits der Säulen des Herakles“ zu finden. Für mich war es aber eine wichtige, intensive, oft auch spannende Annäherung an ein wunderbares Land, das mir, wie ich schon erwähnte, scheinbar vorher vertraut war. Bedeutsam und nachhaltig waren die vielen herzlichen menschlichen Begegnungen, die Gespräche und die Erkenntnisse über die Kraft der Menschen und die Kraft der Zeit.

# Das 1. Alpen-Adria Jazz Festival 2013 in Klagenfurt

ANTON „TONČ“ FEINIG\* / WOLFGANG PLATZER\*\*

Im Alpen-Adria Raum gibt es viele interessante Jazz-Musiker. Egal ob wir mit Kärnten, Friaul-Julisch Venetien und Slowenien einen engeren Alpen-Adria Raum betrachten oder einen größeren, darüber hinaus gehenden, wie er seit über 35 Jahren von der Arbeitsgemeinschaft Alpen-Adria bzw. mittlerweile von deren Nachfolgeorganisation, der Alpen-Adria-Allianz, verstanden wird. Denn dann sprechen wir auch von norditalienischen Regionen, ungarischen Komitaten, Kroatien und ehemaligen Mitgliedern wie dem Freistaat Bayern und dem schweizerischen Kanton Tessin. In all diesen Regionen hat sich der Jazz in den letzten Jahren einen festen Platz im Kulturschaffen gesichert. Und in den meisten der angesprochenen Regionen bzw. Ländern gibt es seit vielen Jahren regelmäßige Jazz-Festivals. Diese sind aber fast immer internationalen Jazzgrößen, vor allem aus den USA und anderen europäischen Ländern sowie jeweils lokalen Musikern gewidmet.

Die Initiatoren des ersten Alpen-Adria Jazz Festivals sind schon seit vielen Jahren dem Jazz verbunden. Tonč Feinig ist ein weit über die Grenzen Kärntens hinaus anerkannter Jazzpianist und Komponist. Wolfgang Platzer organisierte bereits vor Jahren im Rahmen seiner Tätigkeit Konzerte mit Musikern aus dem Alpen-Adria Raum und seit fünf Jahren gestaltet er mit dem „Alpen-Adria Jazz Club“ beim freien radio AGORA 105,5 eine eigene, diesem Raum gewidmete Jazzsendung. Beide trugen auch schon seit längerer Zeit die Idee eines Festivals speziell für Musiker aus dem Alpen-Adria Raum mit sich herum. Diese Idee wurde beim gemeinsamen Zusammensitzen nach einem Alpen-Adria Jazz Club, bei dem Tonč Feinig bei Wolfgang Platzer zu Gast war, artikuliert und in den darauffolgenden Monaten ausformuliert. Die Grundidee war, speziell Jazzmusikern aus dem (größeren) Alpen-Adria Raum eine Bühne zu geben, um so konzentriert die Vielfalt der verschiedenen Jazzrichtungen darstellen zu können.

---

\* Anton „Tonč“ Feinig, Master of Music, ist Jazzmusiker, Pianist und Komponist aus Feistritz im Rosental/Bistrica v Rožu, Österreich

\*\* Mag. Dr. Wolfgang Platzer, Amt der Kärntner Landesregierung, ist freier Radiomacher bei radio AGORA 105,5 in Klagenfurt am Wörthersee, Österreich

Damit wird auch schon deutlich, dass dieses Festival auch einen weiterumfassenden Jazzbegriff verfolgt. Es sollte nicht nur Platz sein für die verschiedensten Stilrichtungen des Jazz, sondern auch darüber hinausgehende Musikstile miteinbeziehen.

Als Organisation hinter dem Festival wurde der Kulturverein/kulturno društvo Projekt Beton, der in Suetschach/Sveče in der Gemeinde Feistritz im Rosental/Bistrica v Rožu beheimatet ist, gewählt. Dieser Verein widmete sich schon vor 20 Jahren der Veranstaltung kultureller Ereignisse und wurde für dieses Festival wiederbelebt.

Als Festivalort wurde von den beiden Veranstaltern Klagenfurt ausgesucht, wobei der Eröffnungsabend im Veranstaltungsort RAJ in der Badgasse stattfand. Dort fand am Abschlusstag auch eine Matinee statt. Der Veranstaltungsort für den zweiten Abend war die Theaterhalle 11 in Klagenfurt. Als Termin wurde der 11. - 13. Oktober 2013 festgelegt. Von Anfang an war auch klar, dass neben den musikalischen Darbietungen auch Platz für eine Ausstellung mit Fotos von Konzerten, die im Alpen-Adria Raum stattgefunden hatten, sein sollte. Ebenso sollte nach Möglichkeit auch der kulinarische Aspekt des Alpen-Adria Raums hervorgehoben werden. Geplant wurden auch Liveübertragungen bzw. Aufzeichnungen der stattfindenden Konzerte bei radio AGORA 105,5 sowie die Herausgabe eines mehrsprachigen Kataloges mit den Fotografien der Ausstellung „Jazz im Alpen-Adria Raum“ und der stattgefundenen Konzerte. Auch eine CD mit Mitschnitten der Konzerte sollte veröffentlicht werden.

Wichtig bei derartigen Veranstaltungen, vor allem wenn sie zum ersten Mal stattfinden, ist die Finanzierung. Da es bei der Planung nicht abschätzbar ist, wie groß der Publikumszuspruch sein würde und auch für die Tickets moderate Preise angeboten wurden, waren die Veranstalter auf öffentliche Förderungen angewiesen. Es ist leider eine Tatsache, dass derartige Veranstaltungen ohne Subventionen kaum machbar sind. Dankenswerterweise wurden entsprechende Förderungen von der Arbeitsgemeinschaft Alpen-Adria in ihrem 35-jährigen Bestandsjahr und dem Kulturreferat des Landes Kärnten zur Verfügung gestellt. Des Weiteren fand am Eröffnungsabend eine Kooperation mit dem Generalkonsulat der Republik Slowenien in Klagenfurt statt. Weitere Unterstützungen wurden von der Posojilnica Bank gegeben. Somit stand einer erfolgreichen Vorbereitung und Durchführung des ersten Alpen-Adria Jazz Festivals in Klagenfurt nichts mehr im

Wege. Angemerkt muss noch werden, dass neben dem finanziellen Risiko Tonč Feinig auch die organisatorische Hauptlast trug, da Wolfgang Platzer in der intensiven Vorbereitungszeit vor dem Festival krankheitsbedingt ausgefallen war.

Das Konzept hinter dem Festival ist es, die Kreativität und Vitalität der Musikszene in diesen Regionen zu präsentieren und dem interessierten Publikum diese Reichhaltigkeit bewusst zu machen. Das Hauptaugenmerk gilt dem wichtigsten Aspekt des Jazz: Improvisation. Zum Festivalkonzept gehörte, wie bereits erwähnt, auch eine Ausstellung dreier Fotografen aus dem Alpen-Adria Raum, die sich mit Jazz-Fotografie beschäftigen. Dies waren Jože Požrl und Urška Lukovnjak aus Slowenien sowie Mark Duran aus Klagenfurt. Sie waren auch bei den Konzerten dabei, und ihre Ergebnisse sind im Festivalkatalog zu bewundern. Als Late Night Show gab es nach den Konzerten noch Musik zum Abtanzen: Jazz- und Funk-Schmankele von DJ Ubu aus Slowenien.

Am ersten Abend traten im RAJ zwei Ensembles aus Slowenien auf. Das Festival eröffnete mit NINA STRNAD eine der besten und vielversprechendsten jungen Vokalistinnen aus Slowenien gemeinsam mit ihrer Band. Strnad absolvierte das Department für Jazz und Populärmusik des Musik- und Ballettgymnasiums in Ljubljana. Danach studierte sie in New York an der weltbekannten New School for Jazz and Contemporary Music. Strnad hat in den letzten Jahren viel mit verschiedenen Musikstilen experimentiert und in vielen bekannten internationalen Ensembles mitgewirkt. In ihrer Band sind Jaka Kopač am Saxofon, Milan Stanisavljević am Piano, Nikola Matošić am Bass und der in Österreich lebende und arbeitende Serbe Dušan Novakov.

KRAMP ist eine der Bands des slowenischen Bassisten, Gitarristen, Komponisten und Produzenten Robert Jukič. Das Projekt begann vor fünf Jahren mit der Veröffentlichung seines fünften Albums „Dobrote iz skrinje zarote“, einer Hommage an die Spaghetti-Western Filme, das von Publikum und Kritikern gleichermaßen mit viel Lob bedacht wurde und eine musikalische und textliche Einheit bildet. Während an der Aufnahme zum Album zehn Sänger und zehn Musiker beteiligt waren, so hat sich Robert für die Live-Auftritte dazu entschlossen, eine kleinere Gruppe zusammenzustellen. KRAMP bei Liveauftritten (und somit auch im Oktober 2013) in Klagenfurt sind Metod Banko als Lead-Sänger, Robert Jukič an der Gi-

tarre und Gesang, Andraž Mazi an Gitarre, Banjo, Lap-Steel- und Pedal-Steel Gitarre, Tonč Feinig an der Hammond-Orgel und Gesang sowie Sergej Randelović am Schlagzeug und Gesang. Eine CD mit Konzertaufnahmen wurde bereits 2012 unter dem einfachen Titel „Kramp“ veröffentlicht. Beim Konzert im RAJ am 11. Oktober war Jadranka Juras als Gastvokalistin dabei. Mit ihr hat die Band einige neue unveröffentlichte Songs von Robert Jukič vorgestellt.

Der zweite Abend in der Theaterhalle 11 wurde von RADIO ERIAN XL eröffnet. Das Ensemble rund um den Kärntner Saxofonisten Michael Erian versteht sich als Musikerkollektiv. Das Septett mit Trompete, zwei Saxofonen und einer Posaune als Frontline und Piano, Kontrabass und Schlagzeug als Rhythmsection bietet allerhand klangliche Möglichkeiten, welche in einer regelmäßig stattfindenden Konzertreihe im RAJ ausgelotet wurden. Das bisherige Ergebnis dieser Arbeitsphase wurde beim Alpen-Adria Jazz Festival nun auch in einem größeren Rahmen präsentiert. Mit eigenen Kompositionen sowie arrangierten Stücken aus der Jazz Tradition bot die Band einen abwechslungsreichen Abend voll komplexer Musik mit energetischen Soli und rhythmischer Finesse. Bandleader Michael Erian, der außerdem Leiter der Abteilung für Jazz und Populärmusik am Konservatorium in Klagenfurt ist, war am Tenor-Saxophon zu hören. Bandmitglieder sind außerdem noch drei weitere Professoren des Konservatoriums: Rob Bargad am Klavier, Daniel Nösig an der Trompete und Klemens Marktl am Schlagzeug. Kompletiert wird das Septett noch durch den in Österreich lebenden Serben Milan Nikolić am Bass, Martin Gasser am Alt-Saxophon sowie Phillip Fellner an der Posaune.

Der italienische Akkordeonist SIMONE ZANCHINI präsentierte bei seinem Konzert ausschließlich Eigenkompositionen. Dabei steht für ihn das Finden neuer Klangmöglichkeiten im Mittelpunkt. Dies sowohl mittels neuer, moderner Kompositionstechniken als auch durch seine „alternative“ Art und Weise, das Akkordeon zu spielen. Seine Mitspieler sind Stefano Bedetti am Saxophon, Stefano Senni am Bass und Giancarlo Bianchetti am Schlagzeug. Die Kraft und der Sound von Zanchini, der als einer der innovativsten und interessantesten Akkordeonspieler Europas gilt, wird perfekt durch die Virtuosität seiner Mitmusiker unterstützt, die ebenfalls zu den talentiertesten und besten ihrer Art in Italien gelten. Gemeinsam wandern sie auf neuen Klangwegen, wobei genug Platz für Improvisation bleibt.

In der Matinee am Sonntag Vormittag, die wieder im RAJ stattfand, überzeugten ZERO DENIRO das Publikum durch ihr virtuoses Spiel. Zero Deniro wurde 2013 gegründet. Die Band besteht aus der in Klagenfurt studierenden Slowenin Karin Zemljič am Gesang, dem Kärntner Thomas Käfel am Schlagzeug, dem Steirer Chris Laber am Bass und dem ebenfalls aus Slowenien stammenden Marko Črnčec an den Keyboards. Die vier Musiker verbindet die Liebe zu R&B, Jazz und Hip-Hop. Das Projekt ist in ständiger Entwicklung, um nicht vorhersehbar zu werden und um für die Musiker, aber im Speziellen für die Zuhörer interessant und frisch zu bleiben.

Mark Duran, der 1965 in Denver geboren und teilweise auf Guam und in Colorado aufgewachsen ist, war einer der Hauptexponenten der Ausstellung mit Jazzfotografien. Er hat zwischen 1984 und 1989 in San Francisco und Berkeley, Kalifornien, gelebt, studiert und gearbeitet. 1990 ist Mark nach Österreich gesiedelt und seit 1991 arbeitet er beim Ritter Verlag Klagenfurt als Druckvorstufentechniker.

Jože Požrl wurde 1956 im Dörfchen Matavun in Slowenien geboren. 1979 schloss er das Studium am Bildenden Zweig der Pädagogischen Akademie ab. Nach mehrjähriger Unterrichtstätigkeit entschied er sich 1992 zur Selbstständigkeit. Zum Grafikdesign kam 1999 das Fotografieren dazu. Neben der Veröffentlichung zahlreicher Sachbücher, die mit seinen Bildern ausgestattet wurden, begann vor 10 Jahren seine Leidenschaft für die Jazzfotografie. Požrl hatte bereits sechs eigenständige Ausstellungen, davon vier mit Jazzfotografien. Jože Požrl veröffentlicht seine Jazzfotos regelmäßig bei Allaboutjazz, dem größten Online-Portal mit dieser Thematik.

Urška Lukovnjak wurde in Maribor geboren und beschäftigt sich seit dem 12. Lebensjahr mit Fotografie. Zuerst waren Porträts im Mittelpunkt, dann kamen auch Konzerte dazu; mittlerweile sind beide fixer Bestandteil ihres Schaffens.

Am ersten und am zweiten Abend wurde dem Publikum und den Musikern noch die Möglichkeit zum Abtanzen gegeben. DJ Ubu aus Slowenien legte aus seiner Plattensammlung auf. DJ Ubu ist ein musikalischer Connoisseur und schwört auf Vinyl. Seine LP- und Single-Sammlung aus dem Bereich der Funk-, Jazz- und Latin-Musik ist immer für eine Überraschung gut. DJ Ubu war Mitbegründer der Band Heavy Les Wanted, die



in Ljubljana/Laibach in den 90-er Jahren mit Jazz-Funk und Acid-Jazz aufhorchen ließ. 2002 trat er dem Kollektiv der Musikproduzenten, DJ's und Veranstalter RADYOYO bei, arbeitet als Radio-DJ, und mit DJ JaMirko tritt Dj Ubu als Duo „Funkanamanka“ (es fehlt uns der Funk) bei diversen Festivitäten auf, wie z.B. bei Zeleno Sonce, Sladica oder dem renommierten Jazz Festival Ljubljana!

Auch dem kulinarischen Aspekt des Alpen-Adria Raumes wurde besondere Beachtung geschenkt. Neben einer Verkostung slowenischer Weine und Karster Schinkens bei der Eröffnung und am Rande des Konzerts am 2. Abend in der Theaterhalle 11 wurden im RAJ Spezialitäten aus dem Alpen-Adria Raum angeboten.

Die Organisation eines solchen Festivals bedarf natürlich zahlreicher Unterstützer und Helfer. Insbesondere sei hier den Vorstandsmitgliedern des Kulturvereines Projekt Beton, der Arbeitsgemeinschaft Alpen-Adria (mittlerweile Alpen-Adria-Allianz) mit Generalsekretär Thomas Pseiner, dem Generalkonsulat der Republik Slowenien, dem Kulturreferat des Landes Kärnten, der Posojilnica Bank, Raimund Spöck vom RAJ, radio AGORA 105,5, Andreas Frei von Freiaudio, Thomas Käfel für die Produktion der Festival-Homepage, allen freiwilligen Helfern und auch den Winzern sowie den mitwirkenden Fotografen – insbesondere Mark Duran für die Ausstellungsorganisation – und Musikern gedankt.

Die Veranstalter werden jedenfalls bemüht sein, das Alpen-Adria Jazz Festival zu einem regelmäßigen Ereignis werden zu lassen. Wenn dies wahrscheinlich auch nicht auf einer jährlichen Basis möglich sein wird, besteht die Hoffnung, somit auch in Zukunft den Jazz-Musikern des Alpen-Adria Raums im Rahmen eines Festivals eine würdige Präsentationsplattform bieten und einem interessierten Publikum weiterhin die musikalische Vielfalt dieser Regionen vorstellen zu können.

## Prvi Alpsko-jadranski džez festival 2013 v Celovcu

ANTON »TONČ« FEINIG\* / WOLFGANG PLATZER\*\*

V prostoru Alpe-Jadran živi in ustvarja kar nekaj zanimivih džezistov. In to bodisi v ožjem pomenu pojma Alpe-Jadran – s Koroško, Furlanijo-Julijsko krajino in Slovenijo, kakor tudi v širšem pomenu pojma, kot ta pojem že 35 let razlaga Delovna skupnost Alpe-Jadran (Arbeitsgemeinschaft Alpen-Adria) oziroma njena organizacija naslednica, Zveza Alpe-Jadran (Alpen-Adria-Allianz). V tem primeru lahko govorimo tudi o severnoitalijanskih pokrajinah, madžarskih komitatih, o Hrvaški in bivših članih, kot sta to na primer Svobodna dežela Bavarska in švicarski kanton Tessin. V večini teh pokrajin je v zadnjih letih postal džez prava stalnica v kulturnem ustvarjanju. V vseh pravkar omenjenih regijah oziroma deželah organizirajo že več let redne džez festivale. Le-ti pa so skoraj vedno posvečeni mednarodnim velikanom džeza, v glavnem iz ZDA in evropskih držav, redkeje pa nastopajo domači glasbeniki.

Pobudnika prvega Alpsko-jadranskega džez festivala sta z džezom tesno povezana že veliko let. Tonč Feinig je daleč preko koroških meja znan in priznan džez pianist ter skladatelj. Wolfgang Platzer pa je v okviru svojega delovanja na radijskem oddajniku Agora 105,5 že pred leti začel organizirati koncerte z glasbeniki iz alpsko-jadranskega prostora. Nad 5 let skupno z Alpsko-jadranskim džez klubom »Alpen Adria Jazz Club« ureja lastno oddajo o džezu, ki je posvečena prav džezu iz alpsko-jadranskega prostora. Tonč Feinig kakor tudi Wolfgang Platzer sta že dlje razmišljala o festivalu, ki naj bi bil namenjen glasbenikom iz alpsko-jadranskega prostora. Tako se je prav pri nekem intervjuju v okviru oddaje Alpsko-jadranskega džez kluba porodila ideja o tem festivalu. Dajati džezistom, predvsem takim iz (širšega) alpsko-jadranskega prostora, možnost za raznoliko predstavitev raznih smeri džeza je osnovna in glavna ideja tega projekta. S tem je tudi jasno, da festival zaobjema in odraža zelo širok spekter džeza.

---

\* Anton „Tonč“ Feinig, Master of Music, je džezist, pianist in skladatelj iz Bistrice v Rožu / Feistritz im Rosental, Avstrija

\*\* Mag. dr. Wolfgang Platzer, Urad koroške deželne vlade, je svobodni urednik radia AGORA 105,5 v Celovcu ob Vrbskem jezeru, Avstrija

Organizacijska platforma tega festivala je Kulturno društvo/Kulturverein »Projekt Beton«, ki ima svoj sedež v Svečah/Suetschach v občini Bistrica v Rožu/Feistritz im Rosental. To društvo je že pred 20 leti prirejalo kulturne dogodke in je bilo na novo oživljeno prav za ta festival.

Za kraj prireditve je bilo izbrano mesto Celovec/Klagenfurt. Odprtje in zaključek festivala sta bila v lokalu RAJ v ulici Badgasse. Drugi prireditveni prostor pa je bila dvorana »Theaterhalle 11«, kjer se je odvijal drugi večer. Festival pa je potekal od 11. do 13. oktobra 2013. Od vsega začetka je bilo tudi jasno, da bi poleg koncertov pripravili še razstavo s slikami z džez koncertov v prostoru Alpe-Jadran. Prav tako naj bi bil poudarjen alpsko-jadranski prostor tudi z vidika kulinarike. Na radijskem oddajniku Agora 105,5 so bile načrtovane oddaje v živo oziroma posnetki koncertov, načrtovana pa je bila tudi izdaja večjezičnega kataloga s slikami razstave »Jazz im Alpen Adria Raum« ter s slikami koncertov s celovškega džez festivala. Tudi zgoščenka z montažo vseh koncertov naj bi bila objavljena.

Financiranje je izredno pomembno še posebej tedaj, ko se prvič postavljajo na noge tovrstne prireditve. Prireditelji so odvisni od javnih subvencij, kajti pri načrtovanju ni možno reči, kakšen bo odmev gledalcev. Dejstvo je, da so take prireditve le možne z močnim subvencioniranjem. Primerna podpora je prišla s strani kulturnega referata dežele Koroške in delovne skupnosti »Arbeitsgemeinschaft Alpen-Adria«, ki je praznovala prav v tem letu 35. obletnico svojega obstoja. Nadalje je prišlo do kooperacije z Generalnim konzulatom Republike Slovenije v Celovcu. Tudi »Posojilnica Bank« je podprla festival. Treba pa je še omeniti, da je Tonč Feinig nosil visoko finančno tveganje in največje breme pri organizaciji, ker je med intenzivnim pripravljalnim časom zbolel Wolfgang Platzer.

Koncept festivala je predstavitev ustvarjalnosti in vitalnosti glasbene scene alpsko-jadranskega prostora. Želja pa je tudi ta, da bi občinstvo to ponudbo tudi vzljubilo in cenilo. Posebna pozornost je usmerjena na najvažnejši del džeza, improvizacijo. Kot je bilo že omenjeno, je bila del zasnove tudi razstava. Prirediteljem je uspelo pridobiti tri fotografije iz prostora Alpe-Jadran, ki se ukvarjajo z umetniško smerjo džez fotografije. To sta bila Jože Požrl in Urška Lukovnjak iz Slovenije ter Mark Duran iz Celovca/Klagenfurt. Fotografirali so tudi na festivalu in slike lahko občudujemo v festivalskem katalogu. Nočni program po končanih koncertih je nudil DJ Ubu iz Slovenije, ki je odigral džez in funk uspešnice.

Prvi večer sta nastopila v RAJ-u dva ansambla iz Slovenije. Festival je odprla NINA STRNAD, ena najboljših in zelo obetavnih pevk Slovenije, skupaj s svojo skupino. Strnad je absolventka oddelka za džez in popularno glasbo gimnazije za glasbo in balet v Ljubljani. Po končani šoli je študirala v New Yorku na svetovno znani New School of Jazz and Contemporary Music. Strnadova se je v zadnjih letih posvetila najrazličnejšim glasbenim slogom in sodelovala z mnogimi mednarodnimi ansambli. V njeni skupini igrajo Jaka Kopač na saksofonu, Milan Stanisavljević na klavirju, basist Nikola Matošić in Dušan Novakov, ki prvotno prihaja iz Srbije, zdaj pa že nekaj let živi in dela v Avstriji.

Bend KRAMP je ena izmed skupin slovenskega basista, kitarista, skladatelja in producenta Roberta Jukiča. Zasedba se je našla pred petimi leti z objavo njegovega petega albuma »Dobrote iz skrinje zarote«, ki naj bi bil omaž špageti western filmom. Občinstvo in kritiki so bili navdušeni nad albumom in ga izredno hvalili, ker je nastala v njem glasbena in besedilna enota. Medtem ko je bilo pri snemanju k albumu udeležениh 10 pevcov in 10 glasbenikov, se je Robert odločil, da bo za nastop v živo sestavil manjšo skupino. Skupina KRAMP sestoji pri nastopih v živo (in s tem tudi oktobra 2013) iz Metoda Banka (vokal), kitarista Roberta Jukiča, Andraža Mazija na različnih kitarah (npr. »lap-steel« in »pedal-steel« kitarah), Tonča Feiniga na hammond orglah in mikrofону ter Sergeja Randelovića na tolkalih in mikrofону. Pri koncertu 11. oktobra 2013 v RAJ-u se je skupini pridružila še pevka Jadranka Juras. Z njo je predstavila skupina nekaj novih, do tedaj še neobjavljenih pesmi Roberta Jukiča.

Drugi večer je odprl ansambel RADIO ERIAN XL v dvorani »Theaterhalle 11«. Ansambel, ki ga vodi koroški saksofonist Michael Erian, je pravi kolektiv glasbenikov. Septet s trobento, z dvema saksofonoma, pozavno (front line), klavirjem, kontrabasom in tolkali (ritemska sekcija) nudi najrazličnejše zvočne možnosti. Le-te zvoke skušajo kombinirati v zanimive melodije. Rezultat delovne faze (neuradni koncerti v RAJ-u) so predstavili na Alpsko-jadranskem džez festivalu zdaj tudi širšemu občinstvu. Z lastnimi ter aranžiranimi skladbami iz džezovske tradicije je nudila skupina raznolik in pester večer, ki je bil poln energije in kompleksne glasbe. Vodja skupine Michael Erian, ki je tudi vodja oddelka za džez in popularno glasbo na celovškem konservatoriju, je igral na saksofonu. Razen njega so še trije člani skupine profesorji na konservatoriju: Rob Bargad na klavirju, trobentač Daniel Nösig in bobnar Klemens Marktl, saksofonist Martin Gasser ter Phillip Fellner na pozavni.

Septet pa sestavljajo še basist Milan Nikolić (doma iz Črne Gore, živi in ustvarja v Avstriji), saksofonist Martin Gasser ter pozavnist Phillip Fellner.

Italijanski harmonikaš SIMONE ZANCHINI je na svojem koncertu predstavil izključno lastne skladbe. O svoji glasbi pravi, da je zanj najbolj pomembno iskanje novih zvočnih možnosti. To doseže na eni strani z novim, modernim načinom skladanja, na drugi strani pa z »alternativnim« igranjem harmonike. Njegovi soigralci so saksofonist Stefano Bedetti, basist Stefano Senni in Giancarlo Bianchetti na tolkalih. Zanchinijevo glasbeno prodornost in njegov poseben zvok idealno podpirajo soigralci, ki veljajo kot Simone Zanchini za najboljše glasbenike Italije. Skupaj hodijo po novih zvočnih poteh, tako da se vedno spet odpirajo nove možnosti za improvizacijo.

V matineji v nedeljo dopoldne je v RAJ-u z izredno virtuoznim igranjem prepričala občinstvo skupina ZERO DENIRO, ki je bila ustanovljena leta 2013. Skupino sestavljajo slovenska pevka Karin Zemljič, koroški bobnar Thomas Käfel, štajerski basist Chris Laber in Slovenec Marko Črnčec na sintetizatorju. Skupna ljubezen do R&B-ja, džeza in hip hopa jih povezuje v močno enoto. Zero Deniro skuša vedno spet razviti nove prijeme in aranžmaje pesmi, tako da ostajajo koncerti skupine zanimivi in sveži tako za glasbenike kot za občinstvo.

Mark Duran, ki se je rodil leta 1965 v Denverju v ZDA in deloma doraščal na Guamu in v Koloradu, je bil na tem festivalu eden glavnih eksponentov razstave džezovskih fotografij. Med leti 1984 in 1989 je živel, študiral in delal v San Franciscu in v Berkeleyju v Kaliforniji. Leta 1990 se je preselil v Avstrijo in tako od leta 1991 naprej dela pri založbi »Ritter Verlag« kot tiskarski tehnik.

Jože Požrl se je rodil leta 1956 v vasi Matavun v Sloveniji. L. 1979 je zaključil študij na Pedagoški akademiji. Po večletni učiteljski dejavnosti se je odločil 1992 za samostojnost. Zanimal se je za grafično oblikovanje, leta 1999 pa je začel še s profesionalnim fotografiranjem. Objavil je veliko številno poljudnoznanstvenih knjig, ki jim je dodal lastne fotografije. Pred desetimi leti se je začela njegova strast za džezovske fotografije. Jože Požrl je imel že šest razstav, od teh štiri na temo »fotografija v džezu«. Njegove slike se redno objavljajo na spletu v portalu »Allaboutjazz«, največji spletni strani na to tematiko.

Urška Lukovnjak se je rodila v Mariboru. Že od dvanajstega leta naprej se ukvarja s fotografiranjem. Najprej so bili v ospredju portreti, pozneje pa je začela tudi fotografirati na koncertih; zdaj predstavljata oba žanra stalnico njenega ustvarjanja.

Prvi in drugi večer festivala je zaključil DJ Ubu, tako da so obiskovalci kot tudi glasbeniki lahko uživali in plesali ob dobri, izbrani funk, groove in džez glasbi, ki jo je polagal na gramofon Simon Pintar – DJ Ubu. DJ Ubu je glasbeni sladkokusec in zaprisežen ljubitelj vinila, čigar zavidljiva zbirka plošč je vselej vir presenetljivih selekcij funka, džeza in latina. Na ljubljanskem glasbenem prizorišču se je pojavil sredi devetdesetih let kot soustanovitelj in kitarist džez, funk in acid džez zasedbe »Heavy Les Wanted«. Leta 2002 se je pridružil kolektivu glasbenih producentov, DJ-ev in organizatorjev klubskih prireditev RADYOYO, najprej v vlogi radijskega DJ-a, nato pa kot klubski DJ. Skupaj z DJ-em JaMirkom svoji zvesti publiki že veliko let ponuja prvovrstne plesne užitke v okviru funkovskih zabav pod imenom Funkanamanka, v svoje kovčke z vinili pa z največjim užitkom »zakoplje« tudi na prireditvah, kot so Zeleno sonce, Sladica ali Džez festival Ljubljana!

Alpsko-jadranska ideja se je odražala tudi v kulinariki, saj so obiskovalci lahko poskušali hrano iz raznih regij ter kraška vina.

Organizacija tako obsežnega festivala je zahtevna in potrebuje številne prostovoljne pomagače in podpornike.

Zahvaljujemo se članom upravnega odbora Kulturnega društva »Projekt Beton«, Delovni skupnosti Alpe-Jadran z glavnim tajnikom Thomasom Pseinerjem na čelu, Generalnemu konzulatu Republike Slovenije, Kulturnemu referatu dežele Koroške, banki »Posojilnica Bank«, Raimundu Spöcku od RAJ-a, radiu AGORA 105,5, Andreasu Freiu iz tonskega studia »Freiaudio« in Thomasu Käfelu za oblikovanje domače strani festivala. Posebna hvala gre vsem prostovoljnim pomagačem, vinogradnikom, glasbenikom in fotografom, posebno še Marku Duranu, ki je uredil razstavo.

Prireditelji se bodo trudili za redno odvijanje alpsko-jadranskega džez festivala. Vsakoletni festival ni načrtovan, obstaja pa upanje, da s tem festivalom lahko nudijo regionalnim džezistom možnost za primerno predstavitev njihove kreativnosti in glasbene raznolikosti.

## radio AGORA 105,5 – die erfrischende Welle in der Kärntner Medienlandschaft

ANGELIKA HÖDL\* / LOJZE WIESER\*\*

Sie hören gerne Weltmusik, Jazz, oder auch Musik vom Balkan, Folk, Reggae, Blues, Soul, Alternative Pop und Rock? Sie mögen keine Werbeunterbrechungen, hören gerne verschiedene Sprachen, interessieren sich für Themen, die in den Mainstreammedien zu kurz kommen und: Sie wollten schon immer selbst eine Radiosendung gestalten und moderieren? Dann sind sie bei radio AGORA 105,5 – dem einzigen Freien Radio in Kärnten – richtig!

Wie das alles möglich ist? Die Idee Freier Radios entstand bereits in den 1980-er Jahren, als es in Österreich noch ein Rundfunkmonopol gab und die ersten „Pirat\_innenradios“ aktiv wurden, mit dem erklärten Ziel, neben dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk auch privates Radio, wie in allen anderen europäischen Ländern bereits üblich, zu etablieren, was schließlich gelang. Seit 1998, dem Sendestart der ersten Freien Radios, sind österreichweit insgesamt 14 Freie Radios „On Air“, radio AGORA 105,5 ist eines davon.

Freie Radios sind unabhängige, gemeinnützig ausgerichtete Organisationen, die ohne Gewinnabsicht und werbefrei arbeiten, um die freie Meinungsäußerung und Meinungsvielfalt zu fördern. Sie geben allen interessierten Personen und Gruppen innerhalb des gesetzlichen Rahmens die Möglichkeit zur unzensurierten Meinungsäußerung und Informationsvermittlung. Vorrang haben dabei soziale, kulturelle und ethnische Minderheiten sowie solche Personen und Gruppen, die wegen ihrer gesellschaftlichen Marginalisierung, sexistischen oder rassistischen Diskriminierung in den Medien kaum oder nicht zu Wort kommen.

---

\* Angelika Hödl ist Geschäftsführerin von radio AGORA 105,5 in Klagenfurt am Wörthersee, Österreich

\*\* Prof. Lojze Wieser ist Verleger und Obmann von „AGORA-Verein Arbeitsgemeinschaft offenes Radio/Avtonomno gibanje odprtega radia“, Klagenfurt am Wörthersee, Österreich

radio AGORA 105,5 bzw der Trägerverein „AGORA – Verein Arbeitsgemeinschaft offenes Radio – Avtonomno gibanje odprtega radia“ (kurz: AGORA) wurde bereits 1989 gegründet und sendet seit 26. Oktober 1998 ein Radioprogramm, das den Zielen und den Kriterien Freier Radios verpflichtet ist.

Mehr als 100 freie Radiomacher\_innen und mehr als 1000 Schüler\_innen bzw. Jugendliche haben bisher die Möglichkeit genutzt, eigeninitiativ und selbstverantwortlich Sendungen zu gestalten und mit ihren Themen und Inhalten zum vielseitigen und bunten Programm von radio AGORA 105,5 beizutragen. Die Sendungsgestaltung im Rahmen des sogenannten „Offenen Zugangs“ erfolgt grundsätzlich unentgeltlich. Demgegenüber steht die kostenfreie Nutzung der Radioinfrastruktur und die ebenfalls kostenfreie Vermittlung der Grundkenntnisse des Radiomachens, um als Selbstfahrer\_in eine Sendung abwickeln zu können. Darüber hinaus werden radio-journalistische Kenntnisse, sowie Aus- und Weiterbildungen in Form von Radioworkshops oder individuellen Einschulungen angeboten und Medienkompetenz vermittelt. Der unabhängige und ehrenamtlich tätige Vorstand und ein angestelltes Team sorgen für die Rahmenbedingungen und dafür, dass der Organisations- und Programmablauf, die Infrastruktur, die Finanzen und die Ausbildung sicher gestellt werden können.

radio AGORA 105,5 versteht sich als Plattform und Community, die sich gegen jegliche Form von Diskriminierung wendet und stattdessen Solidarität, Selbstbestimmung und Emanzipation fördert und praktiziert. Der Sender spiegelt die gesellschaftliche, sprachliche und kulturelle Vielfalt und Realität in Kärnten wider und sieht darin eine Bereicherung. In den nunmehr sechzehn Jahren des Sendebetriebs reichten sich Menschen aus 14 verschiedenen Ländern, aus unterschiedlichen sozialen Kontexten, sowie Berufs- und Altersgruppen die Hände und unterhielten und informierten die Hörer\_innen in rund zehn verschiedenen Sprachen.

Seit den Anfängen des Vereins AGORA zählt – naheliegenderweise – die Begegnung mit der slowenischsprachigen Bevölkerung auf gleicher Augenhöhe zu den erklärten Selbstverständlichkeiten. AGORA pflegt und prägt in seinem Umfeld und in seinem Radioprogramm einen gleichberechtigten Umgang mit der slowenischen Sprache und Kultur. Um eine möglichst umfassende Hörfunkversorgung für slowenischsprachige Menschen zu ermöglichen, kooperiert AGORA seit Anfang 2004 mit dem ORF, was im



Vergleich zu den anderen Freien Radios ein Spezifikum darstellt. Der Hintergrund dieser Kooperation liegt u.a. im Programmauftrag des ORF, der für die sechs anerkannten autochthonen Volksgruppen in Österreich (und damit auch für die slowenische Volksgruppe) ein öffentlich-rechtliches Programmangebot gestalten muss und andererseits im Selbstverständnis von AGORA zu einer dualen und damit vielfältigeren Hörfunkversorgung unserer slowenischsprachigen Mitbürger\_innen beizutragen.

Die Tagesfläche auf den Frequenzen von radio AGORA 105,5 ist daher von 6 Uhr Früh bis 18 Uhr Abends durchgehend slowenischsprachig moderiert, wovon acht Stunden von der slowenischen Redaktion des ORF Landesstudio Kärnten und vier Stunden von AGORA – jeweils in eigener inhaltlicher Verantwortung – produziert werden. Dafür beschäftigt AGORA redaktionelle Mitarbeiter\_innen, die die Sendungen „AGORA Obzorja“ (10 bis 12 Uhr) und „AGORA Divan“ (13 bis 15 Uhr) täglich mit aktuellen Beiträgen und Moderationen mit dem Fokus auf kulturelle, zeitgeschichtliche, ökologische, soziale und politische Ereignisse im Kontext der Kärntner Slowen\_innen aber auch darüber hinaus gestalten.

Da sich diese – in Hinblick auf die Hörfunkversorgung der Volksgruppe – österreichweit einmalige Kooperation in Kärnten bewährt hat, wird derzeit an einer Ausdehnung in Richtung Südsteiermark gearbeitet, um auch die südsteirischen Slowen\_innen (analog der Kooperation in Kärnten) mit einem Programm zu versorgen.

Zum gesellschaftlichen, medien- und demokratiepolitischen Kontext und Stellenwert der Arbeit von radio AGORA 105,5 ging Lojze Wieser, Verleger und langjähriger Obmann des Vereins AGORA, in seiner Festrede zum 15jährigen Bestehens des Radios ein, die wir hier im vollen Wortlaut wiedergeben.

(Angelika Hödl, Geschäftsführung)

## **Mit Beharrlichkeit haben wir das Land schöner gemacht. radio AGORA 105,5 wird fünfzehn!**

Lojze Wieser, 12.12.2013

„Ja, es gibt ein Land, in dem sich einige aufmachten, es besser und schöner zu machen,“ habe ich vor fünf Jahren bei der Feier zum zehnten Jubiläum festgestellt. Und setzte dann fort: „...einfach das zur Geltung zu bringen, was im Stillen und Verborgenen lebt, das erklingen zu lassen. Wir, die Radiomacher und Radiomacherinnen haben uns in den Kopf gesetzt, dass wir nicht nur das eintönige Krächzen der Krähen hören möchten, sondern dass wir unser Aller Gehör dem Klang der Schwalben und dem der anderen Singvögel schenken möchten. Mit Beharrlichkeit haben wir das Land schöner gemacht. Auch wenn es nicht von allen gesehen und gehört wird, meist nicht zur Kenntnis genommen und oft auch nicht verstanden, geschweige denn, gefördert wird, so haben wir das Land doch zum Besseren verändert.“

Wie man sieht, es geht.

Der Weg dahin, also bis es zu diesen Veränderungen kam, dafür musste viel bewegt werden. Blicken wir ein wenig gemeinsam zurück und rufen wir uns einige markante Entwicklungen in Erinnerung:

Vor etwas mehr als 40 Jahren kam es zum Aufstand der Jugend. Sie hat im „Komitee zur Aufdeckung versteckter Konflikte/Komitee za odkrivanje skritih konfliktov“ die Ortstafeln vervollständigt und die erste Sprache im Lande erstmals öffentlich und sichtbar gemacht. Versammelt haben sie sich um die Zeitschrift „Kladivo“.

Vor mehr als 30 Jahren, Ende der 70er und Beginn der 80er Jahre, gab es eine regelrechte Aufbruchstimmung und eine ganze Reihe von neuen Versuchen, das Land besser zu machen.

a.) Es gab die Veranstaltungen der Oktober-Arena/Oktobrski tabor, die weit über die Grenzen des Landes hinaus das Zusammenleben auf demokratischer Grundlage einforderte und die gesamte kulturelle Szene Österreichs einband, die sich damals auch im sogenannten „Solidaritäts-

komitee für Minderheiten“ engagierte. Allen wird noch im Gedächtnis sein, dass sich bei der davor durchgeführten Minderheitenfeststellung im Jahre 1976 in Wien mehr Menschen zum Slowenischen bekannten, als in Kärnten, wo die Feststellung boykottiert wurde.

- b.) Es begann eine regelrechte Übersetzungsoffensive, um den beschämenden Zustand, dass 1979 kein einziges slowenisches Buch in Übersetzung vorlag, ein Ende zu bereiten. Das ging vom damaligem Drava Verlag aus, der vom Drau Verlag zum Drava Verlag mutierte und wurde nach der Gründung vom Wieser Verlag und – auf seine Art auch – vom Hermagoras Verlag verstärkt.
- c.) Erstmals wurde der Versuch gewagt, eine konsequent zweisprachige Zeitschrift, „Tango“ genannt, zu positionieren (sieht man von den Versuchen Mitte der 50er Jahre ab, als dies noch kläglich scheiterte). Die Tätigkeit der Alpen-Adria-Universität Klagenfurt darf nicht unerwähnt bleiben. Sie hat von Anbeginn an einen positiven Einfluss auf die Entwicklung im Land (wenn man alleine an die zahlreichen Wieder-Aufstellungen der zweisprachigen Ortstafel auf dem Universitätsgelände, nachdem diese böseartig ausgerissen wurden, denkt; oder wenn man an die Arbeit des Universitätskulturzentrums UNIKUM denkt).

Einen richtigen Ruck in der Szene hat die Eröffnung des ersten zweisprachigen Gasthauses Pri Joklnu/Bietjokl bewirkt, das heute noch unter dem Namen „raj“ erfolgreich seiner kulinarischen und kulturellen Mission nachkommt. Im Zuge des Beharrens und des Findens von neuen Wegen sollen auch das zweisprachige Kultur- und Kommunikationszentrum K&K Šent Janž/St.Johann und, stellvertretend für alle nachfolgenden, die Theatergruppe Trotamora beispielgebend angeführt werden.

Vor nun fast 25 Jahren machten sich Menschen auf, das beschämende Rundfunkmonopol in Österreich zu beenden, dass das Land mit Albanien auf eine Stufe stellte. Der Verein Agora wurde 1989 gegründet, brachte beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Strasbourg eine Beschwerde gegen das Rundfunkmonopol ein und trug damit dazu bei, dass Strasbourg 1993 das Rundfunkmonopol in Österreich kippte. Radio AGORA ging schließlich 1998 on Air.

Seit nunmehr 15 Jahren sendet das Freie Radio AGORA/svobodni radio AGORA auf der Frequenz 105,5, zuerst in Zusammenarbeit mit Radio Korotan und mit staatlicher Unterstützung. Nach dem Regierungsantritt von Schwarz/Blau im Jahr 2000 wurde die Förderung für alle Freien Radios gestrichen und AGORA damit in seiner Existenz bedroht. Die schwere finanzielle Krise konnte überwunden werden. Parallel dazu erfolgte eine Erweiterung der bestehenden Kooperation zwischen Radio AGORA und Radio Korotan, das sich inzwischen in Radio dva umbenannt hat und den von AGORA geprägten Namen nun für sich alleine in Anspruch nahm, und dem ORF. Im Rahmen der Verhandlungen kamen zwei sich diametral entgegengesetzte Positionen zum Ausdruck: Öffnung des Radioangebots, Verstärkung des Slowenischen im öffentlichen Raum und Einbeziehung aller Kulturen und Sprachen im Lande als integraler Weg der Achtung und Würde auf gleicher Augenhöhe einerseits und kokonhaftes Einigeln und Rückzug ins Nationalistisch-Chauvinistische mit juridischer Keule andererseits. Es kam zu solchen Ausformungen, dass von AGORA verlangt wurde, auf die Lizenz zugunsten des ORF zu verzichten, und: Das slowenische Wort sollte gänzlich aus dem öffentlich-rechtlichen Radioprogramm auf ORF Kärnten verschwinden. Seitens der berufenen Minderheiten-Organisationen wurde diesen Plänen zu jener Zeit jedoch kein wirklicher Widerstand entgegen gestellt.

Aus der Sicht von AGORA ermöglichte die Kooperation der drei Radio-betreiber AGORA, Korotan bzw. Dva und ORF jedoch auch die Chance, ein vielstimmiges mediales Angebot für die slowenischsprechende und -lernende Öffentlichkeit zu sichern; ein derart vielfältiges Programmangebot für eine Minderheit hat es nirgends sonst in Österreich gegeben. Die kulturellen und politischen Vertreter haben damals mit diesem Angebot jedoch nicht wirklich etwas anfangen können. In weiten Teilen der institutionell wirkenden Organisationen der Minderheit ist das heute leider noch immer so. Erfreulicherweise kann ich an dieser Stelle verkünden, dass unter dem Titel „Noch immer Sturm/Še vedno Sturm“ Marjan Sturm ab Jänner 2014 eine eigene Sendung auf radio AGORA 105,5 gestalten wird.

In der Öffentlichkeit wurde das slowenische Wort zunehmend bemerkt und anerkannt. Versuche der Kriminalisierung von Radio AGORA durch den damaligen Landeshauptmann sind gescheitert. Der Mut, in der Öffentlichkeit sich des Slowenischen zu bedienen, wuchs. Und auch der Wirkungskreis des Radios wuchs, nicht nur in Kärnten, auch durch die

allmähliche Ausweitung in die steirischen Regionen, womit erstmals auch die in der Steiermark lebenden Slowenisch sprechenden Menschen einen größeren medialen Zugang zur eigenen Sprache und Kultur bekommen. Somit wird auch der Wirkungskreis von Kultur und Sprache eminent ausgeweitet und ist beispielgebend über Grenzen hinweg, auch wenn diese Expansion bisher von AGORA alleine zu bewerkstelligen ist, da sich bis heute die Entscheidungsträger des ORF zu keiner finanziellen Absicherung durchringen konnten.

Was geschah parallel im Umfeld? Vor etwas mehr als zehn Jahren wurde erstmals die Internet-Plattform „pro Kärnten/za Koroško“ für zweisprachige Ortstafeln von engagierten Menschen ins Leben gerufen. 2006 erreichte der Aufruf von „pro Kärnten/za Koroško“ zur Lösung dieser Frage innerhalb weniger Wochen 44.000 Unterschriften und wurde damit zur Manifestation für zweisprachige Ortstafeln in ganz Österreich. Die Bevölkerung war weiter als die Politik.

In etwa zur selben Zeit begann die Konsensgruppe ihre Tätigkeit zu intensivieren und konnte unter den von der Zivilgesellschaft gut vorbereiteten Bedingungen institutionell am Lösungsprozess mitwirken.

Im Zuge der Lösung der Ortstafelfrage vor zwei Jahren – und man kann dazu stehen, wie man will – und der damit verbundenen Entkrampfung im öffentlichen und gesellschaftlichen Leben ist ein Aufatmen zu bemerken. Doch darin liegen auch Gefahren verborgen: Dass nämlich einerseits geglaubt wird, jetzt ist alles schon getan (wo doch die Assimilation über 100 Jahre ihr Unwesen trieb) – dabei ist mit der Ortstafellösung erst der Beginn eines neuen demokratischen Prozesses eingeleitet worden – und andererseits, dass das slowenische Wort heute noch immer in einem geschlossenen Territorium zu existieren hätte, wie es vor 100 Jahren Realität war. Beide Denkansätze sind Ausdruck der Nichtbeachtung der gesellschaftlichen Veränderungen.

Damit einher geht die Unfähigkeit, auf diese Prozesse im Sinne einer neuen zukunftsweisenden Perspektive zu reagieren, die die Tatsache einschließt, dass Sprachen ohne Territorium überleben müssen, und dass zu diesem Überleben ein konsequent gelebtes demokratisches Umfeld gehört, in dem alle Sprachen und Kulturen, sowohl die Hiesigen als auch die Hergekommenen, auf gleicher Augenhöhe einbezogen werden sollten. Nur so wird

es möglich sein, dass das in den letzten eineinhalb Jahrhunderten geltende, aber durch die geschichtliche Entwicklung überholte Prinzip der Assimilation, durch neue Formen des Zusammenlebens ersetzt wird, in das alle in einem Raum lebenden Sprachen und Kulturen einbezogen sind, da Mutter- oder Vatersprache Rückgrat für jeden einzelnen Menschen bedeutet. Erst auf dieser Grundlage ist das Erlernen von weiteren Sprachen zur Kommunikation, ohne Verzicht auf die Eigene, ein integratives Element des neuen Zusammenlebens. Nationalistische und chauvinistische Positionen spielen eine zerstörerische Rolle, und dabei ist es egal, ob sie von oben, der herrschenden, oder von unten, der beherrschten Seite kommen. Mit der gut hundertjährigen Erfahrung in diesem Bereich und den vielen Irrwegen, die wir in unserem Land dabei gegangen sind, können wir heute getrost erhobenen Hauptes ein anderes Denkmodell zur Umsetzung der Integrationspolitik anbieten, geht es doch auch bei den hergekommenen Menschen um ebendiese zentrale Frage: Integration auf Grundlage von Achtung und Würde der (mitgebrachten) Sprache oder zerstörerische und Seelen fressende und rückgratbrechende Assimilation.

Nationalismus und Chauvinismus können nicht weiter als sinnstiftend gelten, denn sie sind ein in die Vergangenheit gerichtetes Instrumentarium, das bis heute die Zukunft der Sprachen und Kulturen untergräbt. Und es ist egal, ob es sich dabei um eine autochthone oder um eine durch Migration oder Immigration entstandene Minderheit handelt. Denn nicht das ethnische Prinzip von Sprache und Kultur, sondern das demokratische Recht, die eigene Sprache und Kultur sichtbar und hörbar zu machen, ist das Element, aus dem sich Integration, Zusammenleben und Zukunft in einem gemeinsamen Raum zusammensetzen.

Erfolgreich werden wir sein, wenn wir dieses demokratische Recht in allen lebensformenden Bereichen leben. Bei Radio AGORA leben wir es nunmehr seit 15 Jahren: Wir bieten – neben dem Schwerpunkt Slowenisch – auch den südeuropäischen Sprachen (Serbisch, Kroatisch, Bosnisch, Serbokroatisch, Spanisch, auch Albanisch wurde schon gesendet...) ihren Platz im Äther und es wäre schön, wenn z.B. Printmedien diesem Beispiel folgen würden, und den wichtigsten im jeweiligen Raum gesprochenen Sprachen (zumindest in Zusammenfassungen) Platz anbieten würden; oder wenn im Fernsehen endlich Untertitelungen eingeführt werden würden. (Ich weiß schon: Es geht aus Kostengründen nicht. Aber Ignoranz oder gar Hass, wie wir es mittlerweile täglich erleben, kostet nicht nur Menschenleben – wie

in Lampedusa. Denn was sind die Folgekosten der Nichtachtung? Politisch sehen wir es im Anwachsen der populistischen Parteien. Und materiell: Wer will das beziffern?). Es wäre auch schön, wenn Gewerkschaften und Unternehmer gemeinsam während der Arbeitszeit in den ersten ein, zwei Jahren für neue Beschäftigte einen Sprachkurs zum Erlernen der hiesigen Sprache anbieten würden.

Würden sich die Menschen dann nicht besser verstehen und würde es dann nicht auch den Hergekommenen besser gehen? „Man wird selber ein besserer Mensch!“ So hat es der verstorbene Kämpfer Nelson Mandela auf den Punkt gebracht hat.

Die letzten 40 Jahre und die in diesen vier Jahrzehnten begonnenen Bemühungen haben klar gezeigt: Man braucht einen langen Atem, um das Eis zum Schmelzen zu bringen. Damit verbunden und einhergehend braucht es den Mut, auch dann für etwas einzustehen und sich für etwas zusammen zu tun, wenn es über weite Strecken so aussieht, als ob es keine Hoffnung auf Erfolg geben könnte. Vor allem wurde sichtbar: man braucht sich nicht einschüchtern zu lassen und man kann ruhig nach neuen Perspektiven Ausschau halten.

Alle diese Initiativen, vom „Komitee zur Aufdeckung versteckter Konflikte“ über die „Oktoberarena“, die Übersetzungen, den Fall des Rundfunkmonopols und der Präsenz der slowenischen und der anderen im Land gesprochenen Sprachen durch die Gründung des Freien Radios AGORA sowie die Aufrufe von „pro Kärnten/za Koroško“ bis hin zur Lösung der Ortstafelfrage haben eines zustande gebracht: Sie haben die Achtung und die Würde schätzbar gemacht und sie haben Kulturen und Sprachen Raum geschaffen, ganz unegoistisch. Darauf können wir stolz sein, denn dazu hat radio AGORA 105,5 in den letzten fünfzehn Jahren viel beigetragen.

Information und Livestream: [www.agora.at](http://www.agora.at)

Kontakt: E-Mail: [agora@agora.at](mailto:agora@agora.at), Tel.: +43 (0)463 418 666

Frequenz: 105,5 MHz

Ausstrahlungsgebiet: zwei Drittel Kärntens und Teile der Südsteiermark

Potentielle Hörerschaft: ca. 460.000 Hörer\_innen

## radio AGORA 105,5 – osvežujoč val v medijski pokrajini Koroške

ANGELIKA HÖDL\* / LOJZE WIESER\*\*

Radi poslušate svetovno glasbo ali jazz, glasbo z Balkana, folk, reggae, blues, soul, alternativni pop in rock. Oglasi vam niso prav preveč všeč, zato pa radi slišite različne jezike, se zanimate za teme, ki jih mediji glavnega toka ne ali pa samo malo obravnavajo in: že od nekdaj ste si želeli svojo lastno radijsko oddajo. Potem ste prišli na pravi naslov: radio AGORA 105,5 – edini svobodni radio na Koroškem!

Kako je vse to mogoče? Ideja svobodnih radijev se je rodila že v 80-ih letih prejšnjega stoletja, ko je v Avstriji še obstajal monopol radiotelevizije. Takrat so prvič zaživali »piratski« radii, ki so se zavzemali za to, da bi poleg državnega radia obstajali tudi privatni, kot je bilo to povsod po Evropi že v navadi. To jim je tudi uspelo. Od začetkov leta 1998 zdaj 14 svobodnih radijev oddaja svoj program in radio AGORA 105,5 je eden izmed njih.

Svobodni radii so neodvisne organizacije, ki se zavzemajo za skupno dobro. So neprofitni in brez oglasov, z namenom, da podpirajo svobodo in raznolikost govora. Vsem zanimanim osebam in skupinam omogočajo v mejah zakona necenzurirano podajanje lastnega mnenja in informacij. Pri tem imajo socialne, kulturne in etnične manjšine ter skupine, ki zaradi družbene marginalizacije ali seksistične oziroma rasistične diskriminacije ne pridejo do besede, prednost.

radio AGORA 105,5 oziroma krovno društvo »AGORA – Verein Arbeitsgemeinschaft offenes Radio – Avtonomno gibanje odprtega radia« (okrajšano AGORA) je bil ustanovljen leta 1989 in oddaja od 26. 10. 1998 svoj radijski program, ki je potrjen kriterijem svobodnih radijev.

---

\* Angelika Hödl je poslovodkinja radia AGORA 105,5, Celovec ob Vrbskem jezeru, Avstrija

\*\* Prof. Lojze Wieser je založnik in predsednik »AGORA-Verein Arbeitsgemeinschaft offenes Radio/Avtonomno gibanje odprtega radia«, Celovec ob Vrbskem jezeru, Avstrija



Več kot 100 svobodnih sodelavk in sodelavcev ter več kot 1000 učenk, učencev, dijakinj in dijakov ali mladih na splošno je do sedaj že uporabilo možnost, da z lastno iniciativo in odgovornostjo oblikujejo oddaje in s tem prispevajo k raznolikemu in pisanemu programu radia AGORA 105,5. Oblikovanje oddaj v okviru »prostega dostopa« poteka načeloma prostovoljno. V zameno pa je zato na voljo vsa radijska infrastruktura in brezplačno izobraževanje o osnovah radijskega dela, da lahko samostojno oblikujejo oddajo. Poleg tega predajamo znanje radijskega novinarstva ter različna izobraževanja v obliki delavnic ali individualnega uvajanja, da tako posredujemo medijsko kompetenco. Za okvirne pogoje, potek programa in organizacije, infrastrukturo, finančna sredstva in izobraževanja skrbita odbor, sestavljen iz zanimanih prostovoljk in prostovoljcev ter redno zaposlena ekipa radia AGORA 105,5.

radio AGORA 105,5 je platforma in skupnost, ki se upira vsakršni diskriminaciji in podpira ter prakticira solidarnost, samoupravljanje in emancipacijo. Radio odraža družbeno, jezikovno in kulturno raznolikost Koroške in vidi veliko bogastvo v tem. V zdaj že šestnajstih letih delovanja so se rokovali ljudje iz 14 različnih držav, socialnih ozadij ter zaposlitvenih in starostnih skupin in informirali poslušalke in poslušalce v desetih različnih jezikih.

Od začetka društva AGORA velja srečanje slovensko govorečega prebivalstva na istem nivoju za nekaj samoumevnega. AGORA v svojem programu in okolju goji ter poudarja enakopraven odnos do slovenskega jezika in kulture. Da bi zagotovili čim boljše radijsko oskrbo za slovensko govoreče prebivalstvo, AGORA od leta 2004 sodeluje z avstrijsko radiotelevizijo ORF, kar je med svobodnimi radii posebnost. Sodelovanje izvira po eni strani iz zakonske obveze ORF-a, da za šest avtohtonih manjšin v Avstriji (in s tem tudi za slovensko manjšino na Koroškem) oblikuje radijski program, po drugi strani pa iz samoumevnega razumevanja AGORA, da prispevamo k dvojni in s tem bolj raznoliki oskrbi slovenske manjšine.

Tako je dnevni program radia AGORA 105,5 od šeste ure zjutraj do šeste ure zvečer moderiran v slovenščini. Osem ur prevzame slovensko uredništvo koroškega deželnega studija ORF, štiri ure pa AGORA – za vsebine je odgovoren vsak zase. Zato je pri radiu AGORA 105,5 zaposleno uredništvo, ki v oddajah AGORA Obzorja (od 10. do 12. ure) in AGORA Divan (od 13. do 15. ure) oblikuje prispevke in moderacije s poudarkom na kulturnih,

zgodovinskih, ekoloških, socialnih in političnih dogodkih tako za Slovenke in Slovence, kot tudi za širše občinstvo.

Ker se je ta – glede na oskrbovanje manjšine – na avstrijski ravni enkratna kooperacija na Koroškem obnesla, trenutno delamo na širitvi v smeri južne Štajerske, da bi tudi tam živečo slovensko manjšino (s podobnim sodelovanjem kot na Koroškem) lahko oskrbovali z radijskim programom.

V družbeno, medijsko in demokratično-politično vrednosti dela radia AGORA 105,5 se je Lojze Wieser, založnik in dolgoletni predsednik odbora društva AGORA, v luči 15. obletnice delovanja radia poglobil v svojem slavnostnem govoru, ki ga podajamo v celoti.

(Angelika Hödl, poslovodkinja)

### **Z vztrajnostjo smo polepšali deželo. radio AGORA 105,5 je star 15 let!**

Lojze Wieser, 12. 12. 2013

»Ja, obstaja dežela, v kateri so se nekateri lotili tega, da jo naredijo boljše in lepšo,« sem pred petimi leti ugotovil ob naši deseti obletnici. Nadaljeval pa sem tako: »Da bi priborili veljavo tistemu, kar živi tiho in skrito, da bi zazvenelo. Vtepli so si v glavo, da ne bodo poslušali samo enoličnega sračjega dretja, temveč da bodo raje prisluhnili glasu lastovk in drugih ptic pevk. S svojo vztrajnostjo so polepšali deželo, pa čeprav tega ne vidijo vsi, čeprav ne vzamejo tega na znanje in tega tudi ne razumejo, kaj šele, da bi to delo podprli. Mala gruča je deželo spremenila in jo naredila boljše.«

Kot vidimo danes, se to da.

Pot do tja, do teh sprememb, je bila dolga in veliko je bilo potrebno storiti. Malce poglejmo v zgodovino in se spomnimo najvažnejših dogodkov:

Pred malo več kot 40 leti se je mladina uprla. »Komitee zur Aufdeckung versteckter Konflikte/Komitee za odkrivanje skritih konfliktov« je dopolnil

dvojezične napise in prvič razkril in objavil prvi jezik dežele. Zbirali so se okoli revije »Kladivo«.

Pred več kot 30 leti, se pravi ob koncu 70-ih in začetku 80-ih let prejšnjega stoletja, je nastalo prav evforično vzdušje, s katerim se je začela cela vrsta poskusov, da bi izboljšali deželo.

- a.) Začele so se prireditve Oktobrskega tabora, ki se je zavzemal za demokratično sožitje tudi onstran meja in v to vključeval celotno avstrijsko umetniško sceno, ki se je angažirala tudi v tako imenovanem »Solidaritatskomitee fur Minderheiten«, solidarnostnem komiteju za manjšine. Verjetno se še vsi spominjate, da je pri ugotavljanju pripadnosti k manjšini leta 1976 več ljudi priznalo pripadnost k slovenščini na Dunaju kot pa na Koroškem, kjer se je vse skupaj bojkotiralo.
- b.) Začel se je pravi prevajalski naval, da bi spremenili sramotno dejstvo, da leta 1979 ni bilo niti ene prevedene slovenske knjige na voljo. Zadeve se je lotila založba Drava, ki je mutirala iz založbe Drau, pomoč pa je dobila od novo ustanovljene založbe Wieser ter – na svoj način – tudi od Mohorjeve založbe.
- c.) Prvič se je poskusilo, da bi uresničili celotno dvojezično revijo, imenovano Tango (e odmislimo poskuse, ki so potekali sredi 50-ih let in nesrečno spodleteli). Ne smemo pozabiti dejavnosti Alpsko-jadranske Univerze v Celovcu. Od vsega začetka je imela pozitiven vpliv na razvoj v deželi (pomislimo samo na to, kolikokrat so na novo postavili dvojezično krajevno tablo, ki stoji na univerzitetnem zemljišču, potem ko je bila zlobno odstranjena; ali če pomislimo na vse dejavnosti univerzitetnega kulturnega centra UNIKUM). Pravi premik v sceni pa je povzročilo odprtje prve dvojezične gostilne Pri Joklnu/Bierjokl, ki še danes uspešno opravlja kulinarico in kulturno nalogo pod imenom raj. V sklopu vztrajanja in iskanja novih poti pa moramo omeniti tudi dvojezični center za kulturo in komunikacijo K&K Šentjanž/St Johann in, v imenu vseh, ki so prišli za njimi, gledališko skupino Trotamora.

Pred zdaj že skoraj 25 leti so se ljudje odločili, da morajo sramotni monopol avstrijske radiotelevizije, ki je enačil Avstrijo z Albanijo, končati. Leta 1989 je bilo ustanovljeno društvo AGORA, ki je pri Evropskem sodišču za človekove pravice v Strassbourgu vložilo tožbo proti temu monopolu. Tožba je

pripomogla k temu, da so se v Strassbourgu leta 1993 odločili, da monopol ukinemo. Radio AGORA 105,5 je začel z oddajanjem leta 1998.

Že 15 let svobodni radio AGORA oddaja na frekvenci 105,5, naprej v sodelovanju z Radiem Korotan in s pomočjo države. Nato pa je leta 2000 na oblast prišla črno-modra koalicija in ukinila vso denarno podporo za svobodne radije. S tem se je tudi radio AGORA znašel na robu preživetja, vendar smo tudi to težko finančno krizo prebrodili. Poleg tega pa se je sodelovanje med radiem AGORA in Radiem Korotan, ki se je preimenoval v Radio dva in zdaj zahteval ime, ki smo ga izumili mi pri radiu AGORA, zase, ter ORF-om. V sklopu pogajanj sta se pokazali dve diametralno različni stališči: odprte radijske ponudbe, povečanje uporabe slovenščine v javnosti in vključitev vseh kultur in jezikov v deželi kot pot spoštovanja in dostojanstva na eni strani in umik v nacionalistični šovinizem z juridičnim kladivom na drugi strani. To je privedlo tako daleč, da so od radia AGORA zahtevali, da se naj odreče licenci in: slovenska beseda naj bi popolnoma izginila iz javnega radijskega programa ORF-a na Koroškem. S strani manjšinskih organizacij takrat ni bilo pravega upora proti takim načrtom.

Z vidika AGORA pa je sodelovanje med AGORA, Korotanom ali Dva in ORF-om odprlo možnost, ponuditi ljudem, ki govorijo ali se učijo slovensko, širok in pester medijski program. Takšne ponudbe za manjšino še nismo videli nikjer v Avstriji. Kulturni in politični zastopniki pa se takrat niso mogli res sprijazniti s takimi načrti. V mnogih institucionalnih manjšinskih organizacijah je to na žalost še vedno tako. V veselje mi je, da na tem mestu lahko povem, da bo z januarjem 2014 Marjan Sturm imel svojo oddajo na radiu AGORA z naslovom »Noch immer Sturm/Še vedno Sturm«.

V javnosti je slovenska beseda postajala vedno bolj poznana in razpoznavna. Poskusi kriminalizacije radia AGORA s strani takratnega deželnega glavarja so spodleteli. Pogum, da se v javnosti uporablja slovenska beseda, je naraščal. In tudi vpliv radia je rasel, ne samo na Koroškem, temveč tudi na Štajerskem, s čimer so tamkaj živeči slovensko govoreči ljudje prvič dobili medijski dostop do lastnega jezika. Tako se je širil tudi vpliv kulture in jezika tudi čez meje, pa čeprav je to širjenje do zdaj bilo le delo radia AGORA, saj vodilni pri ORF-u do danes še niso našli dogovorjena finančna sredstva.

Kaj pa se je ta čas dogajalo v okolju? Pred več kot desetimi leti se je začela internetna platforma »pro Kärnten/za Koroško«, kjer so se angažirani ljudje

zavzemali za dvojezične krajevne napise. Leta 2006 je klic platforme, da bi končno rešili to vprašanje, v nekaj tednih dosegel 44.000 podpisov in tako postal manifestacija za dvojezične krajevne napise po celotni Avstriji. Prebivalstvo je dlje od politike.

Približno istočasno je konsenzna skupina začela s poglobljanjem svoje dejavnosti in je zaradi dobrih pogojev, za katere je poskrbela civilna družba, sodelovala pri rešitvi tudi institucionalno.

V sklopu rešitve problematike dvojezičnih napisov pred dvema letoma – o tem ima lahko vsak svoje mnenje – je opaziti, da je dihanje postalo lažje in pritisk v družbi upadel. Toda tudi tukaj prežijo nevarnosti: na eni strani bi lahko verjeli, da smo zdaj zaključili in da je vse narejeno (čeprav je asimilacija pritiskala več kot 100 let na ljudi) – a s to rešitvijo dvojezičnih krajevnih napisov se je začel demokratični proces – po drugi strani pa, da naj bi morala slovenska beseda še vedno preživeti v strnjjenem teritoriju, tako kot pred 100 leti, ki ga ni več. Oba pogleda kažeta, da se ne upošteva družbenih sprememb.

Vse skupaj spremlja nezmožnost, da bi na take procese reagirali z v bodočnost usmerjenim pogledom. To vključuje tudi dejstvo, da morajo jeziki preživeti tudi brez teritorija in da potrebujejo za preživetje demokratično okolje, v katerem so vsi jeziki in kulture, tako domači kot priseljeni, enakopravni. Samo tako lahko omogočimo, da nadomestimo zastarel princip asimilacije z novimi oblikami sožitja, v katerega vključimo vse tamkaj nastanjene jezike, saj je materinščina in jezik očeta / v primeru dvojezičnih družin nič posebnega / temeljni kamen vsake identitete. Šele na podlagi tega je mogoče, da se naučimo novih jezikov, ne da bi morali opustiti lastnega. Nacionalistični in šovinistični pogledi imajo uničujočo vlogo, vseeno, ali jih izvaja oblast ali tisti, ki njej služijo ali so pa so njej podvrženi. S sto leti izkušenj na tem področju in mnogo napačnih poti, ki smo jih ubrali tu pri nas, lahko danes z dvignjeno glavo ponudimo nov model integrativne politike, saj gre tudi pri priseljenih ljudeh le za eno vprašanje: integracija na podlagi dostojanstva in spoštovanja do (s seboj prinesenega) jezika ali uničujoča in hrbtenico lomeča asimilacija.

Nacionalizem in šovinizem ne moreta biti smiselna, saj sta instrument preteklih časov, ki spodkopava jezike in kulture. In ni važno, ali gre za avtohtone ali priseljene manjšine. Ni etnični princip, temveč demokratična pravica, ki

bo dala jeziku in kulturi vse elemente, iz katerega se razvije integracija, sožitje in prihodnost.

Uspešni bomo le, če bomo sami živeli to demokratično pravico. Pri radiu AGORA jo živimo zdaj že 15 let: ponujamo – poleg slovenskega težišča – tudi južnoevropskim jezikom (srbsčina, hrvaščina, bosanščina, srbohrvaščina, španščina, tudi v albanščini smo že oddajali ...) prostor v etru in lepo bi bilo, če bi npr. tiskani mediji sledili temu primeru in najpomembnejšim jezikom (vsaj kot povzetek) ponudili mesto; ali če bi na televizijskem programu končno uvedli podnapise. (Saj vem: zaradi financ to ni izvedljivo. A ignoranca ali celo sovraštvo, ki ga doživljamo zdaj že skoraj vsak dan, ne terja samo človeških življenj – kot na Lampedusi. In kakšni so stroški, če tega nočemo videti? Politično gledano je to rast populističnih strank. In materialno: kdo bi to opredelil s številkami?) Lepo bi bilo, če bi tudi sindikati in podjetniki ponujali jezikovne tečaje za nove zaposlene. Se ljudje ne bi bolje razumeli in se ne bi priseljeni bolje počutili? »Sami postajamo boljši ljudje!« je povedal Nelson Mandela.

Zadnjih 40 let in vsi napor, ki smo jih v zadnjih štirih desetletjih vložili, jasno kažejo: treba je biti vztrajen, da lahko prelomimo led. V povezavi s tem potrebujemo tudi pogum, da se združimo za nekaj, kar se zdi brezupno tudi dolgoročno. Predvsem pa smo videli, da se ne smemo pustiti ustraševati in da moramo iskati nove perspektive. Vse te iniciative, od »Komiteja za odkrivanje skritih konfliktov« preko Oktobrskega tabora, prevodov, padca monopola in navzočnosti slovenskega in drugih deželnih jezikov s pomočjo ustanovitve radia AGORA, kot tudi pozivi platforme »pro Kärnten/ za Koroško« vse tja do rešitve dvojezičnih krajevnih napisov, so omogočile nekaj: pokazale so nam, kako pomembna sta spoštovanje in dostojanstvo in odprle so prostor za jezike, čisto nesebično. Na to smo lahko ponosni, saj je radio AGORA 105,5 k temu v zadnjih petnajstih letih veliko prispeval.

Informacije in prenos v živo: [www.agora.at](http://www.agora.at)

Kontakt: e-mail: [agora@agora.at](mailto:agora@agora.at), tel.: +43 (0)463 418 666

Frekvenca: 105,5

Področje oddajanja: dve tretjini Koroške in deli južne Štajerske

Potencialni doseg: pribl. 460.000 poslušalk in poslušalcev

# Rumäniens langer Weg in die Demokratie

ROGER PARVU\*

Sommer 2013 sorgte die Rumänische Regierungskrise in ganz Europa für Schlagzeilen. In diesem Kontext wurde immer wieder die Frage nach Demokratie in Rumänien gestellt. Die beiden sich gegenüberstehenden Fronten traten als der Verteidiger der wahren demokratischen Werte auf. Durch ein gescheitertes Referendum (die Mindestbeteiligung konnte nicht erreicht werden) war die Regierungskrise genau so schnell vorbei wie sie erschienen war. In diesem Kontext wurde der folgende Beitrag als Vortrag für die Veranstaltung „Blickpunkt Rumänien“ des Landes Kärnten am 16. Oktober 2013 geschrieben. Dabei gilt auch für die vorliegende Druckfassung das gesprochene Wort.

Ist Rumänien ein demokratischer Staat? Die Antwort lautet ganz einfach: JA. Dieses möchte ich einfach so im Raum stehen lassen.

Der Weg dazu aber war, wie in so vielen anderen Bereichen der rumänischen Geschichte, ein ganz besonderer. Die Anfänge dazu sind in den frühen Neunziger-Jahren mit der damaligen Front der Nationalen Rettung zu finden, einer parteiähnlichen Struktur, die nach der Wende von 1989 entstanden war. In dieser waren unter der Leitung von Ion Iliescu gewesene Mitglieder der Nomenklatura untergekommen. Die Front der Nationalen Rettung hatte sich als Programmleitgedanke in der Wahlkampagne vorgenommen, in Rumänien eine „originelle Demokratie“ zu schaffen. Nun muss man sich vorstellen, dass diese „originelle Demokratie“ von der gewesenen kommunistischen Elite geschaffen werden sollte. Dabei sollte versucht werden, demokratische Strukturen auf dem Gerüst des Nationalkommunismus aufzubauen. Die ideale Situation hätte wie folgt ausgesehen. Ein eingegrenztes Privateigentum laut dem Motto: „Wir verkaufen unser Land nicht an die feindlichen kapitalistischen Strukturen.“ Eine einzige Großpartei, in deren Schein sich andere kleine Parteien sonnen sollten, und zwar so viele und so kleine Parteien wie nur möglich, damit diese ja nicht irgendwann

---

\* Roger Parvu ist Programmleiter der Evangelischen Akademie in Hermannstadt-Neppendorf, Rumänien

mal einen Anspruch auf Mitspracherecht haben sollten. In diesem Kontext ist eine Aussage desselben Ion Iliescu nicht zu ignorieren. In den ersten Stunden der Wende im Dezember 1989 erklärte er: „Ceausescu habe die wahren und edlen Ideale des Kommunismus verraten“. Und so waren plötzlich über Nacht keine Kommunisten mehr vorhanden, denn es gab keine Kommunistische Partei mehr und als Mitglied der Front der Nationalen Rettung war man ein wahrer Demokrat, ein Experte der Implementierung von demokratischen Werten und daher kein Kommunist, den die Kommunistische Partei war außerhalb des Gesetzes und niemand wollte den neuen demokratischen Gesetzen zu wider handeln. Zwar versuchte man durch Parolen wie „was haben Sie in den letzten 20 Jahren gemacht“, unangenehme Ex-Parteimitglieder zu beseitigen, doch wurden parallel die neugeschaffenen Strukturen von denselben unterwandert. Gleichzeitig ging man aggressiv gegen die gewesenen Dissidenten aus dem In- und Ausland vor, in dem man diesen vorwarf, sie hätten nicht wie das Volk während dem Kommunismus Sojawurst und Schwarzbrot gegessen.

Rumänien war aber aufgewacht. In den Straßenbewegungen von 1990 und 1991 auf dem Universitätsplatz in Bukarest hieß eine der wichtigsten Parolen: „Wir haben gelernt, nein zu sagen“. Dadurch war die Todesstunde der „rumänischen originellen Demokratie“ gekommen. Der Körper war zwar tot, doch haben manche hartnäckige Bakterien überlebt. So hörte man in der Wahlkampagne für das Präsidentenamt 2000 den zur Zeit amtierenden Präsidenten Traian Basescu seinem Gegner Adrian Nastase, der später als Ex-Premier für Veruntreuung von Gelder zu sieben Monate inhaftiert wurde (eine Zeitspanne, in welcher er vier Bücher geschrieben hat, was entscheidend zu seiner frühzeitigen Entlassung beigetragen hat), sagen: „Herr Nastase, ich bemitleide unser Volk. Es muss sich jetzt zwischen zwei Kommunisten entscheiden“.

An dieser Stelle sollten wir aber einen kurzen historischen Exkurs wagen. Demokratische Strukturen und der Kampf dafür sind in der Geschichte Rumäniens nicht natürlich. In der gesamten Geschichte Rumäniens gab es immer einen großen sorgenden Vater an der Spitze des Staates. Dass in 90 Prozent der Fälle dieser mehr für sich als für das Volk sorgte, muss nicht mehr gesagt werden. So verankerte sich im rumänischen Bewusstsein die Tatsache, dass das Selbstbestimmungsrecht zwischen die eigenen vier Wände gehört. Der Feind ist immer der Staat. Der Staat ist eine Sache der Mächtigen des Tages. Ihnen gehört der Staat, mit allem was dazugehört.



Und da der einzige Sinn und Zweck des Staates die Unterdrückung und das Abzocken des Bürgers ist, ist derselbe mehr als berechtigt, sich durch egal welche Mittel so viel zurück zu holen wie nur möglich.

Aus diesen Beweggründen heraus wird es niemanden überraschen, dass die Gründer des modernen rumänischen Staates nicht aus den Reihen des eigenen Volkes kamen. Die erste moderne Verfassung, das sogenannte „organische Regulament“ und die damit verbundenen institutionellen Änderungen wurden von einem Russen durchgeführt. Dieser ist aber im rumänischen Bewusstsein komplett auf die Seite geschoben, nur noch ein Straßename in Bukarest erinnert an Alexander Kisselefs Bedeutung für Rumänien.

Eine noch entscheidendere Rolle spielte Karl I. von Hohenzollern Sigmaringen. Er schaffte es in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts in Rumänien die erste funktionierende Demokratie aufzubauen. Dabei hatte er nicht nur mit den Großmächten um Rumänien herum zu kämpfen, sondern viel intensivere Kämpfe mit den internen Kräften auszutragen. Er schaffte aber fast aus dem Nichts einen modernen Staat, der auf funktionierenden Strukturen als Säulen stand und vollbrachte, wenigstens in der bürgerlichen Schicht des Landes, auch eine wichtige Mentalitätsänderung.

Die wahre Anerkennung erhielt Karl I. erst in den Jahren nach 1995, als man in Rumänien begann, sich schrittweise von der kommunistischen Geschichtsschreibung zu befreien. Ein langer und schwieriger Prozess, der auch heute noch im Gange ist. Es kam sogar so weit, dass in einer Fernsehsendung, in der versucht wurde, mittels einer breit angelegten Umfrage herauszufinden, welches für das Volk die zehn wichtigsten Rumänen der Geschichte seien, Karl an zweiter Stelle stand, wobei aber Gerüchte kursieren, dass die Ergebnisse doch so angepasst wurden, dass ein Fürst der Moldau, Stefan der Große, an erster Stelle stand, denn der wichtigste Rumäne hätte nicht ein Deutscher sein können. Leider bestand das Werk Karls I. nicht lange. Schon zu Zeiten seines Nachfolgers, Karl II., wurde die junge Demokratie schon abgewürgt. Karl II. führt die Königsdiktatur ein, diese wurde von der nationalsozialistischen Diktatur abgelöst, welche fast nahtlos in die kommunistische Diktatur überging. Aus dieser Entwicklung heraus baut Rumänien seit 1990 an der Demokratie, teilweise nach vorgegebenem, aber auch nach einem eigenen Rezept.

Nun aber ist dieses eigene Rezept mit einem Resteessen zu vergleichen, welches mit den feinsten und edelsten Gewürzen zubereitet wird. Wie man sich schon denken kann, hatte Rumänien nie die Zeit, die Vorbereitung oder die Ruhe die traditionalistischen Denk- und Daseinsstrukturen abzulegen. Auf institutioneller Ebene erschien nach 1990 eine übergeordnete, dem westlichen Demokratieverständnis angepasste Struktur. Diese setzte sich ohne Probleme auf politischer, administrativer und sozialer Ebene durch, ohne aber den Durchschnittsrumänen davon abzuhalten, weiterhin eher den informellen traditionalistischen Strukturen mehr als dem gesetzlich vorgegebenen Rahmen zu vertrauen. Unter dem Vorwand der Prinzipien und der Gesetzlichkeit „arrangiert“ man sich wie anno dazumal, was eigentlich in den traditionalistischen Denkstrukturen gar nicht als Korruption wahrgenommen wird.

Diese unehrliche Spielweise hat in der rumänischen Geschichte Tradition und fand als einzige Überlebensweise in den Daseins- und Denkstrukturen Eingang. Leider wurde diese in den fast fünfzig Jahren Kommunismus zur Kür entwickelt und ist in den wenigen Jahren nach 1989 noch nicht aus dem rumänischen Alltag verschwunden. Dieses führt aber zu einem passiven Widerstand zu allem was „vom Staat“ kommt. Der Rumäne geht nicht auf die Straße. Die großen Beispiele in der Geschichte sind an den Fingern einer Hand abzuzählen; im Zwanzigsten Jahrhundert sind nur zwei solche Beispiele zu vermerken: der Bauernaufstand von 1907 und die Wende von 1989. Heutzutage redet man von großen Straßenbewegungen, wenn landesweit 10.000 Menschen aufgeteilt auf die sieben wichtigsten Städte des Landes für drei bis vier Stunden auf die Straße gehen. „Polenta explodiert nicht“, sagt ein rumänisches Sprichwort, trotzdem muss man aber sagen, dass sie ab und zu mal überschwappt, wenn der Koch nicht aufpasst. Und nichts ist wichtiger für den rumänischen Politiker in seiner Rolle als Koch, als die Polenta bis zu den nächsten Wahlen nur langsam vor sich hinblubbern zu lassen. Dafür werden Programme, Wahlversprechen, Allianzen, EU und IWF-Verträge ignoriert oder auf die Seite geschoben, bis der große Bruder seinen rügenden Finger zeigt. Dann wird schnell alles was die Situation verlangt versprochen und in den besten Fällen in einem Kraftakt in den darauffolgenden Monaten auf formeller Ebene durchgeführt. Was zählt ist, dass die Polenta während diesem Balanceakt nicht explodiert.

Dabei aber ist das durch die Jahrhunderte bewährte Druckventil der Rumänen der Humor. Der Rumäne lacht über Unheil, was ihm aber auch

eigenartige Vorgehensweisen erlaubt. Als Beispiel möchte ich hier Worte von Petru Carp zitieren, welcher 1918, wohlgermerkt in der Geburtsstunde des Großrumänischen Staates, am Ende des 1. Weltkrieges im Rahmen einer Rückschau über die letzten fünfzig Jahre sagte: „Rumänien hat so viel Glück, dass es eigentlich keine Politiker braucht.“

Titu Maiorescu, einer der wichtigsten Literaturkritiker und Politiker Rumäniens schrieb: „... ausgehend von den äußeren Formerscheinungen, sind die Rumänen heute Eigentümer einer fast kompletten westlichen Zivilisation. Wir haben Politik und Wissenschaft, Presse und akademische Einrichtungen, Schule und Literatur ... sogar eine Verfassung. Aber in Wirklichkeit sind dieses alles Todgeburten, basislose Ansprüche, körperlose Gespenster, wahrheitslose Illusionen. Daher ist die Kultur der oberen Klassen null und nichtig und die Kluft, welche uns von dem Untervolk trennt, immer unüberbrückbarer“. Es ist kaum zu glauben, dass Maiorescu diese Worte 1868 schrieb. Oder aber, wenn man sich die heutige politische Klasse in ihrer Masse ansieht, kann man es kaum zu glauben, dass ein Zeitgenosse so etwas schreiben würde, obwohl die Worte vielleicht nie so aktuell waren wie 2013.

Was aber eine funktionierende Demokratie ausmacht, ist eine selbstbewusste und aktive Zivilgesellschaft. Nach den bewegten frühen Neunziger Jahren kam es leider durch den wirtschaftlichen Aufschwung zwischen 1997 und 2009 zu einem Einschlafen derselben. Die von einem unglaublichen Aufholbedarf gesteuerte rumänische Konsumgesellschaft hatte keine Zeit und kein Interesse für demokratische Werte. Die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise wurde zum großen Weckgeläute. Zwar waren die ersten Aufwachbewegungen wirtschaftlicher Natur, doch sollte sich dieses schnell ändern.

Und die Änderung ist in diesen Tagen auf den Straßen Rumäniens zu verfolgen. Zum ersten Mal nach 1990 sind die Rumänen auf der Straße wegen eines Konzepts, und dieses jetzt schon seit sieben Wochen. Es geht nicht nur um den Goldabbau in Rosia Montana durch den Einsatz von Cyanid, sondern um nachhaltige Umweltkonzepte, um die Zukunft und nicht um das „hic et nunc“. Eine Bewegung die sich auf allen Ebenen breit macht: Politik, Wissenschaft, Kultur, ja sogar in Sportstadien findet man diese Bewegung wieder. Ob sich die Entscheidungsebene diesem Druck fügen wird, kann noch nicht gesagt werden, aber eine typisch rumänische originelle

Lösung durch die, wie das Sprichwort sagt: „Sowohl die Ziege, als auch das Kraut zufrieden zu stellen wird unmöglich sein!“

Ich habe zu Beginn festgestellt, dass ein dezidiertes Ja auf die Frage, ob Rumänien ein demokratischer Staat ist, die Antwort ist. Dieses kann heute niemand wirklich bestreiten. Die Machtübergabe geschieht durch freie Wahlen, obwohl jede einzige Wahl nach 1989 von den Verlierern als korrupt angefochten wurde, doch wurden die Wahlen nie in einem entscheidenden Maße in irgendeiner Form beeinflusst. Hier nur als kurze Humoreinlage ein Wahlkampagnenspruch aus den frühen 2000er-Jahren. Eine der Parteilianzen warb mit dem Spruch: „Die anderen können nicht so viel stehlen, wie viel wir wirklich wählen.“ Und sie gewannen die Wahlen. Die demokratische Trennung zwischen den verschiedenen staatlichen Institutionen mag von Zeit zu Zeit schwammig sein, aber die Institutionen funktionieren und dienen dem ihnen angedachten Zweck entsprechend. Wie ich schon sagte, befindet sich die Zivilgesellschaft in einem Aufwachprozess. Die Presse unterliegt immer wieder politischem Druck, ist aber, was die Pressefreiheit betrifft, im Ranking von Reporter ohne Grenzen in den letzten Jahren im Steigen. Hier könnte man mit typisch rumänischer Selbstironie sagen, nicht wir sind besser geworden, sondern die anderen schlechter. Also JA, Rumänien ist ein demokratischer Staat. Zwar steckt die rumänische Demokratie noch in Kinderschuhen, zwar fällt sie mal wegen Scharlach oder Mumps zu Bett und fehlt dabei in der Schule, aber die richtigen Behandlungsmittel sind vorhanden und werden richtig eingesetzt, sodass am Ende ein kräftiger und gebildeter Absolvent vor uns stehen wird.

# Die Person Georg Drozdowski als geistiger Brückenbauer der regionalen Zusammenarbeit Kärnten – Czernowitz

WERNER PLATZER\* / UDO PETER PUSCHNIG\*\*

Die gemeinsame Geschichte und Biografien von Einzelpersonen bilden neben dem formalen Abschluss von Vereinbarungen und Verträgen die Grundlage für interregionale Zusammenarbeit, partnerschaftliche Projekte und positive Begegnungen. Positive Verbindungen zwischen Kärnten und dem Gebiet Czernowitz, bestehend aus der Nordbukowina und Teilen Bessarabiens, werden ebenfalls von Einzelpersonlichkeiten hergestellt, gefördert und geprägt. Tatsächlich lässt sich eine Reihe von solchen Personen konstatieren, die ihre beruflichen Karrieren von Kärnten in die Bukowina oder aber von der Bukowina bzw. auf dem Wege über die Bukowina und Czernowitz nach Kärnten geführt hat.

## Der Schriftsteller, Journalist, Dramaturg und Schauspieler Georg Drozdowski

Eine besondere Bedeutung als geistiger Brückenbauer zwischen Kärnten und dem Gebiet Czernowitz hat auch nach seinem Tod Georg Drozdowski, vor allem mit seinem Werk „Damals in Czernowitz und rundum. Erinnerungen eines Altösterreicher“. Das zitierte Buch sowie sein Leben, welches zwischen Czernowitz und Klagenfurt aufgeteilt war, wirken noch heute als wesentliche Impulse der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit.

Er wurde am 21. April 1899 als Sohn eines österreichischen Offiziers in Czernowitz geboren, wo er zunächst auch die Schule besuchte. Zu Beginn des Ersten Weltkrieges übersiedelte er mit seiner Mutter nach Wien und maturierte dort 1917 am Wasagymnasium. Nach der Teilnahme am

---

\* Werner Platzer, BA, Amt der Kärntner Landesregierung, Klagenfurt am Wörthersee, Österreich

\*\* Mag. Udo Peter Puschnig, Amt der Kärntner Landesregierung, Klagenfurt am Wörthersee, Österreich

Ersten Weltkrieg kehrte er nach Czernowitz zurück. Dort studierte er zwei Semester Rechtswissenschaften und wurde hauptberuflich Bankbeamter, nebenher Theaterkritiker, Dramaturg, Schauspieler und Schriftsteller. Im Jahre 1925 wurde sein erstes Bühnenstück „Silvester“ aufgeführt. Drozdowski trat auch immer wieder selbst als Darsteller bei den Czernowitzer Kammerspielen auf, deren Mitbegründer er war. Seit 1930 war er als Journalist bei verschiedenen Zeitungen tätig. Im Jahre 1940 musste Drozdowski seine Heimat verlassen und ließ sich zunächst in Wien nieder. Nach der Teilnahme am Zweiten Weltkrieg mit Stationierung in Zagreb/Agram kam er 1945 nach Klagenfurt und wurde hier Kulturredakteur der Volkszeitung, in der er Peter Handke die ersten Veröffentlichungen ermöglichte. Drozdowski selbst betätigte sich als Lyriker, Erzähler und Übersetzer aus dem Rumänischen. In Erinnerung an seine alte Heimat veröffentlichte er 1984 seine Erzählungen „Damals in Czernowitz und rundum. Erinnerung eines Altösterreicher“. Am 24. Oktober 1987 verstarb Drozdowski in Klagenfurt. Mittlerweile wurde sein Buch über die Geburtsstadt Czernowitz bereits zweimal wieder aufgelegt und ist auch in ukrainischer Sprache veröffentlicht worden. Für sein umfassendes Schaffen als Verfasser von Essays, Gedichten und Erzählungen erhielt Drozdowski eine Vielzahl von Auszeichnungen und Preisen. Im September 1965 wurde ihm der Titel Professor durch den Bundespräsidenten der Republik Österreich verliehen.

Im Jahr 1958 schrieb Drozdowski unter dem Titel „Zwischen den Herzogtümern“ in der „Carinthia“: „Wer sich die Karte der Donaumonarchie vornimmt, wird sie – das alte Habsburgerreich – nach Osten und nach Westen hin von zwei Ländern gestützt finden, die ihr als Herzogtümer zugehörten: die Bukowina und Kärnten, die meinem Leben Aufgang und Abend zu bedeuten scheinen. Zwischen ihnen liegt das, was sechzig Jahre zu verschenken hatten, schwer an bedeutenden Ereignissen, der Hoffnungen voll und zugleich reich in Erfüllung und Enttäuschung ... Kärnten wurde mir Heimat. Die Menschen, die mir, dem Fremden und Zugereisten, vom ersten Tage an freundlich entgegentraten, machten mich langsam meine Heimatlosigkeit vergessen. Ich fand Aufnahme in ein Land, dem nun mein Herz schlägt, auch wenn Traum und Träne dem Boden meiner Kindheit gehören, der Bukowina. Kärnten wurde mir lieb. Die Schönheit einer mir irgendwie vertrauten Umwelt, der Zauber einer Vergangenheit, die mir in Kunst und Geschichtszeugnis als Gegenwart begegnete, das alles sprach mich an, und vielleicht wirkte auch im Unterbewußtsein die Tatsache mit, daß es wieder ein Grenzland war, in das ich mich versetzt fand. Eines aber

ist gewiss, Gott hat es gut mit mir gemeint, als er mir die Provinz zuwies. In der Großstadt wäre ich, im Bankfach tätig geblieben, hier bot sich mir die Möglichkeit einer geistigen Erfüllung: Schreiben dürfen, mit dem Theater leben, auch wenn es, schlägt ihn tot, er ist ein Rezensent' heißen mag, und das Klima finden, das bescheidenem Schaffen zuträglich ist. Bedeutet das nicht unendlich viel und eigentlich mehr, als ich nach Irrfahrt und Wandlung hätte erwarten dürfen? ...“

In der Festschrift für Dietmar Albrecht aus dem Jahr 2007, welche von Christian Pletzing und Martin Thoemmes herausgegeben wurde, schreibt der Germanist Peter Rychlo über Georg Drozdowski: „... 1934 erschien im I. Wiegler Verlag in Czernowitz sein lyrischer Erstling unter dem anspruchslosen Titel ‚Gedichte‘ ... Die Verse des ersten schmalen Bändchens, dem die ironische Widmung ‚Für mich!‘ zugefügt ist, welche mit dem Inhalt der stillen, in Träumen schwelgenden Gedichte kontrastiert, atmen verklärte Ruhe und Traklsche Schwermut aus. Es sind Liebessonette, Jahreszeitengedichte, Wiegenlieder, geistige Landschaften. Ihre Dominante ist elegisch und schmerzhaft. Spätromantische Anklänge sind in ihnen nicht zu überhören. Die lyrische Melancholie Drozdowskis wird von manchen Vorbildern genährt, so z.B. von dem frühen Rilke. Doch wirkt er in seinen Bildern und gewählten Metaphern nicht selten auch durchaus originell ... Einige Proben aus diesem heute kaum mehr zugänglichen frühen Band wurden später in die lyrische Sammlung ‚Epheta‘ (1969) aufgenommen. Mitte der 30er Jahre war der Name Georg Drozdowskis schon fest ins Bukowiner kulturelle Leben eingeschrieben. Die 1939 von Alfred Klug im Stuttgarter Eugen Wahl Verlag herausgegebene Anthologie ‚Bukowiner Deutsches Dichterbuch‘ präsentiert ihn auf 13 Seiten als eine der wichtigsten lyrischen Stimmen der Bukowina ...“

Die Slawistin und Germanistin Helga Abret schreibt in der Nummer 2/2007 der Zeitschrift „Der literarische Zaunkönig“: „Über die anregende geistige Atmosphäre im Czernowitz der Zwischenkriegszeit, wo auch nach dem Untergang des Habsburgerreiches noch etwas vom altliberalen Geist dieses Vielvölkerstaates weiterlebte, ist viel geschrieben worden. Es sammelten sich dort um Alfred Margul-Sperber, den Entdecker und Förderer literarischer Talente, einige in deutscher Sprache schreibende Schriftsteller, zu denen neben Rose Ausländer, Alfred Kittner und Moses Rosenkranz auch Drozdowski gehörte, der nach eigenen Aussagen in dieser Gruppe der einzige Nichtjude war ... In den letzten Jahren seines Lebens litt

Drozdowski darunter, dass seinem literarischen Werk eine über die Grenzen Kärntens hinausgehende Anerkennung versagt blieb. Der überregionale Erfolg seines Erinnerungsbuches ‚Damals in Czernowitz‘ gab ihm wieder Auftrieb. Er plante eine Fortsetzung, doch dazu reichten seine Kräfte nicht mehr. Am 24. Oktober 1987 starb er in Klagenfurt ... in seinem Gesamtwerk dominieren rein quantitativ die Lyrikbände (insgesamt elf), zu denen sich noch ca. 200 Übertragungen aus der polnischen und rumänischen Poesie gesellen. Dieser Schriftsteller verdient in der Geschichte der österreichischen Literatur vorrangig als Lyriker einen Platz.“

So hat Helga Abret im Jahr 2009 im Rimbaud Verlag einen Band mit einem ausführlichen Nachwort unter dem Titel „Mit versiegelter Order. Ausgewählte Gedichte 1934-1981“ herausgebracht, um die Lyrik von Drozdowski wieder einer breiteren Öffentlichkeit in Erinnerung zu rufen. Gefördert wurde dieses Buch durch die Kunststiftung NRW, die Kulturabteilung des Landes Kärnten sowie die Georg Drozdowski Gesellschaft.

Georg Drozdowski selbst äußerte über sein literarisches Schaffen im Jahr 1958 in der „Carinthia“: „Das ist alles und ist nicht viel; kaum etwas wird überdauern, es sei denn, daß die ‚Kärntner Elegie‘ einmal von jenem erzählen wird, der aus dem Osten kam, um in Kärnten die Scholle zu finden, die ihn trägt und vielleicht einmal auch decken wird. Und das wird gut sein, denn

„in Gottes gütige Hand geschmiegt  
finden wir wohl  
nach jener, die war,  
und jener, die ist –  
die Heimat,  
die ewig.“

Drozdowski versuchte seine Heimat, die Bukowina, deren Landschaft und spezifische geistige Lebensform durch seine Verse und Erzählungen festzuhalten. Dieses sein Werk ist seit Beginn der 1980er Jahre Gegenstand der Literaturforschung geworden. So beinhaltet sein Gedichtband „Der Steinmetzgarten“, welcher im Jahr 1959 in Klagenfurt erschienen ist, unter dem Titel „Der Kranz“ eine Hommage an seine Heimat Bukowina.

Helga Abret schreibt in der Nummer 2/2007 der Zeitschrift „Der literarische Zaunkönig“ über das Werk von Drozdowski wie folgt: „Drozdowski



blieb der spätbürgerlichen Lyriktradition treu, nach formalen Experimenten wird man bei ihm vergeblich suchen. Allerdings fällt auf, dass relativ früh traditionelle Versmaße und Reime zugunsten freier Rhythmen oder rhythmisierter Prosa zurücktreten. Drozdowskis Sprache ist verständlich, der Leser braucht sie nicht erst zu decodieren. In einer Zeit, in der das Misstrauen gegenüber der Sprache an der Tagesordnung war, glaubte dieser Schriftsteller weiterhin an die Möglichkeit einer Verständigung und weigerte sich, die Sprache einer peinlichen Befragung zu unterziehen ... Dieses lebenslange Festhalten an einer der Tradition verpflichtenden Sprache und Form teilt Drozdowski mit den jüdischen Schriftstellern seiner Generation, die im Czernowitz der Zwischenkriegszeit zu schreiben begannen. Als in den 1960er Jahren ein form- und traditionsbewusstes Schreiben verpönt war, als literarische Werte ohne Bedenken über Bord geworfen wurden, bekannten sich diese Autoren, auch die einst von den Deutschen Verfemten und Verfolgten, freimütig zu dieser Tradition und verteidigten ihre unzeitgemäße Position nicht selten mit Vehemenz ... An ähnlich trotzigem Bekenntnissen zur ‚Vorgestrigkeit‘ fehlt es auch in Drozdowskis Lyrik nicht ... Im Folgenden geht es um drei Aspekte, die in Drozdowskis lyrischem Werk Konstanten sind, nämlich um das Bewahren, das Warnen und das Suchen ... Die ‚Visierlinie‘ ist ein Turmgedicht: Der Sprechende befindet sich auf dem Aussichtsturm des Kreuzbergl bei Klagenfurt, auf dessen Brüstung Linien und Namen eingraviert sind, die Städte Alt-Österreichs und der Welt nennen und die Entfernungen zu ihnen angeben. Eine solche ‚Visierlinie‘ verbindet Klagenfurt auch mit Drozdowskis Geburtsstadt Czernowitz. Die Verse sprechen vom Heimweh, das blieb und bleiben wird. Die Heftigkeit des Schmerzes erklärt sich durch die Gewissheit, dass nicht nur Heimat verloren, sondern ein Leben von der Wurzel her abgeschnitten wurde ... Wie erwähnt hat Drozdowski der Bukowina und seiner Geburtsstadt Czernowitz, dieser Stadt, ‚die war und nicht mehr ist‘, im hohen Alter noch einmal ein Denkmal gesetzt ... Das bisher Gesagte könnte den Eindruck erwecken, es handle sich bei Drozdowski um einen Lyriker, der über die Vergangenheit eine andere Dimension der Zeit, die Gegenwart, vergisst. Das ist nicht der Fall. Drozdowski war als Journalist über aktuelle Fragen bestens informiert und hat das, was um ihn herum und in der Welt geschah, kritisch beobachtet. So kommen in seinen Gedichten konkrete Probleme der Nachkriegsgesellschaft immer wieder zur Sprache ... Im März 1978 unternahm Drozdowski mit einer österreichischen Reisegruppe eine Fahrt nach Israel, damals eines der meist besuchten Touristenländer.

Unter dem Titel ‚Begegnungen mit Israel‘ berichtete er in mehreren Artikeln im Feuilleton der Kärntner Kleinen Zeitung über diese Reise, auf der er immer wieder ehemaligen Czernowitzern begegnete, die dort ihre zweite Heimat gefunden hatten.“

Der ehemalige Österreich-Lektor in Czernowitz, Günther Guggenberger, führt in einem Beitrag aus dem Jahr 2002 mit dem Titel „Spuk und Spiel und Lebensklammer. Zur Entwicklung des literarischen Werkes von Georg Drozdowski“, in der von Claudia Fräss-Ehrfeld herausgegebenen Publikation „Kärnten und die Bukowina“, Folgendes aus: „Insgesamt überwiegen im Werk der zweiten Lebenshälfte die bewahrenden Tendenzen. Dies hat wohl auch damit zu tun, dass sich Drozdowski ständig mit der Vergangenheit beschäftigte. Bereits kurze Zeit nach der Umsiedlung verfasste er detaillierte Aufzeichnungen zur Familiengeschichte, zum Vereins- und Theaterleben in Czernowitz, und er rekonstruierte das verloren gegangene Stück ‚Die Dreikönigsparaphrase‘ aus dem Gedächtnis. Dies bildete die Grundlage für zahlreiche später in Zeitungen veröffentlichte Berichte über Czernowitz.

1984 sind diese Erinnerungen unter dem Titel „Damals in Czernowitz und rundum. Erinnerungen eines Altösterreicher“ in Klagenfurt als Buch erschienen. Dank finanzieller Unterstützung aus Österreich erschienen sie im Jahre 2001 in Czernowitz/Černivci auch in ukrainischer Übersetzung. Verschiedene Gedichte und eine Erzählung Drozdowskis in ukrainischer Übersetzung veröffentlichte der Czernowitzer Literaturwissenschaftler und Übersetzer Petro Rychlo bereits zu Beginn der 1990er Jahre. Wahrscheinlich hätten diese Nachrichten Georg Drozdowski mit Stolz und Zufriedenheit erfüllt. Er hat damit, wie auch mit zahlreichen Übersetzungen rumänischer Lyrik, zweifellos zu einem besseren Verständnis zwischen Staaten und Nationen beigetragen, die jahrzehntelang nur spärliche Beziehungen miteinander unterhielten und verschiedene Geschichtsbilder kennen, aber heute zueinander rücken.“

Durch die Georg Drozdowski Gesellschaft und den Carinthia Verlag erfolgte 2003 eine Wiederauflage des Werkes „Damals in Czernowitz und rundum. Erinnerungen eines Altösterreicher“, denn dieses Werk gilt als wesentlichster Beitrag für die Bekanntheit der Bukowina sowie der Stadt Czernowitz in Kärnten und Österreich. Es ist ein bedeutendes, sichtbares, symbolisches Mosaiksteinchen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. Dieses Buch vermittelt den Klagenfurterinnen und Klagenfurtern mit

seinen Geschichten und Anekdoten ein Bild der Geburtsstadt des nunmehrigen Mitbürgers Drozdowski. Im Jahr 2013 erschien eine weitere Wiederauflage des Buches im Rimbaud Verlag mit einem umfassenden Nachwort von Helga Abret. Diese Auflage wurde durch die Landeshauptstadt Klagenfurt am Wörthersee sowie die Georg Drozdowski Gesellschaft gefördert.

Hans-Heinz Kampf, damaliger Obmann der Georg Drozdowski Gesellschaft führte 2003 im „Vorwort zur Neuauflage“ des erstmals 1984 erschienen Buches aus: „... Der ‚Eiserne Vorhang‘ trennte zu dieser Zeit die in der Ukrainischen Volksrepublik gelegene sowjetische Provinzstadt Czernowitz mit ihren 270.000 Einwohnern vom Westen, drängte Erinnerungen an die ehemals multi-kulturelle Hauptstadt der Bukowina des östlichen Kronlandes der Habsburger Monarchie in die Vergessenheit und schnitt Wege dorthin ab. Aus diesem Vergessen wollte Georg Drozdowski die Bukowina/Buchenland mit seinen ‚Erinnerungen eines Altösterreicher‘ entreißen. Seit diese Grenze der Unmenschlichkeit gefallen ist, ist das Interesse an der Bukowina nicht nur bei dort Verwurzelten erheblich gestiegen, was zahlreiche Publikationen, die in den letzten Jahren zu diesem Thema erschienen sind, bezeugen. Kärnten, das traditionell an völkerverbindlicher Zusammenarbeit mit anderen Regionen interessiert ist, hat schon sehr bald nach dem Fall des ‚Eisernen Vorhanges‘ Beziehungen zur Bukowina auf kultureller wie auch auf wirtschaftlicher Basis aufgebaut ... Mit der Absicht Georg Drozdowski auch in seiner ursprünglichen Heimat wieder in Erinnerung zu rufen, wurde unter anderem auch die Übersetzung von ‚Damals in Czernowitz‘ in die ukrainische Sprache in die Wege geleitet.“

Drozdowski schreibt in seinem Werk und Denkmal für seine Czernowitzer Heimat zu Beginn: „ZUNÄCHST. Die Frage, warum dieses Buch geschrieben wurde, ist – falls sie sich überhaupt stellen sollte – unschwer zu beantworten. Es ging darum, etwas vor dem Vergessenwerden zu bewahren, das in wenigen Jahren kaum einen noch beschäftigen wird, dem Gedächtnis entrückt und in der Zeit versunken. ‚Damals in Czernowitz‘ – schon der Titel sagt es. Es rührt mit dem ‚damals‘ an eine nicht allzu ferne Vergangenheit und setzt mit dem Namen Czernowitz den Schauplatz fest und mit beiden zwischen Raum und Zeit das, was als Erinnerung weiterlebt, so lange sie einer trägt, ihm teuer, dessen Eigentum sie ist ... Sind mit Gesagtem gleichsam die Gedächtnisbereiche großzügig abgesteckt, wird auch verzeihlich, daß manches ‚historisch‘ anders geriet. Aber wen gelüstet

es schon, Historie zu schreiben, wo es doch um das geht, was den Charakter, das Klima, den – übertreiben wir getrost – Zauber angeht? Kein Buch der Tatsachen und Sachtaten soll's ja werden, sondern nur ein Versuch, Gelebtes festzuhalten. Nicht um exakte Daten geht es, nicht um die Zahl der Bewohner und die Größe des von ihnen besiedelten Raumes. Das mag ein Wissbegieriger in der Fachliteratur nachschlagen ... Um den Akkord geht es, in dem so viele sich harmonisch zusammenfanden. Mir ist es um ihr Zusammensein zu tun, um die Brüderlichkeit, in der man lebte, ehe die Welle des europäischen Unheils auch in den kleinen Raum überschwappte, der Bukowina hieß, ins Deutsche übertragen Buchenland, in welchem Wort etwas vom Charakter des östlichen Kronlandes liegt ... Ich liebte dieses Czernowitz, in dem ich zur Welt gekommen war, und wenn ich auch manchmal die Ferne träumte, die das Abenteuer hegte und die große Welt, ich schämte mich nicht, Czernowitzer zu sein, auch dann nicht, wenn später einer, der im deutschen Westen daheim war, mit gutmütigem Spott ‚Och ein Maghrebinier?‘ sagte ...“

Am Ende des Werkes schließt er seine Czernowitzer Zeit mit folgenden Zeilen ab: „NACHHER ... Im Oktober des Jahres 1940 war es soweit. Aufgrund des Paktes – Pakt schlägt sich, Pakt verträgt sich, hatte ich damals geäußert und mir Schlechtpunkte eingehandelt – wurden alle verladen, die von der Kommission akzeptiert worden waren. Man hatte auf dem Friedhof Abschied von den Toten genommen, deren mächtiger Chor den Platz umgab, auf dem der katholische und der evangelische Pfarrer der Stunde gedachten, die Entscheidung geworden war. Gräber ließ man zurück und mit ihnen das Gedenken an die, die für die Bukowina gesorgt hatten und dafür, dass sie österreichisch geworden und geliebt waren. Als dann die langen Züge, in denen die Altösterreicher fuhren und jene mit ihnen, die plötzlich deutsch geworden waren, die Brücke über den Pruth passierten, war es noch ein Blick auf die Stadt, der einem gegönnt war. Ihre Silhouette stand gegen den Horizont, ihre Konturen waren an den Himmel geschrieben. Nicht viele haben es auch richtig gesehen; Tränen sind ein dichter Schleier, der sich vor die Augen legt. Nun erst war die Stadt endgültig für uns verloren und das alte Österreich mit ihr.“

## Die Georg Drozdowski Gesellschaft

Am 17. Dezember 1998 wurde die Georg Drozdowski Gesellschaft in Klagenfurt/Kärnten mit dem Ziel gegründet, das Erbe Drozdowskis zu würdigen und grenzüberschreitende Zusammenarbeit zu pflegen. Die Abwicklung und Unterstützung gemeinsamer Veranstaltungen und Projekte steht dabei im Mittelpunkt.

Seit 1999 wird, nach einer umfassenden Sanierung mit internationaler Hilfe, der Drozdowski-Saal im ehemaligen Deutschen Haus in Czernowitz als Museum für den Schriftsteller, Journalisten, Dramaturgen und Schauspieler sowie als Seminar-, Veranstaltungs- und Ausstellungszentrum genutzt. Seit einiger Zeit dient er auch als Zentrum des Czernowitzer Fotoclubs „Pozitiv“.

Auf Initiative der Gesellschaft wurden an den ehemaligen Wohnhäusern von Drozdowski in Czernowitz und Klagenfurt Gedenktafeln zu Ehren des Namensgebers angebracht. Der Text lautet:

„HIER LEBTE DER WELTBÜRGER GEORG DROZDOWSKI;  
DER BUKOWINA und KÄRNTEN VERBUNDEN; LYRIKER,  
ERZÄHLER, KRITIKER und ÜBERSETZER; KULTUR und ER-  
FAHRUNGEN von EUROPÄISCHEM AUSMASS BESTIMM-  
TEN SEIN LEBEN“.

Die Gesellschaft organisierte bzw. organisiert immer wieder Veranstaltungen in Klagenfurt am Wörthersee und Czernowitz mit Experten aus Österreich und der Ukraine, unterstützt und initiiert Projekte sowie Ausstellungen und die Herausgabe von Publikationen und informiert über die aktuellen Aktivitäten der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. Anlässlich des 110. Geburtstages von Drozdowski im Jahr 2009 wurde im selben Jahr auf Vorschlag der Georg Drozdowski Gesellschaft Klagenfurt/Kärnten im Westteil der Landeshauptstadt Klagenfurt am Wörthersee eine Gasse nach ihm benannt.

Die gute Zusammenarbeit mit allen offiziellen Stellen in der Ukraine und Österreich bei gemeinsamen Projekten, Veranstaltungen und Publikationen soll auf diesem Wege besonders hervorheben werden. Eine besondere Rolle im Rahmen der regionalen Zusammenarbeit von Kärnten und Czernowitz

sowie der Städtekooperationen wird von der Gesellschaft bei Projekt- abwicklungen als Koordinator übernommen. Das Erbe des Czernowitzer und Klagenfurter Bürgers Georg Drozdowski wird somit in Zusammenarbeit mit Partnern gepflegt und der weltoffene und tolerante Geist der historischen Bukowina gelebt.

Ein Modell des Czernowitzer Theaters im Modellpark „Minimundus – Die Kleine Welt am Wörthersee“ in Klagenfurt am Wörthersee stellt ein sichtbares Zeichen der guten grenzüberschreitenden Kontakte dar. Der Bau wurde durch das Gebiet Czernowitz, das Land Kärnten, die Städte Czernowitz, Klagenfurt und Wolfsberg sowie den Verein Österreich Kooperation, die Georg Drozdowski Gesellschaft und das Bukowina Zentrum unterstützt. Es entstand in der „Minimundus“-Modellbauwerkstätte.

Anfang September 2014 findet bereits die fünfte Auflage des „Internationalen Lyrikfestivals Meridian Czernowitz“ statt, welches aber mittlerweile auch Auftritte im Ausland und der gesamten Ukraine tätigt. Dieses Festival schließt an die große literarische Tradition der Stadt am Pruth an und bringt Czernowitz somit wieder als Literaturstadt in die internationale Medienlandschaft. Das Land Kärnten ist seit Beginn Unterstützer und Partner dieser Initiative.

## **Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit**

Die Verbindungen aus der Zeit der Habsburger-Monarchie bilden die historische Grundlage für die aktuellen grenzüberschreitenden Kontakte zwischen den beiden Hauptstädten Klagenfurt und Czernowitz sowie den Regionen Kärnten und Czernowitz. Diese mögen somit wohl ursprünglich auch sehr stark auf den Spuren von Georg Drozdowski wandelnd nostalgisch motiviert gewesen sein. Heute sind die verschiedensten Kooperationen der offiziellen Stellen und NGOs in den beiden Regionen Kärnten und Czernowitz und ihren Hauptstädten unbestreitbar an den Herausforderungen der Gegenwart sowie an zukünftigen Lösungsansätzen orientiert.

Am 9. November 1993 hat das Kollegium der Kärntner Landesregierung den Beschluss der Zusammenarbeitsvereinbarung zwischen dem Bundesland Kärnten und dem Gebiet Czernowitz (Ukraine) gefasst. Dem folgte am 9. Juni 1995 die Unterfertigung einer Vereinbarung zwischen der

Kärntner Landesregierung und dem Czernowitzer Gebietsrat der Volksdeputierten über die regionale Zusammenarbeit und Zusammenwirkung auf handelswirtschaftlichem und gesellschaftlich-kulturellem Gebiet.

Die stabilen und freundschaftlichen Beziehungen zwischen offiziellen Stellen mögen den politischen Rahmen und daher eine wesentliche Voraussetzung für eine erfolgreiche regionale Zusammenarbeit schaffen – die Besuchstätigkeit auf höchster politischer Ebene seit Anfang der 90er Jahre des 20. Jahrhunderts ist hier sicherlich besonders hervorzuheben. Die regionale Zusammenarbeit des Bundeslandes Kärnten mit dem Gebiet Czernowitz, aber auch mit der Stadt Czernowitz und NGOs, umfasst heute zeithistorische, kulturelle, wissenschaftliche, bildungspolitische und soziale Projekte sowie humanitäre Hilfe und von der EU kofinanzierte Projekte. Die Georg Drozdowski Gesellschaft spielt mit der Koordinierung vor allem der wissenschaftlichen und kulturellen Kontakte im Rahmen der grenzüberschreitenden Aktivitäten eine wesentliche und unverzichtbare Rolle.

Die Beziehungen über die Grenzen haben sich in den letzten Jahren noch weiter vertieft. Auch die aktuelle Situation in der Ukraine im Jahr 2013/14 hat die Kontakte nicht abreißen lassen. Jedenfalls nicht zuletzt durch die Vielfalt an Kontakten, Aktivitäten und Projekten hat die Kooperation einen erfreulichen Bestand – nach der wechselvollen Geschichte aber mit einem Blick nach vorne in eine gemeinsame europäische Zukunft auf den Spuren des Weltbürgers Georg Drozdowski.

## **Literatur:**

Abret, Helga: Georg Drozdowski – ein fast vergessener Lyriker aus Czernowitz.  
In: Der literarische Zaunkönig Nr. 2/2007, S. 30-40

Abret, Helga: Nachwort. In: Georg Drozdowski, Mit versiegelter Order. Ausgewählte Gedichte, Aachen 2009

Drozdowski, Georg: Der Steinmetzgarten. Gedichte, Wien 1957

Drozdowski, Georg: Zwischen den Herzogtümern. In: Carinthia I, Bd. 148 (1958), S. 527-537

Drozdowski, Georg: Damals in Czernowitz und rundum. Erinnerungen eines Altösterreichers, Klagenfurt 1984 (1. Neuauflage 2003, 2. Neuauflage 2013, ukrainische Ausgabe 2001)

Guggenberger, Günther: Spuk und Spiel und Lebensklammer. Zur Entwicklung des literarischen Werkes von Georg Drozdowski. In: Claudia Fräss-Ehrfeld (Hg.), Kärnten und die Bukowina, Klagenfurt 2002, S. 231-247

Kampfer, Hans-Heinz: Vorwort zur Neuauflage. In: Georg Drozdowski, Damals in Czernowitz und rundum. Erinnerungen eines Altösterreichers, Neuauflage, Klagenfurt 2003, S. 6-7

Land Kärnten/CIFEM – Carinthian Institute for Ethnic Minorities (Hg.): Kärnten – Czernowitz. Modell einer Regionalpartnerschaft, Klagenfurt 2002

Rychlo, Peter: Georg Drozdowski – Dichter der Bukowina und Kärntens. In: Christian Pletzing und Martin Thoemmes (Hg.), Im Gedächtnis von Zeit und Raum. Festschrift für Dietmar Albrecht, München 2007, S. 75-86



# Von der Arbeitsgemeinschaft Alpen-Adria zur Alpen-Adria-Allianz: Überregionale Zusammenarbeit im Wandel der Zeit

WOLFGANG PLATZER\* / THOMAS PSEINER\*\*

Nach zwei verheerenden und traumatisierenden Weltkriegen wurden bereits Ende der 1940er-Jahre wieder Kontakte zwischen Kärnten, Friaul-Julisch Venetien und Slowenien im Rahmen grenzüberschreitender Kultur- und Sportveranstaltungen geknüpft. Später suchten auch Wirtschaftstreibende, begleitet von der Politik, die Begegnung mit den südlichen Nachbarn. Im Jahr 1965 wurden von den Regionalregierungen gemeinsame Arbeitskreise für Kultur, Wissenschaft, Verkehr, Tourismus, Wasserwirtschaft, Landesplanung und Landschaftsschutz eingerichtet. Um 1967 bildete sich für diese freundschaftlichen Kontakte zwischen Friaul-Julisch Venetien, Slowenien und Kärnten der Begriff „Alpen-Adria“ heraus und wurde zum Synonym für eine Politik der guten Nachbarschaft. 1967 beschlossen schließlich Friaul-Julisch Venetien, Kärnten und Slowenien ein umfangreiches Programm über den Kulturaustausch, dessen wichtigstes Resultat die späteren INTART-Ausstellungen waren.

Bald wurde die Kooperation auf Kroatien ausgedehnt und 1969 das „Quadrigon“ begründet, in dessen Rahmen 1975 ein erster gemeinsamer Raumplanungsbericht erarbeitet wurde.

## Die Arbeitsgemeinschaft Alpen-Adria

Die bewährte Zusammenarbeit zwischen Kärnten, Slowenien, Friaul-Julisch Venetien und Kroatien führte schließlich gemeinsam mit dem Veneto, der Steiermark, Oberösterreich, Salzburg (als Beobachter) und Bayern zur Gründung der Arbeitsgemeinschaft Alpen-Adria am 20. November 1978 in Venedig. Somit war auch im östlichen Alpenraum eine

---

\* Mag. Dr. Wolfgang Platzer, Amt der Kärntner Landesregierung, Klagenfurt am Wörthersee, Österreich

\*\* Mag. Thomas Pseiner, Amt der Kärntner Landesregierung, Klagenfurt am Wörthersee, Österreich

Ebene zur Zusammenarbeit geschaffen. Im westlichen Alpengebiet arbeiteten die Region Lombardei, die Provinzen Trient und Bozen/Südtirol, die Länder Salzburg, Tirol und Vorarlberg, der Kanton Graubünden und der Freistaat Bayern bereits seit 1972 in der „Arbeitsgemeinschaft Alpenländer“, kurz ARGE Alp genannt, zusammen.

Die Arbeitsgemeinschaft Alpen-Adria hatte zunächst sieben Vollmitglieder in Deutschland, Italien, Österreich und dem damaligen Jugoslawien. Die Organisationsstruktur bestand aus Vollversammlung, Kommission der Leitenden Beamten, Fachkommissionen sowie Arbeits- und Projektgruppen. Arbeitssprachen waren Deutsch, Italienisch, Kroatisch und Slowenisch, nach dem Beitritt ungarischer Komitate in den 1990er-Jahren kam auch noch Ungarisch hinzu. Der Vorsitz wechselte in alphabetischer Reihenfolge alle zwei Jahre. Erstes Vorsitzland war die Steiermark. Die Arbeitsgemeinschaft wuchs auf bis zu 19 Mitgliedern aus 7 Staaten an, es kamen die Lombardei und Trentino-Südtirol, die Emilia Romagna als Beobachter in Italien, der Kanton Tessin in der Schweiz, das Burgenland in Österreich sowie die fünf ungarischen Komitate Győr/Mos/Sopron, Zala, Somogy, Vas und Baranya hinzu. Ende der 1980-er Jahre strebte auch Bosnien-Herzegowina einen Beitritt an, der allerdings durch den Zerfall Jugoslawiens und dem Bürgerkrieg in diesem damals bereits unabhängigen Land hinfällig wurde. Projekt- und Expertengruppen beschäftigten sich u.a. mit den Themenfeldern Gleichbehandlung, Inklusion, Jugend, Katastrophenschutz, Kultur, Landwirtschaft, Raumordnung, Sport, Tourismus, Umweltschutz, Verkehr, Volksgruppenfragen sowie Wirtschaftskooperation. Ein erstes greifbares Resultat der Kooperation war beispielsweise der „Erste Gemeinsame Raumplanungsbericht der ARGE Alpen-Adria“. Unter Kärntner Vorsitz kam es am 4. Juni 1988 in Millstatt zu einem Außenministertreffen im Rahmen der turnusmäßigen Vollversammlung der Arbeitsgemeinschaft: Die Regierungsvertreter der fünf Staaten, die von der Arbeitsgemeinschaft berührt wurden, unterzeichneten die „Millstätter Erklärung“, in der festgestellt wurde, „dass Tätigkeit und Programme der Arbeitsgemeinschaft Alpen-Adria im Einklang mit den Bestimmungen der Schlussakte der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) stehen und somit im gesamteuropäischen Interesse liegen.“ Die hochrangigen Politiker betonten die Bereitschaft ihrer Staaten, die Arbeitsgemeinschaft weiter zu unterstützen. Der besondere Erfolg von Millstatt lag in der Intention, die Staatsregierungen in aller Öffentlichkeit auf den

Alpen-Adria-Gedanken „einzuschwören“. Den Regionen wurde zugleich die Chance geboten, ihre Wünsche in die zwischenstaatliche Politik einfließen zu lassen. Die Lage der ethnischen Minderheiten im Alpen-Adria-Raum wurde in einem Bericht im Jahr 1988 dargestellt, der 2004 erweitert und aktualisiert wurde.

## **Am Kristallisationspunkt europäischer Integration**

Eine wichtige Drehscheibenfunktion für die Arbeitsgemeinschaft Alpen-Adria spielte von Anbeginn Kärnten: 1988 wurde beim Amt der Kärntner Landesregierung eine zentrale Evidenzstelle für die Arbeitsgemeinschaft eingerichtet, welche 2001 zum Generalsekretariat aufgewertet wurde. Erster formeller Generalsekretär war Josef Lausegger, ihm folgte im Jahr 2004 Hellwig Valentin. Von 2010 bis Mitte 2013 leitete Wolfgang Platzer das Generalsekretariat, dessen Nachfolge Thomas Pseiner antrat. Aus dem gemeinsamen Budget der Arbeitsgemeinschaft wurden jedes Jahr 25 bis 30 neue gemeinsame Alpen-Adria-Projekte unterstützt. Seit Gründung der Arbeitsgemeinschaft wurden rund 1.000 gemeinsame Vorhaben realisiert und etwa 200 Berichte über verschiedene Fachfragen in den bereits erwähnten Kooperationsfeldern publiziert.

Höhepunkte der Jahresarbeit bildeten die großen Sportspiele der Jugend aus den Alpen-Adria-Ländern, die alternierend im Sommer und Winter unter reger Beteiligung stattfanden.

Das gemeinsame Budget wurde vom Generalsekretariat verwaltet, das auch für die Vertretung der Arbeitsgemeinschaft bei anderen internationalen und interregionalen Organisationen, und die interne Kommunikation zuständig war. Die Öffentlichkeitsarbeit für die Arbeitsgemeinschaft Alpen-Adria wurde zunächst von einer eigenen Arbeitsgruppe für Information, der Region Trentino-Südtirol – diese betreute bis zu deren Ausstieg aus der Arbeitsgemeinschaft Ende 2005 auch die Website [www.alpeadria.org](http://www.alpeadria.org) – und dem Generalsekretariat gemeinsam koordiniert. Später waren das Generalsekretariat und das jeweils präsidierende Mitglied für die Öffentlichkeitsarbeit verantwortlich. Weitere Arbeitsschwerpunkte waren die Förderung der Alpen-Adria-Idee und der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit sowie die wissenschaftliche Bearbeitung von Fachthemen.

Die Arbeitsgemeinschaft war im Vorstand der Versammlung der Regionen Europas vertreten und hatte Beobachterstatus bei der Alpenkonvention. Mit den europäischen Institutionen in Brüssel und Straßburg wurden enge Kontakte gepflogen. Die Arbeitsgemeinschaft Alpen-Adria wirkte an einem Kristallisationspunkt europäischer Integration und half durch ihre Arbeit mit, die EU-Außengrenzen zu überwinden. Jahrelang arbeitete die Arbeitsgemeinschaft auch mit der AGEG, der Arbeitsgemeinschaft der Europäischen Grenzregionen, zusammen.

## **Geopolitische Veränderungen und Reformen**

Vom Gründungszeitpunkt im Jahr 1978 bis zum Ende der Teilung Europas 1989 und dem Zerfall Jugoslawiens lag der Reiz der Arbeitsgemeinschaft Alpen-Adria darin, dass Regionen aus einem blockfreien Staat, EU-Mitgliedern und neutralen Staaten zusammenarbeiteten. Die Überwindung dieser politisch-ideologischen Barrieren war ein besonderes Anliegen. Mit dem Zusammenbruch der alten Ordnungen in Ost- und Südosteuropa waren die Voraussetzungen für eine ungehinderte grenzüberschreitende Kooperation gegeben: Die Arbeitsgemeinschaft Alpen-Adria legte einen ihrer Arbeitsschwerpunkte auf die Vorbereitung für die EU-Osterweiterung.

Im Juli 1991 verabschiedeten die Regierungschefs der Arbeitsgemeinschaft im Rahmen einer außerordentlichen Vollversammlung in Klagenfurt eine Resolution, in der alle Staaten aufgefordert wurden, „das Selbstbestimmungsrecht, die Unabhängigkeit und die Souveränität der Republiken Slowenien und Kroatien anzuerkennen“. Die Gründung der selbständigen Staaten Slowenien und Kroatien wurde von den übrigen Alpen-Adria-Ländern begrüßt. Slowenien und Kroatien blieben als unabhängige Republiken Vollmitglieder der Arbeitsgemeinschaft. Allerdings mit dem Zusatz, dass, sobald in ihren Ländern Regionen geschaffen würden, die Mitgliedschaft an diese zu übertragen wäre.

Am 30. Juni 2006 – zu dieser Zeit führte das ungarische Komitat Baranya den Vorsitz – wurde bei einer außerordentlichen Vollversammlung der Arbeitsgemeinschaft in Klagenfurt eine Strukturreform beschlossen. Diese Reform zielte darauf ab, die formalen Abläufe in der Arbeitsgemeinschaft zu erleichtern und die Kommunikation zu optimieren. Die projektorientierte

Zusammenarbeit sollte fortan verstärkt auf Mittel der Europäischen Union zurückgreifen.

Nach dem Beitritt Sloweniens und Ungarns zur Europäischen Union im Jahr 2004 verblieben von den Alpen-Adria-Ländern nur Kroatien und der Schweizer Kanton Tessin außerhalb der EU. In den Jahren 2005 und 2006 stand die Unterstützung der EU-Annäherung Kroatiens an der Spitze des Arbeitsprogramms.

Am 1. Juli 2013 wurde schließlich auch die Republik Kroatien Mitglied der EU und die Arbeitsgemeinschaft Alpen-Adria hatte ein zentrales Ziel erreicht.

## **Transformation**

Nahm die Arbeitsgemeinschaft Alpen-Adria bis zum Ende der Teilung Europas eine beachtenswerte Brückenfunktion ein, kam es mit dem Fortschreiten des europäischen Einigungsprozesses zu ersten Bedeutungsveränderungen: Europa veränderte sich nicht nur geographisch, sondern auch förderpolitisch: Förderkulissen und –programme entstanden, die zum Zeitpunkt der Gründung der Arbeitsgemeinschaft noch völlig undenkbar waren. Neue Institutionen, wie der 1992 durch den Vertrag von Maastricht eingerichtete Ausschuss der Regionen (AdR), bieten seither den Regionen neue Foren zur Artikulation ihrer politischen Interessen. Mittels der bestehenden EU-Programme der Territorialen Kooperation (Interreg), des speziell für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit geschaffenen Instruments EVTZ (Europäischer Verbund für territoriale Zusammenarbeit) und der neuen Kooperationsebene der Makroregionen entstanden zusätzliche Kooperationsmöglichkeiten für die europäischen Regionen. Damit änderte sich selbstverständlich auch die Bedeutung grenzübergreifender Arbeitsgemeinschaften, welche sich neu zu orientieren hatten.

Der Arbeitsgemeinschaft Alpen-Adria gehörten im Laufe der Zeit bis zu 19 Mitglieder an. Diese dehnten sich von Bayern bis Kroatien und vom Schweizer Kanton Tessin bis ins ungarische Komitat Baranya aus. Als Kärnten mit 1. Jänner 2013 den turnusmäßigen Vorsitz in der Vollversammlung übernahm, waren davon nur noch sechs übrig geblieben: Burgenland, Kärnten, Kroatien, Slowenien, Steiermark sowie das Komitat Vas.

Die verbliebenen Mitglieder erklärten ihren Willen, die Kooperation fortzusetzen, wünschten aber eine völlig neu überarbeitete Netzwerkstruktur. Mit dem Beitritt zur Europäischen Union beabsichtigte schließlich auch die Republik Kroatien sich auf gesamtstaatlicher Ebene aus der Alpen-Adria zurückzuziehen und den Gespanschaften als regionale Verwaltungseinheiten die Mitarbeit zu ermöglichen. Auch die Republik Slowenien wollte die projektorientierte Zusammenarbeit von der gesamtstaatlichen Ebene wegverlagern. In Ermangelung einer regionalen Verwaltungsebene bot sich der Bund der slowenischen Städte und Gemeinden „Skupnost Občin Slovenije (SOS)“ als Ansprechpartner für künftige Kooperationen an.

Natürlich liegt die Mutmaßung nahe, dass die Strukturreform von 2006 nicht die von allen – zumal ehemaligen – Mitgliedern erwarteten Resultate zeitigte. Danach noch unternommene Reformversuche waren aufgrund des Prinzips der Einstimmigkeit leider nicht beschlussfähig, weshalb sich weitere Regionen von der Arbeitsgemeinschaft Alpen-Adria abwandten. Bereits im Jahr 2001, als die Arbeitsgemeinschaft Alpen-Adria noch 17 Mitglieder zählte, schrieb Andreas Moritsch in seinem Buch „Alpen-Adria. Geschichte einer Region“, dass die ARGE Alpen-Adria territoriale Ausmaße angenommen habe, die weit über das Maß politischer Praktikabilität hinausgingen: „Für eine vertiefte transnationale Zusammenarbeit, mit der die regionale Bevölkerung bereit wäre, sich zu identifizieren, ist dieser territoriale Bogen jedoch entschieden zu weit gespannt.“

Der Begriff „Alpen-Adria“ ist dennoch zu einem Synonym für eine Politik der guten Nachbarschaft geworden, die das Gemeinsame vor das Trennende stellt. Die Arbeitsgemeinschaft verstand sich als Gegengewicht zu nationalen Abgrenzungsstrategien und trat für die Bewahrung der sprachlichen und kulturellen Vielfalt ein. Die Arbeitsgemeinschaft Alpen-Adria baute in den 35 Jahren ihres Bestehens auf den gemeinsamen Identitäten auf, die sich in den Jahrhunderten des Zusammenlebens der Menschen dieses Raumes herausgebildet haben. Obgleich sich viele Menschen Jahr für Jahr in Alpen-Adria-Projekten und – Veranstaltungen engagierten und halfen, diese Idee – und damit die Arbeitsgemeinschaft – mit Leben zu erfüllen, galt es, die überregionale Kooperation im Alpen-Adria-Raum noch näher an die Bürger zu bringen.

## Die Alpen-Adria-Allianz

Um dieser Herausforderung gerecht zu werden, wurde vom Generalsekretariat eine Ad-hoc-Arbeitsgruppe eingerichtet, welche die umfassende Neugestaltung der Kooperation im Alpen-Adria-Raum vorbereitete. Es galt, ein neues Netzwerk zu entwickeln, in dem nicht nur regionale Verwaltungen kooperieren könnten, sondern alle interessierten Partner zur projektorientierten Zusammenarbeit unter vorrangiger Nutzung der entsprechenden EU-Programme, sowie der Ausschöpfung der durch Mitgliedsbeiträge eingebrachten Eigenmittel eingeladen werden sollten.

Hauptzielsetzung der Umgestaltung war es, eine möglichst niederschwellige, flexible, projektorientierte Zusammenarbeit zu ermöglichen, welche Interessierte aus allen Kooperationsebenen einbeziehen sollte. Potentielle Akteure aller Ebenen sollten Teil des neuen Kooperationsnetzwerkes werden können. Durch die Nutzung der seit 35 Jahren aufgebauten guten Beziehungen im Alpen-Adria-Raum sollte eine unbürokratische und effiziente Vernetzung der unterschiedlichen Akteure, Organisationen, Einrichtungen, Vereine, etc. in den verschiedenen Themenbereichen gewährleistet werden. Das zukünftige Alpen-Adria-Netzwerk sollte Plattform und Serviceeinrichtung für eine interregionale und transnationale Zusammenarbeit werden und Unterstützung bei der Entwicklung und Einreichung von Projekten bei Förderprogrammen der Europäischen Union bieten. Dazu sollte auch verstärkt das gemeinsame Budget – neben der Unterstützung von schon in der Arbeitsgemeinschaft Alpen-Adria bewährten People to People-Projekten – genutzt werden. Für dieses neu zu begründende Netzwerk, das auf den eben genannten Vorgaben aufgebaut wurde, einigte sich die Kommission der Leitenden Beamten in ihrer letzten Sitzung am 11. Juni 2013 auf den Namen „Alpen-Adria-Allianz“.

Mit der Annahme eines entsprechenden Berichts der Leitenden Beamten gab die administrative Ebene grünes Licht für die formelle Gründung der Alpen-Adria-Allianz: Diese erfolgte auf Einladung von Landeshauptmann Dr. Peter Kaiser im Rahmen der Vollversammlung der Regierungschefs der Arbeitsgemeinschaft Alpen-Adria am 22. November 2013 in Klagenfurt am Wörthersee mit der Unterzeichnung des Gründungsdokumentes durch die anwesenden regionalen Regierungschefs. Gründungsmitglieder waren die österreichischen Bundesländer Kärnten, Steiermark, Burgenland, die kroatischen Gespanschaften Istrien, Karlovac, Krapina-

Zagorje, Koprivnica-Križevci, Međimurje sowie Varaždin, Slowenien vertreten durch den „Skupnost Občin Slovenije (SOS - Verband der Städte & Gemeinden Sloweniens)“ und das Komitat Vas aus Westungarn. Im März 2014 kam mit der Gespanschaft Virovitica Podravina aus Kroatien ein zwölftes ordentliches Vollmitglied hinzu.

Außerdem steht die Alpen-Adria-Allianz-Mitgliedschaft Städten und Gemeinden, Interessensvertretungen sowie privaten- und Nichtregierungsorganisationen offen. So stellte der in Klagenfurt beheimatete „Club Tre Popoli“ den formellen Antrag zur Aufnahme als assoziiertes Mitglied. Auch die Wirtschaftskammer Kärnten hat ein entsprechendes Interesse bekundet.

Die Alpen-Adria-Allianz stellt somit eine völlig neue, dynamische, flexible und niederschwellige Netzwerkstruktur zur projektorientierten Zusammenarbeit dar. Die zukünftige Zusammenarbeit im Alpen-Adria-Raum soll einen Lückenschluss zwischen dem bestehenden transnationalen Kooperationsraum der Donaunraumstrategie sowie dem adriatisch-Ionischen Raum und dem Alpenraum gewährleisten und damit eine strategische Anbindung sicherstellen. Auch eine Ausweitung des Kooperationsnetzwerkes auf ehemalige Mitgliedsregionen und auf weitere Regionen in Südosteuropa wird angestrebt.

Die politische Versammlung der Vertreter aller ordentlichen und stimmberechtigten Mitglieder ist der Alpen-Adria Rat. Der Vorsitzende des Rates wird für die Dauer von zwei Jahren gewählt. Der Alpen-Adria-Rat tritt alle zwei Jahre zusammen und legt die grundsätzliche inhaltliche Ausrichtung der Tätigkeiten der Alpen-Adria-Allianz fest. Die Arbeit der gesamten Alpen-Adria-Allianz wird alle vier Jahre durch den Rat evaluiert. Bis 31. Dezember 2015 führt Kärnten, vertreten durch Landeshauptmann Dr. Peter Kaiser, den Vorsitz in diesem Gremium. Die Alpen-Adria-Allianz trat in allen Belangen die Rechtsnachfolge der Arbeitsgemeinschaft an und vertritt ihre Mitglieder in internationalen und interregionalen Organisationen wie der Alpenkonvention sowie der Versammlung der Regionen Europas (VRE).

Die konkrete projektorientierte Zusammenarbeit in der neugeschaffenen Alpen-Adria-Allianz wird von Thematic Coordination Points (TCPs) ausgeführt, welche gegenwärtig zu den Themen Energie & Umwelt, Europa,



Gleichbehandlung, Inklusion, Kultur, Mobilität, Landwirtschaft & Ethnisches Erbe, Sport sowie Wirtschaft eingerichtet wurden. Die Einrichtung von TCPs für Gesundheit sowie Bildung & Lebenslanges Lernen ist in Planung. Die TCPs sind für den Aufbau und die Entwicklung eines thematischen Netzwerkes auf allen Kooperationsebenen (öffentlich, privat, zivilgesellschaftlich etc.) zuständig. Dabei geht es einerseits um Unterstützung bei der Entwicklung und Umsetzung von Projekten, andererseits sind TCPs auch Kommunikationsplattform und Servicestelle für die Suche nach geeigneten Projektpartnern sowie nach Finanzierungsmöglichkeiten für konkrete Vorhaben. Ein TCP kann sowohl von einer öffentlichen als auch einer privaten Institution eingerichtet werden, wobei sowohl die Personal- als auch Infrastrukturkosten vom jeweiligen Mitglied zu tragen sind. Somit ist es im Rahmen der Alpen-Adria-Allianz grundsätzlich möglich jedes Thema projektorientiert zu behandeln, sofern sich ein Mitglied bereit erklärt, einen entsprechenden TCP zu installieren.

Als Erstansprechpartner für alle Interessierten existieren bei allen Mitgliedern Alpen-Adria-Contact Points. Diese regionalen Koordinationsstellen sind Service- und Informationsstellen für Akteure des Kooperationsnetzwerkes und direkte Ansprechpartner für Projektwerber. Sie unterstützen dadurch die Arbeit der TCPs.

Der Contact Point des Landes Kärnten, welcher beim Amt der Kärntner Landesregierung eingerichtet ist, fungiert gleichzeitig als Generalsekretariat der Alpen-Adria-Allianz und bildet die gemeinsame Koordinations- und Organisationsstelle des Netzwerkes. Damit kommt dem Bundesland weiterhin eine wichtige Drehscheibenfunktion zu.

Für die Genehmigung von Projektvorschlägen und die Gewährung von finanziellen Zuschüssen aus dem gemeinsamen Budget, welches sich aus den Mitgliedsbeiträgen ergibt, ist der Lenkungsausschuss zuständig. Dieser setzt sich aus dem Generalsekretariat, allen Contact Points der ordentlichen Mitglieder sowie der Leiter der Thematic Coordination Points (TCPs) zusammen und tagt mindestens zweimal jährlich. Die wichtigste Aufgabe des Lenkungsausschusses ist die Genehmigung von Zuschüssen für gemeinsame Projekte bzw. für Projektentwicklungen zur Einreichung bei EU-Förderprogrammen aus dem gemeinsamen Budget der Alpen-Adria-Allianz.

## **Verzeichnis der verwendeten Literatur:**

Andreas Moritsch: Alpen-Adria. Zur Geschichte einer Region (Klagenfurt/Ljubljana/Wien 2001)

Wolfgang Platzer: Regionen im europäischen Kontext – Arbeit über Grenzen hinweg. In: Peter Karpf/Werner Platzer/Udo Puschnig (Hrsg.): Grenzen : Grenzenlos – 1918/20 : 2010 (Kärnten Dokumentation Sonderband 03) (Klagenfurt am Wörthersee 2010)

Hellwig Valentin: Kärntens Rolle im Raum Alpen-Adria. Gelebte und erlebte Nachbarschaft im Herzen Europas 1965-1995 (Klagenfurt 1995)

Ders.: Kärnten und der Raum Alpen-Adria. In: Wolfgang Platzer/Lojze Wieser (Hrg.): EUROPA ERLESEN – ALPEN-ADRIA (Klagenfurt 2008), S. 19 – 26

Ders.: Geschichte der Arbeitsgemeinschaft Alpen-Adria 1978-2006 auf <http://www.alpeadria.org/deutsch/index.php?page=1634310351&f=1&i=733044516&s=1634310351>

# Das Bürgerkriegsjahr 1934 in Kärnten

HELLWIG VALENTIN\*

## Das gespaltene Land

Nach dem Zerfall der sozialdemokratisch-christlichsozialen Koalitionsregierung im Jahre 1920 verschärfen sich in Österreich die Gegensätze zwischen den politischen Lagern. Christlichsoziale und Deutschnationale stellen ab nun die Regierungsmehrheit, die Sozialdemokraten sahen sich in die Oppositionsrolle gedrängt. Immer mehr wurde die Straße zum Schauplatz der Auseinandersetzungen zwischen den paramilitärischen Formationen der Parteien: dem Republikanischen Schutzbund der Sozialdemokraten und den Heimwehren der Christlichsozialen. Den traurigen Höhepunkt bildete der 15. Juli 1927, als nach einem gerichtlichen Fehlurteil empörte Demonstranten den Wiener Justizpalast anzündeten, daraufhin die Polizei in die Menge feuerte und ein Blutbad anrichtete.

Die Sozialdemokraten machten die Regierung, die damals von den Christlichsozialen angeführt wurde, für die Eskalation verantwortlich. Bundeskanzler Ignaz Seipel, der „Prälat ohne Milde“, wie er fortan von seinen Gegnern genannt wurde, beharrte auf der Bestrafung der Rädelsführer. Die zunehmende Radikalisierung der österreichischen Innenpolitik zeigte auch in Kärnten Wirkung. Der Republikanische Schutzbund rüstete Ende der 1920er-Jahre gegen angebliche Putschabsichten der Heimwehren. Diese wiederum malten „das Gespenst des Bolschewismus“ an die Wand. Im Jahre 1930 legten die Heimwehren im „Korneuburger Eid“ ein offenes Bekenntnis zum Faschismus ab und verwarfen den westlichen Parteienstaat. Im Jahr darauf scheiterte ein Putschversuch der steirischen Heimwehren kläglich.

Die Gegensätze zwischen Christlichsozialen und Sozialdemokraten verschärfen sich im Zuge der „Hirtenberger Waffenschmuggelaffäre“ Anfang 1933, als Kärntner Bahnarbeiter einen offenbar von der Regierung gedeckten illegalen Waffentransport von Italien nach Ungarn über Österreich

---

\* Univ.-Doz. Dr. Hellwig Valentin ist Historiker in Klagenfurt am Wörthersee, Österreich

auffliegen ließen. Die politische Auseinandersetzung verlagerte sich ins Parlament, wo es im März 1933 zu einer folgenschweren Abstimmungs-panne kam. Während einer hektisch verlaufenen Sitzung traten alle drei Präsidenten des Nationalrates zurück, sodass niemand mehr da war, um die Sitzung fortzuführen. Diese Situation wurde von der Bundesregierung unter dem christlichsozialen Kanzler Engelbert Dollfuß zur Ausschaltung des Parlaments genützt. Mit Gewalt verhinderte die Bundesregierung den neuerlichen Zusammentritt der parlamentarischen Vertretung.

In Kärnten hielt der Republikanische Schutzbund in diesen Krisen-tagen „strenge Bereitschaft“. Kanzler Dollfuß ging indessen sogleich an die Errichtung eines autoritären Ständestaates nach dem Vorbild des fa-schistischen Italien. Die Zurückdrängung der Arbeiterbewegung war das nächste Ziel der Regierungspolitik. Wie im übrigen Österreich wurde der Republikanische Schutzbund Ende März 1933 in Kärnten aufgelöst. Am Tag darauf veranstalteten die ehemaligen Schutzbündler in Villach einen „Straßenbummel“ als Zeichen des Protestes. Die Regierung führte eine strenge Pressezensur ein, Streiks wurden verboten.

## **Der Februaraufstand 1934**

Nach einer Reihe weiterer Repressalien kam es am 12. Februar 1934 zu einem Aufstand der noch intakten Formationen des formell verbotenen Republikanischen Schutzbundes, der nach dreitägigen Kämpfen von Regierungskräften blutig niedergeschlagen wurde. Während in Wien, in der Steiermark, in Nieder- und Oberösterreich heftige Kämpfe im Gange waren, blieb es in Kärnten ruhig. Die am 12. Februar von der Bundes-regierung verfügte Auflösung aller sozialdemokratischen Organisationen wurde einen Tag danach auch in Kärnten verfügt. „Jedermann ist es unter-sagt, sich irgendwie für diese Partei zu betätigen“, hieß es in einem Bescheid der Sicherheitsdirektion. Das Vermögen der Sozialdemokratischen Partei wurde beschlagnahmt. Zugleich erloschen die 15 Landtagsmandate der Sozialdemokraten.

Der Republikanische Schutzbund wurde nach Ausbruch der Februar-kämpfe 1934 in Klagenfurt und Völkermarkt alarmiert, mangels Einsatz-befehlen kam es zu keinen Zusammenstößen. Führende Kärntner Sozial-demokraten, und zwar Landesrat Matthias Zeinitzer und der Klagenfurter

Bürgermeister Franz Pichler-Mandorf, hatten bereits im Mai 1933 mit prominenten Christlichsozialen Kontakt aufgenommen, um eine gemeinsame Abwehrfront gegen die aufstrebenden Nationalsozialisten zu errichten. Auf Grund von Gegensätzen zwischen Zeinitzer und dem sozialdemokratischen Landesparteiobmann Anton Falle wurden die Gespräche mit den Christlichsozialen im September 1933 zunächst eingestellt. Ende Jänner 1934 kam es zur Wiederaufnahme der Kontakte. Am 12. Februar 1934 befanden sich Zeinitzer und Pichler-Mandorf zu Gesprächen im Bundeskanzleramt in Wien, als die Kämpfe überraschend ausbrachen.

### **In Kärnten bleibt es ruhig**

Landesrat Zeinitzer schrieb unmittelbar nach Beginn der bewaffneten Auseinandersetzungen an Kanzler Dollfuß, dass er wegen dieser Vorgänge seinen Austritt aus der Sozialdemokratischen Partei erklärt habe. Der Klagenfurter Bürgermeister Pichler-Mandorf sei mit ihm solidarisch. Die beiden Politiker forderten die Arbeiterschaft auf, „im Interesse der Freiheit und Unabhängigkeit unseres Staates und vor allem unseres Landes“ sich nicht an den Kampfhandlungen zu beteiligen. Eine ähnliche Haltung nahm die Sozialdemokratische Partei in Vorarlberg ein. Zeinitzer und Pichler-Mandorf gingen mit Zustimmung des Kanzlers an den Aufbau eines Freien Arbeiterbundes als Auffangbecken für die ehemaligen Sozialdemokraten. Sie bekannten sich zur Vaterländischen Front und zur Führerschaft des Bundeskanzlers. Im April 1934 zog Zeinitzer seinen Antrag auf Gründung des Freien Arbeiterbundes zurück. Dies geschah angeblich auf Ersuchen von Dollfuß, der von den Heimwehren unter Druck gesetzt worden war. Die sozialdemokratische Parteiführung in Kärnten mit Obmann Falle machte die irritierende Wende Zeinitzers und Pichler-Mandorfs nicht mit. Die Masse der Arbeiterschaft stand zur Parteispitze.

Als Angehörige des Republikanischen Schutzbundes am Abend des 12. Februar 1934 an ihren Sammelplätzen erschienen, fanden sie diese von der Polizei besetzt. Josef Podlipnig, der kämpferische Redakteur des sozialdemokratischen „Kärntner Volksblattes“, bemühte sich, eine Aktion zustande zu bringen. Aber der Sammelplatz war auch am darauf folgenden Tag verraten. Am Morgen des 13. Februar wurde Parteiobmann Falle im Arbeiterkammergebäude in Klagenfurt verhaftet, einige Stunden danach freigelassen. Falle bemühte sich wie Podlipnig vergebens, die Arbeiterschaft

zu Kampfhandlungen zu veranlassen. „Überall bluten die Arbeiter, und wir sitzen hier und tun nichts“, rief er verzweifelt. Ein Angebot der Kommunisten, deren Partei bereits 1933 von der Regierung verboten worden war, gemeinsam eine bewaffnete Aktion zu unternehmen, lehnten die Sozialdemokraten ab. Man konnte sich über die anzuwendende Taktik nicht einigen.

## Der Weg in den Ständestaat

Die Bundesregierung löste in der Folge alle noch bestehenden Parteien auf. Sie wurden nominell in die Vaterländische Front, die Einheitspartei des Ständestaates, eingegliedert. Am 1. Mai 1934 wurde von der Regierung Dollfuß die republikanisch-demokratische Verfassung durch eine neue Verfassung ersetzt, die auf die Schaffung eines autoritär geführten Ständestaates hinauslief. Der neue Staat stützte sich auf die katholische Kirche, die formell aufgelöste, faktisch aber weiter bestehende Christlichsoziale Partei und Teile der Heimwehren. Der Eintritt des Landbundes, der stärksten deutschnationalen Partei in Kärnten, in die Vaterländische Front war intern umstritten. Ein Teil der Landbündler schloss sich den illegalen Nationalsozialisten an. Wie in Wien entstanden nach dem Verbot der Sozialdemokratischen Partei auch in Kärnten die ersten Ansätze einer illegalen Organisation. Einige der sozialdemokratischen Parteigänger arbeitete in der Untergrundbewegung der Revolutionären Sozialisten mit. Joseph Buttinger, der sozialdemokratische Bezirkssekretär von St. Veit an der Glan, verbreitete ein wöchentlich erscheinendes Mitteilungsblatt. Nach seiner Ausweisung aus Kärnten stieg Buttinger zum gesamtösterreichischen Führer der illegalen Sozialdemokratie auf.

Die nach dem Parteiverbot untergetauchten Sozialdemokraten versammelten sich im Juni 1934 in einem Wald nördlich von Klagenfurt zum ersten geheimen Landesparteitag. Dabei wurde Falle erneut zum Obmann gewählt. Die Revolutionären Sozialisten grenzten sich sowohl von den Kommunisten ab, zu denen viele enttäuschte Sozialdemokraten übergetreten waren, aber auch von der „alten“ Parteiführung, der illusionistisches Verhalten vor dem Februar 1934 vorgeworfen wurde. In den Jahren 1935 und 1936 wurden zahlreiche Revolutionäre Sozialisten in Kärnten wegen Hochverrats vor Gericht gestellt und verurteilt. Nicht wenige ehemalige Sozialdemokraten wandten sich hingegen den Nationalsozialisten zu. In

Kärnten wurde der Übergang dadurch erleichtert, dass der Sozialismus Kärntner Prägung sozial, deutschnational, antiklerikal und antikapitalistisch-antisemitisch geprägt war. Dem Wiener Austromarxismus, der von Otto Bauer repräsentiert wurde, stand man skeptisch gegenüber.

## **Der Putschversuch der Nationalsozialisten**

Die Nationalsozialisten waren in Kärnten deutlich stärker als in anderen Bundesländern. Im Jahre 1932 gab es in Kärnten – gemessen an der Einwohnerzahl – mehr als doppelt so viele Parteimitglieder als im Österreichdurchschnitt. Die Anhänger Adolf Hitlers, der im Jänner 1933 in Deutschland an die Macht gekommen war, profitierten von der relativ starken deutschnationalen Grundstimmung im Lande, die durch den nationalen Konflikt im Grenzland ständig genährt wurde. Die gemäßigten deutschnationalen Parteien wurden von den Nationalsozialisten weitgehend aufgesogen. Bei den Kärntner Landtagswahlen 1930 erreichten die Nationalsozialisten zwei Mandate, die einzigen Landtagssitze, über die sie damals in Österreich verfügten. Nach dem Parteiverbot Mitte 1933 – als Folge einer Serie von Bombenanschlägen – arbeiteten die Nationalsozialisten im Untergrund auf einen gewaltsamen Umsturz hin.

Am 25. Juli 1934 okkupierten illegale SS-Männer das Bundeskanzleramt in Wien, wobei Bundeskanzler Dollfuß ermordet wurde. Die Putschisten mussten sich bald ergeben, in den Bundesländern sollte der Kampf erst beginnen. Bereits am 22. Juli 1934 waren in Klagenfurt Sprengstoffanschläge am Gebäude der Landeshauptmannschaft und beim Landesgericht verübt worden. Am Nachmittag des 26. Juli gaben Schüsse, die in der Nähe der Bezirkshauptmannschaft in Wolfsberg fielen, das Signal zum Aufstand. Es begann ein heftiger Straßenkampf, den die Nationalsozialisten für sich entschieden. Die NS-Trupps besetzten die Gendarmariekaserne, das Postamt und die Bezirkshauptmannschaft. Von Völkermarkt heranrückende Bundesheereinheiten wurden von den bewaffneten Formationen der Nationalsozialisten blutig zurückgeschlagen. Erst am Abend des 27. Juli konnten Heerestruppen, die von Norden auf Wolfsberg vorstießen, die Stadt besetzen.

Auch in St. Veit an der Glan übernahmen am 26. Juli die Aufständischen die Macht. Nach einem Gefecht bei St. Donat konnten Regierungstruppen

am Tag darauf die Ordnung wiederherstellen. Ähnlich verliefen die Ereignisse in Feldkirchen. Die Absicht der Putschisten, den in Velden am Wörthersee urlaubenden Bundespräsidenten Wilhelm Miklas festzunehmen, konnte nicht umgesetzt werden. Redselige Nationalsozialisten hatten in einem Klagenfurter Gasthaus den Plan ausgeplaudert, worauf die Polizei den Trupp festnahm. In Oberkärnten wurde in Oberdrauburg, Dellach, Greifenburg, Steinfeld, Sachsenburg, Möllbrücke, Millstatt und Radenthein heftig gekämpft, bis sich die Einheiten der Regierung durchsetzten. Schwere Gefechte gab es im Gurk- und Metnitztal, ein NS-Durchbruchversuch auf der Turracher Höhe brach zusammen. 6.000 Mann musste die Regierung in Kärnten aufbieten, um der Putschisten Herr zu werden.

Die Opferbilanz nach Abschluss der Kämpfe: 36 Tote, 62 Verwundete bei Bundesheer, Gendarmerie und regierungsnahen Formationen, 47 Tote und zahlreiche Verwundete bei den Nationalsozialisten. Ein Teil der NS-Kämpfer setzte sich nach Jugoslawien ab, von wo sie auf Umwegen nach Deutschland gelangten. Andere versuchten, sich direkt in das „Reich“ durchzuschlagen. Nur mit Mühe gelang es den Regierungstruppen Ende Juli 1934, den nationalsozialistischen Putschversuch niederzuringen. Kärnten war – österreichweit gesehen – ein Zentrum der Kampfhandlungen. Von den Kärntner Lehrern wurden nach dem Putschversuch 160 ihres Amtes enthoben, somit jeder Zwölfte. Zum Vergleich: In Salzburg verloren nur zwei Lehrer ihre Posten.

Die nach der Niederwerfung der Sozialdemokratie im Mai 1934 erlassene neue Bundesverfassung sah die Übernahme der Gesetzgebung durch berufsständische Vertretungskörper vor. Man berief sich auf die ständisch-autoritären Ideen Othmar Spanns und die päpstliche Enzyklika „Quadragesimo anno“. Für die Bundesländer ergaben sich weit reichende Konsequenzen. Die Landtage bestanden nun aus Vertretern gesetzlich anerkannter Kirchen- und Religionsgemeinschaften, des Schul-, Erziehungs- und Volksbildungswesens, der Wissenschaft und Kunst sowie aus Vertretern der Berufsstände. Regierung und Verwaltung Kärntens standen unter strenger Aufsicht der Zentralregierung in Wien. Der Landeshauptmann wurde vom Bundespräsidenten aus einem Dreivorschlag des Landtages ernannt.



## „Einen Stacheldraht um Kärnten...“

Weder der Regierung noch den Heimwehren gelang es, eine faschistische Massenorganisation nach Art der NSDAP aufzubauen. Die Vaterländische Front, die Massenorganisation des Regimes, war eine Organisation der Regierung ohne Eigendynamik. Im Ständestaat herrschte ein kammerstaatlicher Bürokratismus, der nach 1945 bis zu einem gewissen Grad weiterleben sollte. Die Regierung grenzte sich scharf nach links ab und schmälerte damit die Front gegen Hitler. Die Nationalsozialisten erholten sich nach dem missglückten Juliputsch von 1934 rasch. Vor allem das zwischen Bundeskanzler Kurt Schuschnigg und Hitler abgeschlossene Juliabkommen 1936 eröffnete neue Betätigungsmöglichkeiten. Schuschnigg stellte zu dieser Zeit sarkastisch fest: „Einen Stacheldraht um Kärnten und das Konzentrationslager ist fertig.“

Die Nationalsozialisten unterwanderten legale Organisationen und funktionierten deren Veranstaltungen zu NS-Kundgebungen um. Dies geschah im Besonderen bei Aktivitäten des Kärntner Heimatbundes, der Nachfolgeorganisation des Kärntner Heimatdienstes aus der Volksabstimmungszeit. Am Hitler-Geburtstag im April 1937 sah man hölzerne Hakenkreuze an mehreren Stellen in der Landeshauptstadt. Im November 1937 marschierten 2000 Nationalsozialisten in ihren Weißhemden unter der Tarnung des Turnerbundes durch Klagenfurt. In den Tagen vor dem „Anschluss“ Österreichs an Hitler-Deutschland im März 1938 verstärkte sich die Präsenz der Nationalsozialisten. Zu spät suchte die Regierung Kontakt mit den in die Illegalität gedrängten Sozialdemokraten, um gemeinsam dem Druck der Nationalsozialisten Widerstand entgegenzusetzen. Gleichwohl traten in Kärnten Sozialdemokraten und Kommunisten gemeinsam mit den Anhängern der Regierung bei Kundgebungen für die Unabhängigkeit Österreichs in Erscheinung. Die Bürgerkriegsgegner vom Februar 1934 stellten sich in letzter Stunde den Putschisten vom Juli 1934 entgegen. In Klagenfurt und Villach kam es zu Zusammenstößen.

Unter dem Druck Hitlerdeutschlands musste Bundeskanzler Schuschnigg zurücktreten und einer NS-orientierten Regierung Platz machen, die dem Einmarsch der Deutschen Wehrmacht am 12. März 1938 den Weg ebnete. Bereits am Tag zuvor legte der Kärntner Landeshauptmann Arnold Sucher, bedrängt von den Nationalsozialisten, sein Amt zurück. Bis zum Vormittag des 12. März war die gesamte Verwaltung Kärntens in NS-Händen.

Widerstand wurde kaum registriert. Kärnten war das erste Bundesland, das die erfolgte nationalsozialistische Machtübernahme nach Wien meldete. Die nach dem gescheiterten Juliputsch 1934 nach Deutschland geflüchteten Nationalsozialisten kehrten als Sieger nach Kärnten zurück. Sozialdemokraten und Christlichsoziale, die Bürgerkriegsgegner vom Februar 1934, trafen sich in den NS-Konzentrationslagern als Häftlinge wieder. Die Kontrahenten von einst erkannten, dass niemals wieder die eine Hälfte des Volkes gegen die andere regieren dürfe. Diese prägende Erfahrung der Lagerstraße sollte eine wichtige Grundlage für den demokratischen Wiederaufbau Österreichs nach 1945 bilden.

## **Literatur:**

Kurt Bauer, Elementar-Ereignis. Die österreichischen Nationalsozialisten und der Juliputsch 1934, Wien 2003.

Ulfried Burz, Die nationalsozialistische Bewegung in Kärnten (1918-1933). Vom Deutschnationalismus zum Führerprinzip, Klagenfurt 1998 (Das Kärntner Landesarchiv, Band 23).

Joseph Buttinger, Am Beispiel Österreichs. Ein geschichtlicher Beitrag zur Krise der sozialistischen Bewegung, Köln 1953.

Karl Dinklage, Geschichte der Kärntner Arbeiterschaft, 2 Bände, Klagenfurt 1982.

Christian Klösch, Des Führers heimliche Vasallen. Die Putschisten des Juli 1934 im Kärntner Lavanttal, Wien 2007.

Günter Schafbeck (Hrsg.), Österreich 1934. Vorgeschichte-Ereignisse-Wirkungen, Wien-München 2004.

Rolf Steininger/Michael Gehler (Hrsg.), Österreich im 20. Jahrhundert. Von der Monarchie bis zum Zweiten Weltkrieg. Ein Studienbuch in zwei Bänden, Wien-Köln-Weimar 1997.

Hellwig Valentin, Der Sonderfall. Kärntner Zeitgeschichte 1918-2004/08. Aktualisierte und erweiterte Neuauflage der 1. Auflage von 2005, Klagenfurt-Ljubljana/Laibach-Wien 2009.

Hellwig Valentin, Kärnten vom Ersten Weltkrieg bis zur Gegenwart, Innsbruck-Wien 2011.

Wilhelm Wadl/Alfred Ogris, Das Jahr 1938 in Kärnten und seine Vorgeschichte. Ereignisse-Dokumente-Bilder, Klagenfurt 1988 (Das Kärntner Landesarchiv, Band 15).

August Walzl, „Als erster Gau...“. Entwicklungen und Strukturen des Nationalsozialismus in Kärnten, Klagenfurt 1992.











